Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Österreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 172 • 6. März 2018
Unparteiisches, unabhängiges Monatsmagazin speziell für Österreicherinnen und Österreicher in aller Welt in vier verschiedenen pdf-Formaten
http://www.oesterreichjournal.at

Tirol und Kärnten haben gewählt

25. Feber: 141.691 TirolerInnen bestätigen die ÖVP mit 44,26 % Platz eins. 5. März: 140.994 KärntnerInnen bestätigen der SPÖ mit 47,94 % ebenfalls Platz eins.

Foto: ÖVP / Jakob Glaser

Der alte und neue Landeshauptmann von Tirol, Günther Platter (r.), mit Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz. Platter kann sich seinen Koalitionspartner auswählen.

Foto: LPD Kärnten

Der alte und neue Landeshauptmann von Kärnten, Peter Kaiser (r.) mit dem SPÖ-Vorsitzenden Christian Kern. Auch Kaiser kann sich seinen Koalitionspartner auswählen.

Schon im Jahr 2002 war Günther Platter bei der Landtagswahl in Tirol angetreten, um Landeshauptmann zu werden. Er unterlag dem damaligen Innsbrucker Bürgermeister und heutigen Landtagspräsidenten Herwig van Staa in einer Kampfabstimmung und ging daraufhin in die Bundespolitik. Von 2003 bis 2007 war er Verteidigungs- und von 2007 bis 2008 Innenminister.

Nach Verlusten der ÖVP unter van Staa bei der Wahl am 8. Juni 2008 trat dieser zurück, woraufhin die ÖVP Platter ins Land zurückrief, um deren Führung zu übernehmen. Er wurde dann am 1. Juli 2008 zum Tiroler Landtag zum Landeshauptmann gewählt.

*Lesen Sie auf der **Seite 46** über Ergebnisse und Wahlmotive der TirolerInnen.*

Mit der Landtagswahl vom 3. März 2013 rang die Kärntner SPÖ er der FPK, „Die Freiheitlichen in Kärnten - FPK Liste Gerhard Dörfler“ Platz eins im Land ab: ein Zugewinn von 8,4 % brachte der SPÖ 37,1 %. Die FPK konnte nur 29 % der WählerInnen aus dem Jahr 2009 (damals unter dem Namen „Die Freiheitlichen in Kärnten – BZÖ Liste Jörg Haider“ angetreten) wieder für sich mobilisieren. Fast ein Viertel (22 %) der BZÖ-WählerInnen von 2009 hatten sich 2013 für die SPÖ entschieden, 11% für das Team Stronach und 23% sind diesmal nicht zur Wahl gegangen. Kaiser wurde am 28. März 2013 vom Kärntner Landtag zum Landeshauptmann gewählt.

*Lesen Sie auf der **Seite 52** über Ergebnisse und Wahlmotive der KärntnerInnen…*

Sie sehen hier die Variante Letter mit 300 dpi und hoher Qualität von Bildern und Grafiken

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vorliegenden Ausgabe berichten wir, nach der Landtagswahl in Niederösterreich in der Ausgabe 171, über zwei weitere in Tirol und in Kärnten. Und obwohl Wahlergebnisse, die eine Partei knapp an die Absolute Mehrheit führen, kaum mehr vorkommen, gibt es bei uns schon deren drei. Es gilt für dieses Jahr nur noch die Landtagswahl im Land Salzburg zu schlagen, die am 22. April abgehalten werden wird. Dann gibt es eine Pause – bis wir am 26. Mai 2019 zur EU-Wahl aufgerufen werden.

Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 172

Bundespräsident warb bei UNO-Menschenrechtsrat um Kandidatur 3
Besuch aus Serbien 6
Besuch aus der Ukraine 9
Besuch aus der Slowakei 11
Kurz bei Putin 13
EU-Vorsitz Österreichs 14
Haslauer lädt Papst Franziskus persönlich nach Salzburg ein 16
Aus dem Außenministerium 17
»Volksbegehren neu« seit 30. Jänner 2018 22
Schönborn in Sarajewo: Kreuz ist Friedenszeichen 23
Jubiläum der Österreichischen Freunde von Yad Vashem 24
Fertő – Neusiedler See: Schützen durch nützen
Kärnten – Slowenien 26
Allianz zwischen Niederösterreich und Baden-Württemberg 27
Oberösterreich-Abend in Pyeongchang 28
Wieder neue Rekorde im Salzburger Tourismus 29
Vielfältige steirisch-polnische Beziehungen 30
Tirol übernimmt EUSALP-Präsidentschaft 31
Europa-Initiative »Wir sind Europa!« vorgestellt 34
Smart City-Projekt in der Seestadt Aspern 35
Transsibirische Eisenbahn kommt nach Österreich 36
Doppelmayr eröffnete die längste Seilbahn der Welt 37
Austrian Art 1860-1960 38
China feierte traditionelles Neujahr in Bad Goisern 39
Wiener Ball-Luft in Brüssel 40
Wiener Bälle in Sofia 43
Tirol hat gewählt 46
Kärnten hat gewählt 52
Gedenkveranstaltung zur Ausschaltung des Parlaments 58

»Burgenland Journal«
Erster offizieller Besuch des Staatsoberhaupts 60
Landesregierung legt Fahrplan für 2018 fest 64
»7 Tage, 7 Bezirke, 7 Abenteuer« 66
Landessicherheitsrat installiert 66
Der März steht im Zeichen der Frauenrechte 67
Burgenland und Esterházy einigen sich auf Zusammenarbeit. 68
Mattersburg als beliebter Wohnort 69
Oberwarter Wirtschaftsgespräche 69
Schivergnügen für Familien 70
Weinbautag 2018 72
KünstlerInnen sehen das Burgenland 73

Arbeitsmarktsituation 76
Konjunkturdynamik hat vorläufigen Höhepunkt erreicht 78
Wiener Börse Standortumfrage 80
100 Jahre Republik Österreich 81
Bevölkerungszahl stieg zu Jahresbeginn auf rund 8,82 Mio. 84
40 Jahre U-Bahn in Wien 85
»Gläserner Leopold« für Edgar Niemeczek zum 60er 86
Großes Goldenes Ehrenzeichen für LH a.D. Josef Pühringer 87
Goldene Kamera für Christiane Hörbiger geehrt 88
»Wiener Stadthallen Flügel« für Helene Fischer 89
50 Jahre Orthodoxengesetz 90
Falstaff Restaurantguide 2018 92
Kultureller Schmelztiegel 93
Quantencomputer kommt 96
77 Billionen Rechnungen 97
Neuer Quantenspeicher behält Information über Stunden 98
Designtes Molekül hemmt Krebszellen 99
WOW! The Heidi Horten Collection 100
Das Wiener Aquarell 103
»IRONIMUS 90.« 107
ÖJ-Kreuzworträtsel 110

EU-Vorsitz Österreichs **14**

1933: Gedenkveranstaltung im Parlament 58

100 Jahre Republik Österreich **81**

Kultureller Schmelztiegel **93**

WOW! The Heidi Horten Collection **100**

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: ÖVP / Jakob Glaser; LPD Kärnten. S. 2: BKA / Dragan Tatic; Parlamentsdirektion / Thomas Topf; BKA / Andy Wenzel; OREA / Julia Budka; Leopold Museum, Wien / Lisa Rastl

Bundespräsident warb bei UNO-Menschenrechtsrat um Kandidatur

Angesichts der jüngsten Entwicklungen muß in Erinnerung gerufen werden, daß diese »erzielten Fortschritte nicht unumkehrbar« seien – »Menschenrechte müssen immer wieder gefördert und erkämpft werden«

Fotos: HBF / Peter Lechner

Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am 26. Februar vor dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf für die Kandidatur Österreichs geworben. Er sei davon überzeugt, daß sein Land „einen wesentlichen Beitrag zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte leisten“ könne, betonte Alexander Van der Bellen in seiner Rede. Bei einer Aufnahme in den Rat (2019 bis 2021) wolle Österreich versuchen, Brücken zu bauen.

70 Jahre nach der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ und 25 Jahre nach der „Erklärung von Wien“ zog Bundespräsident Van der Bellen Bilanz. Seither „haben wir eine Architektur der Förderung zum Schutz der Menschenrechte etabliert“, stellte der Bundespräsident fest. Allerdings sollte auch angesichts der jüngsten Entwicklungen in Erinnerung gerufen werden, daß diese „erzielten Fortschritte nicht unumkehrbar“ seien. „Menschenrechte müssen immer wieder gefördert und erkämpft werden.“

Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Gespräch mit dem Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Miroslav Lajcak…

Eine „Weltkonferenz über Menschenrechte“ war im Juni 1993 in Wien abgehalten worden, wenige Jahre nach dem Ende des „Kalten Krieges“. Ein wichtiges Ergebnis war die Einrichtung des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte.

Österreich selbst sei sich auf jeden Fall seiner „besonderen Verantwortung“ im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Haßreden sowie gegen

Aufhetzung zu Gewalt und Diskriminierung bewußt, betonte Alexander Van der Bellen in seiner Genfer Rede weiter. Der Schutz von Minderheiten sei auch angesichts der Geschichte des Landes eine „langjährige Priorität“ Österreichs.

In Sachen Schutz der Menschenrechte von Frauen und Kindern habe das Land ein weiteres „klares Engagement“.

Auch unterstützte Bundespräsident Van der Bellen in seiner Rede den Aufruf von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres, die Kampfhandlungen in Syrien „unverzüglich“ zu beenden. „Die Attacken auf die Zivilbevölkerung in Syrien, und im Besonderen in Ost-Ghouta, machen uns sprachlos“, sagte der Bundespräsident, der sich der Forderung nach einem humanitären Zugang und der Achtung des Völkerrechts in dem Bürgerkriegsland anschloß.

Der Menschenrechtsrat hat 47 Mitglieder, die von der UNO-Vollversammlung für je drei Jahre gewählt werden. Zuletzt war Österreich von 2011 bis 2014 dort vertreten. Das Gremium kommt jedes Jahr dreimal in Genf zusammen, für insgesamt mindestens zehn Sitzungswochen. Alle UNO-Mitglieder müssen regelmäßig zur Lage in ihren Ländern Rede und Antwort stehen.

Ob Österreich für die Periode 2019 bis 2021 aufgenommen wird, entscheidet die UNO-Vollversammlung im Herbst in New York.

Am Nachmittag besuchte der Bundespräsident gemeinsam mit seiner Ehefrau Doris Schmidauer das Rotkreuz-Museum in Genf. Zuvor war ein Treffen mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Peter Maurer, angesetzt. Zudem eröffnete Alexander Van der Bellen die von der Caritas Vorarlberg vorbereitete Kinderrechteausstellung „Too Tall to Overlook“.

Syrien – Drängen auf humanitäre Hilfe vor Ort

Der syrische Bürgerkrieg ist auch beim UNO-Menschenrechtsrat in Genf zentrales Thema gewesen. Österreich kann nach Ansicht von Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Rahmen der EU und während der EU-Ratspräsidentschaft seinen Beitrag leisten. Dabei müßte „versucht“ werden, für humanitäre Hilfe vor Ort – auch in Libyen und Jordanien –, zu sorgen, betonte er gegenüber der APA.

Auch sollte Österreich in diesem Rahmen versuchen, „auf einen Waffenstillstand zu drängen, der dann auch hält“, sagte Van der Bellen im Hinblick auf die vom UNO-Si-

… mit dem Vorsitzenden des Staatspräsidiums von Bosnien Herzegowina, Dragan Covic …

… dem Hochkommissar der UN für Menschenrechte, Prinz Zeid Ra’ad Al Hussein …

… und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres (r.), gemeinsam mit dem Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen, Michael Moller

Fotos: HBF / Peter Lechner

cherheitsrat geforderte Waffenruhe. Und fügte hinzu, „aber wir wissen, daß sehr oft zwischen einem Beschluß und der Realität eine große Kluft“ existiere.

Die heftigen Kämpfe im syrischen Ost-Ghouta wurden am Wochenende trotz der Forderungen fortgesetzt. Dennoch will Alexander Van der Bellen den UNO-Sicherheitsrat nicht unterschätzen. Wenn das höchste UNO-Gremium „deutlich einen Waffenstillstand verlangt“, dann habe das schon „erhebliches Gewicht“.

Im Herbst läuft auch die Amtszeit des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte, Zeid Ra'ad al-Hussein, aus. An dem Jordanier, den Alexander Van der Bellen im Laufe des Vormittags kennengelernt hatte, schätze er die „Zivilcourage“. Denn Zeid Ra'ad al-Hussein habe stets „sehr deutlich, explizit“ Probleme angesprochen – damit habe er sich „nicht nur Freunde“ gemacht. Der UNO-Hochkommissar wolle auf jeden Fall nach Wien kommen.

Nach Wien, das ein großer UNO-Standort ist, hat Van der Bellen auch UNO-Generalsekretär Antonio Guterres eingeladen. Österreich unterstütze auf jeden Fall die von Guterres geplanten Reformen der Vereinten Nationen. Auch sei der gebürtige Portugiese jemand, der „Maßnahmen gegen die Klimaveränderungen sehr ernst nimmt“, lobte Van der Bellen.

Abgesehen von einem Treffen mit hochrangigen UNO-Vertretern war der Bundespräsident auch mit Dragan Covic, dem Vorsitzenden des Staatspräsidiums von Bosnien-Herzegowina, zusammengetroffen. Dabei stand die EU-Perspektive des Westbalkanlandes im Zentrum. Van der Bellen erklärte dazu, er habe „viel Sympathie“ für Beitrittsverhandlungen, aber er wolle angesichts „der inneren strukturellen Fragen“ in Bosnien-Herzegowina auch „realistisch“ bleiben.

Eröffnung der Kinderrechte-Ausstellung der Caritas Vorarlberg

Fotos: HBF / Peter Lechner

Familienfoto mit den rund 200 österreichischen WissenschaftlerInnen, mit dem Forschungsprogramm in CERN verbunden sind

»Wir sind alle aus Elektronen und Quarks, auch Sie Herr Präsident«

… mit diesen Worten hat CERN-Generaldirektorin Fabiola Gianotti Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 27. Febuar am Sitz der „Europäischen Organisation für Kernforschung“ bei Genf begrüßt. Auch Bildungsminister Heinz Faßmann wollte sich ein Bild der Station des weltgrößten Teilchenbeschleunigers LHC machen.

Und derzeitige Wartungsmaßnahmen bei einem von insgesamt vier Experimenten, die an den „Large Hadron Collider“ dranhängen, eröffneten einen seltenen Einblick rund um den LHC-Tunnel, der sich in einem Umfang von 27 Kilometern unter dem Schweizer Kanton Genf und das angrenzende Frankreich erstreckt. In dem 100 bis 150 Meter tiefliegenden LHC werden Elementarteilchen zu Forschungszwecken auf nahezu Lichtgeschwindigkeit beschleunigt und zur Kollision gebracht und die dabei entstehenden Bruchstücke von riesigen Detektoren beobachtet.

Das sei von der „Ästhetik her etwas, was ich noch nie in dieser Form gesehen habe“, sagte Alexander Van der Bellen. „Fasziniert“ zeigte er sich auch nach seinem zweiten CERN-Besuch, „wie viele Menschen aus den unterschiedlichsten, hochprofessionellen Sektoren hier zusammenarbeiten müssen“. Im Rahmen seines Besuchs trafen er und Bundesminister Heinz Faßmann auch mit verschiedenen österreichischen Forschern zusammen.

Derzeit gehören 50 ÖsterreicherInnen allein zum Stammpersonal (CERN-Personalstand: 2.560) des Kernforschungszentrums. 18 ÖsterreicherInnen sind als sogenannte Fellows dort tätig. Insgesamt, also auch jene MitarbeiterInnen miteinberechnet, die nicht von CERN bezahlt werden, sind derzeit etwa 200 österreichische Wissenschafter mit dem Forschungsprogramm verbunden.

Begeistert von CERN zeigte sich auch Bildungsminister Heinz Faßmann. „Die Hochenergiephysik ohne CERN ist wahrscheinlich so, wie ein Historiker ohne Archiv“, sagte er nach dem Besuch des „Centre Europeen pour la Recherche Nucleaire“. ■

http://www.bundespraesident.at
https://home.cern

Quelle: APA/PRK

Besuch aus Serbien

Offizieller Besuch des Präsidenten der Republik Serbien, Aleksandar Vučić, vin Österreich – Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) begrüßte den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić im Inneren Burghof in Wien.

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hat bei seinem Wien-Besuch am 2. Februar angekündigt, daß der Dialog mit Prishtina von seiten Serbiens weiter gesucht werde. Eine Annäherung mit dem Kosovo sei die Bedingung für den EU-Beitritt, den man anstrebe. Bundespräsident Van der Bellen sicherte Vučić bei einem gemeinsamen Pressegespräch dabei die „volle Unterstützung" Österreichs zu.

Frieden und Stabilität sei eine „Schlüsselfrage" für die Balkanregion, sagte Präsident Vučić. Belgrad werde „alles tun", um die Konflikte zu reduzieren. Problematisch sei insbesondere das Verhältnis zum Kosovo, den Serbien nicht anerkennt hat. Unlängst wieder aufgenommene Normalisierungsgespräche waren nach der Ermordung des Serben-Führers Oliver Ivanovic in Nordkosovo wieder abgebrochen worden.

Aleksandar Vučić erklärte in Wien, daß man diesen „eingefrorenen Konflikt" lösen

Foto: HBF / Carina Karlovits

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić (l.) und Bundespräsident Alexander Van der Bellen beim Vier-Augen-Gespräch in den Amtsräumen in der Wiener Hofburg

Österreich, Europa und die Welt

Foto: HBF / Carina Karlovits

Arbeitsgespräch im Beisein der Delegationen in der Präsidentschaftskanzlei

könne, wenn man den „Blick in die Zukunft" richte und zu Kompromissen bereit sei.

Auch was den Konflikt mit Zagreb anbelangt – eine von Serbien organisierte Ausstellung über das Ustascha-Konzentrationslager Jasenovac hatte für diplomatische Verstimmungen gesorgt –, zeigte sich Präsident Vučić zuversichtlich. Was die Vergangenheit angehe, vertrete man unterschiedliche Standpunkte, das betreffe aber nicht die Zukunft. Den Kommentatoren, die auf beiden Seiten den Konflikt anfachen wollten, dürfe man „kein Gewehr in die Hand geben".

Beide Staatsoberhäupter lobten die guten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien. Für den „guten Freund" Vučić sei der Besuch der Bundeshauptstadt aufgrund der vielen Wiener Bürger mit serbischen Wurzeln ein „Heimspiel", so Bundespräsident Van der Bellen. Der serbische Präsident bedankte sich bei Österreich für die „zweifelsfreie Unterstützung" der serbischen EU-Kandidatur, die Van der Bellen neuerlich bekräftigte. Man unterstütze die Kandidatur „voll und ganz". Im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 2018 würden die Beitrittsgesuche der Westbalkanländer „eine der Prioritäten" sein. Der unlängst von EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn genannte Zeithorizont (2025) läge durchaus im Bereich des Möglichen, so Bundespräsident Van der Bellen.

Für den angestrebten EU-Beitritt seien noch innerserbische Reformen nötig, sagte Vučić. Im Wirtschaftlichen sei man bereits weit gegangen, im rechtsstaatlichen Bereich klaffe aber noch eine gewisse „Leerstelle", die man zu füllen hoffe. Auch Bundespräsident Van der Bellen zeigte sich optimistisch, daß sich Serbien bei den Reformen „auf einem guten Weg" befinde.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Der Präsident der Republik Serbien, Aleskandar Vučić, traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) im Parlament zu Gesprächen

Der serbische Vučić machte auch auf die große und wachsende Bedeutung der österreichischen Investitionen in Serbien aufmerksam. Er hoffe, daß sich die serbische Wirtschaft mit österreichischer Unterstützung noch dynamischer entwickelt als ohnehin schon.

Man wolle für den EU-Beitritt „bereit sein", und nicht von „Gnadenakten" abhängig sein. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre habe gezeigt, daß Serbien bereit sei, Leistung zu erbringen, aber die Arbeitslosigkeit sei immer noch zu hoch.

Sobotka für Unterstützung Serbiens auf dem Weg in die EU

Ein EU-Beitritt Serbiens könnte einen Beitrag für Frieden und Stabilität auf dem Balkan leisten, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seinem Treffen mit Vučić im Parlament. Es sei deshalb wichtig, Belgrad auf seinem Weg in die EU zu begleiten und zu unterstützen. Sobotka unterstrich in diesem Zusammenhang die große Bedeutung des Westbalkans für Österreich und bekannte sich zu einer Intensivierung der Kontakte mit allen Ländern der Region. Österreich werde sich während seines EU-Vorsitzes in der zweiten Jahreshälfte besonders einbringen, um eine Verbesserung der politischen Lage auf dem Balkan zu erwirken.

Präsident Vučić bekräftigte das Interesse Serbiens an einer weiteren Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen und des wirtschaftlichen Austauschs mit Österreich, letzteres vor dem Hintergrund einer nunmehr verbesserten Wirtschaftssituation in Serbien. Zu dem von Vučić angesprochenen angespannten Verhältnis der Volksgruppen auf dem Balkan – insbesondere in Bosnien – stellte Sobotka fest, unter der Schirmherrschaft der EU könnte es hier zu Fortschritten kommen. Wichtig sei vor allem, daß der österreichische EU-Vorsitz zum Brückenbau und zur Vermittlung zwischen den ethnischen Gruppen auf dem Balkan genutzt werde.

Der Nationalratspräsident dankte Serbien überdies für dessen Beitrag zur Bewältigung der Migrationskrise und sprach sich mit Nachdruck für eine Sicherung der Außengrenze der Europäischen Union aus.

Österreich, Europa und die Welt

Kurz: Werden Serbien weiterhin auf dem Weg in die EU unterstützen

„Ich möchte die Gelegenheit heute nutzen, um mich für die gute Kooperation mit Serbien auf allen Ebenen zu bedanken und um auch ganz herzlich zur positiven Entwicklung Serbiens zu gratulieren“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz nach seinem Arbeitsgespräch mit Präsident Aleksandar Vučić im Bundeskanzleramt.

Im gemeinsamen Pressestatement strichen Vučić und Kurz die guten bilateralen Beziehung und engen wirtschaftlichen Verflechtungen beider Länder hervor: "Österreich ist der größte Auslandsinvestor in Serbien und unsere beiden Länder profitieren von den engen Wirtschaftsbeziehungen“, so Kurz mit Verweis auf die positive wirtschaftliche Entwicklung und die sinkenden Arbeitslosenzahlen in Serbien. Der Bundeskanzler betonte zudem, daß Österreich auch weiterhin Serbien auf seinem Weg in die Europäische Union intensiv unterstützen werde. Dies gelte ganz besonders während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 2018, aber auch darüber hinaus. „Wir wollen uns dafür einsetzen, daß die gesamte Region des Westbalkans Fortschritte in der Annäherung an die Europäische Union macht“, so Kurz.

Präsident Vučić bedankte sich für diese Unterstützung Österreichs sowie für die gute Zusammenarbeit während der Flüchtlingskrise. Abschließend sicherten Kurz und Vučić zu, daß man die enge Kooperation aufrechterhalten und noch weiter intensivieren wolle.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić wurde von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Bundeskanzleramt empfangen.

Foto: WKÖ / Georges Schneider

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić führte Wirtschaftsgespräche mit Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl.

Leitl: Es gibt ganz sicher noch Luft nach oben

„Österreich ist nach wie vor der größte Auslandsinvestor in Serbien, auch wenn andere Kontinente und auch europäische Länder wie Deutschland sich dort zunehmend im industriell-gewerblichen Sektor engagieren. Unsere führende Wirtschaftsposition mit diesem aufstrebenden Land müssen wir weiter verstärken“, betonte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, der im Vorfeld des Staatsbesuchs von Serbiens Präsident Aleksander Vučić in Österreich bereits am Abend zuvor zu einem Gespräch mit dem serbischen Präsidenten, dem serbischen Kammerpräsidenten Marko Čadež sowie führenden österreichischen Unternehmen zusammengetroffen war.

Die serbische Wirtschaft biete nach wie vor viele Chancen für Österreich, so Leitl. „Die Sympathie für unser Land ist eine hervorragende Ausgangsbasis zur Herstellung von Kontakten und für die Umsetzung von Investitionsvorhaben. Dies gilt auch für den Dienstleistungsbereich wie beispielsweise den Tourismus oder das duale Ausbildungssystem.“

Direkter Kontakt mit Unternehmen

Ziel der Zusammenkunft führender österreichischer Unternehmen mit Staatspräsident Vučić und Kammerpräsident Čadež war die Herstellung von direkten Kontakten und Informationen, die bei der Umsetzung einer aktiven Außenhandelsstrategie Österreichs in Richtung Serbien hilfreich und unterstützend sind.

Das bilaterale österreichisch-serbische Handelsvolumen beträgt rund eine Milliarde Euro und entwickelt sich sehr dynamisch. Zu den umsatzstärksten österreichischen Waren-Exportgruppen zählen Maschinen und elektrische Anlagen, pharmazeutische Erzeugnisse, Glas und Glaswaren, Kunststoffe, Traktoren und Anhänger. Die österreichischen Investitionen in Serbien liegen bei über zwei Milliarden Euro, knapp 400 österreichische Unternehmen sind vor Ort vertreten. „Beim Handelsvolumen wie bei den Auslandsinvestitionen haben wir gute Werte erreicht. Angesichts der Möglichkeiten in dem Land gibt es in den österreichischen Wirtschaftsbeziehungen mit Serbien aber ganz sicher noch Luft nach oben“, betonte der WKÖ-Präsident abschließend. ■

https://www.bundespraesident.at
https://www.parlament.gv.at
https://www.bundeskanzleramt.gv.at
https://www.wko.at

Besuch aus der Ukraine

Offizieller Besuch des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, in Österreich – Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundeskanzler Sebastian Kurz

Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) geleitet den Präsidenten der Urkaine, Petro Poroschenko, in seine Amtsräume.

Bundespräsident Alexander Alexander Van der Bellen hat am 8. Februar den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zu einem Arbeitsgespräch getroffen. Beide betonten die guten bilateralen Beziehungen und stimmten überein, daß das Minsker Abkommen vollständig umgesetzt werden müsse. Im März wird Alexander Van der Bellen auf Einladung Poroschenkos die Ukraine besuchen.

Österreich sei eines der ersten Länder gewesen, das die Ukraine anerkannt hätte, betonte Bundespräsident Van der Bellen im Anschluß an das Gespräch. „Seither haben sich die bilateralen Beziehungen sowohl ökonomisch, politisch als auch kulturell sehr gut entwickelt. So sei Österreich der sechstgrößte Investor in der Ukraine und österreichische Firmen würden über 30.000 Personen in der Ukraine beschäftigen, sagte Alexander Van der Bellen. „Trotzdem gibt es viel Potential zur Verbesserung der Zusammenarbeit".

Petro Poroschenko betonte, er sei „Österreich sehr dankbar für die Unterstützung der EU-Sanktionen gegen Rußland bis zur vollständigen Implementierung des Minsker Abkommens". Er sei Österreich auch sehr dankbar für die medizinische Versorgung verwundeter Kämpfer, so Poroschenko. Alexander Van der Bellen versicherte, daß Österreich keine Initiativen zur Abschaffung der Rußland-Sanktionen setzen werde, solange sich die Situation in der Ostukraine und auf der Krim nicht ändere. Dies seien „notwendige Maßnahmen", auch wenn Österreich wirtschaftlich davon durchaus betroffen sei.

Daß Österreich die Ukraine künftig als sicheres Herkunftsland betrachte, unterstütze er vollkommen, sagte Petro Poroschenko. „Auch während den Zeiten der russischen

Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) und Außenminister Karin Kneissl begrüßten den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko.

Aggression ist es uns gelungen 1,6 Millionen Binnenflüchtlinge zu versorgen“, betonte er.

Sobotka betont Wichtigkeit des Minsker Abkommens

Bei seinem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko im Parlament betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 8. Februar die Rolle der parlamentarischen Versammlung der OSZE für Gespräche zwischen der Ukraine und Rußland. „Ich denke, gerade die parlamentarische Dimension der OSZE eignet sich als Plattform des Dialogs zur Entschärfung des Konflikts“, sagte Sobotka, der im bilateralen Austausch mit Poroschenko außerdem seine Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß die im Minsker Abkommen festgehaltenen Schritte umgesetzt werden. Für Sobtoka ist das Abkommen der richtige Weg zu einer anhaltenden politischen Lösung der angespannten Lage im Donbass.

Eine der schwierigsten und dringendsten Fragen sieht der Nationalratspräsident zudem in der Rückkehr der russischen Parlamentarierdelegation in den Europarat. Österreich sei sich der Brisanz des Konflikts sowie der daraus resultierenden Konsequenzen sehr bewußt, weshalb man als Brückenbauer stets beide Konfliktparteien einbeziehen wolle. Nur so könne die Problematik gelöst und nachhaltiger Friede in Europa erreicht werden, sagte Sobotka.

Beide Seiten bekannten sich zur weiteren Intensivierung der bilateralen Kontakte auf allen Ebenen.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Wolfang Sobotka (l.) mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko bei der Eintragung ins Gästebuch des Parlaments im Palais Epstein

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko nach ihrem Gespräch im Bundeskanzleramt

Kurz: Unterstützung Österreichs für positive Entwicklung in der Ostukraine

„Österreich und die Ukraine können auf eine gute Kooperation in der Vergangenheit verweisen und wir wollen das auch in Zukunft so fortsetzen. Besonders bedanken möchte ich mich auch für die enge Zusammenarbeit während des österreichischen OSZE-Vorsitzes im Vorjahr“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz nach dem Arbeitsgespräch mit dem ukrainischen Präsidenten im Bundeskanzleramt.

Sowohl der Bundeskanzler als auch der ukrainische Präsident verwiesen auf die guten bilateralen Beziehungen beider Länder. „Österreich ist einer der größten Investoren in der Ukraine und wir haben ein massives wirtschaftliches Interesse an einer guten Entwicklung des Landes. Aber auch historisch, politisch und menschlich gesehen haben wir enge Verbindungen. Daher freut es mich, daß versucht wird, notwendige Reformen im Land voranzutreiben“, so Kurz.

Während des österreichischen OSZE-Vorsitzes 2017 sei es ein wichtiges Anliegen gewesen, die Beobachtermission in der Ostukraine zu stärken. „Unser Ziel war und ist es weiterhin, eine positive Entwicklung in der Ukraine zu forcieren, einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen und das Leid der Menschen in der Ostukraine zu beenden. Dazu wollen wir auch weiterhin einen Beitrag leisten“, sagte der Bundeskanzler. Der ukrainische Präsident bedankte sich für die bisherige Unterstützung Österreichs, insbesondere im Rahmen des OSZE-Vorsitzes. Auch er hoffe auf eine künftig noch engere Zusammenarbeit beider Länder.

Bundeskanzler Kurz äußerte abschliessend die grundsätzliche Bereitschaft Österreichs, eine mögliche Friedensmission der Vereinten Nationen in der Ukraine zu unterstützen. Für eine derartige Mission seien allerdings noch Verhandlungen auf internationaler und europäischer Ebene notwendig. Er sehe dafür aber bereits positive Signale, international und auch von russischer Seite. In Österreich sei eine mögliche Beteiligung an einer Mission freilich noch innerhalb der Regierung abzuklären. Wenn es Bedarf gäbe, werde sich Österreich wie in der Vergangenheit bemühen, einen Beitrag zu leisten. ■

https://www.bundespraesident.at
https://www.parlament.gv.at
https://www.bundeskanzleramt.gv.at

Österreich, Europa und die Welt

Besuch aus der Slowakei

Offizieller Besuch des Präsidenten der Slowakei, Andrej Kiska, in Österreich – Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl

Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) begrüßte den slowakischen Präsidenten Andrej Kiska am Wiener Hauptbahnhof

Der slowakische Präsident Andrej Kiska ist am 19. Februar mit dem Zug nach Wien gereist. Am Hauptbahnhof wurde er von Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfangen. Die beiden besichtigten das Kunst-Projekt „T.R.A.M. – Zeitreise Wien-Pressburg“ anläßlich 25 Jahre bilaterale Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei. Dabei handelt es sich um von Künstlern gestaltete Zugwaggons.

Andrej Kiska betonte dabei, daß das Projekt für ihn von symbolischer Bedeutung sei. Als er das erste Mal Westeuropa besuchte, sei dies nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 mit dem Zug nach Wien erfolgt, berichtete er. Präsident Kiska verwies auf die Nähe von Wien und Bratislava als die nächstgelegenen Hauptstädte Europas. Die 69 km lange Strecke zwischen Bratislava und Wien wurde 1914 eröffnet.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen sprach von einer „starken Verknüpfung“

Foto: HBF / Peter Lechner

Beim Vier-Augen-Gespräch der beiden Staatsoberhäupter: Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) und Präsident Andrej Kiska in der Wiener Hofburg

der „Zwillingsstädte“. Mit dem Ausbau der Bahnverbindung werde die Reise künftig nur mehr eine dreiviertel Stunde dauern. Früher hätte es mehr als zwei Stunden gebraucht.

Sobotka: Slowakei ist enger Partner Österreichs in der EU

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bekannte sich bei seinem Treffen mit Staatspräsident Andrej Kiska im Parlament zur weiteren Vertiefung der Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei und trat insbesondere für einen verstärkten bilateralen Austausch auf parlamentarischer Ebene und eine Intensivierung der Kooperation bei Infrastruktur und Bildung ein. Er sprach in diesem Zusammenhang das freundschaftliche nachbarschaftliche Verhältnis und die exzellenten Wirtschaftsbeziehungen an und hob die Rolle der Slowakei als enger Partner Österreichs in der Europäischen Union hervor.

Der erfolgreiche EU-Vorsitz der Slowakei werde jedenfalls in vielen Bereichen beispielgebend für die österreichische Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte sein, unterstrich der Nationalratspräsident. Als eine der zentralen Herausforderungen nannte er dabei die Bewältigung der Auswirkungen des Brexit auf den EU-Haushalt. Österreich lehne als Nettozahler eine Erhöhung seiner Beiträge ab, bekräftigte Sobotka mit Nachdruck. Vielmehr gelte es, die Strukturen der Union zu überdenken und die vorhandenen Mittel effizienter und nachhaltiger einzusetzen.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Besuch des Präsidenten der Slowakischen Republik Andrej Kiska (l.) bei Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Foto: ÖBB / Marek Knopp

Am Wiener Hauptbahnhof (v.l.): ZSSK-Vorstandsvorsitzender Filip Hlubocký, Präsident Andrej Kiska, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und ÖBB-CEO Andreas Matthä

T.R.A.M. – Zeitreise Wien-Pressburg

Der Zug wird im Rahmen des Kunst-Projektes „T.R.A.M. – Zeitreise Wien-Pressburg“ bis November elf Mal täglich zwischen den beiden Städten verkehren. Er wird in Kooperation der ÖBB und ZSSK geführt. Das Projekt wurde von der Österreichischen Botschaft Pressburg initiiert und soll Wien und Bratislava auf eine künstlerische Weise verbinden.

Gemeinsam mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Andrej Kiska, ÖBB-CEO Andreas Matthä und ZSSK-CEO Filip Hlubocký feierten zahlreiche geladene Gäste aus Wirtschaft, Politik und Kultur die offizielle Eröffnung des Kunst-Projektes. Nach einer kurzen Ansprache wurde der Zug besichtigt, in dem mehrere KünstlerInnen ihre Installationen präsentierten.

„Ich hoffe, daß dieses Kulturprojekt das Band unserer Länder, erweitert, intensiviert und festigt. Dieses gemeinsame Projekt ist durchaus Sinnbild unserer Verhältnisse zueinander: Die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten sind nämlich exzellent, sei es im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder zwischenmenschlichen Bereich“, betonte Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

„Dieses Projekt drückt symbolisch unsere freundlichen Beziehungen, sowie ihre starken historischen und kulturellen Bände zwischen der Slowakei und Österreich aus. Und das auch im Kontext von mehreren bedeutenden Jubiläen, an die wir uns dieses Jahr gemeinsam erinnern. Ich hoffe, daß diese ausgezeichnete Initiative auch dazu beiträgt, daß sich unsere Menschen gegenseitig noch besser kennenlernen“, so Andrej Kiska.

„Kunst ist etwas, das Menschen verbindet, Emotionen und Leidenschaft erzeugt. Seit mehr als 100 Jahren fahren Reisende zwischen den beiden Städten um zu arbeiten, einzukaufen, Verwandte zu besuchen oder einfach nur Kunst und Kultur zu genießen. Gegenwärtig sprechen wir von etwa 5.000 Fahrgästen täglich, diese Zahl wird aber in den nächsten Jahren deutlich steigen“, so der Vorstandsvorsitzende der ÖBB-Holding AG, Andreas Matthä, anläßlich der Eröffnung.

„Projekte wie das ‚T.R.A.M.‘ helfen bei intensiverer Verständigung zwischen unseren Ländern. Es freut mich sehr, daß dieses Kulturprojekt den grenzüberschreitenden Zugverkehr zwischen unseren Städten – der für uns in der ZSSK eine Herzensangelegenheit ist – unterstützt“, so Vorstandsvorsitzender Filip Hlubocký. ■

https://www.bundespraesident.at
https://www.parlament.gv.at
http://www.oebb.at
http://www.zssk.sk

Kurz bei Putin

Bundeskanzler Sebastian Kurz führte Gespräch mit Präsident Wladimir Putin über bilaterale Beziehungen, den Ukraine-Konflikt, Syrien und Wirtschaftsbeziehungen.

Bundeskanzler Sebastian Kurz reiste am 27. Februar zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau. Im Zentrum der Reise stand ein Arbeitsgespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, mit dem Kurz unter anderem die bilateralen Beziehungen beider Staaten, das Verhältnis zwischen Rußland und der EU, den Ukraine-Konflikt und die aktuelle Lage in Syrien besprach.

Die aktuelle Situation im Syrien-Konflikt bezeichnete Bundeskanzler Kurz als „dramatisch". Rußland könne und müsse seine internationale Position in der Weltpolitik dafür nützen, um das Leid der Menschen vor Ort zu stoppen. „Es ist eine furchtbare Situation. Wir haben seitens der Europäischen Union die klare Erwartungshaltung, daß Rußland hier seiner Verantwortung nachkommt und einen Beitrag leistet, mitzuwirken, daß das Blutvergießen beendet wird", so der Bundeskanzler. Die UN-Sicherheitsratsresolution 2401 für eine Waffenruhe sei ein wichtiger Schritt, den es nun umzusetzen gelte. „Was nun dringend nötig ist, sind humanitäre Korridore, um die Menschen besser zu versorgen und sicherzustellen, daß sich die Situation für die Zivilbevölkerung dort verbessert."

Im Ostukraine-Konflikt betonte Kurz Österreichs Rolle als Brückenbauer zwischen den Konfliktparteien. „Neutrale Staaten wie Österreich haben eine besondere Glaubwürdigkeit bei beiden Seiten." Österreich habe ein großes Interesse, das Leid der Menschen zu lindern, zugleich sei auch die „Sicherheit und Stabilität in Österreich abhängig von der Stabilität in der weiteren Nachbarschaft, und da gehört die Ukraine definitiv dazu", so Kurz. Hinsichtlich einer österreichischen Beteiligung an einer möglichen UNO-Mission in der Ostukraine zeigte sich der Bundeskanzler gesprächsbereit.

Zur Frage der EU-Sanktionen gegen Rußland betonte er, das wichtigste Ziel müsse es sein, gegenseitige Spannungen abzubauen. Entscheidungen über Sanktionen müßten jedoch in Brüssel getroffen werden, Österreich trage die gemeinsamen Sanktionen der EU mit. Im Gegenzug zu Fortschritten im Friedensprozeß sollte es auch ein stückweises Abbauen der Sanktionen geben, so Sebastian Kurz.

Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) im Gespräch mit Rußlands Präsident Wladimir Putin…

Zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Österreich sagte der Bundeskanzler: „Rußland ist ein Markt mit viel Potential für die österreichische Wirtschaft", und verwies dabei auf die positive Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr. Demnach stiegen die österreichischen Importe aus Rußland um 14 Prozent, die österreichischen Exporte wuchsen im ersten Halbjahr 2017 um 16,5 Prozent auf ein Volumen von rund zwei Milliarden Euro. Im Tourismus habe es im Jahr 2017 bei den Ankünften eine Steigerung von 25 Prozent gegeben. Die beiden Regierungschefs bekräftigten zudem ihre gemeinsame Unterstützung für das Gaspipeline-Projekt „Nord Stream 2". Bei dem Projekt gehe es insbesondere um eine Differenzierung der Routen und damit einhergehend um eine Erhöhung der Energie-Sicherheit. „Für uns ist es ein positives Projekt", so Kurz. Es gelte jedenfalls noch zu klären, welchen Einfluß das Projekt auf andere Staaten habe. Präsident Putin betonte unter Verweis auf das Jubiläum von 50 Jahren russischer Gaslieferungen nach Österreich, daß Rußland seine Zuverlässigkeit als Energielieferant bewiesen habe.

Bei seiner Reise nach Moskau traf der Kurz auch mit dem russischen Wirtschaftsentwicklungsminister Maxim Oreschkin, dem Energieminister Alexander Nowak und Gazprom-Chef Alexei Miller zusammen. Desweiteren fand in der österreichischen Botschaft ein Treffen mit Vertretern des Sacharow-Zentrums, der Menschenrechtsorganisation Memorial, des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum sowie der auf Wahlbeobachtung spezialisierten Organisation Golos statt. ■

http://www.austria.gv.at

Fotos: BKA / Dragan Tatic

… und bei der gemeinsamen Pressekonferenz im Kreml

EU-Vorsitz Österreichs

Subsidiarität, Westbalkan, Brexit und EU-Budget fixe Verhandlungsthemen – Pläne der EU für 2018 im Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramts

Der österreichische EU-Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2018 ist nicht nur eine wichtige Aufgabe für die Bundesregierung, sondern auch eine große Ehre für unser Land. Wir bereiten uns intensiv darauf vor, und dazu gehört auch eine enge Abstimmung mit der EU-Ebene“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 13. Februar nach dem Arbeitsgespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, im Bundeskanzleramt. Neben den Vorbereitungen für den EU-Vorsitz habe er sich mit dem Ratspräsidenten auch über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen und den anstehenden EU-Austritt Großbritanniens ausgetauscht, berichtete Kurz im gemeinsamen Pressestatement nach dem Arbeitstreffen.

„Ein Schwerpunkt während des österreichischen EU-Vorsitzes wird das Thema Sicherheit sowie der Kampf gegen illegale Migration sein. Am 20. September dieses Jahres werden wir zu einem informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs einladen, der sich diesem Themenkomplex widmen wird“, so Kurz, der sich bei Donald Tusk für das „ausgezeichnete Gespräch und die gute Zusammenarbeit“ bedankte. Der Ratspräsident betonte seinerseits als prioritäre Themen den langfristigen EU-Finanzrahmen, den Kampf gegen die illegale Migration, Verteidigung, Sicherheit, Digitalisierung und Bildung. Für den EU-Haushalt ab dem Jahr 2020 gelte es eine Balance zwischen bisherigen und neuen Prioritäten zu finden. Mit dem proeuropäisch eingestellten Bundeskanzler Sebastian Kurz sehe er den österreichischen EU-Vorsitz in guten Händen, so Tusk abschließend.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 13. Februar empfing Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) den Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk,zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt in Wien.

Österreichs Vorsitz zum dritten Mal

Österreich übernimmt also am 1. Juli 2018 zum dritten Mal, nach 1998 und 2006, für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Der Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2018 findet jedoch unter anderen Rahmenbedingungen statt als die früheren. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wurde die Stellung des rotierenden Vorsitzes durch die Schaffung des Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie durch die Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments verändert. Als Vorsitzland trägt Österreich wesentlich zur gesetzgeberischen und politischen Arbeit des Rates bei, die freien Gestaltungsmöglichkeiten sind im Vergleich zu den Ratsvorsitzen 1998 und 2006 jedoch eingeschränkter.

Die Aufgaben des Ratsvorsitzes sind aber nach wie vor vielfältig und anspruchsvoll:

- Erstellung von Tagesordnungen und Festlegung der Themen für die Sitzungen des Rates sowie der zahlreichen Vorbereitungsgremien und Arbeitsgruppen;
- Führen des Vorsitzes in den Sitzungen der Räte, die nicht von der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik oder dem Präsidenten des Europäischen Rates geleitet werden, wie z.B. Rat Allgemeine Angelegenheiten (RAA), Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) und Rat für Justiz und Inneres (JI);
- Vorsitzführung in den meisten Vorbereitungsgremien und Arbeitsgruppen;
- Verhandlungsführung in den so genannten Trilogen mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, um Gesetzesvorhaben zu einem Abschluß zu bringen;
- Koordinierung der politischen Maßnahmen der Mitgliedsländer.

Die Übernahme des Vorsitzes im Rat der Europäischen Union bedeutet somit zusätzliche Aufgaben und Verpflichtungen für Österreich im Dienste der Europäischen Union.

Die Rahmenbedingungen

Der Rahmen für die inhaltliche Arbeit für den Ratsvorsitz wird von mehreren Faktoren bestimmt. Seit dem Vertrag von Lissabon erstellen Gruppen von jeweils drei Mitgliedsländern („Trioratspräsidentschaft“) ein gemeinsames Arbeitsprogramm für 18 Monate. Diese engere Koordinierung über einen längeren Zeitraum soll die Kontinuität der Arbeit des Rates erhöhen. Österreich befindet sich mit Estland (Vorsitz im Rat der EU im 2. Halbjahr 2017) und Bulgarien (Vorsitz im 1. Halbjahr 2018) in einer Trioratspräsidentschaft. Das Trioprogramm, welches am 20. Juni 2017 durch den Rat angenommen wurde, basiert auf der „Strategischen Agenda für die Union in Zeiten des Wandels“ des Europäischen Rates vom Juni 2014. Als weitere Orientierung dienen das Jahresarbeitsprogramm der Europäischen Kommission sowie die Gemeinsame Erklärung der EU-Institutionen, die im Dezember 2017 verabschiedet wurde und die legislativen Prioritäten bis zu den Europawahlen 2019 festlegt.

Das Trioprogramm gliedert sich in folgende fünf Themenbereiche:

- Eine Union der Arbeitsplätze, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit,

Österreich, Europa und die Welt

- eine Union, die jeden ihrer Bürger befähigt und schützt,
- auf dem Weg zu einer Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik,
- eine Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und
- die Union als starker globaler Akteur

Die wichtigsten Punkte des Trioprogramms sind: Umsetzung der Europäischen Sicherheitsagenda sowie der Europäischen Migrationsagenda; Kampf gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus; Umsetzung der Globalstrategie der Europäischen Union; Erweiterung betreffend Westbalkan; Kooperation mit Partnern im Mittelmeerraum, um Ursachen für Fluchtbewegungen und illegale Migration zu bekämpfen; Fortsetzung und Abschluß von unterschiedlichen Vorhaben zum digitalen Binnenmarkt; effiziente Besteuerung, Kampf gegen Steuerbetrug; Förderung von jungen Menschen (Bildung und Training); weitere Umsetzung der „Agenda 2030" der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung; Investitionen in Wachstum und Arbeitsplätze, inkl. Forschung und Innovation; Kampf gegen Armut sowie soziale Ausgrenzung; Fortsetzung der Arbeit an einer nachhaltigen, widerstandsfähigen und effektiven Energieunion; Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der EU 2030 Ziele zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Stand der Vorbereitungen in Österreich

Der EU-Ratsvorsitz Österreichs ist ein Vorhaben der gesamten Bundesregierung. Im Juni 2016 wurde eine Lenkungsgruppe auf interministerieller Ebene unter dem gemeinsamen Vorsitz des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres eingerichtet, die sich aus Vertretern aller Bundesministerien sowie des Parlaments, der Länder, der Präsidentschaftskanzlei und der Sozialpartner zusammensetzt. Die Hauptaufgaben der Lenkungsgruppe sind die inhaltliche Vorbereitung sowie die Planung von politischen Tagungen und sonstigen Veranstaltungen während des Ratsvorsitzes. Mit der Neuordnung der Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Bundesministerien im Rahmen des neuen Bundesministeriengesetzes vom 8. Jänner 2018 liegt die Koordination der innerösterreichischen Vorbereitungen für den EU-Ratsvorsitz nun im alleinigen Aufgabenbereich des Bundeskanzleramtes.

Des Weiteren wurde im Dezember 2016 ein für organisatorische und logistische Fragen zuständiges Exekutivsekretariat eingerichtet. Die Aufgaben des Exekutivsekretariats umfassen die praktische Planung und Durchführung von Tagungen, Akkreditierungen der TeilnehmInnen, Website, Logistik usw. Das Exekutivsekretariat ist somit für alle Ministerien der zentrale Ansprechpartner in den erwähnten Bereichen, um beim EU-Ratsvorsitz Synergieeffekte zu erzielen und kosteneffizient zu arbeiten. Die Zuständigkeit für das Exekutivsekretariat lag bis Anfang 2018 beim Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, mit Zeitpunkt 8. Jänner 2018 wurde die Zuständigkeit dem Bundeskanzleramt übertragen.

Foto: BKA / Regina Aigner

EU-Minister Gernot Blümel bereitet Österreich auf den EU-Vorsitz vor.

Das Vorsitzprogramm

Das nationale Vorsitzprogramm wird derzeit erarbeitet und soll kurz vor Vorsitzübernahme präsentiert werden, wie im Bericht des Bundeskanzlers sowie des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien über das EU-Arbeitsprogramm für 2018 zu lesen ist.

In den Vorsitz werden die Diskussionen zum mehrjährigen Finanzrahmen und der Verhandlungsabschluß zum Brexit fallen. Die Kommission will ihre Vorschläge zum Budget bis Ende Mai vorlegen, ausverhandelt soll der neue EU-Haushalt dann bis Ende 2019 werden. Aus österreichischer Sicht soll die EU sparsamer werden und sich im Sinne der Subsidiarität auf die wesentlichen Bereiche fokussieren, wie dem Bericht des Bundeskanzleramts zu entnehmen ist. Was den Brexit selbst betrifft, wird die geplante zweijährige Übergangsregelung von Seiten Österreichs unterstützt. Die Brexit-Verhandlungen müssen jedenfalls bis Herbst 2018 abgeschlossen werden, um eine Genehmigung durch das Europäische Parlament sowie des Vereinigten Königreichs vor Ablauf der festgelegten Zweijahresfrist für den Ausstieg zu gewährleisten.

Taskforce Subsidiarität: Erste Ergebnisse Mitte Juli

Unter dem österreichischen Ratsvorsitz, nämlich am 15. Juli, werden außerdem erste Ergebnisse der im letzten November von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eingesetzten Taskforce für Subsidiarität, Proportionalität und „Weniger, aber effizienteres Handeln" präsentiert. Zu erwarten sind Empfehlungen zur besseren Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und der Verhältnismässigkeit sowie Vorschläge für jene Bereiche, die in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten zurückübertragen werden könnten.

Beitrittsperspektive für den Westbalkan: Österreich führt Bemühungen Bulgariens fort

In Sachen EU-Erweiterung will die Kommission den Beitrittsprozeß für die Westbalkanstaaten Montenegro, Serbien, Mazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie den Kosovo vorantreiben. Im Februar hat die Kommission dazu ihre Westbalkanstrategie vorgelegt, noch im April soll das Erweiterungspaket folgen, das EU-Gipfeltreffen unter bulgarischem Vorsitz in Sofia Mitte Mai wird sich hauptsächlich um die Beitrittsperspektive für den Westbalkan drehen. Österreich will die Bemühungen Bulgariens unter seinem Vorsitz fortführen. Zu erwarten sind konkrete Fortschritte im Beitrittsprozeß der Westbalkanstaaten und ein Abschluß weiterer Verhandlungskapitel mit Serbien und Montenegro.

Unter österreichischem Ratsvorsitz soll auch der Dialog zwischen den Mitgliedsstaaten zur Förderung und Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit fortgesetzt werden. Die EU-Kommission sieht etwa in Folge von Justizreformen in Polen die Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit und hat erst letzten Dezember ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags eingeleitet.

Die EU beabsichtigt außerdem, die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen sowie die Bankenunion zu vollenden. Österreich begrüßt beide Vorhaben prinzipiell, einige Vorschläge, wie etwa die Einrichtung eines Europäischen Wirtschafts- und Finanzministers, sieht man allerdings kritisch.

Zu klären gibt es innerhalb der Union in den nächsten Monaten auch institutionelle

Fragen wie die Sitzverteilung im Europäischen Parlament für seine nächste Funktionsperiode bis 2024. Seitens Österreich spricht man sich für eine Einsparung der durch den Brexit freiwerdenden Sitze und damit eine Verkleinerung des Parlaments aus, abgelehnt wird die Aufteilung über transnationale Listen. Wird das Mißverhältnis der sogenannten degressiven Proportionalität wie vorgeschlagen korrigiert und damit 22 der 73 frei werdenden Sitze des Vereinigten Königreichs unter den Mitgliedsstaaten verteilt, könnte Österreich in Zukunft ein Mandat mehr und damit 19 Sitze im Europäischen Parlament bekommen. Im Raum steht auch eine Reserve für Sitze zukünftiger EU-Erweiterungen.

Die Kommission plant außerdem ein gemeinsames Transparenzregister für Lobbyisten in den drei großen EU-Organen. Mit einer Einigung wird unter der bulgarischen Ratspräsidentschaft gerechnet, was bedeuten würde, daß das neue Transparenzregister erstmals unter österreichischem Vorsitz zur Anwendung kommt.

Während des Vorsitzes Österreichs könnten zudem die seit 2012 laufenden Verhandlungen über eine Neuregelung des Untersuchungsrechts des Europäischen Parlaments gegenüber der Kommission wieder aufgenommen werden. Geht es um das sogenannte Demokratiepaket der EU, sollte die Reform der Europäischen Bürgerinitiative noch vor Beginn des zweiten Halbjahres abgeschlossen werden. Der Vorschlag beinhaltet u.a. die Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre. Die Verhandlungen über die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen werden wahrscheinlich in den Vorsitz Österreichs hineinreichen.

Aktualisierung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste wartet auf Abschluß

In Sachen Kunst, Kultur und Medien ist u.a. die Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, durch die aufgrund des sich ändernden Medienkonsums neben dem linearen Fernsehen auch Online-Videodienste mitberücksichtig werden sollen, zu einem Abschluss zu bringen. Österreich spricht sich dafür aus, daß auch Video-Sharing-Plattformen, wie Soziale Netzwerke, insbesondere in Sachen Werbung und Jugendschutz unter die neuen Regelungsbereiche fallen.

Auf dem Plan der Kommission steht außerdem das Thema Cybersicherheit. Prinzipiell wird angestrebt, die Reaktionsfähigkeit auf Cyberangriffe innerhalb der Union zu verbessern. Unter österreichischem Vorsitz wird der Abschluß des sogenannten Cybersecurity-Act, durch den etwa die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherung in eine EU-Cybersicherheitsagentur umgewandelt werden soll, angestrebt.

Thema wird im zweiten Halbjahr außerdem die Überarbeitung der Europäischen Kulturagenda sein. Für die Verlängerung des EU-Programms „Creative Europe“ nach 2020, mit dem Europas Kreative und Kulturschaffende gefördert werden, wird mit dem Beginn der Detailverhandlungen unter österreichischen Vorsitz gerechnet.

Die nächste EU-Trioratspräsidentschaft übernehmen mit 1. Jänner 2019 Rumänien, Finnland und Kroatien. ■

https://www.bmeia.gv.at
https://www.parlament.gv.at

Quellen: BMEIA, Parlamentskorrespondenz

Haslauer lädt Papst Franziskus persönlich nach Salzburg ein

Foto: BKA / Dragan Tatic

Landeshauptmann Wilfried Haslauer (l.) und Bundeskanzler Sebastian Kurz der Audienz von Papst Franziskus im Vatikan.

Krisen wie die aktuellen Kämpfe in Syrien, das Migrationsthema, die Verfolgung der Christen im Nahen Osten, der Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt oder die Bedeutung kirchlicher Einrichtungen für das Gemeinwesen in Österreich standen am 5. März auf der Agenda des Vier-Augen-Gesprächs zwischen Bundeskanzler Sebastian Kurz und Papst Franziskus im Vatikan.

Anläßlich des 200-Jahr-Jubiläums des Liedes „Stille Nacht! Heilige Nacht!“ und der damit untrennbar verbundenen Friedensbotschaft hat Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Mitglied der Delegation, den Heiligen Vater persönlich über das Jubiläumsjahr 2018 informiert und seine Einladung nach Salzburg bekräftigt. Der hat die Einladung sowie ein Faksimile des Autographen von Franz Xaver Gruber und Joseph Mohr wohlwollend entgegengenommen und sich herzlich dafür bedankt. Eine definitive Zu- oder Absage des Papstes gibt es naturgemäß noch nicht.

Haslauer sagte, es freue ihn sehr, daß er Papst Franziskus persönlich informieren und „unsere Einladung nach Salzburg in seine Hände übergeben konnte. Das in Salzburg entstandene Weihnachtslied ist nicht nur weltweit bekannt, es ist auch von der UNESCO als immaterielles Kulturerbe anerkannt. Die universelle Friedensbotschaft des Liedes nehmen wir zum Anlaß, die Sehnsucht nach Frieden neu zu reflektieren und zu verbreiten. Die Salzburger Landesregierung hat ja beschlossen, die Stille Nacht-Friedensbotschaft ins Zentrum des Jubiläumsjahres 2018 zu rücken“, sagte der Landeshauptmann. Sie wird sich in zahlreichen Aktivitäten in und über Salzburg hinaus wiederfinden. Eine Landesausstellung, Ausschreibungen für Projekte, Aktivitäten zu Frieden und Völkerverständigung, eine eigene Smartphone-App sowie die Produktion „Meine Stille Nacht“ in der Felsenreitschule bilden die Höhepunkte des Stille-Nacht-Jahres 2018. ■

http://www.stillenacht2018.org

Aus dem BM für Europa, Integration und Äußeres – wichtige Termine von Außenministerin Karin Kneissl

Foto: BMEIA / Mahmoud

Außenministerin Karin Kneissl hat am 12. Februar 2018 den für das EU Budget zuständigen EU Kommissar Günther Öttinger zu einem Arbeitsgespräch im Außenministerium empfangen.

Treffen mit EU-Kommissar Oettinger

Außenministerin Karin Kneissl hat am 12. Februar den für das EU Budget zuständigen EU Kommissar Günther Oettinger zu einem Arbeitsgespräch im Außenministerium empfangen. Themen des Gesprächs waren unter anderem der Mehrjährige Finanzrahmen 2020-2027 der Europäischen Union und die Kostenverteilung unter den EU-Mitgliedsstaaten nach dem Brexit. Das Gespräch diente auch der Vorbereitung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli 2018 beginnt und die auch diese Themen zu behandeln haben wird. Derzeit hat Bulgarien die EU-Ratspräsidentschaft inne.

EU-AußenministerInnen-Treffen in Sofia

Außenministerin Karin Kneissl reiste am 15. Februar nach Sofia, um dort am zweitägigen Treffen der EU-AußenministerInnen, dem sogenannten „Gymnich-Treffen", teilzunehmen. Im Zentrum des informellen Treffens standen Gespräche zur aktuellen Lage in Syrien und die von der Europäischen Kommission am 7. Februar vorgestellte EU-Erweiterungsstrategie für den Westbalkan.

„Es erscheint mir wichtig, daß es nun wieder eine neue Dynamik der Europäischen Union am Westbalkan gibt. Unser Engagement – dazu gehören auch Investitionen – ist für die Visibilität der EU in dieser Region Europas essentiell. Besonders für Österreich gilt der Westbalkan als eine der außenpolitischen Prioritäten. Dem werden auch während unserer EU-Ratspräsidentschaft Rechnung tragen", so die Außenministerin.

Auch die aktuellen politischen Entwicklungen in der Demokratischen Volksrepublik Korea werden besprochen. Am darauffolgenden Tag stand das Thema Kooperation und Partnerschaft im Bereich Sicherheit und Verteidigung auf der Tagesordnung.

Das Gastgeberland Bulgarien hat aktuell den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne, welchen Österreich am 1. Juli 2018 übernehmen wird. Das nächste Gymnich-Treffen, benannt nach dem deutschen Ort Gymnich wo das erste Treffen dieser Art im Jahr 1974 stattfand, findet im September 2018 in Wien statt.

Treffen mit dem Außenminister von Saudi-Arabien

Die Außenministerin traf am 19. Februar den Außenminster Saudi Arabiens, Adel Al-Jubeir, zu einem rund einstündigen Arbeitsgespräch im Außenministerium. Die wichtigsten Themen des Treffens waren die langjährigen bilateralen Beziehungen der beiden Länder und die aktuelle Situation im Jemen. Beim Treffen wurden zudem Menschen- und Frauenrechte angesprochen. Kneissl betonte in diesem Zusammenhang vor allem die Notwendigkeit eines regelmäßigen Dialogs zwischen den beiden Ländern. Die dabei ausgesprochene Einladung zum Gegenbesuch nahm Karin Kneissl gerne an: „Ich freue mich bereits auf meinen Besuch in Saudi Arabien um den bestehenden Dialog zwischen unseren beiden Ländern weiterzuführen."

Antrittsbesuch im Vienna International Center

Die Außenministerin traf am 20. Februar LeiterInnen der in Wien angesiedelten internationalen Organisationen. „Die Stärkung und Weiterentwicklung Wiens als Sitz internationaler Organisationen und vor allem als UNO-Amtssitz ist ein besonderer Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik. Österreich unterstützt die Arbeit der hier angesiedelten

Foto: European Union 2018

v.l.: Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Außenministerin Karin Kneissl und Ekaterina Zaharieva, bulgarische Außenministerin, in Sofia

Österreich, Europa und die Welt

Organisationen in allen Bereichen“, betonte Kneissl bei ihrem Antrittsbesuch im Vienna International Center, wo sie den Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen (UNOV) in Wien, Juri Fedotov, den Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO), Yukiya Amano, den Exekutivsekretär des Vorbereitungskomitees der Organisation des Umfassenden Atomteststoppvertrags (CTBTO), Lassina Zerbo, den Generaldirektor der Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO), Li Yong, sowie die Leiterin des Büros der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA), Simonetta Di Pippo zu Gesprächen getroffen hat.

„Die neue Bundesregierung bekennt sich in ihrem Programm eindeutig zur Stärkung des effektiven Multilateralismus im Rahmen der Vereinten Nationen sowie zur Wichtigkeit einer auf Regeln basierenden internationalen Ordnung“, so Kneissl. Die Aktivitäten der hier angesiedelten internationalen Organisationen seien von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung der globalen Ordnung und Sicherheit. „Die Stärkung Wiens als Sitz internationaler Organisationen ist auch aktive Sicherheitspolitik im Interesse Österreichs“, so die Außenministerin.

Die Aktivitäten von UNODC bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Menschenschmuggel entlang der wichtigsten Migrationsrouten nach Europa waren ebenso Gegenstand der Arbeitsgespräche, wie auch die Vorbereitungen für das bevorstehende Ministertreffen zur Internationalen Drogenpolitik 2019. Die Außenministerin wies besonders auf die Bedeutung der Beibehaltung der Führungs- und Koordinierungsrolle von UNODC hin.

Foto: BMEIA / Mahmoud

BM Kneissl empfängt AM des Königreichs Saudi-Arabien, S.E. Adel al Jubeir

Foto: BMEIA / Mahmoud

Die Außenministerin mit Juri Fedotov, GD der Internationalen Atomenergieorganisation UNOV

Foto: BMEIA / Mahmoud

Die Außenministerin traf Leiterinnen und Leiter der in Wien angesiedelten internationalen Organisationen in der Uno-City Wien

Österreich, Europa und die Welt

Bei Gesprächen mit Generaldirektor Amano stand die Arbeit der IAEO, vor allem in den Bereichen Nuklearsicherheit und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, der Stand der Umsetzung des in Wien verhandelten Nuklearübereinkommens mit dem Iran, sowie die Bemühungen um eine Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel im Fokus. „Nicht nur bei den 2015 erfolgreich abgeschlossenen Iran-Gesprächen, sondern auch beim 2017 zur Unterzeichnung aufgelegten Atomwaffenverbotsvertrag, leistete Österreich als globaler Brückenbauer einen wesentlichen Beitrag“, so Kneissl abschließend.

Foto: BMEIA / Mahmoud

Außenministerin Karin Kneissl trifft den britischen Brexit-Minister, David Davis

Treffen mit Brexit-Minister David Davis

Die Außenministerin hieß am 20. Februar David Davis, den britischen Minister für den Austritt aus der Europäischen Union, willkommen. Karin Kneissl betonte vor allem die Notwendigkeit des direkten Dialogs mit Großbritannien im Zuge der Austrittsverhandlungen: „Wir hatten einen guten und wichtigen Austausch über den aktuellen Stand der Austrittsverhandlungen. Ein solcher Austausch ist für die Ausgestaltung unseres zukünftigen Verhältnisses mit Großbritannien als wichtigem Partner außerhalb der Europäischen Union unerläßlich.“ Kneissl äußerte die Hoffnung, daß Divergenzen zu den Übergangsbestimmungen rasch ausgeräumt und Verhandlungen mit Großbritannien zu den zukünftigen Beziehungen bald beginnen können: „Der direkte Dialog mit Großbritannien ist hier hilfreich. Die EU ist für die Verhandlungen gut aufgestellt, unsere Einheit ist gewahrt und wir haben klare Positionen entwickelt, die wir an Großbritannien kommunizieren.“

Österreich strebt eine enge Zusammenarbeit mit Großbritannien als Drittstaat an, schließlich sind die Briten ein wichtiger Partner, etwa im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. „Ich begrüße es, daß Wien als Ort für die dritte Grundsatzrede der britischen Regierung über die Eckpunkte des künftigen Verhältnisses zur EU ausgewählt wurde“, so Karin Kneissl.

Zudem sei es wichtig, die Verhandlungen ambitioniert, partnerschaftlich und mit Blick auf eine enge und vertrauensvolle künftige Zusammenarbeit zu führen. Außenministerin Kneissl: „Mein Ziel ist es, rasch Klarheit zu schaffen für Bürger, Unternehmen aber auch für unsere Partner in der Welt. Österreich wird auch als EU-Vorsitzland zur Einheit der EU-27, zu zügigen Verhandlungen und deren zeitgerechtem Abschluß beitragen.“

Foto: EUFOR / Gernot Payer

Die Außenministerin besuchte die österreichischen EUFOR-Soldaten in Sarajevo.

Besuch von Bosnien und Herzegowina

Anläßlich ihres Besuchs in Sarajewo betonte Außenministerin Kneissl am 23. Februar die klare EU-Beitrittsperspektive und die notwendige Umsetzung von Reformen. „Ich habe bewußt Bosnien und Herzegowina als erstes Land der Region gewählt, da mir dieses Land aufgrund seiner besonderen und vielfachen Verbindungen zu Österreich besonders am Herzen liegt“, betonte Kneissl.

Die Reise begann mit einem Besuch bei den Soldaten des österreichischen Bundesheeres, die eine wichtige Stütze der EU-Militärmission EUFOR Althea bilden. „Österreich mißt der Tätigkeit von EUFOR weiterhin hohe Bedeutung bei“, so die Außenministerin. Sie wies vor allem auf die Unterstützung der bosnischen Streitkräfte bei der Entminung und dem Abbau überschüssiger Munition durch EUFOR hin. Den österreichischen Soldaten und dem Kommandanten der EUFOR Althea-Operation, Anton Waldner, dankte sie für ihren Einsatz für eine prosperierende und friedliche Zukunft von Bosnien und Herzegowina.

Im Rahmen der Reise traf Karin Kneissl den Vorsitzenden des Ministerrats, Denis Zvizdić, den bosnischen Außenminister Igor Crnadak und zwei Mitglieder des Staatspräsidiums Dragan Čović und Bakir Izetbegović. Neben den bilateralen Beziehungen standen vor allem die innenpolitischen Herausforderungen, die EU-Aspirationen Bosnien und Herzegowinas sowie der Kampf gegen Extremismus und Radikalisierung, das Thema Migration und der österreichische EU-Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2018 im Mittelpunkt.

Österreich, Europa und die Welt

„Österreich bleibt ein überzeugter Unterstützer aller sechs Westbalkan-Länder auf ihrem Weg in die Europäische Union. Dafür werden wir uns auch im Rahmen unseres EU-Vorsitzes einsetzen. Allerdings sind auch die Entscheidungsträger in Bosnien und Herzegowina gefordert, ihre Reformanstrengungen zu verstärken“, so Kneissl nach den Gesprächen. Dabei betonte sie vor allem die Notwendigkeit von Fortschritten in den Bereichen Rechtstaatlichkeit und Wahlrechtsreform.

Bei Treffen mit Kardinal Vinko Puljic, dem Großmufti Reis-ul-Ulema Husein Kavazovic und dem Metropoliten Dabar-Bosna Hristostom betonte Karin Kneissl: „Die interreligiöse Harmonie in Sarajewo, wo Kirchenglocken und Muezzine in großer Eintracht zugleich zum Gebet rufen, hat auch schwerste Kriegszeiten überdauert. Die Toleranz zwischen den Religionsgemeinschaften ist eine wichtige Säule für eine multireligiöse Gesellschaft. Religionsgemeinschaften können auch einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus leisten, was auch Österreich zugutekommt.“

Nach einem Treffen mit führenden österreichischen Wirtschaftsvertretern besuchte Karin Kneissl abschließend die Baščaršija, Basar und zugleich historisches Stadtzentrum, sowie die Vijećnica, ehemaliges Rathaus und eines der bekanntesten Gebäude der Stadt.

„Ich freue mich, daß ich durch diese Reise unsere Verbundenheit mit der Westbalkanregion sowie unsere Unterstützung für ihren Weg in die EU nochmals hervorheben konnte“, betonte Kneissl bei der Abreise.

Die Außenministerin trifft den Vorsitzenden des Ministerrats von Bosnien, Denis Zvizdic …

… den Außenminister Bosniens, Igor Crnadak …

Mehrtägiger Arbeitsbesuch in Frankreich

Die Außenministerin reiste von 26. bis 28. Februar für einen mehrtägigen Arbeitsbesuch nach Paris. Die Reise umfaßte ein Treffen mit Philippe Étienne, dem außenpolitischen Berater des französischen Präsidenten Emanuel Macron, mehrere Termine bei Internationalen Organisationen mit Sitz in Paris und einen Vortrag an der ‚École nationale d’Administration‘ (ENA). Kneissl führte Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Generaldirektorin der UNESCO, Audrey Azoulay. Am Rande der politischen Termine blieb auch Zeit für ein Treffen mit dem französischen Schriftsteller Michel Houellebecq.

Beim Treffen mit Philippe Étienne stand der Austausch über die Zukunft der Europä-

Fotos: BMEIA / Mahmoud

… den serbisch-orthodoxen Metropoliten von Dabar-Bosna, Hrizostom Jevic …

ischen Union, über multilaterale Themen, etwa im Rahmen der OECD, sowie über die Zusammenarbeit Österreichs und Frankreichs bei der Stabilisierung der Länder der Sahel-Zone. Österreich leistet hier aktive Hilfe vor Ort, so etwa im Rahmen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit oder durch den Einsatz österreichischer Bundesheersoldaten im Rahmen der EU-Trainingsmission in Mali.

Am Ende der Reise gab es zudem ein persönliches Kennenlernen der Außenministerin mit den MitarbeiterInnen der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD, die vor kurzem in die Zuständigkeit des Außenministeriums übernommen wurde.

Beim EU-Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel

Außenministerin Karin Kneissl hat sich am 26. Februar beim EU- Rat für Auswärtige Angelegenheiten klar für eine Waffenruhe in Syrien ausgesprochen: „Das Wesentliche ist es, eine 30tägige Waffenruhe zu erhalten, um Zugang zu den etwa 5,6 Millionen Menschen zu erhalten, die in rund 1.500 Dörfern verteilt sind und auf dringende Hilfe warten“, so Kneissl in Brüssel.

Durch die letzte UNO-Sicherheitsratsresolution sei eine Mini-Dynamik entstanden. „Es müssen einfach die wesentlichen Hintermächte ihre Milizen unter Kontrolle bringen“, sagte die Außenministerin. Die Lage in Syrien war das Hauptthema der EU-Außenminister beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten.

Weiters wurden auch die Situation in Venezuela besprochen und ein Arbeitsmittagessen mit sechs Vertretern der Arabischen Liga absolviert. Die EU werde an ihrer Position einer Zweistaatenlösung im Nahost-Friedensprozeß festhalten, so Karin Kneissl beim Doorstep in Brüssel. „Ich habe viele Jahre in der Region verbracht und spreche beide Sprachen, Arabisch und Hebräisch. Besonders deshalb hoffe ich auf eine Zukunft des gemeinsamen Verständnisses“, betonte die Außenministerin.

Zu Arbeitsgesprächen in Budapest

„Unser Nachbar Ungarn ist für Österreich natürlich ein wichtiger Partner. Vor allem der weitere Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist für beide Seiten wichtig“, so Karin Kneissl, die am 1. März Außenministerin Karin Kneissl nach Ungarn gereist ist.

„Beziehungen zu den Nachbarstaaten haben immer eine besondere Bedeutung. Ungarn ist für Österreich traditionell ein wichti-

Fotos: BMEIA / Mahmoud

… und den Großmufti Reis-ul-Ulema Husein Kavazović.

Fotos: BMEIA / Mahmoud

In Paris trifft sie Ken Ash, Direktor des OECD Trade and Agriculture Directorate…

Fotos: BMEIA / Mahmoud

… beim Außenministerrat in Brüssel stellt sich den Fragen der JournalistInnen.

ger Nachbar mit mannigfaltigen Verbindungen, von der Wirtschaft über die Wissenschaft bis hin zur Kultur und zum Tourismus“, so die Außenministerin bei ihrer Ankunft in Budapest.

Nach einem morgendlichen Austausch mit österreichischen Wirtschaftsvertretern fand ein Treffen mit Außenminister Péter Szijjártó im ungarischen Außenministerium statt. Bei einem Gedankenaustausch zu zentralen Schwerpunkten des bevorstehenden österreichischen EU-Ratsvorsitzes wurden Themen wie Subsidiarität, Sicherheit, Migration, Westbalkan und Digitalisierung besprochen.

Bei der anschließenden Pressekonferenz betonte Außenministerin Kneissl die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Ungarn. „Österreich ist für Ungarn der zweitwichtigste Handelspartner und der drittwichtigste Investor. Fast 3.000 österreichische Tochterunternehmen sind in Ungarn aktiv, die im Jahresdurchschnitt über 80.000 Angestellte beschäftigen. Für den Erfolg der österreichischen Unternehmen in Ungarn ist jedoch Transparenz und Rechtssicherheit entscheidend“, so Karin Kneissl. Beide Seiten wiesen auf den wichtigen Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Verkehrs- und Infrastrukturbereich hin und bekundeten Interesse an verstärkter Zusammenarbeit im Bereich grüner Technologie und des autonomen Fahrens.

Fotos: BMEIA / photonews.at/Georges Schneider

Die Außenministerin mit ihrem ungarischen Amtskollegen Peter Szijjarto in Budapest

Nach dem Arbeitsgespräch im Außenministerium traf die Außenministerin den Vize-Parlamentspräsident Latorcai János und den Minister für Gesellschaftliche Ressourcen, Zoltàn Balog. Vor ihrer Heimreise mit dem Zug nach Wien hielt die Außenministerin einen Vortrag an der Andrássy Universität zum Thema „Die Rückkehr der Geographie“. ■

https://www.bmeia.gv.at

»Volksbegehren neu« seit 30. Jänner 2018

Mit der Einführung eines zentralen Wählerregisters in Österreich ist es Ihnen als AuslandsösterreicherIn nunmehr erstmals möglich, ein registriertes Volksbegehren zu unterstützen oder im Eintragungsverfahren für ein Volksbegehren zu unterschreiben, vorausgesetzt Sie sind in der Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde erfaßt.

Dafür kommen grundsätzlich zwei Möglichkeiten in Betracht:

1) Persönlich während eines Österreich-Aufenthaltes in allen Gemeindeämtern und Magistratischen Bezirksämtern während der Amtsstunden.
2) Online von jedem internetfähigen Gerät mit einer sog. qualifizierten elektronischen Signatur.

Diese kann entweder mittels einer Bürgerkartenfunktion auf einer Chip-Karte (meist der „E-Card“) oder als „Handysignatur“ erfolgen. Während derzeit außerhalb Österreichs acht Handysignatur-Registrierungsstellen existieren, sollen Bürgerkarte bzw. „Handysignatur“ im Rahmen des Vorhabens „Sicheres Identitätsmanagement“ („IDA – Identity Austria“) künftig bei allen Paßbehörden weltweit ermöglicht werden. Die technische Umsetzung ist für diese Legislativperiode vorgesehen.

https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/leben-im-ausland/treffpunkt-auslandsoesterreicherinnen/handy-signatur/

Weiterführende Informationen zu Volksbegehren für AuslandsösterreicherInnen und zu aktuellen Volksbegehren finden Sie auf dem Webportal des Bundesministeriums für Inneres ***https://www.bmi.gv.at/411.start.aspx***

Ein Beitrag der Abteilung für Auslandsösterreicher im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

EUROPA INTEGRATION ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM REPUBLIK ÖSTERREICH

Schönborn in Sarajewo: Kreuz ist Friedenszeichen

Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit in Bosnien und Herzegowina – Kardinal Puljic dankt Österreich für »Nachbar in Not« – Splitterkreuz mit Reliquie des Seligen Karl (Kaiser von Österreich) für Kathedrale in Sarajewo

Jesus hat nicht Gewalt gepredigt und Leben genommen, sondern sein Leben hingegeben am Kreuz, das damit ein Zeichen des Friedens ist.“ Diesen Gedanken stellte Kardinal Christoph Schönborn ins Zentrum seiner Predigt bei der Festmesse am Abend des 4. März zum Beginn der Vollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz in Sarajewo. Die Menschen dieser Stadt hätten im letzten Krieg während der Belagerung „das Kreuz erlebt, und wir sind dankbar für dieses Zeugnis“, so der Vorsitzende des österreichischen Episkopats bei der Feier in der Kathedrale. Weil in Bosnien-Herzegowina der Frieden aber noch nicht vollendet sei, „beten wir dafür, daß Frieden und Gerechtigkeit kommen und die Kirche in diesem Land eine Auferstehung erlebt“.

Der Wiener Erzbischof thematisierte die Frage, inwieweit Religion im Allgemeinen und das Christentum im Speziellen ein Gewaltpotential in sich tragen würde. Die Geschichte zeige leider, daß es viele Kriege mit religiösen Elementen gegeben habe. Unter Bezugnahme auf das Tagesevangelium müsse man feststellen, daß die „Tempelreinigung keine friedliche Aktion“ war. Wenn man aber genau hinhöre, dann habe Jesus damit niemanden verletzt und sein Motiv war nicht Hass oder Gewalt, sondern die Reinigung des Hauses Gottes vom Kommerz. Anders als bei totalitären Ideologien wie Kommunismus und Nationalsozialismus mit Millionen Toten habe sich Jesus selbst hingegeben. „Reinigung im christlichen Sinn ist Lebenshingabe und Kreuzesopfer“, so der Kardinal. Die Torheit der Kreuzesbotschaft sei die Mitte des christlichen Glaubens und der Weg zur Überwindung von Gewalt.

Dank an Österreich für Hilfe

Als „besonderes Zeichen der Solidarität“ wertete Kardinal Vinko Puljic die Anwesenheit der österreichischen Bischöfe in Bosnien und Herzegowina. Dies umso mehr, weil der dritte Fastensonntag landesweit hier und in Kroatien als „Sonntag der Solidarität“ begangen wird. Die Spenden an diesem Sonntag kommen dabei Hilfsbedürftigen zu Gute, die von den Folgen des Krieges in Bosnien-Herzegowina noch immer betroffen sind.

Foto: Kathpress / Paul Wuthe

v.l.: Kardinal Vinko Puljic, Bischof Hermann Glettler und Kardinal Christoph Schönborn

Ausdrücklich dankte der Erzbischof von Sarajewo für die Hilfe im und nach dem Krieg aus Österreich: „Wir können die Aktion ‚Nachbar in Not‘ nicht vergessen, die uns geholfen hat zu überleben, nicht nur uns Katholiken, sondern den vielen Einwohnern dieses Landes“, sagte Kardinal Puljic.

Kaiser-Karl-Reliquie für Sarajewo

Im Rahmen der Festmesse überbrachte die „Kaiser Karl Gebetsliga für den Völkerfrieden“ eine Reliquie des Seligen Karl eingesetzt in ein „Splitterkreuz“ an Kardinal Puljic. Das Kreuz wurde von österreichischen Soldaten im Rahmen eines friedensbildenden Einsatzes am Golan aus den Trümmern dort aufgefundener Artillerie-Granaten geschaffen. Beides – Reliquie und Kreuz – sollen das Anliegen des seliggesprochenen und zugleich letzten Habsburgerkaisers symbolisieren: die Überwindung des Kriegs durch das Streben nach Frieden. Das erklärte Camilla Habsburg als Überbringerin der Reliquie gegenüber „Kathpress“.

Karl I. (1887-1922) wurde am 3. Oktober 2004 von Papst Johannes Paul II. selig gesprochen. Johannes Paul II. betonte damals, Kaiser Karl habe von Anfang an sein Herrscheramt „als heiligen Dienst an seinen Völkern“ verstanden: „Sein ernstes Bestreben war es, der Berufung des Christen zur Heiligkeit auch in seinem politischen Handeln zu folgen. Dabei war ihm der Gedanke der sozialen Liebe wichtig.“ Der Papst qualifizierte den letzten Kaiser von Österreich und König Ungarns als „Freund des Friedens“. In Karls Augen sei der Krieg „etwas Entsetzliches“ gewesen. Mitten in den Stürmen des Ersten Weltkriegs an die Regierung gelangt, habe er versucht die Friedensinitiative von Papst Benedikt XV. aufzugreifen, so Johannes Paul II. Der Vatikan betonte damals auch vor dem Hintergrund von Kritik, daß die Seligsprechung nicht der Habsburgermonarchie, sondern allein der Person Karls und der von ihm gelebten „Heiligkeit eines Christgläubigen“ gelte.

Der gegenwärtige Papst hat den Seligen Karl zuletzt im November 2016 im Rahmen einer Audienz für die Mitglieder des Hauses Habsburg gewürdigt. Karl habe sich nach der Herrschaftsübernahme im Jahre 1916 „mit allen seinen Kräften für den Frieden eingesetzt“ auch „auf die Gefahr hin, nicht verstanden und verlacht zu werden“. Karl biete aus diesem Grund ein Beispiel, das „so aktuell wie eh und je ist: wir können ihn als Fürsprecher anrufen, daß Gott den Frieden für die Menschheit erhalte“, so Papst Franziskus. ■

https://www.kathpress.at

Jubiläum der Österreichischen Freunde von Yad Vashem

630 Mitglieder und prominente Gäste aus dem In- und Ausland fanden einander am 1. März anläßlich der Generalversammlung der Österreichischen Freunde von Yad Vashem im Festsaal des Wiener Rathauses ein.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurde bei der Mitgliederversammlung zum 15jährigen Bestehen des Freundeskreises als Ehrengast begrüßt. Die Festrede hielt der allseits bekannte Journalist, Politik- und Geschichtsexperte Prof. Hugo Portisch, der für seinen fundierten und bewegenden Vortrag „standing ovations" erntete.

Auch zahlreiche prominente Gäste waren der Einladung gefolgt: Justizminister Josef Moser, Staatssekretärin Karoline Edtstadler – in Vertretung des Bundeskanzlers –, Botschafter aus acht verschiedenen Ländern, Nationalrats- und Landtagsabgeordnete, die GeneralsekretärInnen des National- und Zukunftsfonds, die gesamte Spitze der Nationalbank – allen voran Gouverneur Ewald Nowotny –, sowie Arbeiterkammerpräsident Rudolf Kaske und ÖGB-Präsident Erich Foglar. Neben den betagten Überlebenden der Shoah nahmen auch 200 SchülerInnen und ihre ProfessorInnen an der Generalversammlung teil.

Als Vertreter des Wiener Bürgermeisters hielt Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny die Begrüßungsrede. Er betonte, daß die Erinnerung an den Holocaust mehr als nur eine historische Schuldigkeit sei. Es zähle zu den täglichen politischen Aufgaben, Antisemitismus zu bekämpfen und Diskriminierung zu verhindern.

Der Vorsitzende des Freundeskreises, Günther Schuster, versicherte, daß man sich in die Debatte einmischen werde, wenn es um die Mitverantwortung Österreichs an der beispiellosen Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden gehe. Selbst wenn die Mehrheit der jetzt lebenden ÖsterreicherInnen nichts mit dem Holocaust zu tun gehabt habe, so sei es unsere Geschichte, aus der man sich nicht ausklinken könne.

Israels Botschafterin Talya Lador-Fresher schilderte ihre früheren Erlebnisse mit Staatsgästen in Yad Vashem – wie etwa den Besuch eines Königs, der vor einer Zeichnung weinte oder den eines Präsidenten, der sich niederkniete. Der für sie bedeutendste Ort in Yad Vashem sei der Balkon am Ende des Museums: Man komme aus der dunklen Vergangenheit und trete in das sonnige Licht des heutigen Israel, das sich trotz ständiger Bedrohung zu einem optimistischen Land entwickelte. Die Botschafterin dankte dem österreichischen Freundeskreis und seinen Vorsitzenden für ihre langjährige Arbeit.

Foto: Österreichische Freunde von Yad Vashem

v.l.: Hugo Portisch, Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Israelische Botschafterin Talya Lador-Fresher, die Ehefrau des Bundespräsidenten Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Yad Vashem-Generalsekretärin Ulrike Schuster, und der Vorsitzende von Yad Vashem, Günther Schuster

Hugo Portisch spannte in seiner Festrede einen Bogen von der Ersten Republik ins Heute. In seiner unnachahmlich fesselnden Art schilderte er die Ereignisse, die die Österreicher vor 1938 in doppelter Weise auf den Anschluß ans Deutsche Reich konditioniert hatten: Einerseits die Not der Ersten Republik, die nicht an sich selbst glaubte und ihr Heil von Anfang an in einer Vereinigung mit Deutschland sah und andererseits den politischen Antisemitismus, den ausnahmslos alle Parteien seit der Gründung der Republik kultiviert hatten.

Diese Erste Republik sei eine Brutstätte gewesen – sowohl für den Anschluß an das Deutsche Reich als auch für die Vernichtung der Juden. Als der Nationalsozialismus kam, hätten die Österreicher dann bitter erfahren, was dieser bedeutete: einen totalen Herrschaftsanspruch mit allen diktatorischen Maßnahmen und dann natürlich den Krieg, der zehntausende Österreicher das Leben kostete. In Österreich wurde jahrelang jede Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus und an den Gräueln des Hitler-Regimes geleugnet. Man habe keinen Grund für ein Schuldbekenntnis gesehen, denn die Alliierten hatten ja gesagt: „Ihr wart das erste Opfer."

Der spätere Bundeskanzler Franz Vranitzky hielt eine ungeheuer wichtige und bemerkenswerte Rede vor dem versammelten Parlament, in der er die Mitverantwortung Österreichs einbekannte: „Wir Österreicher waren mitbeteiligt auf allen Ebenen."

Portisch würdigte in seinem Vortrag auch die Arbeit der Österreichischen Freunde von Yad Vashem. Diese sei wichtig, denn die Augenzeugen der Konzentrations- und Vernichtungslager sterben langsam weg. Die versammelten Gäste feierten den Festredner mit frenetischem Beifall und minutenlangen Standing Ovations.

Die Generalversammlung wurde vom Wiener Jüdischen Chor unter der Leitung von Roman Grinberg musikalisch großartig umrahmt. Der Abend fand bei einem großen Buffet und vielen angeregten Gesprächen ein spätes Ende.

Die vollständigen Reden können Sie auf der Homepage der Österreichischen Freunde von Yad Vashem nachlesen. ■

http://www.austria.yad-vashem.net

Schützen durch nützen

Burgenlands Natur- und Umweltschutzlandesrätin Astrid Eisenkopf will den aktuellen Herausforderungen an die UNESCO-Welterbestätte Fertő – Neusiedler See mit einem neuen Managementplan begegnen.

Wo soll sich der Tourismus hin entwickeln? Wie wird das Thema Mobilität angegangen? Gibt es einen Änderungsbedarf bei den „Kriterien für das Bauen“? Konkrete Antworten auf derartige Fragen soll hinkünftig ein neuer Managementplan geben, der für das UNESCO-Weltkulturerbe Fertő-Neusiedler See erarbeitet wird. „Die Landschaft Fertő-Neusiedler See wurde im Dezember 2001 in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Der aktuell gültige Managementplan stammt aus dem Jahr 2003. In den vergangenen 16 Jahren hatte die Region Welterbe mit ihren Ortschaften, Kulturgütern und Naturwerten rund um den Neusiedler See eine Reihe von Herausforderungen, wie die Errichtung der Windparks, aber auch den Strukturwandel im Tourismus und in der Landwirtschaft zu meistern. Der Umgang mit den Seeuferzonen und die Verbauung von neuen Flächen sind nach wie vor wesentliche Themen. Deshalb benötigen wir einen neuen Managementplan für das UNESCO Welterbe, der auf diese aktuellen Herausforderungen eingeht“, so Burgenlands Natur- und Umweltschutzlandesrätin Astrid Eisenkopf in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit NR Bgm. Erwin Preiner, Welterbe-Vereinsobmann, dem 2. Landtagspräsidenten Rudolf Strommer, Welterbe-Vereinsobmann-Stv., und Bildungsdirektor Heinz Zitz, LSR für Burgenland.

Dieser neue Plan wird mit einem Kostenaufwand von 210.000 Euro im Rahmen eines LEADER-Projekts erarbeitet. Ein diesbezügliches Projekt ist bei der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Nordburgenland Plus eingereicht und wurde durch den LAG-Vorstand bereits abgesegnet. Der Managementplan soll ein zeitgemäßes und wirksames Instrumentarium sein. Ziel ist der langfristig ausgerichtete Erhalt des Weltkulturerbes im Sinne der Welterbe-Konvention und im Sinne eines grenzüberschreitend wirksamen Managementansatzes. Am Ende soll ein Managementplan, ein integratives Gesamtkonzept für die Welterberegion, entstehen, das auf die Fragen der Gegenwart eingeht und eine Vision, eine ganzheitliche Richtung für die Entwicklung der Welterbestätte vorgibt.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: 2. Landtagspräsident Rudolf Strommer, Welterbe-Vereinsobmann-Stv., Natur- und Umweltschutzlandesrätin Astrid Eisenkopf, NR Bgm. Erwin Preiner, Welterbe-Vereinsobmann, und Bildungsdirektor Heinz Zitz, LSR für Burgenland

Für den nachhaltigen Erhalt des Welterbes ist es aber auch unumgänglich, daß in der Bevölkerung ein Bewußtsein für den Welterbegedanken geschaffen wird. Eisenkopf dazu: „In der Arbeit im Gestaltungsbeirat, der Bauvorhaben auf bestimmte Kriterien zum Welterbe prüft, haben wir oft gesehen, daß es immer leichter über die Bühne geht, wenn die Gemeinden und auch die Bauwerber bereits das Welterbe in der Planungsphase mit bedenken, denn je früher auf potentiell gefährdende Entwicklungen eingegangen werden kann, umso reibungsloser ist dann die Umsetzung. Im Rahmen des Projekts ‚Inwertsetzung Welterbe‘ gehen wir mit Bauherrenkursen, mit Tourismusinformationen, mit der Bewußtseinsbildung für die Gemeindeverantwortlichen genau darauf ein.“

Um mit dieser Sensibilisierung bereits bei den Jüngsten als Multiplikatoren zu beginnen, werden ab März dieses Jahres auf der Basis inhaltlicher Wissensvermittlung, vor allem aber auf emotionaler Ebene diverse Schulaktionen gestartet. Dazu gehört die Weiterbildung des Lehrpersonals zum Thema Welterbe im Rahmen der Pädagogischen Hochschule, die Ausarbeitung von Unterrichtsmaterialien und Unterrichtsschwerpunkten, Exkursionen, sowie ein Welterbefilm als wertvolles Anschauungsmaterial für Schulen. Auch die mobile Welterbe-Ausstellung soll vermehrt ihren Weg in die Gemeinden bzw. in die Schulgebäude finden. Ebenso sollen ein neuer Internet-Auftritt der UNESCO-Welterbestätte Fertő-Neusiedler See sowie ein „Welterbetag“ am 26. Mai 2018 zur Bewußtseinsbildung beitragen. ■

http://www.burgenland.at
http://www.welterbe.org

© Google Earth 2018 / CNES / Airbus

Ein Blick auf den Neusiedler See aus einer Höhe von rund 29 Kilometern

Österreich, Europa und die Welt

Kärnten – Slowenien

LH Peter Kaiser empfing gemeinsam mit Regierungskollegen hochrangige Vertreter Sloweniens zum Gespräch über grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte.

Foto: LPD / Bauer

Die Delegationen aus Kärnten unter der Führung von Landeshauptmann Peter Kaiser (3. v.l.) und Slowenien unter der Führung von Infrastrukturminister Peter Gašperšič (3. v.r.) bei ihren Gesprächen im Amt der Kärntner Landesregierung

Einen Höflichkeitsbesuch einer ranghohen politischen Abordnung Sloweniens bei Landeshauptmann Peter Kaiser, um sich für die sich sehr gut entwickelnden Beziehungen zwischen Kärnten und Slowenien zu bedanken, nutzte der Kärntner Landeshauptmann am 9. Februar ein gemeinsames Gespräch mit seinen RegierungskollegInnen zu aktuellen Themen. Aus aktuellem Anlaß wollte der Landeshauptmann vom slowenischen Infrastrukturminister Peter Gašperšič, er wurde u.a. von Goran Žmavc (Minister für Auslandsslowenen), Milan Predan (Generalkonsul) und Dušan Pšeničnik (Wirtschaftsberater der slowenischen Botschaft in Wien) begleitet, wissen, wie es um die kolportierte Schnellstraße von Slovenji Gradec zum Grenzübergang Grablach bei Bleiburg steht.

„Wir erwarten, daß wir im Rahmen unserer guten nachbarschaftlichen Beziehungen jedenfalls rechtzeitig informiert werden, wenn es derartige infrastrukturelle Überlegungen gibt, die möglicherweise Auswirkungen auf unser Bundesland und im Speziellen auf die Grenzregion hat“, machte Kaiser deutlich. Gašperšič berichtet, daß man derzeit auf slowenischer Seite lediglich an der Finalisierung der Planungen zum Ausbau der Verbindung zwischen Celje und Slovenji Gradec arbeite. Er betonte, daß man bei dem Projekt

Foto: LPD / Bauer

Herzlicher Empfang: LH Peter Kaiser (r.) und Minister Peter Gašperšic

einer verbesserten Verbindung zwischen Slovenji Gradec und dem Grenzübergang Grablach erst am Planungsanfang stehe, es noch nicht einmal eine entsprechende Raumplanung gäbe und erst darüber diskutiert werde, ob nicht auch eine zweispurige Anbindung reicht. Der Minister bestätigte auch, daß dieses Thema, so wie von Landeshauptmann Kaiser in einem Brief an Außenminister Karl Erjavec vorgeschlagen, in der für Juni geplanten kommenden Sitzung des Gemeinsamen Komitees Kärnten-Slowenien behandelt werde.

Weiteres Thema waren die Pläne zur Anbindung des Verladebahnhofes Kühnsdorf an die Koralmbahn. Für die finale Realisierung arbeite die eigens eingerichtete Gesellschaft derzeit an den notwendigen Beschlüssen und Widmungen so Kaiser. „Nachdem es eine funktionierende Gleisanbindung zwischen dem Bahnhof Kühnsdorf über Bleiburg bis nach Maribor gibt, sollten wir mögliche Synergieeffekt prüfen“, so Kaiser. Als Beispiel nannte er die Möglichkeit einer stärkeren Verlagerung des Güterverkehrs von Slowenien kommend auf die Schiene und gleichzeitig eine bessere gemeinsame Auslastung des Verladebahnhofes Kühnsdorf.

Beide, Kaiser und Gašperšič, betonten die guten Beziehungen zwischen Kärnten und Slowenien, die sich in den letzten Jahren sehr gut und zum Vorteil beider Seiten weiterentwickelt hätten. Ein Erfolgsprojekt sei beispielsweise der Geopark Karawanken.

An der Seite von Landeshauptmann Peter Kaiser nahmen seitens der Landesregierung auch LR Rolf Holub und LR Gerhard Köfer sowie in Vertretung von LR Gernot Darmann LAbg. Christoph Staudacher teil. ■

https://www.ktn.gv.at/

Allianz zwischen Niederösterreich und Baden-Württemberg

Arbeitsgespräch zwischen LH-Stv. Stephan Pernkopf und Minister Peter Hauk – Themen waren der EU-Finanzrahmen und das nächste europäische Agrarprogramm

Eine Delegation aus Baden-Württemberg unter dem Vorsitz von Peter Hauk, dem Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, war Mitte Februar in Niederösterreich auf Besuch. Themen des heutigen Arbeitsgesprächs mit LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf waren der neue EU-Finanzrahmen und das nächste europäische Agrarprogramm. In einer anschließenden Pressekonferenz informierten Pernkopf und Hauk dazu. Auch standen einige Besuche von bäuerlichen Familienbetrieben im Zentralraum am Programm.

„Wir stehen für ein Europa, wo die Regionen intensiv zusammenarbeiten“, sagte LH-Stellvertreter Pernkopf in Hinblick auf das Arbeitstreffen und erinnerte auch an das Zusammentreffen mit den bayrischen Kollegen bei der Wintertagung des Ökosozialen Forums. Die bäuerlichen Betriebe in Niederösterreich seien durchschnittlich 25 Hektar groß, jene in Baden-Württemberg 35 Hektar, sprach Pernkopf von Familienbetrieben, die naturnah wirtschaften, die professionell in ihrer Arbeit und innovativ in ihren Wegen seien. „Bei uns steht Qualität vor Quantität“, betonte der LH-Stellvertreter, erinnerte in diesem Zusammenhang an die Butterknappheit vor ein paar Monaten und sagte, daß man Landwirtschaft nicht on- und offline schalten könne.

„Wir setzen uns für eine neue europäische Agrarpolitik ein“, führte Pernkopf aus, daß es klare Spielregeln von Fairness und Bürokratieabbau brauche. Aktuell dazu komme die Diskussion um den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union, den Haushaltskommissar Günther Oettinger am 12. Februar mit der Regierungsspitze andiskutiert habe. Dazu hielt der LH-Stellvertreter fest: „Wenn die EU sparen muß, dann darf sie das nicht am Rücken unserer kleinen und mittleren Familienbetriebe tun.“ Damit sei er auch auf einer Linie mit Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger.

Für die neue europäische Agrarpolitik habe man sich heute auf gemeinsame Leit- und Verhandlungslinien verständigt: „Eine lineare Kürzung der Agrarmittel kann nicht das Mittel der Wahl sein, es muß zu einer Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe kommen“, führte Pernkopf aus, daß die kleinen und mittleren Betriebe insgesamt gegenüber den großen, industriell produzierenden Betrieben gestärkt werden müßten. „Die hohen Produktions- und Qualitätsstandards müssen belohnt werden“, sagte der LH-Stellvertreter, daß in anderen Ländern mit wesentlich niedrigeren Standards produziert werde und es einen Bonus für die hohen Standards im Umwelt- und Tierschutzbereich gegen müsse. So habe man in Niederösterreich etwa die hohen Standards jüngst schon zu Ausschreibungskriterien in den Landesküchen gemacht.

Foto: NLK Reinberger

Baden-Württembergs Minister Peter Hauk (l.) aus Niederösterreichs LH-Stv. Stephan Pernkopf

Außerdem brauche es „weniger Bürokratie und Zettelwirtschaft“, betonte Pernkopf, daß das besonders für die kleinen und mittleren Betriebe wichtig sei. Und es brauche „mehr nationale Entscheidungsspielräume“, die Europäische Union solle den Rahmen vorgeben, aber über die Erreichung der Ziele sollten die Mitgliedsstaaten selbst entscheiden können, denn die Landwirtschaft etwa in Malta schaue anders aus als jene in Niederösterreich oder Baden-Württemberg.

Insgesamt geht es für Niederösterreich im Rahmen der „Ländlichen Entwicklung“ um 20.000 Projekte im ländlichen Raum mit einem Investitionsvolumen von 1,3 Milliarden Euro. Damit werden in Tierwohlställe, Verarbeitungs- und Verkostungsräumlichkeiten und vieles mehr investiert, wovon nicht nur die bäuerlichen Betriebe, sondern die gesamte Wirtschaft in den Regionen profitieren würden. Davon will man auch in der nächsten Agrarperiode nichts verlieren.

Intensiv einbringen werde sich Niederösterreich, wenn Österreich im zweiten Halbjahr die EU-Ratspräsidentschaft innehaben werde, so Pernkopf.

Minister Hauk bedankte sich für die Gastfreundschaft und den „guten Gedankenaustausch“ und betonte, daß es wichtig sei, „Allianzen in anderen Mitgliedsstaaten zu suchen und zu finden“: „Wenn mehrere Regionen zusammenarbeiten, gibt es mehr Erfolg für die einzelne Region, auch über Staatsgrenzen hinaus.“ Die Größe der bäuerlichen Betriebe von 25 Hektar in Niederösterreich und 35 Hektar in Baden-Württemberg zeige, daß es hier „vergleichbare Fragen“ gebe.

Der Subsidiaritätsgedanke sei größer geworden und Ziele verstärkt von der EU definiert würden. Für die europäischen Bauern wie für jene in Niederösterreich oder Baden-Württemberg seien die Zahlungen der Europäischen Union „nicht nur eine Überlebensfrage, sondern auch eine Wettbewerbsfrage im gesellschaftlichen Kontext“, so Hauk. ■

https://www.noel.gv.at
https://www.baden-wuerttemberg.de

Oberösterreich-Abend in Pyeongchang

Sport- und Wirtschaftsreferent LH-Stv. Dr. Strugl: Starker Doppelpass von oö. Wirtschaft und Sport auch in Südkorea

Fest in oberösterreichischen Händen und bis auf den letzten Platz gefüllt war das Austria House bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang am 22. Februar. Sportland Oberösterreich und OÖ-Tourismus luden gemeinsam mit den Partnern Backaldrin / The Kornspitz Company und ERIMA in Kooperation mit dem Österreichischen Olympischen Comité (ÖOC) zu einem „Oberösterreich-Abend“ ein. Und dieser wurde zugleich eine riesige (rot-weiß-rote) Medaillenparty. Zahlreiche SportlerInnen und BetreuerInnen, Gäste aus Wirtschaft, Tourismus, Politik und Medien waren gekommen, darunter auch einige Auslandsoberösterreicher in Südkorea. „Wir sind stolz auf unsere Sportlerinnen und Sportler sowie Betreuerinnen und Betreuer, die nicht nur ausgezeichnete Leistungen bringen, sondern auch ungemein sympathische Botschafter für unser Land sind. Wir wollen den Doppelpass zwischen Sport und Wirtschaft, Sport und Tourismus weiter stärken und ein nachhaltiges Netzwerk aufbauen. Für Oberösterreich ist Internationalisierung sowohl in der Wirtschaft als auch im Sport unabdingbar“, betonte Sport- und Wirtschaftsreferent Landeshauptmann-Stv. Michael Strugl.

LH-Stv. Strugl konnte gemeinsam mit Backaldrin-Geschäftsführer Harald Deller und ERIMA-Österreich-Geschäftsführer Willy Grims eine große Gästeschar beim Oberösterreich-Abend begrüßen, darunter Österreichs Botschafter in Südkorea Michael Schwarzinger, Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler, ÖOC-Präsident Karl Stoss, ÖOC-Generalsekretär Peter Mennel und viele mehr. Ganz besonders begrüßt wurden aber die SportlerInnen und BetreuerInnen: Snowboard-Ass Anna Gasser wurde für ihre Goldmedaille frenetisch gefeiert – an ihrer Seite OÖ-Olympiastarter und Freund Clemens Millauer. Slalom-Bronzemedaillengewinner Michael Matt und die bronzenen Nordischen Kombinierer Wilhelm Denifl, Lukas Klapfer, Bernhard Gruber und Mario Seidl wurden ebenso umjubelt wie internationale Stars wie Olympiasieger Andre Myhrer aus Schweden. Zahlreiche nationale und internationale TopsportlerInnen und BetreuerInnen waren mit dabei und genossen einen unglaublich stimmungsvollen Oberösterreich-Abend, der das Austria House in Pyeongchang sprichwörtlich zum Beben brachte. ■

Foto: GEPA pictures / Christian Walgram

v.l.: Erima-Geschäftsführer Willy Grims, OÖ-Snowboarder Clemens Millauer mit seiner Freundin, Goldmedaillengewinnerin Anna Gasser, Wirtschafts- und Sportreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Michael Strugl und Backaldrin/The Kornspitz Company-Geschäftsführer Harald Deller am Oberösterreich-Abend in Pyeongchang

Foto: GEPA pictures / Matic Klansek

v.l.: Eisbär-Geschäftsführer Daniel Gottschall, LH-Stv. Michael Strugl, ÖOC-Präsident Karl Stoss und Fischer-Ski GF Franz Föttinger

http://www.land-oberoesterreich.at
http://www.austria-house.at

Wieder neue Rekorde im Salzburger Tourismus

7,6 Millionen Gäste und 28,1 Millionen Nächtigungen zwischen November 2016 und Oktober 2017

Im Tourismusjahr 2016/2017 wurde erstmals die 28-Mio.-Marke bei den Nächtigungen überschritten und damit ein neues Rekordergebnis erzielt. Rund 7,6 Mio. Gäste machten Urlaub im Land Salzburg.

„Die Tourismuswirtschaft ist einer der wichtigsten Arbeitgeber im Land. Die Erfolge, die hier erzielt werden, sind ein grundlegender Baustein für eine stabile Arbeitsmarktsituation“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer am 5. Februar. „Die hervorragenden Zahlen zeugen von der ausgezeichneten Arbeit und den Leistungen der heimischen Touristikerinnen und Touristiker. Aber nicht nur die Übernachtungszahlen, sondern vor allem die Wertschöpfung der Betriebe stellen einen zentralen Indikator für die Bilanz der Tourismuswirtschaft dar.“

Zwischen November 2016 und Oktober 2017 wurde mit fast 7,6 Mio. Gästen und 28,1 Mio. Nächtigungen ein neues Rekordergebnis für das Land Salzburg erzielt. Verglichen mit dem vorangegangenen Tourismusjahr bedeutet dies bei den Gästen ein Plus von 4,9 % und bei den Nächtigungen um 1,3 %. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer war dagegen weiter rückläufig und betrug im Schnitt rund 3,7 Tage. Das ergaben Auswertungen der Landesstatistik unter der Leitung von Gernot Filipp zum Tourismusjahr 2016/2017.

Übernachtungen im Jahresverlauf

Im November verzeichnet man in der Regel die wenigsten Gäste-Nächtigungen, so auch im Tourismusjahr 2016/2017. Die knapp 600.000 Übernachtungen bedeuteten immerhin um 11 % mehr im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Der Dezember lag mit zwei Mio. sogar 9 % unter dem Schnitt. Dies konnte im Jänner und Februar mit einem Plus von je rund 4 % nicht ausgeglichen werden. Der Februar 2017 (4,4 Mio. Nächtigungen) war wie in den Jahren davor der Monat mit den meisten Übernachtungen.

März und April sind die beiden letzten Monate der Wintersaison. Die Nächtigungen in diesen Monaten werden sehr stark vom

Foto: wildbild / Land Salzburg

Termin des Osterfestes und der davon abhängigen Ferien und Feiertage beeinflußt. 2017 zählte man in beiden Monaten zusammen 4,5 Mio. Nächtigungen, das sind 11 % mehr als im Fünf-Jahres-Durchschnitt. Insgesamt war damit die Wintersaison 2016/ 2017 mit minus 0,4 % an Nächtigungen sogar etwas schwächer als 2015/2016. Im Vergleich zum Schnitt der Wintersaisonen 2010/2011 bis 2015/2016 ergibt sich ein Plus von 4,3 %.

Schwacher Auftakt im Mai und starke Sommersaison

Verursacht auch durch die Platzierung der Feiertage Christi Himmelfahrt, Pfingsten und Fronleichnam später im Jahr, begann die Sommersaison 2017 mit einem schwachen Mai mit 3 % unter dem Fünf-Jahres-Durchschnitt (eine Million Übernachtungen). Auf diesen folgten mit Juni und Juli überdurchschnittliche Sommermonate. In beiden Monaten zusammen zählte man knapp 5,3 Mio. Übernachtungen. Das bedeutet gegenüber den Vorjahren eine Steigerung von 19 %.

Die Monate August bis September 2017 lagen mit 9 % leicht über den Vorjahreswerten. Der August als stärkster Monat der Sommersaison brachte 3,8 Mio. Übernachtungen. Der Oktober war mit 1,1 Mio. Nächtigungen wiederum überdurchschnittlich gut (plus 16 %). In der gesamten Sommersaison wurden damit fast 13 Mio. Gästenächtigungen gezählt, das sind um 3,3 % mehr als im Vorjahr beziehungsweise 12 % mehr als im Durchschnitt der Sommer 2011 bis 2016.

Niederländer, Luxemburger und Litauer urlauben am längsten in Salzburg

Gut ein Drittel aller Nächtigungen im Land Salzburg im Tourismusjahr 2016/2017 wurde von Gästen aus Deutschland erbracht. Ein Viertel der Nächtigungen zählte man bei Inländerinnen und Inländern. Für weitere 8 % waren UrlauberInnen aus den Niederlanden verantwortlich.

Von den insgesamt rund 7,5 Mio. Ankünften im Salzburger Tourismus entfallen somit rund 2,5 Mio. auf deutsche Gäste und etwa 2,1 Mio. Ankünfte auf österreichische Gäste. Bei den Übernachtungen kommen deutsche Gäste auf rund 10,8 Mio. (von insgesamt 28 Mio.) und österreichische Gäste auf etwa 6,4 Mio. Die InländerInnen blieben dabei im Schnitt 3,1 Tage in Salzburg, Gäste aus Deutschland 4,4 Tage. Die NiederländerInnen weilten sogar durchschnittlich 5,4 Tage im Land.

Vereinigtes Königreich ist wichtige Herkunftsregion im Winter

Im Winter 2016/2017 waren weitere wichtige Herkunftsregionen das Vereinigte Königreich (3,7 % aller Nächtigungen in der Wintersaison) sowie Dänemark und Tschechien (je 3,6 %). Am längsten weilten mit 5,8 Tagen Gäste aus den Niederlanden, Luxemburg oder Litauen in Salzburg. Die wenigste Zeit verbrachten dagegen UrlauberInnen Taiwan (1,2 Tage) sowie China und Südkorea (1,3 Tage) im Land.

Viele Gäste aus arabischen Ländern im Sommer

In der Sommersaison 2017 erbrachten Männer und Frauen aus den arabischen Ländern 5,2 % aller Übernachtungen. Zu den wichtigsten Herkunftsländern neben Deutschland und den Niederlanden zählten erneut Tschechien (2,4 %) und das Vereinigte Königreich (2,0 %). Wieder sind es Gäste aus den Niederlanden, die mit 4,6 Tagen am längsten von allen Urlauberinnen und Urlaubern im Land Salzburg verweilten.

Männer und Frauen aus Israel blieben immerhin im Schnitt 4,5 Tage, jene aus dem arabischen Raum 4,4 Tage. Auch im Sommer verweilten Personen aus China oder Südkorea nur 1,3 Tage im Land. ■

http://www.salzburg.gv.at
https://www.salzburgerland.com

Vielfältige steirisch-polnische Beziehungen

Polnische Botschafterin Jolanta Róża Kozłowska und Honorarkonsul Manfred Kainz waren zu Besuch in der Grazer Burg.

Im Rahmen ihres Steiermark-Besuches stattete die Botschafterin Polens, Jolanta Róża Kozłowska, am 19. Februar dem steirischen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer in der Grazer Burg einen Besuch ab.

Zwischen der Steiermark und Polen sind insbesondere in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer engere Verbindungen entstanden: Neben intensiver Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Gemeinden, unterhält die Steiermark Regionspartnerschaften mit sieben polnischen Woiwodschaften sowie zahlreiche Gemeindepartnerschaften.

Diese Regionspartnerschaften, die im Zuge der Regionalen Internationalisierungsoffensive der Wirtschaft geschlossen wurden, sind von unterschiedlicher Intensität – besonders hervorzuheben ist die enge Zusammenarbeit mit den Regionen Łódź und Oppeln. Derzeit sind außerdem rund 65 steirische Unternehmen – darunter Andritz, Stölzle-Oberglas und Siemens in Polen mit Niederlassungen vertreten, wobei Energie- und Umwelttechnik und Infrastruktur im Vordergrund stehen.

Diese guten Beziehungen unterstrich auch Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer im Rahmen des Besuches von Botschafterin Kozłowska: „Polen ist für die Steiermark ein unverzichtbarer Partner. Unsere intensiven Kontakte erstrecken sich über ein breites Spektrum, von Wirtschaft und Wissenschaft bis hin zu Kultur und Landwirtschaft. Durch die Regionspartnerschaften wird die enge Zusammenarbeit weiter intensiviert." Aktuell, so Schützenhöfer weiter, werde gerade ein gemeinsamer Landwirtschaftsausschuß Steiermark/Łódź vorbereitet, der dazu beitragen werde, sich auch auf dieser Ebene noch weiter zu vernetzen. „Auch in Zukunft wird Polen für uns ein wichtiger Kooperationspartner sein, daher freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit und danke Botschafterin Kozłowska herzlich für ihren Besuch in der Steiermark."

Die intensiven Kontakte, die die Steiermark zu Polen unterhält, sind nicht zuletzt auch dem großen Engagement des langjährigen steirischen Honorarkonsuls Gerold Ortner sowie auch seines Nachfolgers Manfred Kainz zu verdanken. Ortner trug im Rahmen seiner 17jährigen Tätigkeit insbesondere auch zum Ausbau der kulturellen Kontakte zu Polen bei und veranstaltete unter anderem Freundschaftsfahrten sowie regelmäßige Festveranstaltungen (mit umfangreichem kulturellem Rahmenprogramm) anläßlich der polnischen Nationalfeiertage am 3. Mai (Tag der Verfassung) sowie am 11. November (Tag der Unabhängigkeit). ■

http://www.steiermark.at

Foto: steiermark.at / Streibl

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (l.) begrüßte die polnische Botschafterin Jolanta Róża Kozłowska und Honorarkonsul Manfred Kainz in der Grazer Burg.

Drittes Gold für grüne Mark

Im internationalen Vergleich für „exzellentes Clustermanagement" verlieh VDI/VDE Berlin dem Green Tech Cluster die Höchstnote von 100 Punkten. Der steirische Umwelttechnik-Cluster steht damit am Siegerpodest als neue Nr. 1 und führt die weltweite Liste von 1000 auditierten Clustern aus vier Kontinenten an. Diese Auszeichnung für hervorragende Strategie, Spirit und Erfolge ist nach 2010 und 2012 bereits die dritte „Goldmedaille". Der Cluster initiierte zuletzt 35 industrielle Innovationsprojekte für eine lebenswerte Umwelt.

„Wir haben in der Steiermark bereits vor über 20 Jahren begonnen, auf Cluster und damit auf die verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen untereinander sowie zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu setzen. Unsere steirischen Cluster sind heute Erfolgsmodelle, die international viel beachtet und nachgeahmt werden. Das gilt gerade auch für den Green Tech Cluster, der nun bereits drei internationale Rankings als bester Umwelttechnik-Cluster der Welt anführt", freut sich Wirtschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl. ■

https://www.greentech.at

Tirol übernimmt EUSALP-Präsidentschaft

LH Günther Platter: »Europa der Leitlinien, mehr Eigenständigkeit für Regionen«

Foto: Land Tirol / Berger

Landesüblicher Empfang vor dem Congresszentrum Igls (vorne v.l.): Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundesministerin Margarete Schramböck, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und LH Günther Platter; dahinter (v.l.): der Vertreter der Europäischen Kommission, Walter Deffaa, der Präsident des Ausschusse der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, und Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa.

Am 7. Februar übernahm Tirol offiziell den Vorsitz der Europäischen Makroregionalen Alpenstrategie EUSALP, in der 48 Regionen aus sieben Ländern mit mehr als 80 Millionen EinwohnerInnen zusammengeschlossen sind. „Die EU-Alpenstrategie ist eine politische Initiative, die von den Regionen ausgeht. Unter Tiroler Vorsitz werden wir getreu dem von uns gewählten Motto ‚Zukunft.gemeinsam.gestalten.' in Kooperation mit unseren Partnern in den Alpenstaaten und Alpenregionen an nachhaltigen Lösungen für den Alpenraum arbeiten", sagte der nunmehrige EUSALP-Präsident und Tirols Landeshauptmann Günther Platter in seiner Eröffnungsrede in Anwesenheit von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz, des Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz, des Vertreters der Europäischen Kommission, Walter Deffaa und der Landeshauptleute von Auvergne-Rhône-Alpes, Südtirol und Trentino, Laurent Wauquiez, Arno Kompatscher und Ugo Rossi.

Europa der Leitlinien

Im Sinne von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, den LH Platter am Tag darauf in Brüssel besucht hatte, soll sich die Europäische Union zukünftig auf die großen Leitlinien konzentrieren: „Im Zentrum der EU müssen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Flüchtlings- und Migra-

Foto: Land Tirol / Berger

Tirols Landeshauptmann und seit 7. Februar EUSALP-Präsident Günther Platter

tionspolitik, aber auch Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen. Die EU muß sich dafür in anderen Bereichen zurücknehmen, um den Regionen, Bezirken und Gemeinden die Freiheit von ortsgebundenen Entscheidungen zu lassen. Genau hier kommt die EUSALP ins Spiel“, ist der Landeshauptmann überzeugt.

Die EUSALP umfaßt zahlreiche Arbeitsschwerpunkte, wobei das Land Tirol sich an fünf der neun Aktionsgruppen beteiligt. In der Aktionsgruppe Mobilität hat Tirol federführend mit der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino die Leitungsverantwortung übernommen. „Im Vordergrund der Tiroler Präsidentschaft werden die Bereiche Mobilität und Verkehr, duale Ausbildung, Ressourcen- und Katastrophenmanagement sowie Energie stehen“, kündigte Platter an. „Gerade der Transit ist für unser Land ebenso wie für den gesamten sensiblen Alpenraum ein Thema, das unter den Nägeln brennt: Mit 2,25 Millionen LKW, die Jahr für Jahr über den Brennerpaß fahren, ist das Limit erreicht. Gemeinsam mit unseren Partnern in der EUSALP wollen wir hier eine Lösung herbeiführen.“

Harmonisierung des Mautsystems

Die Aktionsgruppe Verkehr und Mobilität arbeitet derzeit ein Mautsystem aus, das für den Straßengüterverkehr im Alpenraum gelten soll. Das Ziel sind eine Harmonisierung und die Umsetzung von Maßnahmen, um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Bereits im Jänner wurde in Brüssel ein Vorschlag für die Überarbeitung der Eurovignettenrichtlinie präsentiert.

Darüber hinaus soll eine Plattform entwickelt werden, die die verschiedenen Reis-

v.l.: Michael Hinterdobler, Leiter der Europaabteilung in der Bayerischen Staatskanzlei, übergab gemeinsam mit Walter Deffaa, Europäische Kommission, dem EUSALP-Präsidenten 2018 LH Günther Platter das »KOLO WHEEL«, das symbolisch für die Bewegung in der Alpenregion steht.

v.l.: Bundeskanzler Sebastian Kurz, LH Günther Platter und Walter Deffaa, Europäische Kommission, Sonderberater der Regionalkommissarin Corina Creţu

Fotos: Land Tirol / Berger

Zum Abschluß interpretierte der Klassenchor »Spatzenhaufen« der 1. Klasse der Volksschule Steinach am Brenner die »Europahymne«.

einformationssysteme zusammenfaßt. „Wir wollen einen Service für Reisende einrichten, der zuverlässig, schnell und einfach zu bedienen ist. Bayern hat hier den ersten Schritt gesetzt, und wir setzen das Projekt weiter fort."

10-Punkte-Plan für die duale Ausbildung

Unter dem EUSALP-Vorsitz Tirols findet der Startschuß für den 10-Punkte-Plan zum Thema duale Ausbildung statt. Neben Best-Practice-Beispielen zeigt ein Maßnahmenplan, wie duale Ausbildung am besten gelingen kann. „Gerade im Hinblick auf die Migrationsentwicklung ist Ausbildung ein bedeutendes Thema, das uns jetzt beschäftigen muß", so Platter.

Zu den weiteren Schwerpunktthemen gehören die Ressourcennutzung und das Katastrophenmanagement. Gerade in den Alpen sind die unterschiedlichen Nutzungsinteressen aufgrund des stark reduzierten Ausmaßes des Dauersiedlungsraumes früh und deutlich erkennbar. „Daher wird während der Tiroler Präsidentschaft der EUSALP eine Reihe von Aktivitäten für die nachhaltige Nutzung der Böden stattfinden", betonte Platter.

Gemeinsames Risikomanagement bei Katastrophen

Durch den Klimawandel werden sich Naturgefahren in den Bergen weiter verschärfen. „Wir wissen daher, wie wichtig es ist, hier Lösungen für die Zukunft zu entwickeln", sagte LH Platter. „Wir wollen nicht nur auf Katastrophen reagieren, sondern aktiv Strategien entwerfen, neue Technologien nutzen und uns gemeinsam vorbereiten." Das Ziel ist es, durch Beteiligung und Kooperation aller Betroffenen eine gemeinsame Risikokultur in der EUSALP zu entwickeln. Im Rahmen dessen soll auch eine von Tirol initiierte „AlpenSOS-App" geschaffen werden.

Energie der Zukunft

Tirol hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2050 energieautonom zu sein. Ein Schritt hin zur Energie der Zukunft ist der Aufbau eines gemeinsamen Energie-Observatoriums im Alpenraum, das Daten sammelt, auswertet und teilt. Platter: „Wir wollen wissen, welche Energiequellen wann benötigt werden, um die besten Energiequellen zur richtigen Zeit zur Verfügung zu stellen. Wir wollen langfristig planen und die Vorteile unserer Heimat, der Berge, dabei besonders nutzen."

Foto: Land Tirol/Berger

Die beiden Euregio-Landeshauptmänner Günther Platter (Mitte) und Ugo Rossi (Trentino, r.) diskutierten mit Jugendlichen aus Tirol, Südtirol und Trentino

Statements

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: „Ich freue mich, daß das Land Tirol diese wichtige Aufgabe gemeinsam mit Südtirol und Trentino einnehmen wird und bin mir sicher, daß diese die drei Länder auch ein Stück weiterbringen wird – ein beeindruckendes Arbeitsprogramm unter der Präsidentschaft Tirols hat sich uns heute präsentiert. Wir haben in Österreich und Tirol viel Erfahrung mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Die EUSALP macht die Europäische Union fühlbar, erlebbar und zugänglicher. Es gibt viele gemeinsame Herausforderungen, die nur gemeinsam gemeistert werden können wie beispielsweise der Klimawandel. Es ist wichtig, Stadt und Land sowie die Regionen miteinander zu verknüpfen. Ich wünsche Tirol alles Gute."

Bundeskanzler Sebastian Kurz: „Ich freue mich, daß Tirol als aktives, fleißiges und durchsetzungsstarkes Land den Vorsitz übernimmt. Bei all den Diskussionen um ein Mehr oder Weniger an Europa, ist eines klar: Es braucht starke Regionen und wir brauchen eine starke Europäische Union, die auf die Kraft und Stärke der Regionen setzt – die EU ist ein vielfältiges Projekt. Vielfalt ist kein Problem, sondern eine Stärke, die es zu leben gilt. Es ist wichtig, für die vielen Menschen in den Regionen die richtigen Lösungen zu finden. Die Schwerpunktauswahl Tirols während seiner Präsidentschaft umfaßt Themen, die für alle 48 Regionen entscheidend sind – von der Mobilität über das Klima bis hin zu Wasser- und Energie. Die überregionale Zusammenarbeit kann eine Chance sein, um in Themenbereichen voranzukommen, die für Tirol wichtig sind und für welche der Blick aus Wien oder Brüssel nicht stark genug ist, wie beispielsweise der Transit: Die Betroffenheit in der Region ist stark – jene, die weit weg wohnen, kennen nur Zahlen. In solchen Bereichen kann sich Tirol eine noch stärkere Stimme schaffe. Die Bundesregierung wird das Land Tirol dabei nach allen Kräften unterstützen."

Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen: „Die territoriale Zusammenarbeit und der Zusammenhalt sind in ganz Europa besonders wichtig, ebenso wie makroregionale und grenzüberschreitende Strategien. Denn solche sind wesentliche Instrumente, um über die Grenzen hinweg gemeinsam Probleme zu lösen. Makroregionale und territoriale Kooperationen sollten sich mehr in die allgemeine Politik der Europäischen Union einordnen – so läßt sich ein europäischer Mehrwert schaffen. Ich hoffe, daß das Motto Tirols ‚Zukunft. gemeinsam. gestalten.' ein gutes Zeichen für den Erfolg der Präsidentschaft sowie der weiteren Entwicklung der makroregionalen Strategie ist. Ich wünsche dem Vorsitzland Tirol alles Gute – für die Regionen und das Europa in seiner Gesamtheit."

Walter Deffaa, Vertreter der Europäischen Kommission: „Heute ist ein sehr guter Tag für Tirol, Österreich und alle Länder in den Alpen und Europa. Tirol übernimmt in dynamischer Weise, nach Slowenien und Bayern, in einem wichtigen Jahr die dritte Präsidentschaft der EUSALP: Ein Jahr, in welchem auch die Zukunft Europas konkreter wird. Dazu braucht es auch einen Raum, so wie den Alpenraum, in welchem bei wichtigen Entscheidungen die Initiative bei den Regionen liegt." ■

https://www.tirol.gv.at/
https://www.alpine-region.eu/

Europa-Initiative »Wir sind Europa!« vorgestellt

Eine Europa-Initiative von Wirtschaftskammer Vorarlberg, Land Vorarlberg und der Industriellenvereinigung Vorarlberg will nun Aufklärungsarbeit über die EU leisten.

Die Skepsis gegenüber der EU rührt auch aus fehlender und oft mißverständlicher Information innerhalb der Bevölkerung, deshalb ist dringend mehr Transparenz notwendig“, sagte Projektinitiator Michael Grahammer, WKV-Vizepräsident: „Wir haben daher den Anstoß gegeben und mit unseren starken Partnern Land und Industriellenvereinigung eine neue Initiative ins Leben gerufen, in der es offen, ehrlich und transparent darum geht, einer breiten Öffentlichkeit klarzumachen, welche Folgen ein Auseinanderdriften oder gar Auseinanderbrechen der EU bzw. Euro-Zone für Folgen, auch für uns in Vorarlberg, hätte.“

Foto: WKV / Werner Micheli

v.l.: IV-Präsident Martin Ohneberg, WKV-Vizepräsident Michael Grahammer und LH Markus Wallner

„Wirtschaftlich unsichere Zeiten, eine protektionistische Politik Trumps oder Rußland-Sanktionen zeigen, wie schnell sich ein Exportumfeld zum Negativen ändern kann“, so Grahammer. Für das Exportland Vorarlberg sind, laut Grahammer, EU-Mitgliedschaft und Einheitswährung Euro alternativlos. Es müsse populistischen Tendenzen, welche die EU gar in Abrede stellen, entgegengewirkt werden. Zudem gelte es auch, diverse Mißverständnisse in der Bevölkerung aufzuklären und darzustellen.

Ziel der neuen Initiative ist es, die europäische Idee zu stärken, Verständnis für die Europäische Integration und die Eurozone zu schaffen, Aufklärungsarbeit zu leisten und Aufmerksamkeit für das Thema „Wir sind Europa“ zu erzeugen. Das Halbjahresprogramm für 2018 ist fertiggestellt und umfaßt einen Mix aus attraktiven Veranstaltungen, Vorträgen, Präsentationen, verschiedenen Angeboten für Schüler und Lehrlinge, EU-Botschaftern aus der Unternehmerschaft, die auf mehreren Ebenen Aufklärungsarbeit leisten, klassischer Medienarbeit, Social Media Aktivitäten, uvm. Grahammer: „Im Zentrum des Handelns steht die Sensibilisierung für eine positive proeuropäische Position.“

Geplant sind Events zu EU-Themen mit unterschiedlichen Formaten und Zielpublikum. Unter anderem ist es gelungen, die Wanderausstellung „Europa #wasistjetzt“ der österreichischen Gesellschaft für Europapolitik nach Vorarlberg zu holen. Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft besucht damit alle Oberstufen-Schulen des Landes und hält begleitend Vorträge vor allen Klassen. Ein spezielles Projekt ist „Europa backstage“. An diesem interaktiven Tag zum Thema Europa soll Wissen über der EU spielerisch vermittelt werden. Zudem wird im 2. Halbjahr 2018 das Vorarlberger Wirtschaftsforum auf einen Europa-Schwerpunkt ausgerichtet sein.

„Die EU-Mitgliedschaft Österreichs hat maßgeblich dazu beigetragen, daß Vorarlberg heute in puncto Wirtschaftskraft und Lebensqualität zu den Spitzenregionen in Europa zählt“, betonte Landeshauptmann Markus Wallner. „Auch rein finanziell ergibt die EU-Mitgliedschaft für Vorarlberg eine ausgeglichene Bilanz“, hielt Wallner fest. Die Einzahlungen (Land und Gemeinden) in den EU-Haushalt betrugen im Jahr 2015 rund 32,7 Mio. Euro und im Jahr 2016 ca. 33,5 Mio. Euro. In der Förderperiode 2014 – 2020 fließen bis dato über EU-Förderprogramme im Durchschnitt jährlich ca. 33 bis 34 Mio. Euro zurück.

„Die Beteiligung an INTERREG-Programmen, mit denen die EU die Zusammenarbeit von Ländern und Regionen über nationale Grenzen hinweg fördert, ist für Vorarlberg eine langjährige Erfolgsgeschichte“, so Wallner. Das wichtigste INTERREG-Programm mit Vorarlberger Beteiligung ist „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“. Über 39,5 Mio. Euro Fördergelder von der EU werden durch 11,7 Mio. Euro staatliche Mittel aus der Schweiz sowie Beiträgen aus dem Fürstentum Liechtenstein ergänzt, sodaß insgesamt über 52 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung stehen. Der Vorarlberger Anteil an den EU-Mitteln beträgt 9,67 Mio. Euro. In der laufenden Programmperiode 2014 – 2020 wurden bereits 71 Projekte genehmigt.

„Es gibt keine Argumente, warum wir nicht von der EU profitiert haben“, betonte IV-Präsident Martin Ohneberg, der sich für die gemeinsame, wichtige Europainitiative mit einem klaren Bekenntnis bedankt: „Europa und die EU sind seit jeher ein Herzensthema der Industriellenvereinigung und ihrer Mitglieder. Wir haben uns ganz wesentlich für den EU-Beitritt Österreichs eingesetzt. Die Betriebe, die Mitarbeiter und die Bevölkerung haben profitiert und jetzt müssen wir uns weiter mit voller Überzeugung für die Weiterentwicklung einsetzen.“ Ohneberg sieht in der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte eine einzigartige Gelegenheit für Österreich, bei den notwendigen Weichenstellungen der EU mitzuarbeiten: „Erstens um die Menschen mehr über das Projekt Europa zu informieren. Zweitens um die Strukturen und Aufgaben der EU weiterzuentwickeln. Und drittens um die Industriepolitik – und die Industrie ist der Wohlstandsmotor in der EU – neu auszurichten.“ ■

http://www.vorarlberg.at
https://vorarlberg.iv.at
https://www.wko.at/service/vbg/Wirtschaftskammer-Vorarlberg.html

Smart City-Projekt in der Seestadt Aspern

45 Millionen Euro für innovative Energielösungen für die Stadt der Zukunft – EU-Kommissar Šefčovič überzeugt sich von der Energieforschungs-Kooperation ASCR

Hoher EU-Besuch und Anerkennung für ein Vorzeigeprojekt der Wiener Energieforschung: Nachhaltigkeit, Innovation und urbane Energielösungen standen beim Wien-Aufenthalt von Maroš Šefčovič, EU-Kommissar der Energieunion, im Mittelpunkt. Am 2. März besuchte Šefčovič gemeinsam mit Ulli Sima, Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke, Wolfgang Hesoun (Generaldirektor Siemens AG Österreich) und Michael Strebl (Geschäftsführer Wien Energie) die Forschungskooperation ASCR in der Seestadt Aspern. Diese gilt europaweit als beispielgebend in der urbanen Energieforschung.

EU-Kommissar Maroš Šefčovič: „Intelligente Energiesysteme, nachhaltige Lösungen und die Reduzierung von CO_2-Emissionen sind Themen, die ganz Europa bewegen. Das Forschungsprojekt ASCR in Wien arbeitet an diesen Lösungen. Ich freue mich, daß ich mich heute persönlich vor Ort informieren konnte. Hier wird die Energiezukunft gestaltet."

Ulli Sima, Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke: „Wien ist eine stark wachsende Stadt, daher müssen wir schon heute an nachhaltigen Konzepten für die Energieversorgung von morgen arbeiten. Die ASCR ist dafür europaweit ein Vorzeigeprojekt. Wir forschen hier an der urbanen Energiezukunft, die Versorgungssicherheit und Lebensqualität für alle Wienerinnen und Wiener garantieren muß."

Wolfgang Hesoun, Generaldirektor Siemens AG Österreich: „Die Forschungsgesellschaft sticht vor allem durch ihren integrativen Ansatz hervor. Denn es sind nicht Einzelelemente, sondern die komplexen Zusammenhänge des Energiesystems, die anhand realer Daten beforscht werden. Gemeinsam ist es den Projektpartnern mittlerweile gelungen, Daten und Meßwerte zu analysieren und so erste Erkenntnisse, die bereits in konkrete Projekte eingeflossen sind, zu gewinnen.""

Foto: Wien Energie / Jobst

v.l.: Michael Strebl, Geschäftsführer der Wien Energie, Maros Šefčovič, EU-Kommissar für die Energieunion, Ulli Sima, Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke, und Wolfgang Hesoun, Generaldirektor der Siemens AG Österreich

ASCR 2.0: 45 Millionen Euro für Energieforschung

Die ASCR führt seit 2013 eine der innovativsten und nachhaltigsten Energieeffizienz-Demonstrationskooperationen Europas durch. Ins Leben gerufen wurde sie von Siemens, Wien Energie, Wiener Netze, der Wirtschaftsagentur Wien und der Seestädter Entwicklungsgesellschaft Wien 3420. Im Jänner 2018 haben die Eigentümer die Fortsetzung der Zusammenarbeit beschlossen. Bis 2023 steht der ASCR 2.0 ein Budgetvolumen von 45 Millionen für die weitere Forschungsarbeit zu Verfügung.

Urbane Energiezukunft

Leitgedanke der ASCR ist es, die urbane Energieerzeugung, die Speicherung und den Energieverbrauch zu optimieren und so den CO_2-Ausstoß zu reduzieren. Die Forschungsgesellschaft sticht vor allem durch ihren integrativen Ansatz hervor. Nicht Einzelelemente, sondern die komplexen Zusammenhänge des Energiesystems werden anhand realer Daten aus dem Stromnetz, von verschiedenen Gebäuden, Wetterdaten und nicht zuletzt die Energiedaten der User beforscht.

Die Interaktion mit den BewohnerInnen der Seestadt ist wesentlich für das Projekt. 111 Haushalte haben sich entschieden, aktiv am Forschungsprojekt teilzunehmen. Sie haben die Möglichkeit, mit einer eigens entwickelten Smart Home Control App ihren Energieverbrauch zu beobachten und aktiv zu steuern.

ASCR 2.0 heißt Vertiefung und Ausweitung der Forschungsbereiche

Die erste Phase der ASCR war von 2013 bis Ende 2018 festgelegt. Nun ist klar, daß die Eigentümer die Kooperation in die nächste Phase tragen, die bis 2023 laufen wird. Die Vorbereitungen auf ASCR 2.0 sind in vollem Gange: Es werden neue Gebäude als Testbeds gesucht und neue Forschungsfragen definiert. Klar ist bereits, dass neben der Vertiefung der Forschung in den Bereichen Smart Building und Smart Grid die Digitalisierung des gesamten Energiesystems noch stärker in den Fokus rücken wird. Dazu gehören auch die sektorenübergreifende Energiesystemoptimierung und der Aufbau einer „Datendrehscheibe". Darüber hinaus will das ASCR-Team an neuen, datenbasierten Energiemarktmodellen arbeiten. Neu ist zudem die Einbindung der E-Mobilität als Herausforderung für die Stromnetze der Zukunft. ■

http://www.ascr.at

Transsibirische Eisenbahn kommt nach Österreich

ÖBB-CEO Andreas Matthä und Oleg Belozerov, Chairman of the Executive Board der Russian Railways, verstärken die Zusammenarbeit der Bahngesellschaften im Rahmen der »Strategic Partnership 1520«-Konferenz in Wien.

Anläßlich der jährlichen „Strategic Partnership 1520“ Konferenz, die am 21. und 22. Februar in Wien stattfand und damit erstmalig außerhalb eines Breitspurlandes, unterzeichneten die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und die Russischen Eisenbahnen (RZD) eine Kooperationsvereinbarung im Güter- und Personenverkehr. ÖBB-CEO Andreas Matthä und Oleg Belozerov, CEO und Chairman of the Executive Board der Russischen Eisenbahnen, unterstrichen zudem ihr Verständnis der Weiterführung der Breitspurbahn bis in den Raum Wien.

„Durch unsere enge Zusammenarbeit werden wir das System Bahn noch effizienter machen und damit noch attraktiver für den Personenverkehr und für den Güterverkehr“, betonte Matthä die Bedeutung der Kooperation mit der RZD.

„Die ÖBB sind einer der wichtigsten Partner der RZD in Europa. Das heute unterzeichnete Abkommen schafft weitere Grundlagen für die Stärkung unserer Zusammenarbeit bei gemeinsamen Projekten in den Bereichen Infrastruktur, Personen- und Güterverkehr, innovative Technologien und Personalentwicklung“ so Belozerov.

Foto: ÖBB / Andreas Scheiblecker

v.l.: Oleg Belozerow (Konzernchef RZD), Maxim Sokolow (russischer Verkehrsminister), Norbert Hofer (österreichischer Verkehrsminister) und Andreas Matthä (Konzernchef ÖBB) anläßlich der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und den Russischen Eisenbahnen in Wien.

Bekenntnis zu verstärkter Zusammenarbeit

ÖBB und RZD verbindet seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit, die mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung vertieft wird. Sie beinhaltet fünf Aspekte, in denen die beiden in Zukunft verstärkt zusammenarbeiten werden: Güter- und Personenverkehr, Entwicklung zukunftsorientierter, innovativer Technologien, Förderung von Young Professionals durch gemeinsame Trainings und Entwicklungsprogramme und die gemeinsamen Bemühungen die Russische Breitspurbahn in den Raum Wien zu verlängern.

Verlängerung der Breitspur als Chance für Mitteleuropa

Den ÖBB ist der Ausbau der Russischen Breitspurbahn nach Österreich ein wichtiges Anliegen. Gemeinsam mit den Partnern der Eisenbahnen aus Russland (RZD), Ukraine (JSC Ukrzaliznytsia) und der Slowakei (ZSSK) soll die Breitspurbahn in Zukunft bis in die TwinCity Region Wien – Bratislava führen. Dazu wird eine ca. 400 km lange elektrifizierte Neubaustrecke von Kosice in der Ostslowakei bis in den Wiener Raum benötigt. Der Endterminal ist östlich von Wien vorgesehen. Damit würde Wien zum Brükkenkopf für die Verteilung von Waren für ganz Mitteleuropa werden.

Neben steigenden Handelsvolumina zwischen China und Europa, steigt die Bedeutung des Breitspursystems auch durch die Chinesische Initiative für die Neue Seidenstraße „One Belt – One Road“. Durch den Ausbau der Russischen Breitspur bis in den Raum Wien soll die nördliche Route der Seidenstraße leistungsfähig für die Zukunft gemacht werden. Der Ausbau ermöglicht eine Verkürzung der Transportzeit zwischen China und Europa der Bahnfracht gegenüber der Seefracht um bis zu 20 Tage.

ÖBB: Österreichs größter Mobilitätsdienstleister

Als umfassender Mobilitätsdienstleister bringt der ÖBB-Konzern jährlich 461 Millionen Fahrgäste und 111 Millionen Tonnen Güter umweltfreundlich ans Ziel. 92 Prozent des Bahnstroms stammen aus erneuerbaren Energieträgern, zu 90 Prozent aus Wasserkraft. Die ÖBB gehörten 2016 mit rund 96 Prozent Pünktlichkeit zu den pünktlichsten Bahnen Europas.

Konzernweit sorgen 40.265 MitarbeiterInnen bei Bahn und Bus (zusätzlich rund 1.900 Lehrlinge) dafür, daß täglich rund 1,3 Millionen Reisende sicher an ihr Ziel kommen. Strategische Leitgesellschaft des Konzerns ist die ÖBB-Holding AG. ■

http://www.oebb.at
http://eng.rzd.ru

Doppelmayr eröffnete die längste Seilbahn der Welt

Die 3S Hòn Thơm übertrifft mit ihrer Länge von 7.899,9 Metern den aktuellen Rekord der ebenfalls in Vietnam erbauten 3S-Bahn Fansipan Legend um knapp eineinhalb Kilometer.

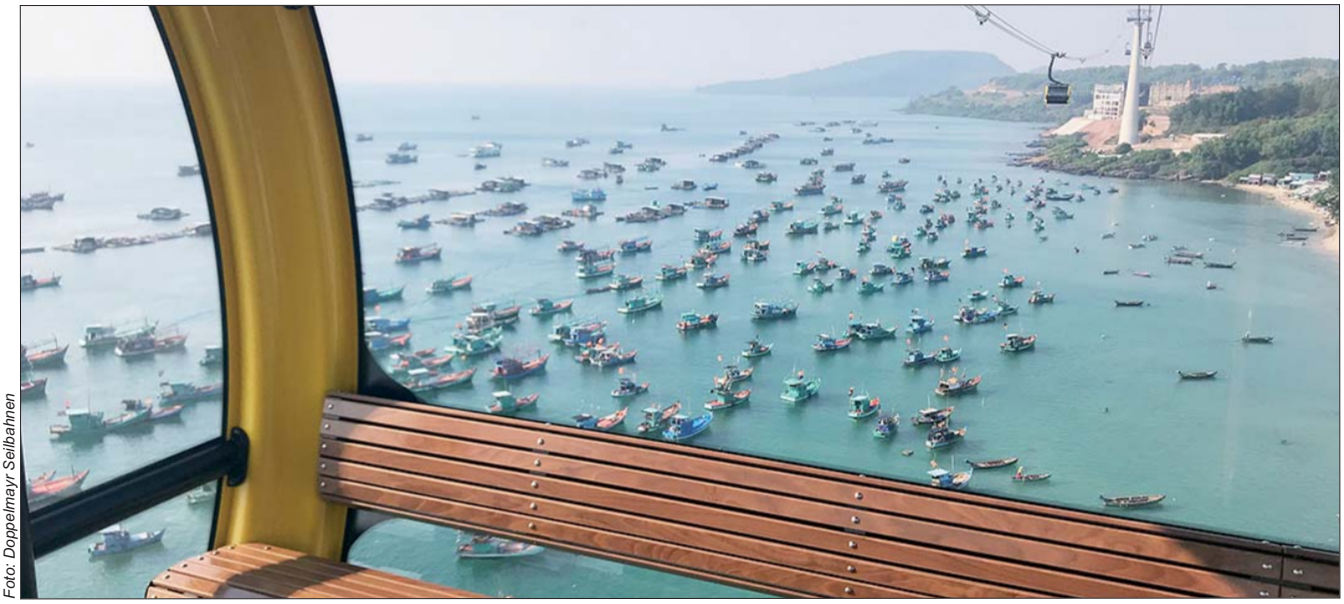


Foto: Doppelmayr Seilbahnen

Die Strecke der neuen Dreiseilbahn führt über das Meer und verbindet die beiden Ferieninseln Phú Quốc und Hòn Thơm im Süden Vietnams.

Der feierliche Spatenstich für die 3S Hòn Thơm fand Anfang September 2015 statt. In den letzten zweieinhalb Jahren entstand im Süden Vietnams eine spektakuläre Seilbahn, die den aktuellen Weltrekord der längsten Seilbahn um eineinhalb Kilometer übertrifft. Die 7.899,9 Meter lange Seilbahn, sie wurde am 4. Februar feierlich eröffnet, ist ein komfortables Transportmittel und eine Attraktion zugleich: Die Strecke führt von Phú Quốc nach Hòn Thơm, über das Meer hinweg. Die bis zu 164 Meter hohen Stützen wurden auch auf zwei Inseln, die zwischen den beiden Urlaubsinseln liegen, errichtet. Den Fahrgästen bietet sich dadurch ein atemberaubender Ausblick. Die Fahrzeit von nur 15 Minuten wird durch die Fahrgeschwindigkeit von 8,5 Metern pro Sekunde ermöglicht.

In den komfortablen CWA-Kabinen finden 30 Personen bequem Platz. Der innovative Laufrollengenerator versorgt die Beleuchtung und Einsprecheinrichtung in den Kabinen während der Fahrt mit Strom. Auch das von Doppelmayr entwickelte Räumungskonzept wurde integriert: Es garantiert die Sicherheit der Fahrgäste im Bergefall.

Seilbahnen mit solch spektakulären Attributen, wie die der 3S Hòn Thơm sind auch für die Seilbahnmonteure von Doppelmayr/Garaventa außergewöhnlich. Die Arbeit in luftigen Höhen, in Kombination mit den extremen Wetterkapriolen insbesondere in der Regenzeit sind spezielle Herausforderungen, die sie professionell und zuverlässig gemeistert haben.

Die Sun Group Corporation leistet mit der neuen Seilbahn einen weiteren Beitrag zur Entwicklung des Tourismus‘ in Vietnam. Bereits jetzt sind die Inseln im Süden des Landes ein beliebtes Besucherziel. Die 3S-Bahn ist ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur. Die Region wird sich in der nächsten Zeit als Urlaubs-Hotspot mit vielfältigem Freizeitangebot und modernen Unterkünften entwickeln.

Gemeinsam mit der Doppelmayr/Garaventa Gruppe hat die Sun Group Corporation bereits zahlreiche Seilbahnanlagen realisiert – viele davon haben einen Eintrag im Guinness Buch der Rekorde erreicht. Darunter die längste kuppelbare Gondelbahn in einer Sektion (Bana Big Ropeway) und die Pendelbahn Ha Long Queen Cable Car mit der größten Seilbahnkabine (Platz für 230 Personen) und der höchsten Seilbahnstütze (188,88 Meter). Die Fansipan Legend war bisher die längste Seilbahn der Welt und wird nun von der Anlage Hòn Thơm abgelöst.

Die 3S-Bahn im Überblick

Die bewährte 3S-Bahn der Doppelmayr/Garaventa Gruppe vereint die Vorteile von Gondel- und Pendelbahn: Das 3-Seil-System besteht aus zwei fest verankerten und vollverschlossenen Tragseilen als Fahrbahn und einem umlaufenden Zugseil, auf das die 8-rolligen Laufwerke geklemmt werden. So ist dieses kuppelbare Umlaufsystem äußerst leistungsstark und zuverlässig: selbst bei extremen Bedingungen erleben bis zu 35 Personen pro Kabine ein komfortables Fahrerlebnis. Hohe Windstabilität, niedriger Energieverbrauch und die langen Seilfelder sind die unverkennbaren Stärken der 3S-Bahn. Eine Fahrgeschwindigkeit bis zu 8,5 m/s und eine Förderleistung bis zu 5.500 Personen pro Stunde und Richtung sind bemerkenswerte Leistungsdaten dieses modernen Seilbahnsystems. ■

https://www.doppelmayr.com

Austrian Art 1860-1960

1. Preis der Volksrepublik China für die beste Ausstellung geht an ein österreichisches Projekt – erstmals wurde ein ausländisches Projekt ausgezeichnet.

Wie das Ministerium für Kultur der Volksrepublik China am 18. Jänner 2018 bekanntgab, wurde die 2015 von Kurator Josef Schütz und der „Chinese-Austrian Academy of Fine Arts“ gestaltete, unter Patronanz der Botschaft der Republik Österreich im Pekinger „World Art Museum of China“ präsentierte Retrospektive „Ein Jahrhundert Österreichischer Malerei 1860-1960“ („Austrian Centennial Painting – Austrian Art 1860-1960“) mit dem 600.000 Rmb *(rd. 75.500 €, Anm.)* dotierten Staatspreis der Volksrepublik China als „beste Ausstellung 2015“ unterstützt (1. Platz). Des Weiteren wurde die Ausstellung vom Kulturamt der Stadt Peking mit dem „Kreativitätspreis 2015“ – dotiert mit 100.000 Rmb *(rd. 12.600 €, Anm.)* – subventioniert.

Das Präsidium des Kulturministeriums der Volksrepublik China prämiert mit der von Schütz Fine Art präsentierten Werkschau österreichischen Kunstschaffens erstmals (!) ein Projekt, das nicht nationaler chinesischer Herkunft ist.

In der Begründung der aus akademischen Sachverständigen aller Provinzen, autonomen Regionen und Gemeinden der Volksrepublik sowie aus ExpertInnen der nationalen Museen, VertreterInnen des National Art Museum of China NAMOC und der nationalen Akademie der Malerei Chinas bestehenden Jury wurde das Projekt – unter 54 in der engeren Auswahl nominierten – als das „beste Projekt, als das herausragendste Ausstellungsprojekt in China im Jahr 2015“ bezeichnet. Mit dem ersten Preis bedacht wurde die an vier Destinationen – im Pekinger „World Art Museum of China“ sowie in weiteren Museen in Dalian, Hubei und Macao – gezeigte Ausstellung auf Grund der exzellenten Präsentation, der luziden Auswahl der Exponate, der kunsthistorischen Relevanz sowie der gesellschaftlich sowie sozio-ökonomischen Einordnung der Kunstwerke in Relation zur demokratischen Entwicklung.

Der seit Jahrzehnten jährlich vom Kulturministerium der Volksrepublik China ausgelobte Preis geht hiermit zum ersten Mal an ein Projekt, das weder von den nationalen Provinzen gestaltet wurde noch nationale chinesische Themenkreise präsentierte.

Foto: Schütz Fine Art GmbH

v.r.: Prof. Josef Schütz, BR Gudrun Hardiman-Pollross, Wang Limei, Direktorin des BWAM, und Prof. Zhang Gan vom Beijing World Art Museum bei der Ausstellungseröffnung 2015

Die Prämierung mit dem ersten Platz ist gleichzeitig die jüngste Etappe und bislang höchste Stufe des seit über vier Jahrzehnten bestehenden, in den letzten Jahren enorm intensivierten aktiven bilateralen Kulturaustausches zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China. Der mit Millionen Besuchern enorm erfolgreichen, heftig akklamierten, von Medien aller Art (zahllose Berichte in TV, Zeitungen, Magazinen, Internet) reflektierten und auch akademisch durchgehend positiv bewerteten Ausstellung vorangegangen waren 2011 und 2013 Personalen von Willy Eisenschitz und Werner Berg. Gegenstand der nunmehr mit dem ersten Preis ausgezeichneten, dritten von Schütz Fine Art in China kuratierten Ausstellung des Jahres 2015 war die „Präsentation von 100 Gemälden namhafter österreichischer Künstler aus 100 Jahren, dem Zeitraum von 1860 bis 1960“.

In eindrucksvoller Art und Weise dekuvriert die Ausstellung „Austrian Art 1860-1960“ auch die wechselseitigen Einflüsse beider Kontinente. Was das Besondere an dieser Retrospektive österreichischer Kunst ausmachte, war die Weite des Bogens, die in Hinsicht einer transkontinentalen Verbundenheit gespannt wurde. Denn die unter Patronanz der Botschaft gezeigte Schau machte augenscheinlich, daß aktiver Kulturaustausch einer wechselseitigen Befruchtung im Sinne der Kreativität förderlich ist. So offenbarte die Ausstellung, daß Gustav Klimt und der ihn umgebende Kreis der Wiener Secession enorm beeinflußt war von der Blüte asiatischer Kunst, klassischer Kaligraphie, die in Kunstwerken antizipiert wurde.

Irene Giner-Reichl, Botschafterin der Republik Österreich in China 2015, meinte anläßlich der Eröffnung der Ausstellung im Mai 2015: „Seit fast fünf Jahrzehnten pflegen unsere beiden Länder diplomatische Beziehungen. Bekannt ist der rege bilaterale Austausch ökonomischer und künstlerischer Natur. Positiven Einfluß auf Zwischenmenschlichkeit und Diplomatie hatte von jeher Kunst und Kultur.“ Experten hätten ihr bestätigt, was schon ihr erster persönlicher Eindruck dieser von Irene und Josef Schütz kuratierten Retrospektive gewesen sei: Nämlich den Umstand, daß namhafte österreichische Kunst in dieser Fülle, in dieser Qualität über einen derart langen – und vor allem derart relevanten Zeitpunkt – noch nie zu sehen war. Weder in Österreich – und schon gar nicht außerhalb unseres Landes. Zu danken gilt es der Weitsicht und Kenntnis von Seiten der Museumsdirektion in Peking sowie Schütz Fine Art als Experte und Kurator.“ ■

https://www.bmeia.gv.at/oeb-peking/
http://www.schuetz-antik.com/

China feierte traditionelles Neujahr in Bad Goisern

Interkulturelle Zusammenarbeit zwischen Suzhou und Bad Goisern

Das chinesische Neujahrsfest, gilt in China als der wichtigste Feiertag des ganzen Jahres. Es läutet nach dem chinesischen Kalender das Neue Jahr ein und hat einen ähnlichen Stellenwert wie das Weihnachtsfest bei uns in Österreich.

Eine große Wertschätzung war es daher, daß im Rahmen des von AME-Austrian Music Education organisierten Musik-Winter Camps chinesische MusikschülerInnen aus Suzhou samt Eltern und LehrerInnen diese Festtage und den Beginn des chinesischen Jahres, welches 2017 im Zeichen des Hundes steht, in Bad Goisern verbrachten.

Das einwöchige Musik-Camp beinhaltete neben Musikunterricht auch Wintersportaktivitäten wie Langlaufen, Rodeln und Schneeschuhwandern, Ausflüge zu historischen Stätten und regionale Kulturvermittlung wie Kurse im Jodeln und ein fröhliches gemeinsames Apfelstrudelbacken mit den Goiserer Goldhaubenfrauen.

Der Höhepunkt war die gemeinsame Neujahrsfeier mit einem Festkonzert unter dem Motto „Dogs Rule“ im vollbesetzten und prächtig dekorierten Saal der Landesmusikschule Bad Goisern mit Musik und Instrumenten aus beiden Ländern.

Nach einführenden Worten durch Prof. Richard Trappl vom Konfuzius Institut der Universität Wien ließen sich die mitwirkenden Kinder aus Österreich und China auf die reiche Vielseitigkeit der Musik des jeweils anderen Landes ungezwungen ein – so sangen die regionalen Kinderchöre das berühmte „Jasmin Lied“ in chinesischer Sprache, die chinesischen StudentInnen überraschten wiederum mit einem spontanen Tanz zu Salzkammergut-„Paschern“ samt einem Jodler in regionalem Dialekt.

Das Bläserensemble der Landesmusikschule spielte eine aus China zugesandte Fanfare und die jüngsten KlavierschülerInnen aus China und Bad Goisern gaben zusammen das Neujahrslied „Gong Xi“ zum Besten. Jodler der Hollerschanpszutzler, pointierte Beiträge des „Austronom“ sowie Trompetenklänge von Hannes Moritz vom Mozarteumorchester Salzburg rundeten das Program stimmungsvoll ab.

v.l.: Lan HuiLing und Gatte Univ. Prof. Richard Trappl, Bad Goiserns Bürgermeister Peter Ellmer, Romana Obermair und Peter Brugger von der AME und Tao Deng, Leiter Musikschule Suzhou

Fotos: Stadler Fotografie & Pressefotografie Hilbrand

Kinder aus Bad Goisern und Suzhou amüsierten sich königlich beim Neujahrsfest.

Beim anschließenden gemeinsamen Neujahrs-Dinner bewunderten Bürgermeister Peter Ellmer gemeinsam mit dem Leiter der Musikschule Suzhou, Tao Deng, und vielen geladenen Festgäste die kunstvoll dekorierte Neujahrs-Torte der Konditorei Zauner.

Die interkulturelle Zusammenarbeit zwischen der AME-Partner Musikschule aus der chinesischen Millionenstadt Suzhou und der Landesmusikschule Bad Goisern hat sich mit diesem Festkonzert und gemeinsamen Camp-Projekt erneut auf kultureller Ebene bewiesen. ■

http://www.austrian-music-education.at
http://lms-badgoisern.at
http://www.bad-goisern.ooe.gv.at

Wiener Ball-Luft in Brüssel

Schnell sein zahlt sich aus: Auch dieses Mal war der Wiener Ball, der seit über 40 Jahren Opernball-Luft nach Brüssel bringt, wieder restlos ausverkauft.

Fotos: Österreichische Vereinigung in Belgien / Nicolai Bloemstrand

Das Comité des Jeunes bei der Eröffnung des 40. Wiener Balls im Concert Noble in Brüssel

Schon im Sommer kamen die ersten Anfragen, und bereits mehrere Wochen vor der Veranstaltung waren die letzten Karten vergriffen. Und so tanzten am 3. Februar über 800 Gäste im eleganten Concert Noble bis in die Morgenstunden.

Vieles an diesem Ball, der seit Jahrzehnten zu Brüssels renommiertesten gesellschaftlichen Veranstaltungen gehört, erinnert an die Originalbälle in Wien: Die elegante Umgebung, die feinen Roben, das österreichische Dekor, die leckeren Spezialitäten aus dem Alpenland. Die Eröffnung wird von den Debütanten gestaltet – sie im weißen Kleid, er im schwarzen Frack –, denen das Kinder- und Jugendballett vorausgeht. Seit vielen Wochen haben die Nachwuchstänzer fleißig geübt, damit am großen Abend auch alles klappt. Die Aufregung ist groß, das Lampenfieber immer mit dabei, aber die minutiöse Vorbereitung zahlt sich aus. Begleitet vom begeisterten Beifall der Zu-

v.l. Günther Ettl, Präsident der Österreichischen Vereinigung in Belgien, Peter Florianschütz, Gemeinderat der Stadt Wien, und Nikolaus Marschik, Österreichischer Botschafter zur EU

schauer tanzen die Ballerinas zum Strauss-Walzer „Wiener Blut“.

Anschließend erobern die 24 Debutanten-Paare die Tanzfläche und stimmen mit Polka, Fächerpolonaise und steyrischen Tänzen auf den Abend ein. Die Gäste lassen sich nicht lange bitten und lassen vom ersten „Alles Walzer“ bis zum letzten „Brüderlein fein“ keine Gelegenheit aus, sich selbst aufs Parkett zu begeben.

Hoher Besuch

Dabei zeigt sich: Nicht nur die jungen TänzerInnen können sich sehen lassen, sondern auch das Publikum, und das nicht nur, was das Tanzen betrifft – vertreten ist, was Rang und Namen hat.

Honorige Ehrengäste waren zahlreich vertreten, allen voran die Österreichische Botschafterin Elisabeth Kornfeind und der Österreichische Botschafter Nikolaus Marschik. Was für ein Ansehen der Brüsseler Wiener Ball hat, zeigte die Anwesenheit von Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin und Bundesministerin a.D. mit Ehemann Prof.

Bild oben (v.l.): die Choreographen Christophe et Carolina Houtart, Jasmina Kuen (Organisationscomitee) und Ballorganisatorin Karin Lukas-Eder

Bild rechts (v.l.): Österr. Botschafter Thomas Mayr-Harting, Österr. Botschafterin Elisabeth Kornfeind und und Ballorganisatorin Barbara Francois

Bild unten: Das Kinder- und Jugendballett

Fotos: Österreichische Vereinigung in Belgien / Nicolai Bloemstrand

Francisco Ferrero Campos, Botschafterin Piritta Asunmaa (Leiterin der Vertretung von Finnland bei der NATO), Botschafter Jiri Sedivy (Ständiger Vertreter der Tschechischen Republik bei der NATO), Botschafter Thomas Mayr-Harting sowie der Generaldirektor der Generaldirektion NEAR, Christian Danielsson.

Auch der diesjährige Wiener Ball stand unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters der Stadt Wien, Michael Häupl, und Gemeinderat Peter Florianschütz ließ es sich nun schon das zweite Mal in Folge nicht nehmen, den Brüsseler Ball persönlich als Vertreter der Stadt Wien zu besuchen.

Offiziell eröffnet wurde der Wiener Ball 2018 vom neuen Präsidenten der Österreichischen Vereinigung in Belgien, Günther Ettl. Es war sein erster Wiener Ball als Präsident, gepaart mit dem Stolz, daß seine Tochter Magdalena als Debütantin auftrat.

In der Bildmitte: Archiduchesse Anne-Gabrielle d'Autriche

Von Walzer bis Swing

Während am Anfang noch kunstvolle Walzer auf dem Parkett zu sehen sind, wird die Stimmung schon nach kurzer Zeit deutlich ausgelassener. Die gelungene Mischung aus Streichorchester und Jazz-Quartett sorgt dafür, daß für jeden etwas dabei ist und Swing neben Walzer, Jive neben Tango zu hören ist. Seit über 20 Jahren setzt das Ballkomitee – an dessen Spitze Barbara François und Karin Lukas-Eder – dabei auf das Ballorchester Krisper, das extra für den Ball von Wien eingeflogen wird. Einen wahren Höhepunkt erreicht die Stimmung mit der traditionellen Mitternachtsquadrille, die nahezu jedes Paar auf die Tanzfläche lockt und nach sieben mehr oder weniger erfolgreich gemeisterten Runden mit einer ausgelassenen Polka endet.

Benita Ferrero-Waldner mit ihrem Ehegatten Prof. Francisco Ferrero Campos

Ein Ball für einen guten Zweck

Der Quadrille vorausgegangen war eine kurze, spannende Verschnaufpause, denn pünktlich um Mitternacht galt es, die Gewinner der Tombolapreise ausfindig zu machen. Als Hauptgewinn lockte ein dreitägiger Aufenthalt für zwei Personen in einem Thermalhotel in Österreich.

Dank der zahlreichen BesucherInnen und großzügigen Spenden von verschiedenen Firmen hofft das Ballkomitee auf einen großen Reinerlös, der zu einem Großteil an SOS Kinderdörfer in Belgien geht.

Ansporn genug für die Organisatoren, auch 2019 wieder zum Wiener Ball nach Brüssel einzuladen – ganz sicher wieder mit ausverkauftem Haus. ■

https://www.oevb.be/

Fotos: Österreichische Vereinigung in Belgien / Nicolai Bloemstrand

Hevorragende Stimmung bei der traditionellen Mitternachtsquadrille

Wiener Bälle in Sofia

Am 17. Februar ging im ganzvollen Hotel Balkan der 18. Wien-Ball in Sofia über die Bühne: Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorszky eröffnete als offizieller Vertreter Wiens die Veranstaltung.

Foto: Stadt Wien / Irina Simova

Bei der Eröffnung des Wien-Balls in Sofia 2018 (v.l.): S.E. Roland Hausner, Botschafter der Republik Österreich in Sofia, Dolmetscherin Nadja Stancheva, die Sofioter Bürgermeisterin Jordanka Fandakova, Wiens Stadtrat Jürgen Czernohorszky und Ballorganisatorin Maria Neykova

Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorszky nutzte den Besuch in der Bulgarischen Hauptstadt aber auch für Arbeitsgespräche mit Verantwortlichen der Stadtregierung. So gab es bereits am 16. Februar einen Erfahrungsaustausch mit Vizebürgermeister Todor Tschobanov, der in Sofia für Kultur, Bildung, Sport und Abhängigkeitsprävention zuständig ist. Gesprochen wurde dabei unter anderem über die Wiens Modell der Kinderbetreuung und den Umgang der Stadt mit den wachsenden Bevölkerungszahlen. „Sofia und Wien verbindet vieles: So haben beide Städte eine lange Geschichte und Tradition, sind aber als Ballungsräume auch mit einem stetigen Zuzug und einer wachsenden Bevölkerung konfrontiert“, betonte Czernohorszky. „Da spielt es eine wichtige Rolle, auch rasch die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Wien kann hier gerade im Bereich der Bildungsinfrastruktur wichtige Erfahrungen einbringen.“

Foto: Stadt Wien / Toni Tonchev

Erfahrungsaustausch am Tag vor dem Wien Ball: Wiens Stadtrat Jürgen Czernohorszky (l.) und Todor Tschobanov, Sofioter Vizebürgermeister für Bildung und Kultur

Wien-Bälle mit langer Tradition

„Eine wunderbare gesellschaftliche karitative Veranstaltung. Ein unvergeßlicher Ballabend, der mit seiner Festlichkeit und Ablauf mit einigen von unseren größten Bällen in Wien verglichen werden kann“, lobte Thomas Reindl, erster Vorsitzender des Wiener Gemeinderates, den Ball anläßlich des Abschlußabends der „Wiener Tage in Sofia 2017“ im festlichen Saal des Militärklubs vor etwa 200 Gästen.

Der Erste Wiener Ball fand am 17. Februar 1996 in den Sälen des eben erwähnten Militärklubs statt, die Idee dafür kam von den WienerInnen in Bulgarien und Diplomaten an der Österreichischen Botschaft in Sofia. Nach einer vierjährigen Unterbrechung und mit der Neubesetzung der Botschaft im Jahr 2000 wurde die Initiative zu neuem Leben erweckt und der „Verein Wiener Klub in Sofia“ um Unterstützung ersucht. Mit vereinten Kräften und mit der Unterstützung der Stadt Wien wurde der zweite Wiener Ball im Februar 2001 wieder im Militärklub veranstaltet.

Ein anderes Format, aber einer der bedeutendsten Momente in der Geschichte der Wiener Bälle in Sofia, war der karitative Wiener Galaabend im Jahr 2002 im Hotel Kempinski, an dem eine Delegation aus Wien, an der Spitze mit dem Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien Michael Häupl, teilgenommen hatte. Einer der Ballgäste war damals auch der Welt-Filmstar Steven Seagal, der damals gerade in Sofia einen Film drehte.

Seit 2003 werden die Wiener Bälle in Sofia regelmäßig in den Hotels Hilton, Kempinski-Sografski und die meisten im Sheraton veranstaltet. Die Organisation ist Aufgabe der Gründerin und gegenwärtigen Vorsitzenden des Vereins Wiener Klub, Maria Neykova, wobei für den künstlerischen Teil des Balls Prof. Rumen Neykov Sorge trägt.

Die Wiener Bälle in Sofia stehen unter dem Ehrenschutz des jeweiligen österreichischen Botschafters und eines von ihm gewählten bulgarischen hochrangigen Politikers. Vor acht Jahren hat der damalige Botschafter die Entscheidung getroffen, die Bürgermeisterin von Stadt Sofia für die Schirmherrschaft einzuladen – und es wurde ausgemacht, daß, unabhängig davon wer der Bürgermeister und wer der Botschafter ist, beide immer die Patronanz über den Ball übernehmen werden. Und schon seit acht Jahren ist die Bürgermeisterin von Sofia, Yordanka Fandakova, die Schirmherrin des Balls. Zu jedem Ball kommt auch eine hochrangige

Ein bezauberndes Ballett begeisterte alle Ballgäste

Danach hieß es »Alles Walzer«.

Fotos: Romeo Cholakov

Der Lektor und Küchenmeister an der Tourismusschule MODUL, Gottfried Gansterer, versorgte die rund 400 Ballgäste mit Wiener Spezialitäten – im Bild tanzend mit seiner Gattin

Österreich, Europa und die Welt

Delegation aus Wien. So war etwa Nationalratspräsidentin Barbara Prammer 2007 Ballgast in Sofia.

Man kann sagen, daß die Bälle in Sofia den Stil der authentischen Wiener Bälle haben, weil die typischen Hauptkomponenten dabei sind: Wie überall werden die Ballgäste mit einem Glas Sekt und einer Damenspende der Stadt empfangen. Dann kommt die festliche Eröffnung, beginnend mit den Ansprachen der Ehrengäste und mit dem anschliessenden Einzug der DebütantInnen, sie sind SchülerInnen der Elitenschulen in Sofia (die jungen Damen wurden übrigens von der Stadt Wien mit einer Tiara ausgestattet). Es werden die „Fächerpolonaise“ von Carl M. Ziehrer und „An der schönen blauen Donau“ von Johann Strauss getanzt.

Nachdem „Alles Walzer“ angesagt wird, kommen alle Ballgäste auf die Tanzfläche um Walzer zu tanzen. Das Ballorchester spielt Wiener Walzer und klassische Tanzmusik der Wiener Komponisten. Es wird bis spät in der Nacht getanzt, aber da nicht nur klassische Tänze getanzt werden, sondern auch moderne, ist auch eine Band für moderne Tanzmusik engagiert, damit all jene, die nicht besonders mit den klassischen Tänzen vertraut sind (z.B. linker Walzer), sich auch amüsieren können.

Ein weiteres Hauptelement des Wien-Balls in Sofia ist das Mitternachtsprogramm. Sich von den Tänzen ausruhend, genießen die Gäste die Darbietungen der führenden Solisten und Ballett-TänzerInnen des Operettentheaters und der Nationaloper.

Um Mitternacht wird Quadrille unter der Leitung eines Tanzmeisters aus Wien getanzt, was die Stimmung in einen neuen Aufschwung bringt.

Foto: Romeo Cholakov

Eine der Ehrengäste beim Wiener Ball war 2007 Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Im Bild (v.l.): Botschafter Karl Diem, Georgi Pirinski, damals Vorsitzender des bulgarischen Parlaments, mit seiner Gattin, Barbara Prammer († 2014), Ballveranstalterin Maria Neykova und Prof. Alexander Yossifov, damaliger Vorsitzender des Vereins »Wiener Klub in Sofia«

In einer improvisierten Weinstube können die Gäste bei Weinverkostung mit Gulaschsuppe und Würstchen entweder die Kunst eines Heurigen-Duos aus Wien bewundern oder einfach entspannt plaudern.

In den letzten sieben Jahren verwöhnte der Lektor und Küchenmeister an der Tourismusschule MODUL, Gottfried Gansterer, die Ballgäste mit Wiener Spezialitäten – was ja ganz nicht so einfach ist, wenn es sich um 400 Gäste handelt.

Ein wichtiges Element des Wien-Ball ist der karitative Zweck: Der Reinerlös, der sich aus einem Teil des Preises der Ballkarten, der Tombola und einer Auktion zusammensetzt, wird an Kinderheime, Krankenhäuser, die Stiftung Concordia und andere Bedürftigen gespendet.

„Für den Verein Wiener Klub in Sofia ist die Unterstützung der Stadt Wien von großer Bedeutung und hier ist die Stelle für unser Dankeschön für die gute Zusammenarbeit in allen diesen Jahren! Mit der Zeit ist der Ball eine Brücke für die Vertiefung der Beziehungen in jeder Hinsicht zwischen Sofia und Wien geworden, weil wie unsere Bürgermeisterin Yordanka Fandakova sagt, es gibt Vieles zu lernen von der besten Stadt zum Leben in der Welt, Wien“, sagte Maria Neykova, Vorsitzende des Vereins Wiener Klub in Sofia. ■

http://www.wienerclub-bg.org/public/?lang=de

Foto: Stadt Wien / Irina Simova

Ein Eindruck von der glanzvollen Wien-Ball-Eröffnung in Sofia

Innenpolitik

Tirol hat gewählt

Landeshauptmann Günther Platter konnte mit seiner ÖVP 44,26 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die SPÖ hält mit 17,25 Prozent Platz zwei dicht gefolgt von der FPÖ mit 15,53 Prozent. Die Grünen und die Liste Fritz müssen Verluste hinnehmen, NEOS werden mit 5,21 Prozent erstmals in den Landtag einziehen.

Foto: ÖVP / Jakob Glaser

Große Freude herrschte bei nach der ersten Hochrechung in der ÖVP. Im Bild (v.l.): Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Landeshauptmann Günther Platter und Margarete Schramböck Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Am 25. Februar hat in Tirol die Landtagswahl stattgefunden. Landeshauptmann Günther Platter konnte 4,91% dazugewinnen und erreichte mit 44,26% für seine ÖVP.

Die SPÖ erreichte mit ihrer Spitzenkandidatin SPÖ-Spitzenkandidatin Elisabeth Blanik 3,53% Zugewinn und erhielt nun 17,25% der Stimmen.

Die FPÖ unter ihrem Spitzenkandidaten Markus Abwerzger legt 6,19% zu und kommt nun auf 15,53%.

Die Grünen unter ihrer Spitzenkandidatin Ingrid Felipe müssen einen Verlust von 1,92% hinnehmen, ziehen aber mit 10,67% neuerlich in den Tiroler Landtag ein.

Die NEOS können sich mit ihrer Spitzenkandidaten Dominik Oberhofer nach erstmaligem Antreten über 5,21% freuen und werden in den Tiroler Landtag einziehen.

Die Liste Fritz mit ihrer Spitzenkandidatin Andrea Haselwanter-Schneider verliert 0,15% und verbleibt mit 5,46% im Landtag.

„Family – Die Tiroler Familienpartei“ erreicht mit ihrer Spitzenkandidatin Andrea Krumschnabel 1,14%.

„Impuls Tirol“ erreicht mit ihrem Spitzenkandidaten Josef Schett 0,48%.

Auch diesmal wurden zwischen 22. und 25. Februar 1.210 Wahlberechtigte von ORF/ SORA/ISA telefonisch interviewt und zu ihren Wahlentscheidungen zu befragt:

Keine Wechselstimmung im Land

Stimmung zwischen Zufriedenheit ...

Wie die Wahltagsbefragung zeigt, herrschte bei dieser Wahl keine starke Wechselstimmung:

- Rund die Hälfte der Befragten schätzen die Entwicklung des Landes in den vergangenen fünf Jahren als gleichbleibend ein („es hat sich nichts verändert“).
- Ein Drittel (32%) sehen eine positive Entwicklung.
- Im Vergleich dazu beklagen nur 17% eine negative Entwicklung. Einen großen Teil dieses Protests kann die FPÖ für sich gewinnen (46% in dieser Gruppe).

... und Zukunftssorgen

Auf der anderen Seite blicken rund vier von zehn Befragten mit Sorge in die Zukunft und meinen, daß das Leben für die heute junge Generation einmal schlechter sein wird.

- Zwei Drittel machen sich „große Sorgen, dass sich unsere Gesellschaft immer weiter auseinander entwickelt“.
- 73% sagen, dass man sich das „Leben in Tirol immer schwerer leisten“ könne.
- Personen mit solchen Sorgen haben seltener ÖVP und häufiger SPÖ, FPÖ und Grüne gewählt.

Mehrheit mit bisheriger Arbeit der Landesregierung zufrieden

Mit 59% ist die Mehrheit der Tiroler Wahlberechtigten mit der Arbeit der bisheri-

gen Landesregierung zufrieden. Von dieser Zufriedenheit profitiert vor allem die ÖVP, die Grünen erhalten von UnterstützerInnen wie von KritikerInnen der Landesregierung gleichermaßen Stimmen. GegnerInnen der Landesregierung wählten FPÖ und – etwas weniger stark – SPÖ.

Wer hat wen gewählt

Die Wahltagsbefragung zeigt bei dieser Wahl deutliche Unterschiede im Wahlverhalten unterschiedlicher soziodemographischer Gruppen.

Unterschiede nach Alter und Geschlecht

- Wie bei der Landtagswahl 2013 erzielte die ÖVP deutlich bessere Resultate unter Älteren und erreichte in der Gruppe der Ab-60-Jährigen 68% der Stimmen.
- Frauen wählten überdurchschnittlich SPÖ und Grüne, Männer hingegen die FPÖ
- Unter jüngeren Männern (bis 44) erhielt die FPÖ 29% (hinter der ÖVP mit 34%)
- Die Grünen schnitten mit 25% unter jüngeren Frauen (bis 44) besonders gut ab (in dieser Gruppe praktisch gleichauf mit ÖVP und SPÖ)

Unterschiede nach Erwerbsstatus und Bildung

- Unter ArbeiterInnen liegt bei dieser Wahl die FPÖ mit 48% der Stimmen an erster Stelle.
- Unter Angestellten liegt die ÖVP mit 32% vor SPÖ (23%) und Grünen (16%)

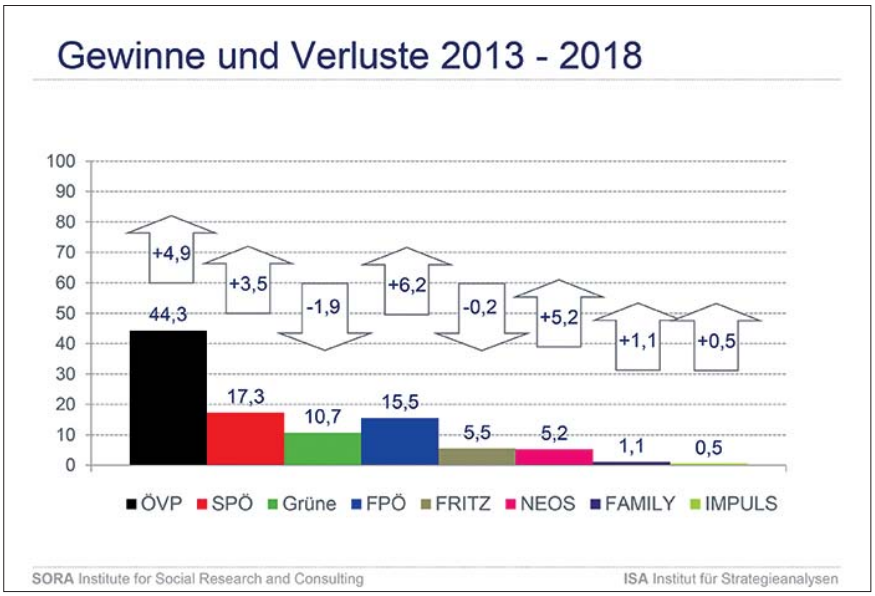
In der Unterscheidung nach formaler Bildung zeigt sich, daß die ÖVP in allen Gruppen an erster Stelle liegt, mit Ausnahme der Personen mit Universitätsabschluß: In dieser Gruppe erreichten die Grünen 29% (ÖVP: 27%).

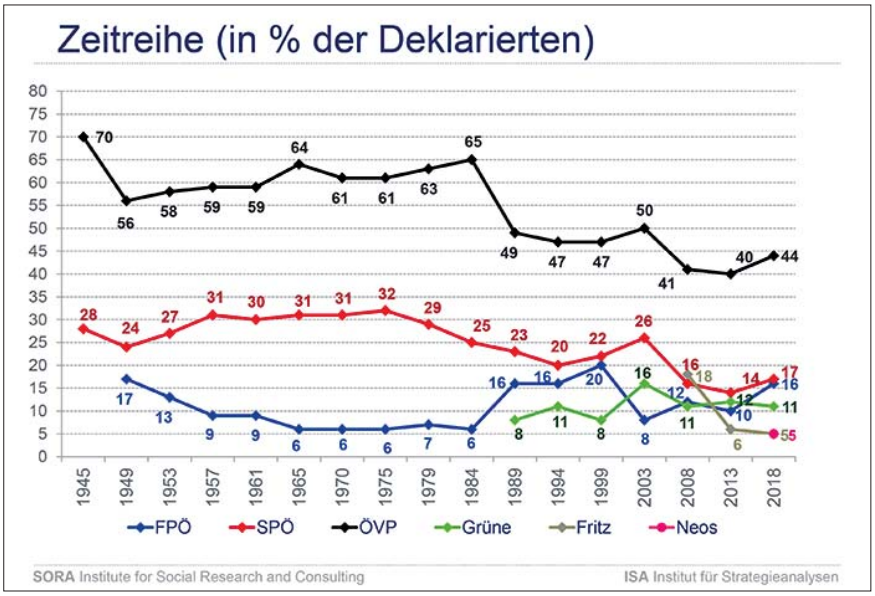
- Insbesondere Frauen mit höherer formaler Bildung (zumindest Matura) haben die Grünen gewählt.
- Unter Männern mit Matura schnitten die NEOS mit 15% besonders stark ab. Die ÖVP erreichte 37% in dieser Gruppe.

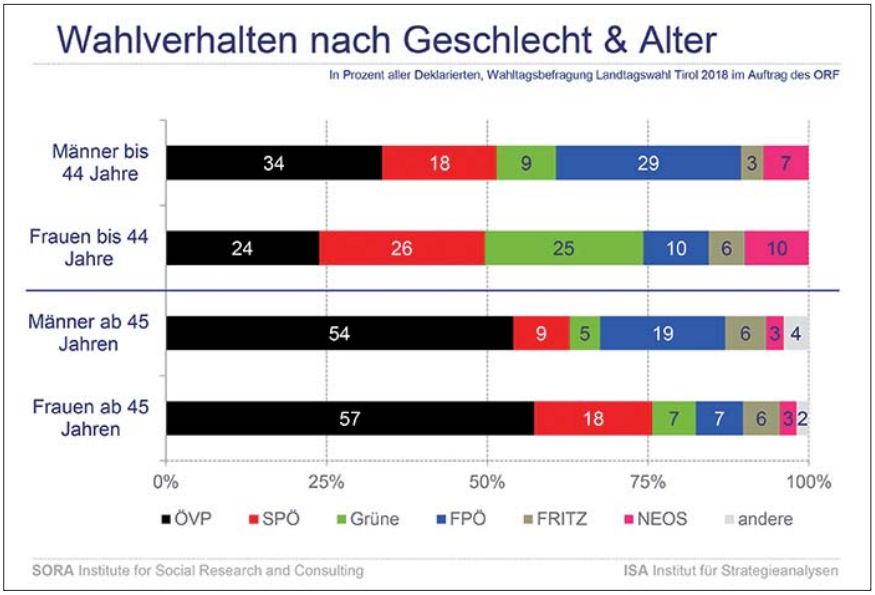
Wahlmotive und Themen im Wahlkampf

ÖVP überzeugt mit Spitzenkandidat und bisheriger Arbeit

Die ÖVP hat im Wahlkampf auf Kontinuität und Stabilität gesetzt. Für die große Mehrheit der ÖVP-WählerInnen stand ihre Entscheidung schon lange vor dem Wahltag fest. Sie sind mit der Arbeit der ÖVP zufrieden und wünschen sich eine Fortführung der Regierungsarbeit. Wichtigste Wahlmotive







waren Spitzenkandidat Günther Platter, die bisherige Arbeit der ÖVP sowie die Inhalte der Partei.

Von den abgefragten politischen Themen haben sich die ÖVP-WählerInnen im Wahlkampf am ehesten mit der Transitfrage auseinandergesetzt (36% „sehr häufig diskutiert"), alle anderen Themen waren weniger wichtig.

SPÖ mit sozialen Themen und Rückenwind von Oppositionsrolle im Bund

Für die SPÖ-WählerInnen standen diesmal die Inhalte der Partei als wichtigstes Wahlmotiv im Vordergrund. Wie die abgefragten Wahlkampfthemen zeigen, ging es dabei vor allem um Sozialleistungen, Wohnen, Gesundheit und Pflege.

Am häufigsten haben die SPÖ-WählerInnen im Wahlkampf über die „Maßnahmen der Bundesregierung" diskutiert (42% „sehr häufig"). Die Opposition gegen Schwarz-Blau in Wien war demnach ein weiterer mobilisierender Faktor für die SPÖ.

FPÖ mit Themen Zuwanderung, Sicherheit und Arbeitsplätzen

Für die FPÖ-WählerInnen war „Zuwanderung" mit Abstand das wichtigste Thema im Wahlkampf, gefolgt von „Sicherheit" und „Arbeitsplätzen".

14% der Befragten FPÖ-WählerInnen gaben an, dass sie die FPÖ vor allem gewählt haben, weil sie in der künftigen Landesregierung vertreten sein soll. 11% nannten hingegen als Hauptmotiv, dass die Partei eine Kontrollfunktion ausübt und sich um Missstände kümmert.

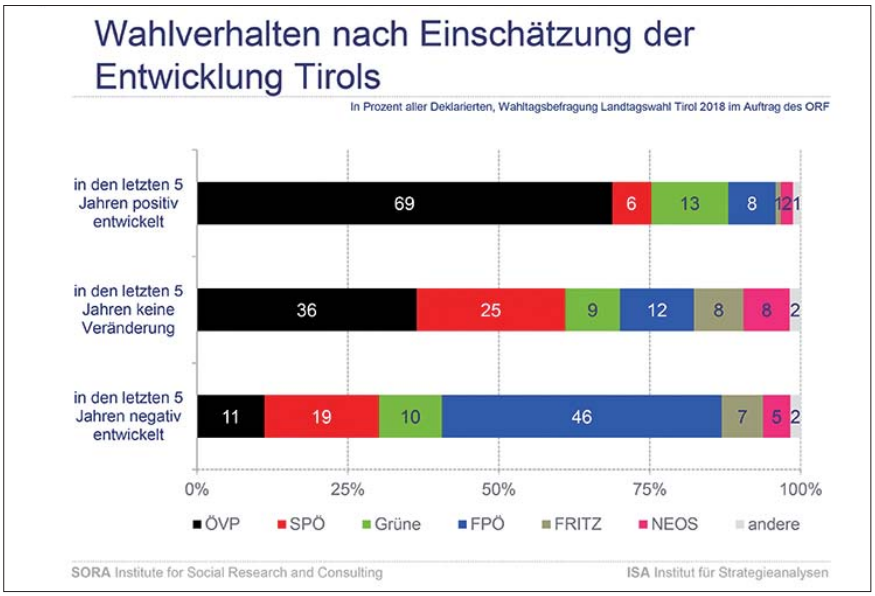
Grüne profitieren von Last-Minute-Swing

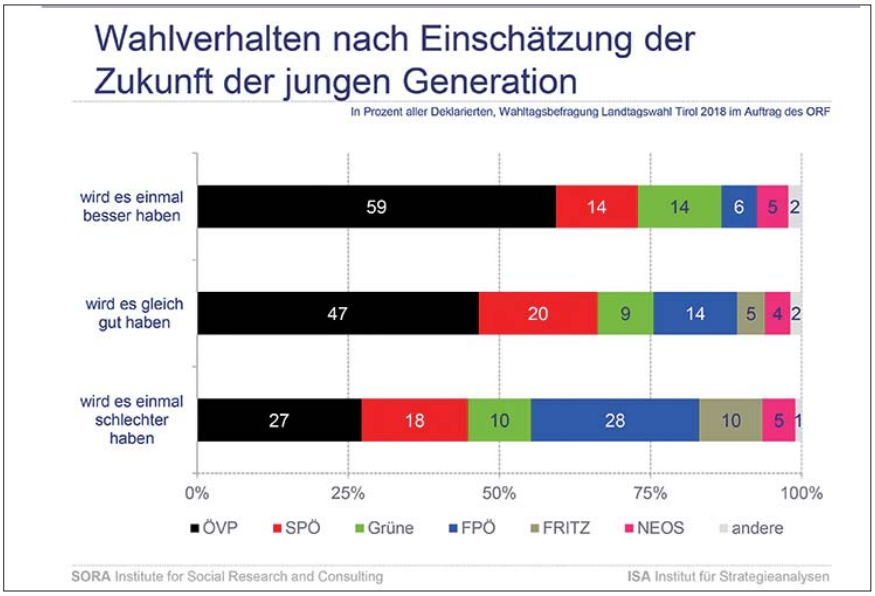
Ebenso wie die FPÖ konnten die Grünen überdurchschnittlich viele WählerInnen erst in den letzten Tagen vor der Wahl überzeugen. Beide Parteien profitierten daher von der Diskussion über eine Richtungsentscheidung zwischen „Schwarz-Grün" versus „Schwarz-Blau" in Tirol.

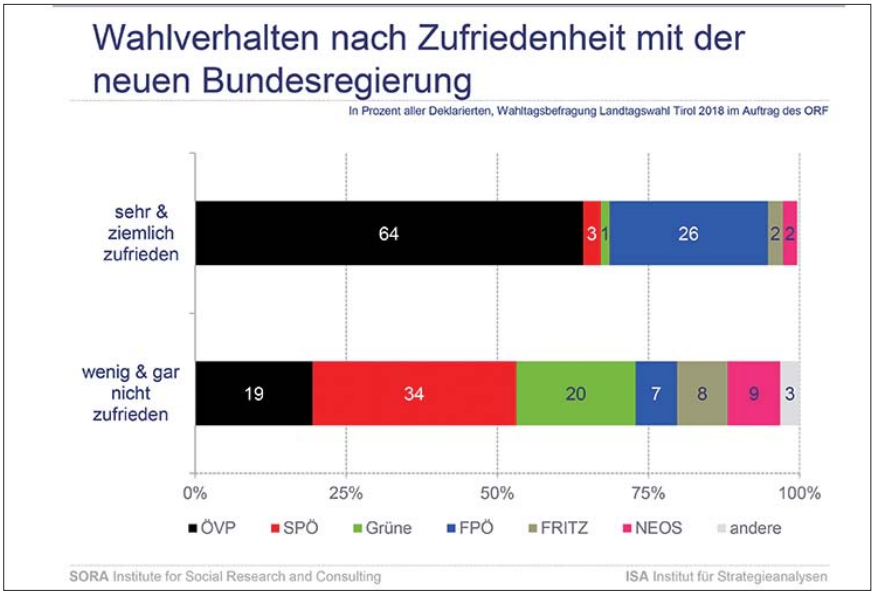
Hinsichtlich der wichtigsten Wahlmotive stehen bei den Grün-WählerInnen klar die Inhalte im Vordergrund (für 41% wichtigstes Wahlmotiv), d.h. insbesondere die Themen Umweltschutz und Bildung.

Ebenso wie bei der SPÖ profitierte auch die Mobilisierung der Grünen von der Opposition gegen Schwarz-Blau im Bund: 49% der Grün-WählerInnen haben im Wahlkampf sehr häufig über die Maßnahmen der Bundesregierung diskutiert.

Separate Auswertungen für die anderen







Parteien sind aufgrund der Stichprobengröße nicht möglich.

Welche Parteien in die nächste Regierung?

Welche Parteien sollen nach Meinung der Befragten in der nächsten Landesregierung vertreten sein? Die ÖVP-WählerInnen sind in dieser Frage gespalten: Jeweils rund drei von zehn sprechen sich für die Zusammenarbeit der ÖVP mit SPÖ, FPÖ und den Grünen aus.

Wählerströme

Die SORA Wählerstromanalyse, durchgeführt im Auftrag des ORF, beleuchtet die Wählerwanderungen ausgehend von der Landtagswahl 2013.

Zentrale Trends

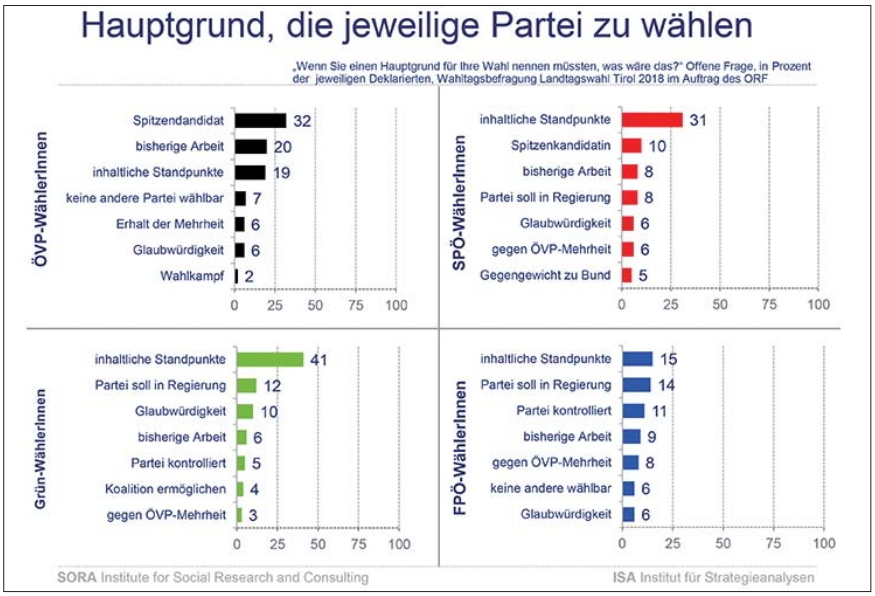
- Eine Besonderheit bei dieser Wahl: Sechs Listen, die 2013 zusammen 19,4% der gültigen Stimmen erhalten hatten, sind diesmal nicht mehr angetreten, darunter Vorwärts Tirol mit 9,5% und 4 Mandaten.
- Mit 10.000 Stimmen kann die ÖVP den größten Zugewinn von „Vorwärts Tirol" erzielen. 32.000 Stimmen erhält sie von Personen, die 2013 nicht gewählt haben.
- Die SPÖ-Zugewinne gegenüber 2013 kommen v.a. von den Grünen (9.000 Stimmen), NichtwählerInnen und Sonstigen der Landtagswahl 2013 (je 5.000).
- Die FPÖ-Zugewinne kommen von NichtwählerInnen und Sonstigen der Landtagswahl 2013 (darunter das Team Stronach), von der ÖVP (5.000) sowie Fritz und Vorwärts (je 4.000).

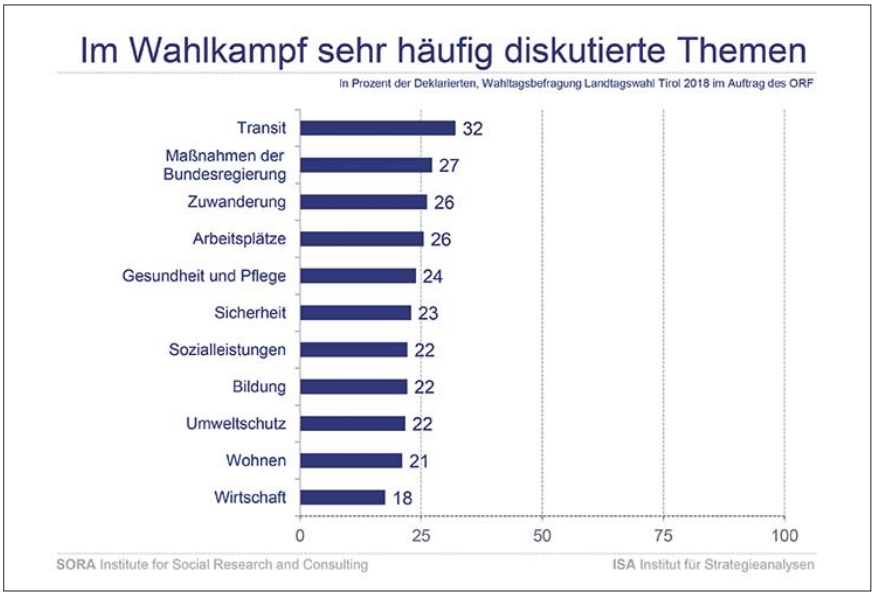
Wählerströme im Detail

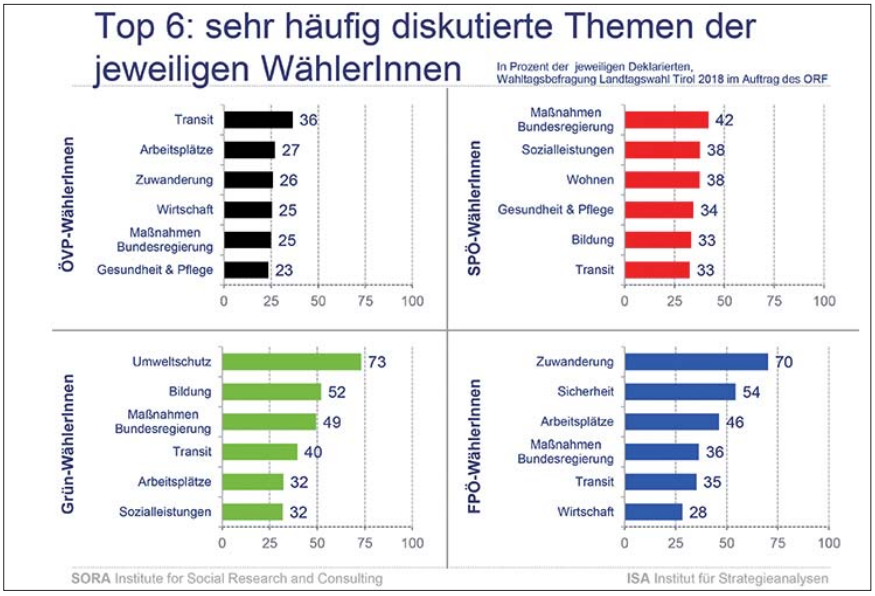
Die ÖVP kann 72% ihrer WählerInnen von 2013 wieder überzeugen.

Zugewinne erzielt sie insbesondere mit 32.000 Stimmen von NichtwählerInnen der Wahl 2013 sowie mit 10.000 Stimmen von der Liste „Vorwärts Tirol", die diesmal nicht mehr zur Wahl angetreten ist. 24.000 ÖVP-WählerInnen von 2013 sind diesmal nicht zur Wahl gegangen. 5.000 Stimmen gingen an die FPÖ verloren.

Die SPÖ kann 71% der WählerInnen von 2013 mobilisieren. Sie gewinnt insbesondere Stimmen von den Grünen (9.000), den NichtwählerInnen und Sonstigen (je 5.000) der Landtagswahl 2013 (KPÖ, Team Stronach, BürgerKlub-Tirol, Piraten Partei Tirol, Für Tirol, Die Christen). Verluste erleidet die SPÖ vor allem an die Nichtwahl (7.000 Stimmen).







Die FPÖ überzeigt rund zwei Drittel ihrer WählerInnen von 2013 erneut.

Stimmenzugewinne verbucht sie von den NichtwählerInnen und den Sonstigen der Landtagswahl 2013 (je 8.000), der ÖVP (5.000) sowie Fritz und Vorwärts (je 4.000).

Nennenswerte Verluste erleidet die FPÖ nur an die Nichtwahl (6.000 Stimmen).

Die Grünen können rund die Hälfte ihrer WählerInnen von 2013 mobilisieren.

Sie gewinnen je 4.000 Stimmen von Vorwärts und den Sonstigen der Landtagswahl 2013.

Verluste erleiden die Grünen vor allem an die SPÖ (9.000) und die NEOS (4.000).

Die Liste Fritz überzeugt nur ein gutes Drittel (38%) ihrer WählerInnen von 2013 erneut.

Stimmenverluste gehen vor allem an FPÖ (4.000), SPÖ (3.000) und ÖVP (2.000).

Zugewinne erzielt die Liste Fritz mit 5.000 Stimmen vor allem von der Sonstigen der Landtagswahl 2013.

Die Neos ziehen erstmals in den Tiroler Landtag ein. Ihre Stimmen setzen sich wie folgt zusammen: 4.000 kommen von den Grünen, je 3.000 von ÖVP, Vorwärts und NichtwählerInnen von 2013 und je 1.000 von den anderen Parteien.

Vergleich zum Bundestrend

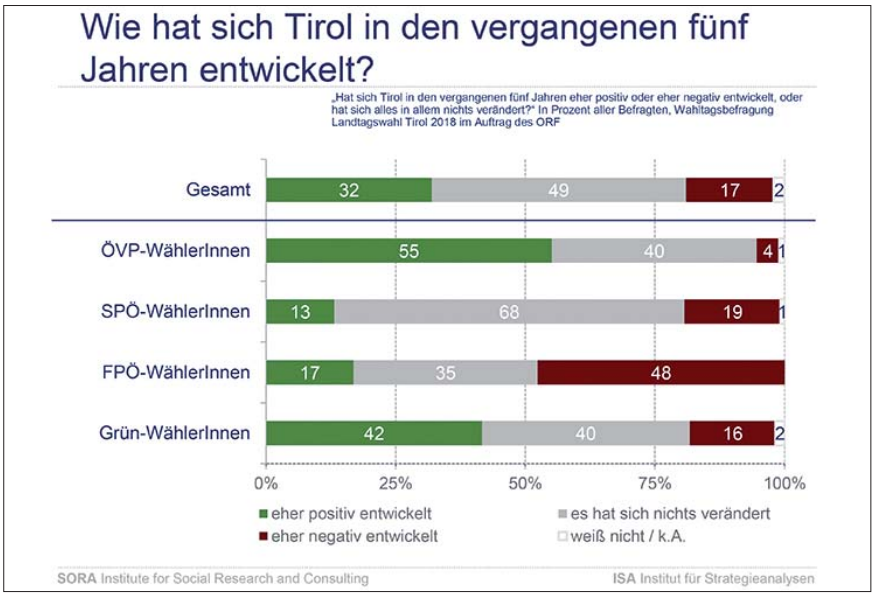
Das Wahlverhalten bei Landtagswahlen unterscheidet sich traditionell deutlich von Bundeswahlen. Eine Analyse von SORA im Auftrag des ORF beleuchtet, wie die Landesparteien im Vergleich zum Bundestrend abschneiden:

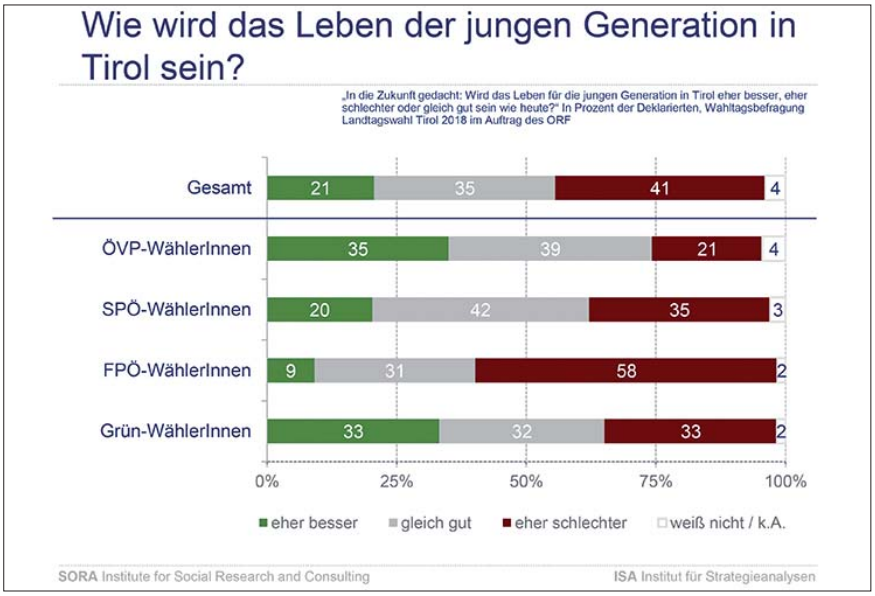
Trotz deutlich niedriger Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl kann die Landes-ÖVP rund drei Viertel aller ÖVP-WählerInnen der Nationalratswahl vom 15.10.2017 mobilisieren. Größere Zugewinne (9.000 Stimmen) kommen von FPÖ-WählerInnen der Nationalratswahl hinzu.

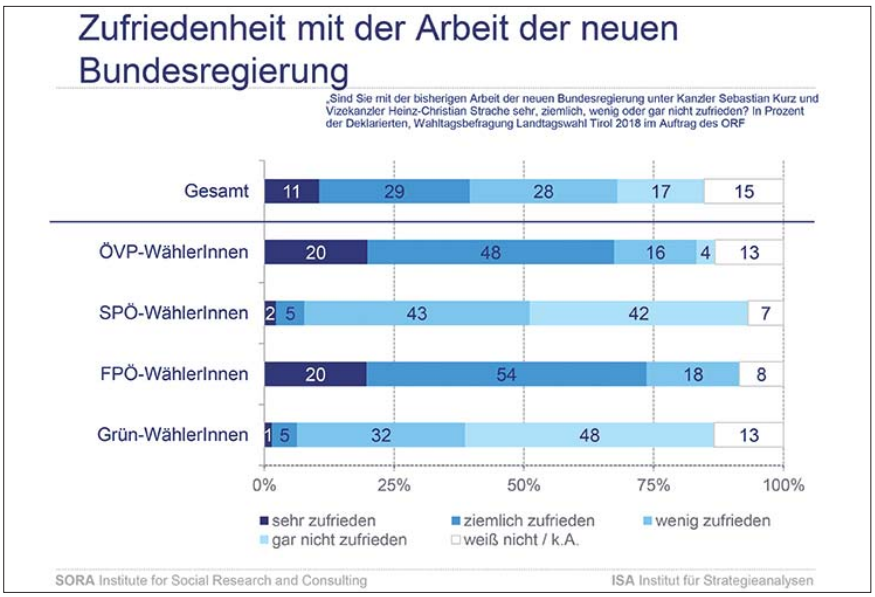
SPÖ und FPÖ hinter Bundesergebnis: AnhängerInnen blieben zuhause: Über ein Drittel der WählerInnen von SPÖ und FPÖ bei der jüngsten Bundeswahl sind bei dieser Landtagswahl zuhause geblieben.

FPÖ mit Verlusten auch an ÖVP, Fritz und SPÖ: Nur 41% der FPÖ-WählerInnen der Nationalratswahl haben auch am 25.2. bei der FPÖ ihr Kreuz gemacht. 9.000 haben sich bei der Landtagswahl für die ÖVP entschieden, 6.000 für die Liste Fritz und 5.000 für die SPÖ.

Detailinformationen zum Wahlergebnis:
https://wahlen.tirol.gv.at/landtagswahl_2018/index.html
Quelle: ***http://www.sora.at***







LH Günther Platter

Foto: ORF / Aktueller Dienst / http://tvthek.orf.at

Landeshauptmann Günther Platter in der ORF-Sondersendung am 28. Februar

„Es ist für mich persönlich, für mein Team eine große Bestätigung der Arbeit. Es bedeutet aber auch für mich persönlich eine ganz besondere Motivation für die Zukunft, für die nächsten fünf Jahre!“, sagte der Landeshauptmann in einer ersten Reaktion am Wahlabend. „Ich habe natürlich großes Interesse, daß man mit allen ein Gespräch führen und schauen wird, wie man inhaltlich zusammenkommt – auch was die Personen betrifft –, wer in einer Regierung sein wird“, auf die Frage des Moderators, mit wem er künftig regieren werden. „Da sollte man sich einfach die Zeit nehmen und in Ruhe die Konzepte gegenseitig abstimmen. Ich habe natürlich Interesse einerseits, daß Qualität vor Geschwindigkeit steht, aber andererseits, wenn es irgendwie machbar ist, daß wir vor Ostern noch fertig werden.“ Das entscheidende sei, daß ein Vertrag für fünf Jahre entstünde, daß die Lebensqualität im Land Tirol noch weiter verbessert werden könne. Es sei sehr vernünftig, daß alle Bereitschaft zeigen, daß man sich zusammensetzt und überlegt, wie es in den nächsten fünf Jahren weitergehen wird. Unabhängig davon, ob eine Regierungsbeteiligung vorgesehen ist oder nicht. Denn man habe Verantwortung im Tiroler Landtag für die Entwicklung des Landes. Ich bin sehr froh darüber, daß hier mit Sicherheit keine roten Linien gezogen werden, sondern daß man sehr aktiv die verschiedensten Themen angeht. Werden sehr viele davon zu bewältigen haben, und ich werde das mit meinem Team sehr sorgsam machen. Im Interesse einer guten Weiterentwicklung des Landes“, so Platter.

Jetzt gehe es darum, möglichst schnell eine stabile Regierung für Tirol zu bilden. „Ich werde dazu mit allen Parteien, die zukünftig im Landtag vertreten sein werden, Gespräche führen. Bereits am 7. März würden entsprechend der Stärke der Parteien mit diesen Sondierungsgespräche gestartet. ■

https://www.tirol.gv.at

Foto: ÖVP / Jakob Glaser

Ist mit dem Wahlergebnis sichtlich sehr zufrieden: Landeshauptmann Günther Platter feiert mit seinen MitstreiterInnen den Wahlsieg.

Innenpolitik

Kärnten hat gewählt

Landeshauptmann Peter Kaiser konnte mit seiner SPÖ 47,94 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die FPÖ hält mit 22,96 Prozent Platz zwei dicht gefolgt von der ÖVP mit 15,45 Prozent. Als vierte Partei zieht das Team Kärnten mit 5,67 Prozent in den Landtag ein. Grünen und NEOS haben den Einzug verpaßt.

Foto: LPD Kärnten

Um 17:30 Uhr nahmen die vier SpitzenkandidatInnen Stellung zur Hochrechnung (v.l.): Christian Benger (ÖVP), Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), Gernot Darmann (FPÖ), Gerhard Köfer (Team Kärnten), und Markus Unterdorfer- Morgenstern (NEOS). In der Bildmitte: ORF Kärnten-Redakteur Bernhard Bieche.

Am 4. März hat in Kärnten die turnusmässige Landtagswahl stattgefunden, am darauffolgenden Nachmittag waren auch die 25.424 Wahlkarten ausgezählt (2013: 19.692), womit es ein vorläufiges Endergebnis gab.

Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) ist ein Erdrutschsieg gelungen: Ausgehend von 35,76 % Prozent im Jahr 2013 es ihm gelungen, mit einem Zugewinn von 10,81 % mit 47,94 % seine Partei knapp an die Absolute Mehrheit heranzuführen. Auf Platz zwei landet die FPÖ unter ihrem Spitzenkandidaten Gernot Darmann, die 6,11 % zulegen und somit auf 22,96 % kommt. ÖVP-Spitzenkandidat Christian Benger erreicht nach einem geringeren Zuwachs von 1,05 % mit 15,45 % Platz drei. Das Team Kärnten unter Spitzenkandidat Gerhard Köfer verliert zwar 5,51 %, kann aber mit 5,67 % der Stimmen den neuerlichen Einzug in den Kärntner Landtag absichern. Nach parteiinternen Problemen verlieren die Grünen unter Spitzenkandidat Rolf Holub 8,98 % im Vergleich zu 2013 und sind mit 3,12 % nicht mehr im Landtag vertreten. NEOS/Mein Südkärnten war mit Spitzenkandidat Gabriel Hribar mit 2,14 % weit von der 5-%-Hürde für den Einzug in den Landtag entfernt. BZÖ, KPÖ, die Liste Verantwortung Erde und die Liste Fair erhielten gemeinsam 2,8 %.

Im Vorfeld waren Befürchtungen laut geworden, Peter Kaiser könnte trotz eines Wahlsiegs wegen einer FPÖ-ÖVP-Koalition den Landeshauptmannsessel verlieren, ist dies jetzt völlig ausgeschlossen: Kaiser ist nun in der komfortablen Lage, sich seinen Koalitionspartner aussuchen zu können. Da das Land das Proporzsystem abgeschafft hat, sind nun nicht mehr alle im Landtag vertretenen Parteien auch in der Landesregierung vertreten. Der Wahlsieger führt laut Landesverfassung nun Gespräche zu Findung einer Koalitionsregierung, wofür alle drei weiteren Parteien in Frage kommen.

Auch diesmal wurden zwischen 1. und 4. März 1.224 Wahlberechtigte von ORF/SORA/ISA telefonisch interviewt und zu ihren Wahlentscheidungen zu befragt:

Wer hat wen warum gewählt? Analysen und Motive

Die ORF/SORA/ISA Wahltagsbefragung beruht auf telefonischen Interviews mit 1.224 Wahlberechtigten, die zwischen 1. und 4. März durchgeführt wurden.

Mehrheitlich zufriedene KärntnerInnen stärken Amtsinhaber Peter Kaiser

Wie die Wahltagsbefragung zeigt, ist eine Mehrheit von 60 % der Kärntner Wahlberechtigten mit der Arbeit der Landesregierung sehr oder ziemlich zufrieden. Von dieser Zufriedenheit profitiert vor allem die SPÖ unter Peter Kaiser. Auch Personen, die optimistisch in die Zukunft blicken, haben vor allem SPÖ gewählt.

Die FPÖ schneidet hingegen insbesondere unter Personen stark ab, die pessimistisch in die Zukunft blicken (sie erreicht in dieser Gruppe 48% der Stimmen)

Zustimmung zur Bundesregierung gesunken

FPÖ und ÖVP haben bei der Nationalratswahl in Kärnten rund 59 % der Stimmen auf sich vereint. Aktuell liegt die Zufriedenheit mit der türkis-blauen Bundesregierung bei 42 % (9 % „sehr zufrieden", 33 % „ziemlich zufrieden").

Während daher der Mobilisierungseffekt durch den türkis-blauen Bundestrend schwächer wurde, gewinnt auf der anderen Seite das Protestmotiv gegen die Bundesregierung bei SPÖ-WählerInnen an Bedeutung.

Mit Blick auf die Zukunft Kärntens sagen rund drei Viertel der Befragten, daß sie auf gute Lösungen der Politik vertrauen.

Wer hat wen gewählt?

Die Wahltagsbefragung zeigt bei dieser Wahl deutliche Unterschiede im Wahlverhalten unterschiedlicher soziodemographischer Gruppen.

SPÖ-Absolute unter Frauen

Hätten bei dieser Landtagswahl nur Kärntnerinnen gewählt, wäre die SPÖ auf 56 % gekommen.

Unter männlichen Wählern gibt es hingegen eine blau-türkise Mehrheit von 47 %.

Unterschiede nach Alter

Die SPÖ erreicht mit 58 % ihr bestes Ergebnis unter Älteren (60plus).

Bei der FPÖ gibt es nur geringe Unterschiede nach Alter; im Vergleich zur Landtagswahl 2013 legte die FPÖ insbesondere bei den Unter-30-Jährigen zu und erreicht 2018 in dieser Gruppe wieder 24 %.

Die ÖVP erzielt ihr bestes Ergebnis unter 30-59-Jährigen.

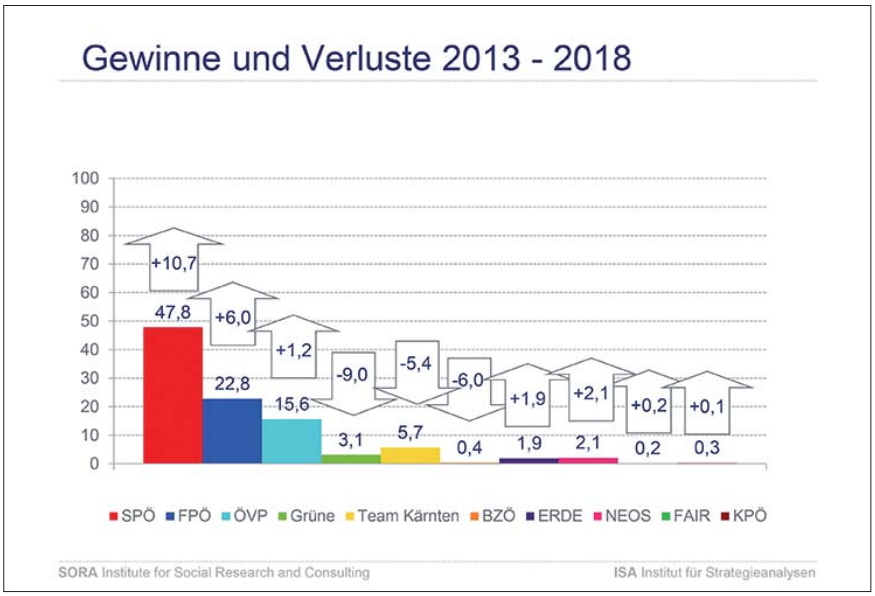
Die Grünen wurden vor allem von Unter-30-Jährigen bzw. jungen Frauen gewählt.

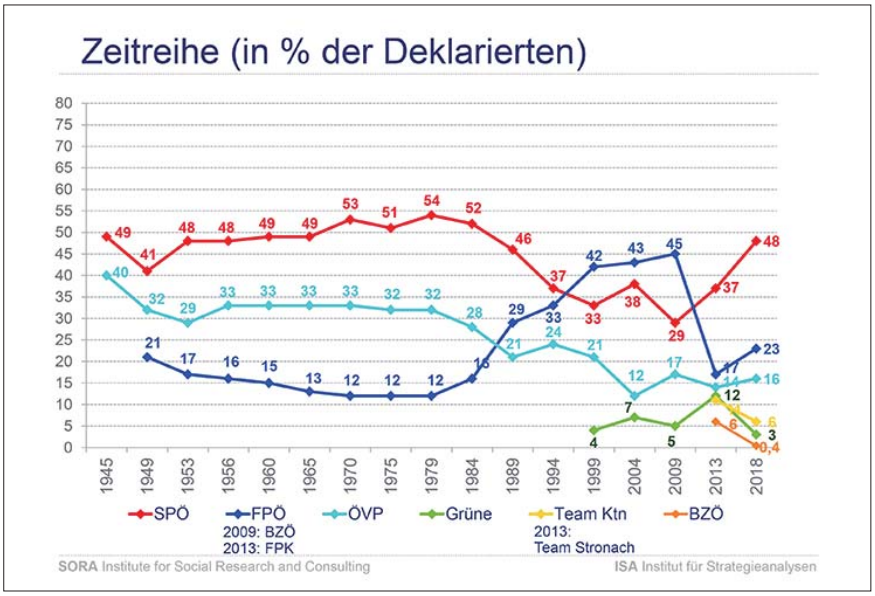
Unterschiede nach Erwerbstätigkeit und Bildung

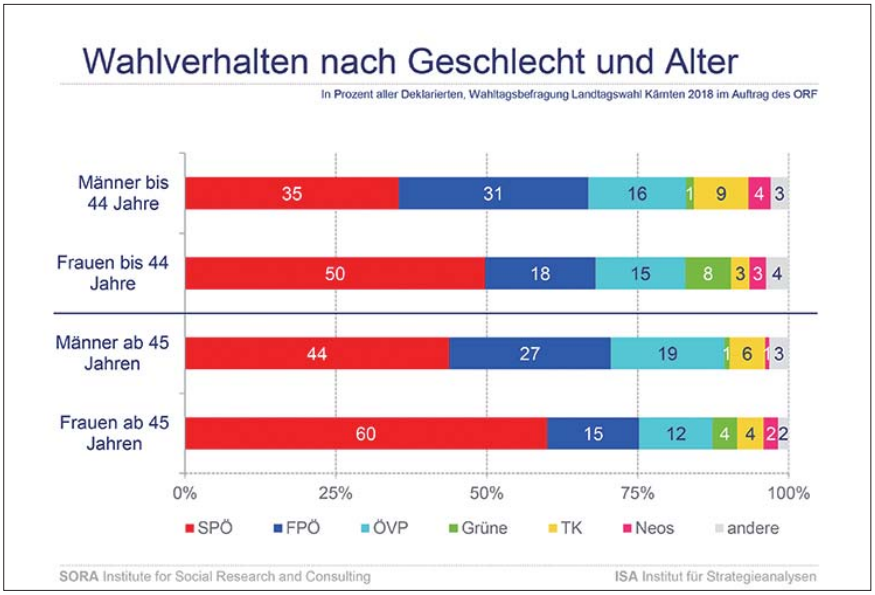
Die SPÖ erzielt in allen Bildungsgruppen ähnlich gute Resultate und den ersten Platz.

Die FPÖ schneidet in Kärnten unter ArbeiterInnen bzw. Männern ohne Matura überdurchschnittlich gut ab.

Die ÖVP wird besonders von Männern mit Matura gewählt.







Wahlmotive und Themen

SPÖ gewinnt mit Landeshauptmann-Bonus und sozialen Themen

Die SPÖ profitiert bei dieser Wahl von der mehrheitlichen Zufriedenheit der KärntnerInnen mit der Landesregierung. Landeshauptmann Peter Kaiser kann über das Wahlergebnis seiner Partei hinaus mobilisieren und hätte bei einer fiktiven Direktwahl eine absolute Mehrheit erhalten (54 %): Für 33 % der SPÖ-WählerInnen ist Peter Kaiser laut eigener Angabe das wichtigste Wahlmotiv gewesen. Inhaltlich waren für SPÖ-WählerInnen soziale Themen zentral (Sozialleistungen, Arbeitsplätze, Gesundheit und Pflege) sowie der Protest gegen die Maßnahmen der Bundesregierung.

FPÖ spricht Zukunftspessimismus und Zuwanderungs-Thema an

Vor allem Personen, die pessimistisch in die Zukunft blicken, haben bei dieser Landtagswahl FPÖ gewählt. Inhaltlich stand dabei klar das Zuwanderungsthema im Vordergrund (66 % haben darüber im Wahlkampf „sehr häufig diskutiert"). Weitere häufig genannte Wahlmotive sind neben Inhalten und der bisherigen Arbeit der Partei auch das Motiv, daß die FPÖ in die Landesregierung kommen bzw. wieder Erste in Kärnten werden solle. 2 % der FPÖ-WählerInnen nannten als ihr wichtigstes Wahlmotiv, daß sie dadurch ihre Unterstützung der Bundesregierung ausdrücken wollten. Nachteilig wirkt sich nach wie vor das Hypo-Desaster auf die FPÖ aus: Personen, die die Verantwortung daran vor allem bei ihr sehen (38 % der Befragten), haben kaum FPÖ gewählt.

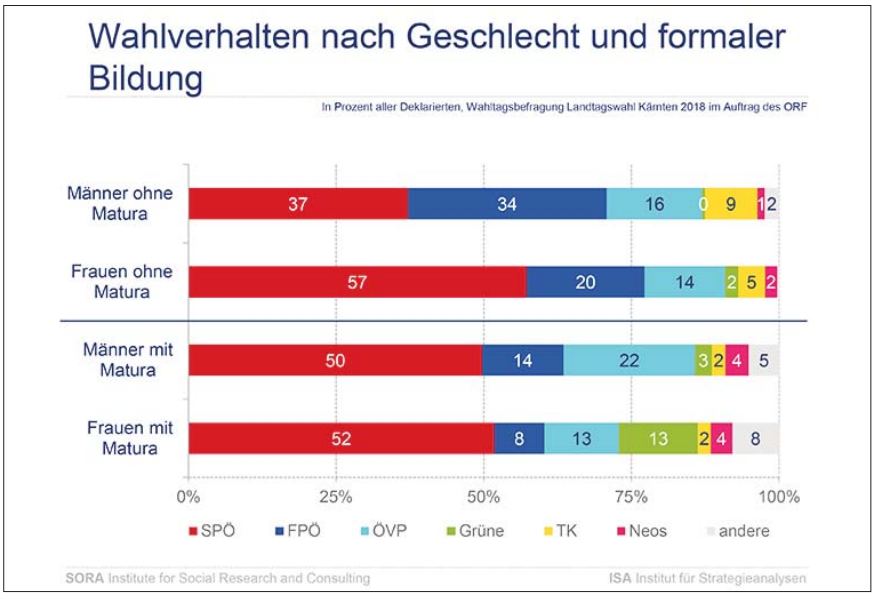
ÖVP punktet mit Wirtschaftsthema

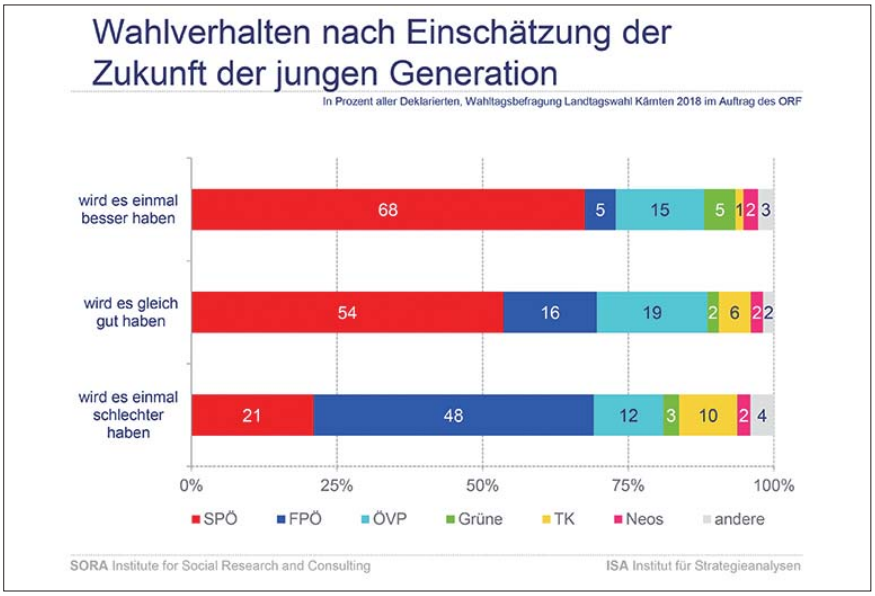
Wahlmotive für die ÖVP sind vor allem Inhalte und die bisherige Arbeit der Partei. Wie die Auswertung der häufig diskutierten Themen zeigt, geht es den ÖVP-WählerInnen dabei insbesondere um Wirtschaft, die Maßnahmen der neuen Bundesregierung sowie Zuwanderung.

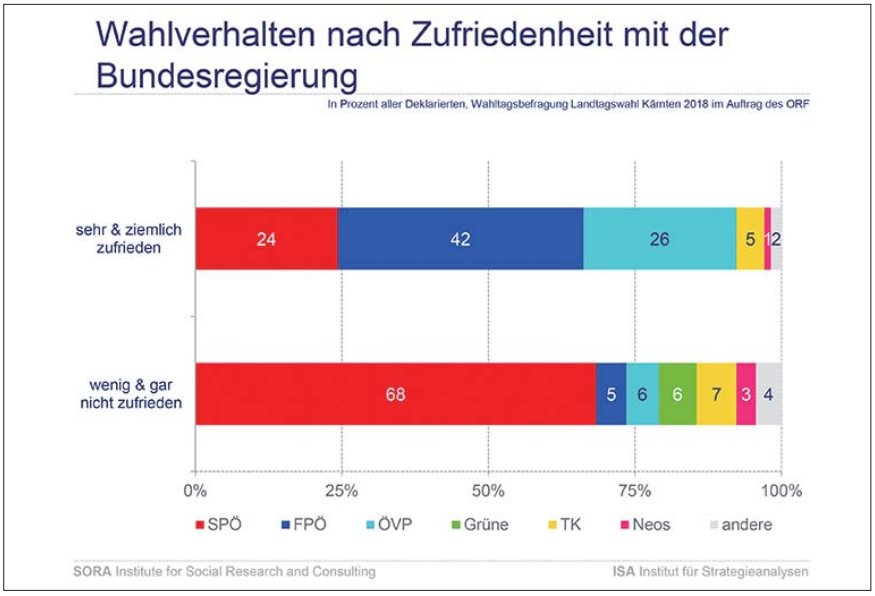
Separate Auswertungen für die anderen Parteien sind aufgrund der Stichprobengröße nicht möglich.

Welche Parteien in die nächste Regierung?

Welche Parteien sollen nach Meinung der Befragten in der nächsten Landesregierung vertreten sein? SPÖ-WählerInnen wünschen sich neben ihrer Partei die ÖVP (47 %) in einer Landesregierung. 42 % hätten sich eine Koalition mit den Grünen gewünscht.







FPÖ-WählerInnen bevorzugen mehrheitlich eine Zusammenarbeit mit der ÖVP.

ÖVP-WählerInnen präferieren leicht eine Zusammenarbeit mit der SPÖ (56 %) gegenüber der FPÖ (42 %).

Wählerströme

Die SORA Wählerstromanalyse, durchgeführt im Auftrag des ORF, beleuchtet die Wählerwanderungen ausgehend von der Landtagswahl 2013.

Bei deutlich gesunkener Wahlbeteiligung mobilisiert die SPÖ am besten und überzeugt acht von zehn WählerInnen von 2013 erneut. Zusätzlich kann sie mit 17.000 Stimmen am meisten von den NichtwählerInnen dazugewinnen (bzw. von Personen, die 2013 noch nicht wahlberechtigt waren). 13.000 SPÖ-Stimmen kommen von den Grünen hinzu.

Die FPÖ überzeugt rund drei Viertel (73 %) ihrer WählerInnen erneut. Ihre Zugewinne stammen vor allem vom Team Stronach (11.000 Stimmen) und vom BZÖ (7.000 Stimmen). – Rund ein Drittel der BZÖ-WählerInnen von 2013 (35 %) haben diesmal nicht gewählt.

Die ÖVP mobilisiert rund zwei Drittel (65 %) ihrer WählerInnen erneut. Zugewinne kommen mit 4.000 Stimmen von der SPÖ und je 3.000 von FPK, Team Stronach und BZÖ. Auf der anderen Seite verliert die ÖVP auch 5.000 Stimmen an die SPÖ.

Die Grünen, die 2013 ein außergewöhnlich gutes Wahlergebnis erzielt hatten, lösen sich vor allem in Richtung Nichtwahl (14.000 Stimmen) und SPÖ auf (13.000 Stimmen). Nur 7.000 Grün-WählerInnen von 2013 haben auch diesmal Grün gewählt.

Das Team Kärnten gewinnt nur jede dritte „Team Stronach“ Stimme von 2013, rund ebenso viele WählerInnen (11.000) gehen diesmal zur FPÖ.

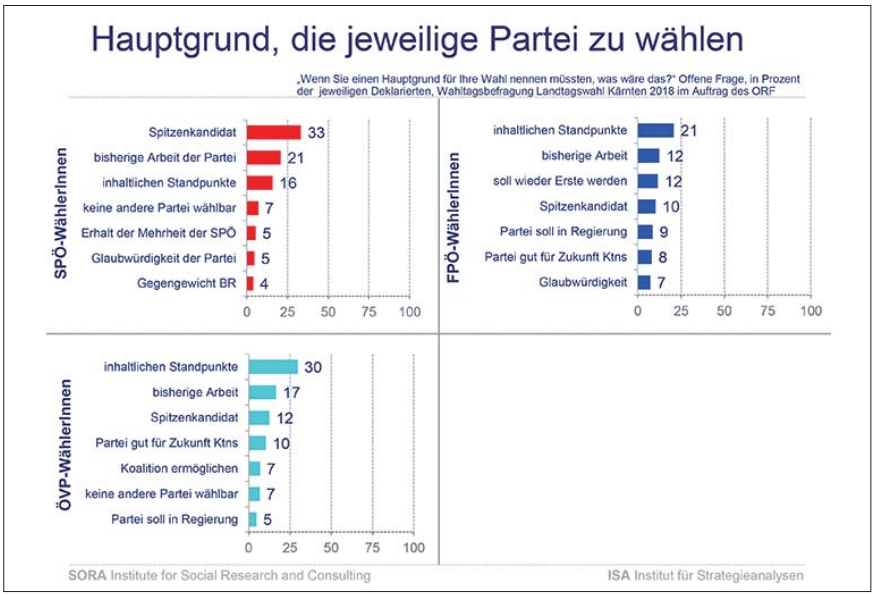
Das BZÖ löst sich vor allem in Richtung FPÖ und Nichtwahl auf (je 7.000 Stimmen).

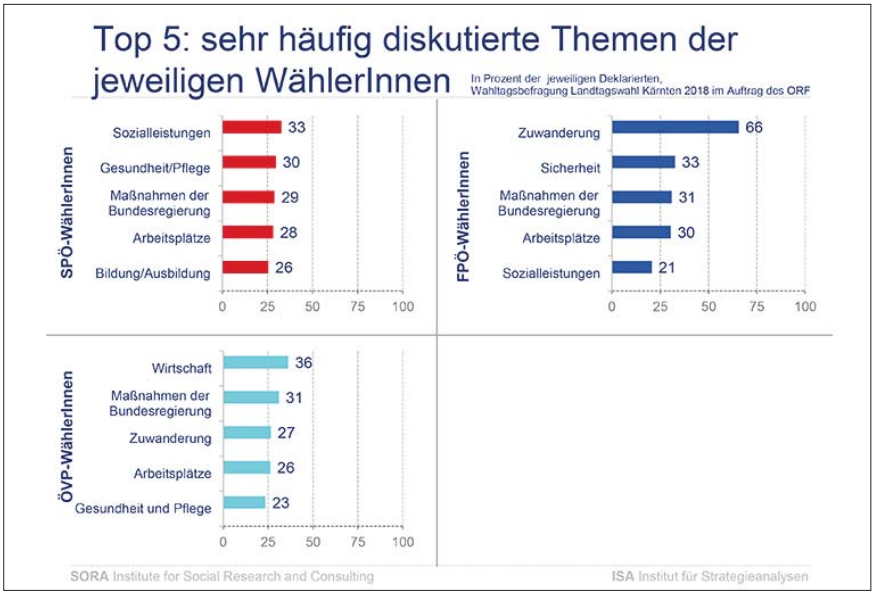
Die KPÖ sowie die Listen Erde und Fair werden in der Wählerstromanalyse als „Sonstige“ zusammengefaßt.

Die Landtagswahl im Vergleich zum Bundestrend

Das Wahlverhalten bei Landtagswahlen unterscheidet sich traditionell deutlich von Bundeswahlen. Eine Analyse von SORA im Auftrag des ORF beleuchtet, wie die Landesparteien im Vergleich zum Bundestrend abschneiden:

Die Landes-SPÖ zieht v.a. ÖVP-WählerInnen der Nationalratswahl an





27.000 KärntnerInnen, die am 15. Oktober 2017 Liste Kurz gewählt haben, haben bei dieser Landtagswahl der SPÖ ihre Stimme gegeben. 7.000 Stimmen kommen von der FPÖ hinzu.

FPÖ mit Mobilisierungsschwierigkeiten: jede/r Dritte blieb zuhause

Die FPÖ bleibt deutlich hinter dem Bundesergebnis vom 15.10.2017 zurück. Jede/r dritte FPÖ-WählerIn der Nationalratswahl blieb bei der Landtagswahl zuhause.

Jede/r dritte Kurz-WählerIn entschied sich für Kaiser

Ebenso wie die FPÖ bleibt auch die ÖVP deutlich hinter ihrem Bundesergebnis. Rund drei von zehn ÖVP-WählerInnen gingen bei der Landtagswahl zur SPÖ, rund zwei von zehn blieben zuhause.

Mit 35% gewinnt die SPÖ die meisten Pilz-Stimmen

Von den rund 12.000 Pilz-WählerInnen in Kärnten gehen 4.000 an die SPÖ, 3.000 an die Grünen, 2.000 blieben zuhause.

https://www.ktn.gv.at

Details zum Wahlergebnis finden Sie hier:

http://ltw2018.ktn.gv.at/

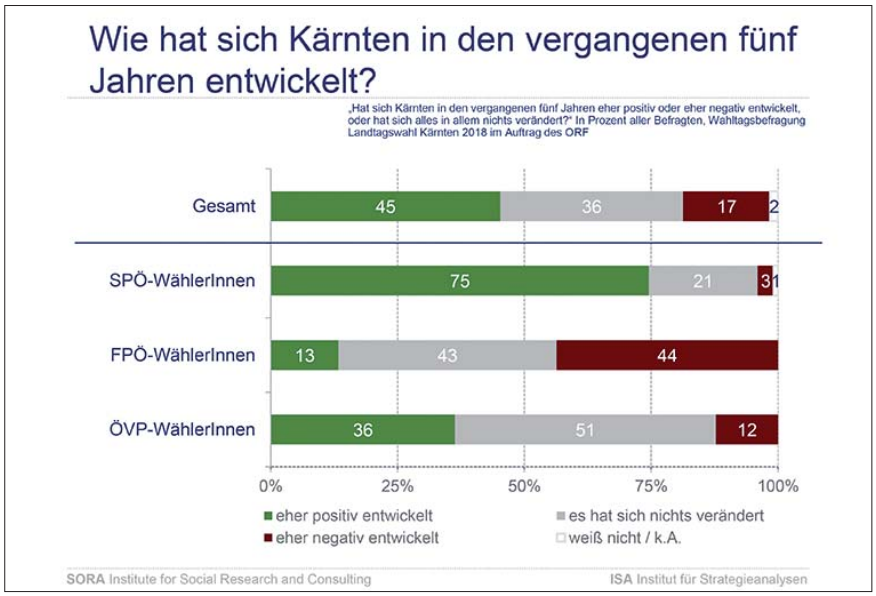
Die Methodik der ORF/SORA/ISA-Wahltagsbefragung

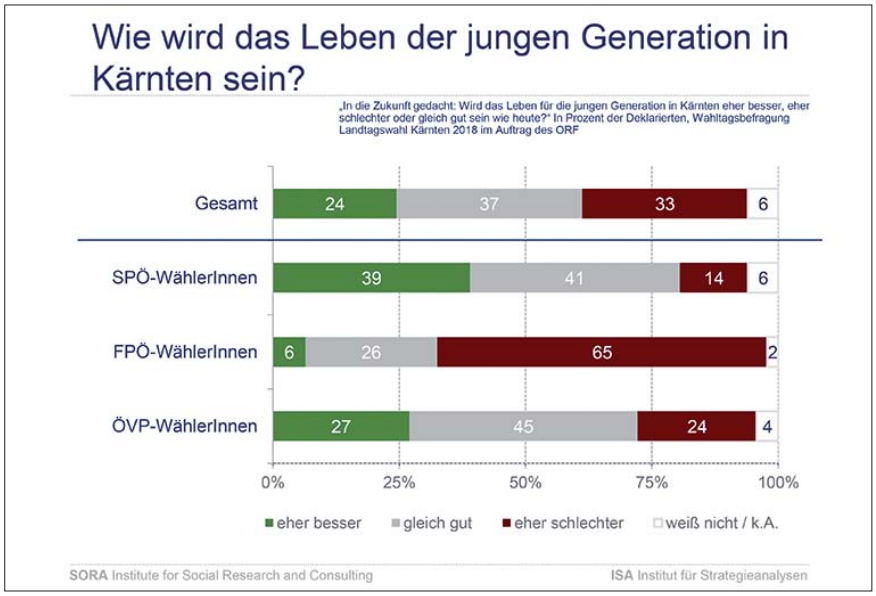
Die Wahltagsbefragung wird von SORA/ISA im Auftrag des ORF durchgeführt, um der Öffentlichkeit am Wahlabend empirisch fundierte Analysen bieten zu können:

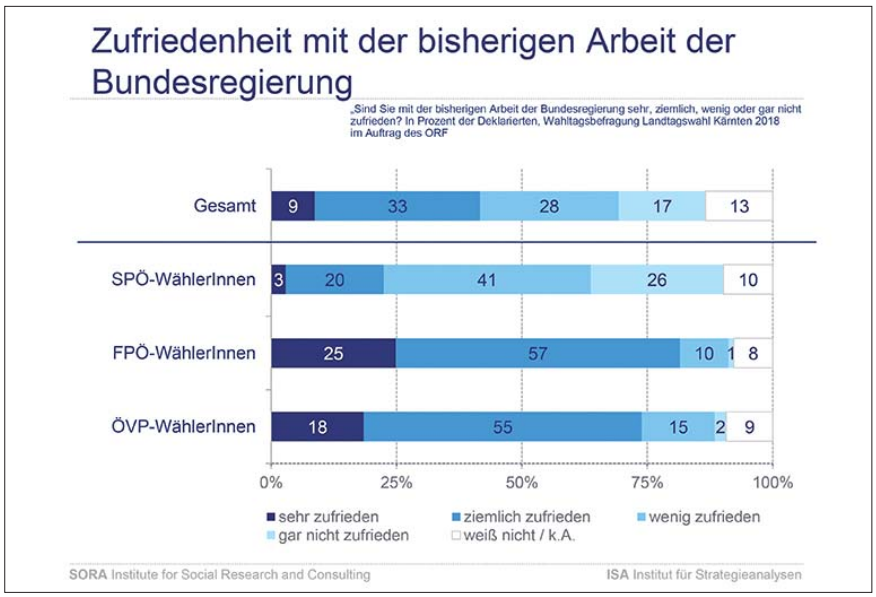
- Befragung unmittelbar vor der Wahl, um den last minute swing mit zu erfassen;
- Zufallsstichprobe und soziodemographische Gewichtung, um die wahlberechtigte Bevölkerung repräsentativ abzubilden;
- endgültige Gewichtung mit der Hochrechnung am Wahltag, um dem Endergebnis so nahe wie möglich zu kommen.

Auftraggeber: ORF
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte zu den Landtagswahlen Kärnten und Tirol 2018
Befragungsmethode:
telefonische Interviews (CATI)
Durchführung der Interviews
ipr – Umfrageforschung Richard Költringer
Stichprobe: n=1.224, nach Gemeindegröße vorab geschichtete Zufallsauswahl
Schwankungsbreite: für n=1.200 maximal +/-2,8% Bei der Auswertung von Untergruppen muß berücksichtigt werden, daß die Schwankungsbreiten größer werden: für z.B. 150 Personen maximal +/- 8%.

http://www.sora.at







LH Peter Kaiser

Auf die Frage des Moderators, ob er mit dem vor der Wahl erklärten Ziel von 39,9 Prozent der Stimmen zu erreichen, tiefgestapelt habe, meinte der Landeshauptmann, „das mag auf den ersten Blick so erscheinen, ich bin aber positiv überrascht und danke meinen Wählerinnen und Wählern, meinen großartigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: es ist genauso auch euer Erfolg!“

Auf die Frage nach einer künftigen Koalition meinte Kaiser, so, wie er es vor der Wahl gesagt habe, sei es auch jetzt: „Wir werden in der ersten Woche auch mit den anderen erste Gespräche führen und werden dann in unserem Parteigremien entscheiden, mit wem wir nähere Koalitionsgespräche führen werden. Ich möchte aber auch mit allen Parteien, die großartige Inputs gehabt haben und nun nicht im Landtag vertreten sind, Gespräche führen. Es ist wichtig, daß auch deren Überlegungen in die zukünftige Arbeit mit einfliessen.“ Und Kaiser dankte seinen Mitbewerbern für den fairen und sachlichen Wahlkampf, der Kärnten und seiner Reputation gut getan habe.

Foto: ORF / Aktueller Dienst / http://tvthek.orf.at

Landeshauptmann Peter Kaiser in der ORF-Sondersendung am 4. März

Er wird mit allen Parteien sprechen, sagte der Landeshauptmann, der sich aber in jedem Fall dem Wertekompaß verpflichtet fühle, den er selbst erarbeitet habe – mit Positionen, die alle politischen Interessierten kennen würden: Es darf nichts Deutschnationales, nichts Rechtsextremes geben, es müsse eine Garantie für die Kärntner Spitäler geben und Kärnten habe über allen anderen Zielen zu stehen.

Als Fazit betonte Kaiser zwei Tage nach der Wahl stolz, daß die SPÖ Kärnten erstmals in der Parteigeschichte die mit Abstand stärkste Landesorganisation im Bundesländervergleich ist. International und interregional erregte das Landtagswahlergebnis großes Aufsehen mit einer Flut von positivem Echo. Und bereits am 7. März werden die ersten Gespräche beginnen. ■

https://www.ktn.gv.at

Foto: SPÖ Kärnten / Petr Just

Die SPÖ Kärnten feiert (v.l.): LR Gabi Schaunig, SPÖ-Bundesparteivorsitzender Christian Kern, Landeshauptmann Peter Kaiser mit Ulli Wehr, Landesgeschäftsführer Daniel Fellner, Sohn Luca Kaiser und Klagenfurts Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz

Innenpolitik

Gedenkveranstaltung zur Ausschaltung des Parlaments

Sobotka: Die parlamentarische Demokratie beginnt und lebt vom Respekt, den wir voreinander haben

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Gedenkveranstaltung zum Ende der parlamentarischen Demokratie 1933 im Redoutensaal – Begrüßung und Ansprache von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

Die parlamentarische Demokratie beginnt und lebt vom Respekt, den wir voreinander haben." Mit diesem Appell für Gegenwart und Zukunft erinnerte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 4. März im Rahmen einer Gedenkveranstaltung an die Ausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 durch die Regierung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. Die damaligen Ereignisse leiteten den Beginn des autoritären Ständestaats ein. „Die parlamentarische Demokratie ist eine Grundhaltung, die sich durch alle Bereiche der Gesellschaft zieht", so Sobotka.

Der 4. März 1933 könne als Wendepunkt eines komplexen und weitreichenden Wirkungszusammenhangs von Eskalation und Gewalt in einem österreichischen und auch europäischen Klima antidemokratischen und autoritären Denkens gesehen werden – eines Denkens, das bestimmt war von einem grundlegenden Mangel an Respekt vor politisch Andersdenkenden und vor den demokratischen Institutionen, so Sobotka. Der Nationalratspräsident machte aber ebenso einen fundamentalen Mangel an Respekt der damaligen demokratischen Institutionen vor sich selbst aus. Es sei eine Demokratie ohne Demokraten gewesen. Der 4. März 1933 markiere jenen Moment, „an dem der Parlamentarismus der Ersten Republik endete, an dem der noch jungen und fragilen Demokratie unseres Landes die Lichter abgedreht wurden und der Dunkelheit eines autoritär agierenden Ständestaats Raum gelassen wurde", hielt Sobotka fest.

Der Nationalratspräsident betonte insbesondere die Bedeutung des gesellschaftlichen Umfelds für die parlamentarische Demokratie, denn diese sei eine Grundhaltung, die sich als demokratisches Prinzip durch alle Bereiche der Gesellschaft zieht – im täglichen Leben, in Familien, in Schulen, in Vereinen, in Gemeinden, bis hin zum Parlament. Damit sprach Sobotka die Verantwortung aller an.

Besonders mahnte er aber das gute Beispiel der ParlamenatrierInnen ein, denn im Parlament schlage das Herz der Demokratie. „Eine starke Demokratie braucht einen starken Parlamentarismus, begleitet und gestützt von starken Institutionen, klaren Spielregeln, einer unabhängigen Justiz in einem rechtsstaatlichen Rahmen, wo sich das Recht auch gegen Widerstand durchsetzen läßt", so Sobotka. Man müsse sich immer dessen bewußt sein, daß dies die Voraussetzungen dafür sind, daß politische Konflikte in Österreich nicht auf der Straße ausgetragen werden.

Parlament gedenkt der Ereignisse

Nationalratspräsident Sobotka hatte zu dieser Gedenkveranstaltung in den Großen Redoutensaal eingeladen, um die Bedeutung eines freien und unabhängigen Parlamentarismus einmal mehr in Erinnerung zu rufen. „Denn eine starke gelebte Demokratie ist die Grundlage unserer Freiheit“, unterstrich er.

Die historische Situation im Nationalrat im Jahr 1933 wurde mittels übergreifender Elemente aus Geschichte, Politik und Kunst nachempfunden. Szenische Lesungen aus den Stenografischen Protokollen der Sitzung am 4. März 1933 durch Studenten des Max Reinhardt Seminars wechselten mit Musikstücken von Anton Webern und Alban Berg, dargeboten von einem Ensemble der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. Anschließend analysierten der Politikwissenschafter Anton Pelinka sowie die Historiker Ernst Bruckmüller und Lothar Höbelt in einer Podiumsdiskussion die politischen Ereignisse und Entwicklungen dieser Zeit. Die Moderation übernahm die Journalistin Martina Salomon. Während der Veranstaltung wurde im Hintergrund eines der bedeutendsten Werke von Fritz Wotruba, die Skulptur „Großer liegender Jüngling“ aus dem Jahr 1933, auf die Wand hinter dem Präsidium projiziert.

Die künstlerische Gesamtkonzeption des Abends stammte von Giuseppe Rizzo, die Dramaturgie und Regie der szenischen Lesung entwarf Alexander Hauer. Die Veranstaltung wurde vom ORF aufgezeichnet, die Ausstrahlung auf ORF III ist zeitversetzt am 8. März um 23.20 Uhr geplant.

Nationalratspräsident Sobotka konnte zahlreiche hochrangige Gäste begrüßen, darunter Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der ehemalige Bundespräsident Heinz Fischer, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller sowie Bundesratspräsident Reinhard Todt, Vizekanzler Heinz-Christian Strache, Klubobleute und ParlamentarierInnen von Nationalrat, Bundesrat und Europäischem Parlament.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seiner Ansprache

Ausschaltung des Parlaments im März 1933

Am 4. März 1933 kam es im Nationalrat zu einer schwerwiegenden Abstimmung in der Geschichte der Ersten Republik. Es ging um drei Anträge in Zusammenhang mit möglichen Sanktionen gegen die EisenbahnerInnen, die gestreikt hatten. Die Abstimmung war knapp, es gab große Unstimmigkeiten über Formalfehler. Nachdem kein Kompromiß gefunden werden konnte, traten alle drei Nationalratspräsidenten – der Sozialdemokrat Karl Renner, Rudolf Ramek von den Christlich-Sozialen und Josef Straffner von der Großdeutschen Volkspartei – zurück. Die Sitzung war somit unterbrochen, das Parlament kurzfristig handlungsunfähig. Die Geschäftsordnung sah – anders als heute – für einen solchen Fall keine Regelungen vor. Der Versuch, am 15. März die Sitzung fortzusetzen, scheiterte, da die Regierung Dollfuß unter Zustimmung von Bundespräsident Miklas mithilfe eines Polizeiaufgebots das Zusammentreten des Nationalrats verhinderte. Die parlamentarische Demokratie in Österreich war damit de facto ausgeschaltet. Ein frei gewähltes Parlament gab es erst 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg wieder.

Österreich habe nach 1945 die Lehren gezogen, meinten in der Diskussion der Politikwissenschafter Anton Pelinka und die Historiker Ernst Bruckmüller und Lothar Höbelt. Es habe sich ein selbständiges Bewußtsein für eine eigene Nation entwickelt, im Gegensatz zu 1918 sei die Eigenstaatlichkeit bejaht worden. Die drei Wissenschaftler sprachen umfassende Aspekte der historischen Entwicklungen vor und nach dem März 1933 an, etwa die internationale Dimension mit der Rolle von Diktatoren in anderen europäischen Ländern. Sie thematisierten auch die Rolle der Parteien und inwieweit der Regierung Dollfuß mit den Rücktritten der Nationalratspräsidenten ein Anlaßfall zur Ausschaltung des Parlaments geliefert wurde. Einig waren sie sich auch im Hinblick auf den Begriff „Kanzlerdiktatur“ für das Regime, das der Auflösung des Parlaments folgte. ■

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Podiumsdiskussion zum Thema Ausschaltung des Parlaments (v.l.): Ernst Bruckmüller, Anton Pelinka, Moderatorin Martina Salomon und Lothar Höbelt

Erster offizieller Besuch des Staatsoberhaupts

Landeshauptmann Hans Niessl empfängt Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Empfang im Landhaus (v.r.): Landeshauptmann Hans Niessl, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Landtagspräsident Christian Illedits

Zu seinem ersten offiziellen Burgenlandbesuch traf Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 2. März in Eisenstadt ein. Der Empfang durch Landeshauptmann Hans Niessl im Landhaus wurde von der Militärmusik Burgenland umrahmt.

„Ich freue mich, heute hier sein zu können. Das Burgenland hat in den letzten beiden Jahrzehnten aus ökologischer, aber auch aus sozialer Sicht einen beachtenswert positiven Entwicklungsprozeß genommen. Deshalb ist es mir wichtig, bei diesem Besuch die politische Lage Österreichs, vor allem aber auch Fragen zwischen dem Bund und dem Land Burgenland näher zu erörtern“, betonte der Bundespräsident in einer ersten Stellungnahme.

Im Mittelpunkt des anschließenden Arbeitsgesprächs in den Amtsräumen des Landeshauptmannes stand insbesondere der Vorsitz des Burgenlandes bei der Landeshauptleutekonferenz ab dem zweiten Halbjahr, bei der die Aktivitäten zu den Festveranstaltungen für das Jubiläum 100 Jahre Republik ein wichtiger Schwerpunkt sein werden. Dazu der Landeshauptmann: „Wir haben auf Basis der guten Zusammenarbeit auf unsere Probleme im Land hingewiesen, aber auch unsere Erfolge aufgezeigt. Für mich ist es dabei wesentlich, daß Bundespräsident Van der Bellen heute auch mit unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern als erste Ansprechpartner für die Menschen dieses Landes zusammentreffen wird.“

Zu Ehren des Bundespräsidenten lud das Land zu einem Festakt ins Schloß Esterházy.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei der Eintragung ins Gästebuch

Bundespräsident Alexander Van Bellen mit Landtagspräsident Christian Illedits (2.v.l.) und Mitgliedern der Landesregierung

Neben den Mitgliedern der Landesregierung, an der Spitze Landeshauptmann Hans Niessl, waren zahlreiche RepräsentanteInnen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur, Kirche, Tourismus und der Blaulichtorganisationen anwesend.

Am Nachmittag stattete Van der Bellen gemeinsam mit Hans Niessl der Firma Zoerkler in Jois einen Besuch ab. Das 1898 in Wien gegründete Unternehmen, das 2008 den Firmensitz ins Burgenland verlegt hat, fertigt Antriebssysteme in höchster Präzision für sämtliche Branchen im Bereich der Mobilität.

Seit 120 Jahren stellt Zoerkler Antriebssysteme her, die heute vor allem in der Luftfahrt, auf der Schiene, in der Automobilindustrie und in der Industrie Anwendung finden. Die Brüder Bernhard und Alexander Wagner, Urgroßenkel des Gründers, führen die Geschäfte der Firma in vierter Generation und bauten das Unternehmen mit heute 96 MitarbeiterInnen, davon vier Lehrlinge, zu einer der modernsten und erfolgreichsten Produktionsstätten weltweit aus. Für die Entwicklung und die Produktion des innovativen Antriebssystems für den russischen Helikopter Ka-62 wurde die Zoerkler Gears GmbH & Co KG mit dem burgenländischen Innovationspreis 2017 ausgezeichnet. ■

http://www.bundespraesident.at
http://www.zoerkler.at

Im Gespräch mit Lehrlingen von Zoerkler (v.l.): Landeshauptmann Hans Niessl, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Zoerkler-Geschäftsführer Bernhard Wagner

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Bundespräsident Alexander Van Bellen und Landeshauptmann Hans Nlessl im Schloß Esterházy, umringt von der Tamburizza Siegendorf

Treffen mit Bezirkshauptleuten und BürgermeisterInnen

Als Abschluß seines Burgenlandbesuches traf Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Hotel Burgenland in Eisenstadt mit burgenländischen Bürgermeistern, den Magistratsdirektoren der Freistädte Eisenstadt und Rust, VertreterInnen Gemeindeverbandes und des Gemeindebundes, der Präsidentin des Städtebundes und Bezirkshauptleuten zusammen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Landeshauptmann Hans Niessl mit Bezirkshauptleuten beim Empfang im Hotel Burgenland

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Landeshauptmann Hans Niessl mit Bürgermeistern des Bezirks Neusiedl. V.l.: Bgm. Karel Lentsch, Neudorf, Bgm.in Elisabeth Böhm, Neusiedl, Bgm. Josef Ziniel, Frauenkirchen, LH Hans Niessl, BP Alexander Van der Bellen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit GVV-Vizepräsidentin BR Bgm.in Inge Posch, Bgm. Günter Schmidt, Rohrbach, Bgm.in Riki Reismüller, Forchtenstein, Städtebund-Vorsitzende LAbg. Bgm. Ingrid Salamon, Bgm. Andreas Gradwohl, Sieggraben, BP Alexander Van der Bellen, Bgm. Josef Kutrowatz, Sigleß, Bgm. Dieter Posch, Neudörfl

Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Gespräch mit Bürgermeistern aus dem Südburgenland

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Bürgermeister Dieter Posch, Neudörfl, Bgm. Mag. Erhard Aminger, Loipersbach

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Bürgermeistern und Gemeindevertretern aus den Bezirken Eisenstadt-Umgebung und Mattersburg. V.l.: Bgm. Stefan Bubich, Oslip, Bgm. Martin Radatz, Leithaprodersdorf, Bgm. DI Gerald Hüller, Marz, Bgm. Josef Haider, Zemendorf-Stöttera, Magistratsdirektorin Mag.a Gerda Török, Eisenstadt, Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen, Bgm. Karl Izmenyi, Krensdorf, Bgm. Edi Scheuhammer, St. Margarethen, Bgm. Thomas Kittelmann, Steinbrunn

Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Gespräch mit Bürgermeistern

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit dem jüngsten Bürgermeister des Burgenlandes, Bgm. Fabio Halb, Mühlgraben

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Selfie mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Landesrätin Astrid Eisenkopf und Bürgermeistern von Rust und Eisenstadt-Umgebung

Landesregierung legt Fahrplan für 2018 fest

EU-Förderperiode 2020+, Bildung, Forschung & Innovation, Sicherheit, Finanzen und Gesundheit als Schwerpunkte der Regierungsklausur

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Präsentierten Ergebnisse der Regierungsklausur in Eisenstadt (v.l.): LR Hans Peter Doskozil, LH Hans Niessl, LH-Stv. Johann Tschürtz

Unter dem Motto „Gemeinsam für ein starkes Burgenland" traf die Burgenländische Landesregierung am 8. Februar in Eisenstadt zu ihrer Frühjahrsklausur zusammen. Schwerpunkte waren EU-Förderperiode 2020+, Bildung, Forschung & Innovation, Sicherheit, Finanzen und Gesundheit. Landeshauptmann Hans Niessl, Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz und Landesrat Hans Peter Doskozil präsentierten im Anschluß die Ergebnisse.

Übereinstimmung in allen Punkten

Es sei eine „zügig durchgeführte, effiziente Regierungsklausur" gewesen, bei der in allen besprochenen Punkten Übereinstimmung gefunden worden sei. „Wir haben heute die Richtung festgelegt, wohin die Regierungsmitglieder ihre Arbeit orientieren. Es gibt bei der strategischen Ausrichtung keine Meinungsunterschiede", stellte Niessl fest. Es stehe für das Burgenland ein wichtiges Jahr bevor: In der zweiten Jahreshälfte werde man den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz innehaben, bei der die Aktivitäten zu den Festveranstaltungen für das Jubiläum 100 Jahre Republik ein wichtiger Schwerpunkt sein werden.

Außerordentliche Landeshauptleutekonferenz

Federführend wird das Burgenland bei der außerordentlichen Landeshauptleutekonferenz am 4. Oktober in Wien sein, für die auch eine mündliche Zusage von Kommissionspräsident Juncker vorliege. Am 23. November wird die ordentliche Landeshauptleutekonferenz in Stegersbach abgehalten; zu dieser habe Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, seine Zusage für sein Kommen gegeben. Seine Anwesenheit wolle man im Hinblick auf die vor allem für das Burgenland wichtigen Regionalförderungen nutzen. „Es gilt, alle Anstrengungen zu unternehmen und alle Kontakte zu nutzen, damit wir in diesem Jahr die Weichenstellungen für eine gute Förderung nach dem Jahr 2020 vornehmen können", betonte Niessl.

Volksbefragung im Nordburgenland

Wie bereits im Mittel- und Südburgenland, soll es auch im Nordburgenland eine Volksbefragung geben. 1.000 NordburgenländerInnen sollen Ende des ersten, Anfang des zweiten Quartals zu allgemeinen und regionalspezifischen Themen befragt werden.

2018 will die Regierung große Forschungsschwerpunkte setzen

Niessl kündigte für die nächsten Monate Pläne für den Ausbau der angewandten Forschung an. Vor allem im Südburgenland sollen Forschungseinrichtungen geschaffen werden, die auch mit der FH Pinkafeld kooperieren und für die Partner als Unterstützer gefunden werden sollen. Es gebe bereits gute Vorgespräche, auch mit dem Infrastrukturminister. „Ich bin überzeugt, daß wir im Be-

reich der Forschung sehr kräftige Impulse setzen werden, vor allem in einer strukturschwächeren Region im südlichen Burgenland“, so Niessl. Als Beispiel für ein gelungenes Projekt nannte Niessl das „Open Rail Lab“ in Oberwart, ein Forschungs- und Innovationszentrum für die Eisenbahn, in dem rund um automatisiertes Bahnfahren geforscht wird.

Ein Tagungsschwerpunkt betraf die Umsetzung der „Bildung Neu“, die unter anderem die Einführung einer Bildungsdirektion anstelle des Landesschulrates vorsieht. Die sich aus der Reform ergebenden Möglichkeiten sollen weiter vorangetrieben werden. Es gebe bereits Schulcluster im Burgenland, und auch im Bereich der Bildungsdirektion seien bereits Weichenstellungen vorgenommen worden.

Therme Lutzmannsburg

In Vorbereitung sei der Ausbau der Therme Lutzmannsburg. Die Planungen seien bereits gut vorangeschritten, das Projekt soll noch heuer in Angriff genommen werden. Mit dem Ausbau sollen der Standort in einer strukturschwachen Region aufgewertet, Arbeitsplätze abgesichert und die regionale Wertschöpfung gesteigert werden.

Thema Sicherheit

Im Bereich der Sicherheit standen das Auslaufen der Grenzkontrollen im November, die Novellierung des Landes-Polizeistrafgesetzes und des Feuerwehrgesetzes im Mittelpunkt. „Die Grenzkontrollen sollen in jedem Fall aufrechterhalten werden, solange die EU-Außengrenzen nicht sicher sind“, fordert Tschürtz. Dazu soll im Landtag eine gemeinsame Resolution an die Bundesregierung und an das EU-Parlament verabschiedet werden. Weit fortgeschritten sei die Ausarbeitung des Landespolizeistrafgesetzes und des Feuerwehrgesetzes. Noch im Feber werde sich der Landessicherheitsrat konstituieren. Dieser soll sich regelmäßig mit den Blaulichtorganisationen und dem Militärkommando abstimmen und die Entscheidungsträger des Landes in strategischen Sicherheitsfragen unterstützen. Weitergeführt werden soll das Projekt Sicherheitspartner, dessen soziale Komponente gestärkt werden.

Landesfinanzen

Es sei, was die Finanzen betreffe, „ein gemeinsames Grundverständnis in der Regierung, daß viele Themen und Bereiche, die man umsetzen will, davon getragen sein müssen, daß das Land, daß die Verwaltung auf stabilen finanziellen Füßen steht“, sagte Doskozil. Er will deshalb die Swapgeschäfte hinsichtlich des Zustandekommens und der rechtlichen Situation und gegebenenfalls einer für das Land günstigen Ausstiegsmöglichkeit hinterfragen.

Nochmals geprüft werden soll auch der Neubau des Krankenhauses Oberwart, so Doskozil. Die Planungen würden durch die Prüfung nicht beeinträchtigt. „Es ist ganz klar, daß ein Neubau notwendig ist.“ Es müßten vorher alle offenen Fragen geklärt werden, erst nach Eintritt in die Ausschreibungsphase könne es eine klare Aussage zu Dauer und Kosten des Baues geben. Die Neubestellung des KRAGES-Geschäftsführers werde frühestens Mitte März feststehen.

Die gleiche Vorgehensweise wie beim KH Oberwart gelte auch für den Umbau des Kulturzentrums Mattersburg. Doskozil: „Es wird hinkünftig ein Kulturzentrum Mattersburg geben“. Was die Beurteilung des Kostenkorsetts und des Refinanzierungsvolumens betreffe, sei es jedoch „legitim, gewisse Dinge nochmals zu hinterfragen“. Im März werde man sagen können, wie es mit dem Projekt weitergeht.

100 Jahre Burgenland

Für das große Jubiläum „100 Jahre Burgenland“, für das bereits intensive Vorbereitungen liefen, kündigte der Kulturlandesrat ein neues Projekt an: „100 Jahre – 100 Plätze“, mit dem das ganze Burgenland von Nord bis Süd breit und nachhaltig – auch touristisch – präsentiert werden solle. Wie diese Plätze definiert werden, soll in nächster Zeit bekannt gegeben werden. ■

Freude mit Blumen

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Innungsmeister Kommerzialrat Alfred Bieberle, Innungsmeister-Stellvertreterin Michaela Grandits und Innungsmeister-Stellvertreter Andreas Pomper überbrachten Landeshauptmann Hans Niessl im Landhaus in Eisenstadt floristische Grüße.

Den 14. Februar, den Valentinstag, nahmen die burgenländischen Gärtner und Floristen mit Innungsmeister Kommerzialrat Ing. Alfred Bieberle, Innungsmeister-Stellvertreterin Michaela Grandits und Innungsmeister-Stellvertreter Andreas Pomper an der Spitze zum Anlaß, um Landeshauptmann Hans Niessl im Landhaus in Eisenstadt Blumengrüße zu überbringen.

Als Blumentag ist der 14. Februar, an dem mit großen und kleinen floristischen Präsenten Liebe und Dankbarkeit am schönsten zum Ausdruck gebracht werden können, längst zur Tradition geworden. Zarte pastellige Frühlingstöne mit Vintage-Elementen stehen zum Valentinstag 2018 im Mittelpunkt. Wie schon in den vergangenen Jahren sind auch Schnittblumen in kräftig-bunten Farben weiterhin ein beliebter Trend, der sich 2018 fortsetzen wird. Aktuell sind heuer auch frühlingshafte Tulpen oder Narzissen, dazu helle Grüntöne, kombiniert mit frischen Akzenten in Gelb und Creme. Als wohlriechender Garant steht die rote Rose, die seit jeher als Klassiker bei den Schnittblumen gilt, an vorderster Stelle.

Für den heimischen Gartenbau ist der Valentinstag gleichbedeutend mit dem Saisonauftakt 2018. Der österreichische Blumengroßhandel bietet mit Tulpen, Narzissen, Primeln oder den immer beliebteren Hyazinthen bereits eine besonders große florale Vielfalt aus heimischer Produktion. 90 Prozent aller Blumen und Pflanzen kommen zum Valentinstag aus Europa. Neben den heimischen Gärtnereien sind es vor allem die südeuropäischen Länder, die mit ihren Frühlingsboten für bunte Abwechslung im Blumengroßhandel sorgen. ■

Landessicherheitsrat installiert

Landeshauptmann-Stv. Tschürtz präsentierte beratendes Gremium als neue Koordinationsplattform.

Zur Unterstützung der Entscheidungsträger des Landes Burgenland in strategischen Sicherheitsfragen und zur regelmäßigen operativen Abstimmung mit den burgenländischen Blaulichtorganisationen, wie dem Landesfeuerwehrkommando, der Landespolizeidirektion, den Rettungsorganisationen, aber auch dem Militärkommando Burgenland, wurde auf Initiative von Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz ein Landessicherheitsrat installiert. Der ist ein beratendes Gremium sowie eine Koordinationsplattform und bereitet erforderlichenfalls Entscheidungen für den Landeshauptmann und die übrigen Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung sowie für die gesetzlich zuständigen Organe vor.

„Das Thema ‚Sicherheit' hat einen umfassenden Aufgabenbereich zum Inhalt, dem auch in der Burgenländischen Landesverwaltung zentrale Bedeutung zukommt. Aufgrund der Kompetenzbestimmungen in der Bundesverfassung ist die Zuständigkeit im Bereich Sicherheit zwischen Bund, Land und Gemeinden geteilt. Auch sind die Abgrenzungen nicht immer ganz klar – je nachdem um welchen Aspekt der Sicherheit es sich handelt. Umso wichtiger war es mir, eine dementsprechende Abstimmungsplattform ins Leben zu rufen, in der alle Blaulichtorganisationen, das Militärkommando Burgenland, die Bezug habenden Abteilungen in der Landesverwaltung sowie die Interessenvertretungen der Gemeinden involviert sind. So kann einerseits im Krisenfall ein koordiniertes Vorgehen, andererseits aber auch ein Erfahrungsaustausch untereinander ermöglicht werden", betonte Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz, der auch den Vorsitz in diesem Gremium innehat, am 23. Februar in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Brigitte Novosel, Leiterin der Abteilung 2, Landesplanung, Sicherheit, Gemeinden und Wirtschaft, beim Amt der Burgenländischen Landesregierung.

In der am 22. Februar 2018 abgehaltenen konstituierenden Sitzung wurde auch eine Geschäftsordnung erlassen. Diese sieht vor, daß der Landessicherheitsrat zumindest zweimal jährlich stattfinden wird. Auch externe Sachverständige bzw. Berater in Sicherheitsfragen können diesem Gremium beigezogen werden. Bei Bedarf besteht auch die Möglichkeit, Arbeitsgruppen zu einzelnen Themenbereichen einzurichten.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz präsentierte gemeinsam mit Brigitte Novosel, Leiterin der Abteilung 2, Landesplanung, Sicherheit, Gemeinden und Wirtschaft, beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, den Landessicherheitsrat als neue Koordinationsplattform

Ziel des Landessicherheitsrates ist aber auch die Beratung der Entscheidungsträger des Landes in strategischen Sicherheitsfragen sowie die Vorberatung für den Landessicherheitsgipfel. Weiters sind Beratungen zu aktuellen Themen, wie beispielsweise zum „Digitalen Katastrophenschutzplan" oder aber auch beim Auftreten eines „Blackouts", eines längerfristigen Stromausfalls, vorgesehen. Dabei sollen die Feuerwehren in den Gemeinden die Möglichkeit haben, als zentrales Organ das jeweilige Feuerwehrhaus als Stützpunkt mittels Notstromaggregat zu beleuchten und als erste und konkrete Anlaufstelle für die Bevölkerung zu agieren. ■

»7 Tage, 7 Bezirke, 7 Abenteuer«

Der ORF Burgenland veranstaltet 2018 bereits zum fünften Mal die „Große Burgenland Tour". Unter dem Motto „7 Tage, 7 Bezirke, 7 Abenteuer" wird das Publikum eingeladen, vom 26. Mai bis 1. Juni 2018 durch alle sieben Bezirke zu wandern und dabei die Schönheiten des Landes zu entdecken. Die Wanderrouten sind als Rundkurse konzipiert und warten mit versteckten Besonderheiten aus Landschaft, Natur, Kultur, Brauchtum und Kulinarik auf. In den Jahren 2013 bis 2016 begleiteten mehr als 10.000 Wanderbegeisterte die Tour. „Die ‚Große Burgenland Tour' bietet die Möglichkeit, die Besonderheit und versteckten Plätze dieses wunderbaren Landes, die man vielleicht noch nicht gekannt hat, mit bleibenden Eindrücken vor Ort zu erleben. Neben diesem Aspekt steht auch das Miteinander, dieses ‚Wir-Gefühl', im Vordergrund, durch ein gemeinsames Wandern diese einzigartige Landschaft vom größten Steppensee Europas bis in den Süden, in die Toskana Österreichs, noch besser kennen zu lernen", so Landeshauptmann Hans Niessl.

Obwohl bereits in den Jahren 2013 bis 2016 so gut wie alle „Highlights" des Burgenlandes Teil der Routen waren, ist es dem ORF Burgenland auch 2018 wieder gelungen, schöne Plätzchen für die diesjährige Tour zu finden. ■

http://burgenland.orf.at/studio/stories/2896223/

Der März steht im Zeichen der Frauenrechte

»100 Jahre Frauenwahlrecht« als Motto des Internationalen Frauentages am 8. März, zahlreiche Veranstaltungen im Burgenland

Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Aus diesem Anlaß steht im Burgenland der Monat März im Zeichen der Frauen. Zahlreiche Veranstaltungen sollen einerseits auf bereits Erreichtes, andererseits auf berechtigte Anliegen der Frauen aufmerksam machen. Aus gutem Grund: Noch immer ist Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen in vielen Bereichen nicht gegeben, noch immer verdienen Frauen für gleiche Leistung weniger als Männer und leisten unbezahlte Arbeit bei der Pflege von Familienangehörigen, der Kinderbetreuung oder der Hausarbeit.

Und das Thema sexuelle Gewalt ist durch #MeToo in der öffentlichen Diskussion präsenter denn je. „Es ist ein Reigen an Veranstaltungen geplant. Wir wollen sichtbar machen, worum es geht: um ein selbstbestimmtes Leben, ein eigenes Einkommen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es geht auch um das Recht auf ein von Gewalt freies Leben“, so Frauenlandesrätin Verena Dunst, die gemeinsam mit LRin Astrid Eisenkopf, der ÖGB-Landesfrauenvorsitzenden Hannelore Binder, Gabriele Arenberger, Frauenhaus Burgenland, und Karina Ringhofer, Leiterin Referat Frauenangelegenheiten, Antidiskriminierung und Gleichbehandlung, am 26. Februar im Rahmen einer Pressekonferenz einen Überblick über die geplanten Veranstaltungen gab.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Karina Ringhofer, Leiterin des Referats Frauenangelegenheiten, Antidiskriminierung und Gleichbehandlung, ÖGB-Landesfrauenvorsitzende Hannelore Binder, Frauenlandesrätin Verena Dunst, Landesrätin Astrid Eisenkopf und Gabriele Arenberger, Frauenhaus Burgenland

Frauenrechte sind erkämpft, nicht selbstverständlich

„Der Internationale Frauentag ist und bleibt unabdingbar. Erfolge bei den Frauenrechten mußten immer gegen große Widerstände durchgesetzt werden. Es ist wichtig, jungen Frauen zu sagen, daß bereits Erreichtes nicht selbstverständlich ist“, betont Eisenkopf. So sei das Wahlrecht für Frauen (1918), die Fristenlösung (1975), die Familienrechtsreform (1975), die Einrichtung von Frauenhäusern, erstmals 1978 in Wien, oder das 1. Gleichbehandlungsgesetz (1979) ebenso hart erkämpft worden wie die Strafbarkeit sexueller Nötigung in der Ehe und in der Lebensgemeinschaft (1989), das erste 1. Frauenvolksbegehren (1994) oder die Verschärfung des Sexualstrafrechts (2016). Darüber hinaus sei jedoch noch viel zu tun. So sei man von gleichem Lohn für gleiche Arbeit noch weit entfernt. Dies gelte auch für die gleichberechtigte Vertretung in diversen Gremien. Auch das Thema Gewalt sei aktueller denn je, wie die MeToo-Debatte zeige. Aus allen diesen Gründen sei auch die Unterstützung für das Frauenvolksbegehren so wichtig, „auch wenn man mit jedem einzelnen Punkt etwas anfangen kann“, so Eisenkopf. Die Unterschriften-Sammlung für das Frauenvolksbegehren 2.0 läuft derzeit.

Dunst: Es geht um ein selbstbestimmtes Leben

„Es geht noch immer um das Einkommen – um ein eigenes Einkommen und um die Unabhängigkeit der Frauen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Information über die Berufswahl und den zu erwartenden Verdienst“, erklärt Dunst. Zur #MeToo-Debatte: „Daß sich betroffene Frauen erst nach Jahrzehnten an die Öffentlichkeit wagen, hat auch mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun. Viele Frauen haben heute mehr Mut. Es ist wichtig zu sagen: Heute lasse ich mir das Unrecht, das mit vor Jahrzehnten angetan wurde, nicht mehr gefallen“.

Laut einer IFES-Studie ist jeder Dritte, Frauen ebenso wie Männer, von Gewalt betroffen. Diese Studie wird auch Thema beim ÖGB-Symposium „GemeinsamGutArbeiten – GewaltMachtKrank“ am 8. März sein.

Einen Rückschritt in Sachen Gleichberechtigung in Österreich ortet ÖGB-Landesfrauenvorsitzende Hannelore Binder. „Der 12-Stunden-Tag trifft vor allem Alleinerzieherinnen. Wo findet man eine 12stündige Betreuung für seine Kinder?“ Vielmehr fordert Binder einmal mehr die Umsetzung der ÖGB-Forderungen nach einer 35-Stundenwoche und einem Mindestlohn von 1700 Euro. „Dann hätten auch Männer mehr Zeit für die Kinderbetreuung. Beim Lohn gilt: Von Arbeit muß man auch leben können, das ist derzeit leider oft nicht der Fall.“

Beim einem 12-Stunden-Tag würden Frauen automatisch aus der Arbeitswelt gedrängt, warnt Gabriele Arenberger vom Frauenhaus Burgenland: „Beim Hausfriedenszug am 8. März wollen wir auf die erkämpften Rechte der Frauen aufmerksam machen.“ ■

https://www.burgenland.at/buerger-service/buergerservice/frauen-maedchen/frauen/

Grundsatzvereinbarung

Land Burgenland und Esterházy einigen sich auf künftige Zusammenarbeit.

Das Verhältnis zwischen dem Land Burgenland und der Stiftungsgruppe Esterházy war in den vergangenen Jahren bekanntlich nicht ungetrübt. Nun hat sich die Möglichkeit eröffnet, die vielen anstehenden Themen, eingeschlossen laufende Gerichtsverfahren, offen anzusprechen und einer Lösung zuzuführen.

Mit dem 20. Februar sind Esterházy und das Land Burgenland übereingekommen, die offenen Themen und Fragen auf Basis einer „Grundsatzvereinbarung“ beizulegen. Dazu Landeshauptmann Hans Niessl: „Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt und auch die Esterházy Unternehmensgruppe ist in vielen Bereichen – allen voran in ihren Kultur- und Tourismusangeboten – sehr erfolgreich unterwegs. Wir sind zum Entschluß gekommen, daß sich durch eine professionelle Zusammenarbeit eine Win-Win-Situation für beide Seiten ergibt.“

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Matthias Grün, Direktor Esterházy Betriebe, Landesrat Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann Hans Niessl, Stefan Ottrubay, Direktionsrat der Esterházy Stiftungen, und Landesrat Alexander Petschnig nach der Unterzeichnung der Grundsatzvereinbarung

Als wichtigstes Ergebnis wird im Prozeß um die Schäden am Schloß Esterházy „ein Ruhen des Verfahrens“ vereinbart.

Im anhängigen Schadenersatzprozeß hatte Esterházy das Land Burgenland auf den Ersatz von Schäden im Wert von rund 11 Mio. Euro geklagt. Das Verfahren wurde 2017 vom Obersten Gerichtshof zur Neubeurteilung an das Bezirksgericht Eisenstadt zurückverwiesen. Nun soll in einem straffen Zeitplan eine außergerichtliche Einigung gefunden werden, mit dem Ziel, Verfahrenskosten von mehreren Millionen Euro einzusparen. „Die heutige Einigung bedeutet einen Meilenstein für die Zusammenarbeit zwischen Land und Esterhazy. Jetzt können wir in einem neuen Geist und zielgerichtet an vielfältige Kooperationen in Tourismus und Kultur herangehen. Sehr erfreulich ist unsere gemeinsame Annäherung beim Schadenersatzprozeß in Sachen Schloß Esterházy über eine außergerichtliche Einigung“, so Stefan Ottrubay, Direktionsrat der Esterházy Stiftungen.

Ebenso wurde in dieser Grundsatzvereinbarung beschlossen, daß in gemeinsamen Arbeitsgruppen Zukunftsprojekte im Bereich Tourismus und Kultur definiert werden. „Mit der Grundsatzvereinbarung möchten wir in die Zukunft blicken und einen gemeinsamen Weg gehen. Wir haben wesentliche Schritte gesetzt, die auch in den nächsten Wochen weiter erarbeitet werden“, so Landesrat Hans Peter Doskozil. Insbesondere soll mit anderen großen Veranstaltern im Burgenland die „Festivalregion Neusiedler See“ gestärkt werden. Als konkretes erstes Ergebnis wurde eine enge Kooperation für die Oper im Steinbruch definiert. Das Land Burgenland bekennt sich dazu, die Oper im Steinbruch als Teil der gewachsenen kulturellen Identität der Region zu unterstützen und Synergien zwischen den beiden Großformaten Oper im Steinbruch und Operette in Mörbisch zu nutzen. Dies ermöglicht, daß ab 2019 wieder Oper im Steinbruch St Margarethen gespielt wird.

Das Land Burgenland und Esterhazy streben eine umfassende Zusammenarbeit im Bereich der touristischen und kulturellen Aktivitäten der „Festivalregion Neusiedler See“ an. Die Formate des Landes, insbesondere die Seefestspiele Mörbisch, sollen gemeinsam mit den esterházy‘schen Formaten Oper im Steinbruch St. Margarethen und Herbstgold-Festival in Eisenstadt ihre Aktivitäten abstimmen und koordinieren. Diese Kooperation wird in Arbeitsgruppen erarbeitet.

Tourismus- und Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig: „Die außergerichtliche Streitbeilegung ist das Ergebnis vieler konstruktiver Gespräche und Verhandlungen und soll der Grundstein für eine intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit in der Zukunft darstellen.“

Im anhängigen wasserrechtlichen Beschwerdeverfahren zur Umfahrung Schützen hat Esterházy einem abschließenden Vergleich zugestimmt. Damit finden die langwierigen Verfahren rund um die Verlängerung Schnellstraße B50/Umfahrung Schützen einen Abschluß.

Für mehrere komplexe Themen wurden konkrete Zeitabläufe und weitere Arbeitsschritte vereinbart. Beide Seiten bekennen sich in der Vereinbarung dazu, zielgerichtet an der Umsetzung zu arbeiten und verbleibende Unklarheiten im gegenseitigen Vertrauen zu klären.

Matthias Grün, Direktor Esterházy Betriebe: „Für alle Beteiligten ist diese Einigung ein Erfolg, denn jetzt können wir gemeinsam nach vorne blicken. Das Gesprächsklima bei den Verhandlungen war ausgezeichnet, sodaß wir sicher sein können, daß auch zukünftig gute Lösungen für das Burgenland gefunden werden.“

In der Grundsatzvereinbarung hat Esterhazy dem Land Burgenland die breite Unterstützung bei der Organisation des Jubiläumsjahres 2021 „100 Jahre Burgenland“ zugesagt. Insbesondere sollen mehrere Feierlichkeiten im Schloß Esterházy stattfinden. ■

http://www.esterhazy.at

Mattersburg als beliebter Wohnort

Mattersburg ist eine moderat wachsende Stadt, die vor allem bei Jungfamilien sehr beliebt ist. Dementsprechend begehrt sind Bauplätze, Reihenhäuser und Wohnungen im Stadtgebiet.

In den letzten Jahren hat die Stadtgemeinde viele Akzente zur Wohnraumschaffung gesetzt.

Im Bereich der Pielgasse wurden insgesamt 33 Bauplätze aufparzelliert. Die wunderschön gelegenen Grundstücke sind ca. 800 Quadratmeter groß, bis auf einen davon sind alle Plätze bereits vergeben.

„Insgesamt wurden in den letzten eineinhalb Jahren seitens der Gemeinde 37 Bauplätze verkauft, fünf davon im Ortsteil Walbersdorf. Die Preise für die Grundstücke waren günstig und die Nachfrage vorhanden“, erklärt Bürgermeisterin Ingrid Salamon. Derzeit zählt die Stadt 7359 Einwohner mit Hauptwohnsitz, 8052 inklusive Nebenwohnsitzer.

Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Startwohnungen für Jugendliche: Bürgermeisterin Ingrid Salamon mit Alfred Kollar, Obmann der Oberwarter Siedlungsgenossenschaft

Günstige Startwohnungen für Jugendliche

In der Wienerstraße in Mattersburg entstehen in Zusammenarbeit mit der OSG 28 Startwohnungen, die im April übergeben werden. Bei dieser Initiative steht ganz konkret der junge Mensch im Mittelpunkt. „Wir wollen dadurch dem Phänomen ‚Wohnen wird Luxus‘ bewußt entgegensteuern und jungen Menschen das erste selbstständige Wohnen ermöglichen,“ erklärt Salamon: „Die Nachfrage nach den Wohnungen ist sehr groß. Der Weg ist der richtige, nämlich leistbares Wohnen auch für junge Menschen in Zukunft sicher zu stellen.“ ■

http://www.mattersburg.gv.at

1. Oberwarter Wirtschaftsgespräche

Der Ausschuß für „Innovation und Wirtschaft“ empfing im Namen der Stadtgemeinde Oberwart am 22. Februar den Leiter des Wiener Büros der EIB-Gruppe – Martin Brunkhorst – zum Start der „Oberwarter Wirtschaftsgespräche“.

Es wurden die Tätigkeitsfelder der Europäischen Investitionsbank (EIB) aufgelistet und ihre Rolle als wirtschaftlicher Impulsgeber für Europa und die Welt aufgezeigt. Die EIB fungiert hier immer ausdrücklich als „Partner“ von lokalen Banken und Institutionen.

Martin Brunkhorst hat den rund 80 Wirtschaftstreibenden, PressevertreterInnen und VertreterInnen öffentlicher Institutionen erklärt, wie der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) aufgebaut ist, wo er aktiv ist und wie KMUs auf das immense Projekt-Know-How und die Finanzierung der EIB zugreifen können. Weiters wurden Musterbeispiele und Projekte für Regionalentwicklung präsentiert, wie z.B. nachhaltiger Verkehr in Brandenburg, nachhaltige Infrastrukturprojekte in Bratislava, Stadtentwicklung, Fremdenverkehr und soziale Dienste in den französischen Überseegebieten und Förderung von Glasfaserausbau in Großbritannien.

Foto: Stadtgemeinde Oberwart

v.l.: Ausschuß-Ombann GR Stefan Marth, Amtsleiterin Katja M. Massing, Martin Brunkhorst und Bürgermeister LAbg. Georg Rosner (v.l.)

Die anschließende Diskussion war tiefgründig und inhaltsstark. Der Abend wurde bei einem Buffet mit vielen Gesprächen – möglicherweise auch einigen Geschäftsanbahnungen, eingefädelten Schulkooperationen und Impulsen für den öffentlichen Bereich – abgerundet.“ ■

http://www.oberwart.at

Schivergnügen für Familien

44. Bgld. Schiwoche in Altenmarkt-Zauchensee – Pistenspaß auf und abseits der Pisten – Landeshauptmann Hans Niessl lud zum traditionellen Burgenland-Abend

Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH Hans Niessl, LH-Stv. Johann Tschürtz, LRin Astrid Eisenkopf, Abfahrtsweltmeister und ÖSV-Vizepräsident Michael Walchhofer und der Großhöfleiner Bürgermeister Heinz Heidenreich mit den TeilnehmerInnen an der 44. Bgld. Schiwoche in Altenmarkt-Zauchensee

Für viele Landsleute ist die alljährliche Burgenländische Schiwoche in der Region Altenmarkt-Zauchensee in den Semesterferien eine liebgewonnene Tradition. Der Andrang im bereits 44. Jahr war groß: Rund 340 sportbegeisterte BurgenländerInnen, mehr als im letzten Jahr, waren aus dem Burgenland ins Salzburgische angereist. Zusätzlich ermöglichte das Landesjugendreferat die Teilnahme für Kinder und Jugendliche ohne Begleitung – rund 40 nahmen das Angebot an. „Die Burgenländische Schiwoche ist ein Höhepunkt im Winter, ein Event, auf das sich Jahr für Jahr hunderte Burgenländerinnen und Burgenländer freuen, weil sie in Altenmarkt großartige Bedingungen für den Wintersport vorfinden. Daß sie sich hier so wohl fühlen, hat natürlich auch mit der Verbundenheit und der Gastfreundschaft der Altenmarkter zu tun. Das Land Burgenland wird die Schiwoche natürlich auch im nächsten Jahr unterstützen“, so Sportreferent Landeshauptmann Hans Niessl bei seiner Begrüssungsrede am 16. Februar beim Burgenland-Abend. Dieser fand diesmal in der Veranstaltungshalle der Marktgemeinde Altenmarkt-Zauchensee im Beisein von LH-Stv. Johann Tschürtz, Jugendlandesrätin Astrid Eisenkopf, Landesrat Hans Peter Doskozil, Landesrat Alexander Petschnig, Abfahrtsweltmeister und ÖSV-Vizepräsident Michael Walchhofer, Bürgermeister Rupert Winter, Vizebürgermeister Peter Listberger und hunderten Gästen statt.

Einen großen Dank sprach Niessl auch den MitarbeiterInnen des Burgenländischen

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Zauchensee trifft Neusiedler See (v.l.) : Michael Walchhofer, 24 Stunden Extrem Tour Organisator Michael Oberhauser und Landeshauptmann Hans Niessl auf der Piste.

Schiverbandes, des Landes Burgenland und den SchilehrerInnen und HelferInnen aus, die wieder mit großem Engagement und mit viel Herz ein abwechslungsreiches Programm mit vielen Highlights auf die Beine stellten.

Altenmarkt-Zauchensee und das Burgenland bekundeten ihre tiefe Verbundenheit und verliehen dem Wunsch Ausdruck, daß es das Erfolgsprojekt Burgenländische Schiwoche noch lange geben möge.

Leistbares Schivergnügen für Familien

„Die Burgenländische Schiwoche soll für alle Familien ein leistbares Schivergnügen ermöglichen und wird deshalb auch vom Land Burgenland unterstützt“, betonte Landesrätin Astrid Eisenkopf. Über 40 Kinder und Jugendliche konnten heuer dank finanzieller Unterstützung des Landesjugendreferates an der Schiwoche teilnehmen.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Bgm. Rupert Winter, LH-Stv Johann Tschürtz, LH Hans Niessl, LRin Astrid Eisenkopf, LR Alexander Petschnig, LR Hans-Peter Doskozil und Vize-Bgm. Peter Listberger

Altenmarkt-Zauchensee: Das doppelte Urlaubs-Paradies

Das höchstgelegene Skigebiet der Salzburger Sportwelt mit bis zu 2.188 Metern bietet traumhafte Tiefschneehänge für Freerider, romantische Rodelabenteuer, einsame Pfade für Schneeschuhwanderer und ein weit verzweigtes Loipennetz: Das doppelte Urlaubs-Paradies Altenmarkt-Zauchensee läßt Winterträume wahr werden. Die fortgeschrittenen Skifahrer schätzen besonders das Hoteldorf Zauchensee (1.350 m), in dem man vom Bett direkt auf die Piste schwingt und das seit drei Jahrzehnten als Austragungsort im alpinen Ski-Weltcup bekannt ist. Altenmarkt (842 m) dagegen ist ein gewachsener Ort mit mehr als 4000 Einwohnern und einem Skigebiet, das als echter Geheimtipp für Familien gilt. Im Dorf selbst gehen Tradition und Moderne Hand in Hand. Der bekannte Wallfahrtsort des ausgehenden Mittelalters besticht mit natürlichem Charme und einem der schönsten Ortskerne in ganz Österreich. Ältestes Gasthaus ist der Markterwirt, der seit 1528 am angestammten Platz im Dorfzentrum steht. Schon Kaiser Franz Joseph I. ließ sich hier mit seiner Jagdgesellschaft bewirten. Zum Bummeln und zum „Einkaufen mit Herz“ laden zahlreiche, liebevoll gestaltete Geschäfte und Boutiquen.

Wer zwischendurch in wunderbare Wasserwelten abtauchen möchte, steuert die Erlebnis-Therme Amadé in Altenmarkt an. ■

http://www.altenmarkt-zauchensee.at

Foto: Bgld. Landesmedienservice

LR Hans-Peter Doskozil, LH Hans Niessl, LH-Stv Johann Tschürtz und LRin Astrid Eisenkopf bei der Ehrung der Siegerinnen des Kinderrennens

Weinbautag 2018

Er ist das Aushängeschild der heimischen Landwirtschaft – der Weinbau im Burgenland. Derzeit sind im Burgenland rund 13.000 ha Reben ausgepflanzt, welche von rund 3.330 Betrieben bewirtschaftet werden.

Am 21. Feber konnte Weinbaupräsident Ök.-Rat Andreas Liegenfeld vor vielen WeinbäuerInnen sowie weininteressierten BesucherInnen und zahlreichen Ehrengästen Bilanz über das abgelaufene Weinjahr 2017 ziehen. Trotz witterungsbedingter Widrigkeiten wie Spätfrost, Trockenheit, Sturm und Hagel, die viele Regionen in unterschiedlicher Ausprägung betrafen, stellte Liegenfeld dem Jahr 2017 ein positives Zeugnis aus. Der optimale Herbst machte vieles wieder wett und so konnten die heimischen WinzerInnen mit einem entsprechend quantitativen und qualitativen Ergebnis in die Winterpause gehen.

Außerdem haben die Burgenländischen WinzerInnen einmal mehr – sowohl bei nationalen als auch internationalen Prämierungen – bewiesen, daß sie zur Elite am Weinsektor zählen.

Auch die Ehrengäste wie BM a.D. NR Niki Berlakovich, Landesrätin Verena Dunst oder LK-Präsident Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger zollten in ihren Grußworten den burgenländischen WeinbäuerInnen Respekt für ihre Leistungen. Sie betonten die Bedeutung des Weinbaus für die heimische Landwirtschaft, die Wirtschaft im Allgemeinen und das Image des Burgenlandes im In- und Ausland. Besonders hervorgehoben wurden die qualitativ hochwertige Produktion und das professionelle Marketing der heimischen WinzerInnen.

Über Trends und Entwicklungen der Weinbranche und daraus resultierende Chancen für die WinzerInnen referierte Dorli Muhr (Geschäftsführerin bei Wine & Partners). Dabei ging sie genauer auf die Bereiche Herkunft (der Weine), Ethik, Digitale Transformation, Emotionalisierung und Vertrieb ein. Abschließend verwies sie auf den Blog von Cathy Huyghe, welche schreibt, daß 2018 „Indigenous Grapes“ und „Women In Wine“ zwei wichtige Themen in der Weinbranche sein werden.

Die Genossenschaft als Rechtsform, bei der die Mitglieder und das nachhaltige Wirtschaften im Vordergrund stehen, und deren Bedeutung sowie steuerliche Begünstigungen im Rahmen einer Genossenschaft, waren Inhalt des Referates von Dir. Heinz Astl dem Leiter des Revisionsverbandes der Raiffeisenlandesbank Burgenland. Von rund 100 burgenländischen Genossenschaften sind 19 sogenannte Winzergenossenschaften.

v.l.: LK-Präsident Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger, Weinbaupräsident Ök.-Rat Andreas Liegenfeld, Landesrätin Verena Dunst, Weinkönigin Anna I, GF Verena Klöckl, LAbg Walter Temmel, und BM a.D. NR Niki Berlakovich

Fotos: Bgld. Landwirtschaftskammer

Ein Blick über die Ehrengäste auf den vollbesertzten Sitzungssaal der Burgenländischen Landwirtschaftskammer in Eisenstadt

Präsident Ök.-Rat Liegenfeld durfte abschließend zwei verdiente Persönlichkeiten der heimischen Weinwirtschaft ehren. Dem Winzer Hermann Fink aus Großhöflein wurde die Ehrennadel in Bronze des Weinbauverbandes Burgenland für seine Verdienste verliehen. Hofrat Walter Flak, der langjährige Leiter des Bundesamtes für Weinbau in Eisenstadt, wurde mit der goldenen Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. ■

https://bgld.lko.at

KünstlerInnen sehen das Burgenland

Eine malerische Reise durch das Südburgenland – von 21. Februar bis 20. April 2018 | KUZ Oberschützen

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil, Kuratorin Theresia Gabriel, Harro Pirch und Wolfgang Kuzmits, Geschäftsführer der KBB

Wie sehen KünstlerInnen das Burgenland? Welche Motive faszinieren sie? Was ist aus ihrer Sicht typisch burgenländisch?“ Das sind die Ausgangsfragen einer Ausstellung, die eine Auswahl der Sammlungsbestände der Landesgalerie Burgenland zeigt und am 20. Februar von Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil im KUZ Oberschützen eröffnet wurde.

Die Konzeption der Ausstellung stellte eine große Herausforderung dar, denn die Zahl der Kunstschaffenden im Burgenland war und ist sehr groß. Zum einen folgen viele BurgenländerInnen ihrem kreativen Schaffensdrang, zum anderen ist das Burgenland für zahlreiche Kreative zu einer Wahlheimat geworden. Insbesondere das Südburgenland, mit dem Künstlerdorf Neumarkt an der Raab, brachte Generationen von renommierten

Foto: KBB – Kultur-Betriebe Burgenland GmbH / Jpsef Grunwald

Ein Blick in die Ausstellung, die bis zum 20. April 2018 im KUZ Oberschützen zu sehen ist.

© LMB

Eduard Adrian Dussek, AlteFrauen

Foto: KUZ / Fröhlich

Peter Fendi, Kroatische Kinder (angeschnitten)

KünstlerInnen hervor. Große Namen, wie Martha Jungwirth, Eduard Sauerzopf, Elfi Semotan, Martin Kippenberger oder Kurt Kocherscheidt sind nur einige der wichtigsten VertreterInnen.

Die Schau ist ein malerischer Spaziergang durch die südlichen Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf mit ihren historischen Sehenswürdigkeiten, malerischen Dörfern oder Naturlandschaften. Streuobstwiesen, Mohnblumenfelder oder dörfliche Strukturen sind ebenso abgebildet, wie Menschen, Trachten oder ländliches Brauchtum. Die Ausstellung wird sowohl dem künstlerischen Anspruch als auch der Vermittlung der kulturellen, topografischen und ethnischen Vielfalt im Land gerecht.

Herausragende Werke in dieser Schau sind die Ansichten der Burg Bernstein und der

Foto: KBB – Kultur-Betriebe Burgenland GmbH / Jungwirth

Eine Ausstellungsbesucherin

Burg Güssing von Karl Schuster, der Plan von Neumarkt an der Raab von Martha Jungwirth. Dorfansichten von Rudolf Klaudus, Otto Mühl, Viktor Lederer und seiner Frau Diana Chesham-Lederer spiegeln die vielfältige Architektur des Landes wider. Kinder in kroatischer Tracht von Peter Fendi, das fotorealistische Bild eines Stiefels von SR Elfriede Ettl oder eine Bäuerin aus Zickenbergen von Hermann Serient repräsentieren Landestypisches. Erntefelder von Harro Pirch, eine Landschaft bei Neumarkt an der Raab von Rudolf Richly oder eine Mohnblumenwiese von Franz Hametner fangen Stimmungen idyllischer Landstriche ein. Das Maschendrahtmotiv von Florian Langs „Gone by the Wind“ steht symbolisch für das Grenzland Burgenland.

Die Ausstellung ist topografisch nach Bezirken von Oberwart bis Jennersdorf konzipiert, ergänzt von den Themenkreisen

„Typisch Burgenländisch!“ und „BurgenländerInnen“.

Kultur-Betriebe Burgenland

Die Kultur-Betriebe Burgenland GmbH ist *die* Plattform der kulturellen Vielfalt im Burgenland. Sie bietet aber auch perfekte Locations für Veranstaltungen aller Art. So sind die Museen und Galerien sowie Kultur- und Kongresszentren in Eisenstadt, Mattersburg, Raiding, Oberschützen und Güssing Orte für die gesamte Palette künstlerischer und kultureller Ausdrucksformen einerseits, andererseits Schauplatz für Feierlichkeiten, Firmenevents und die Tagungswirtschaft.

Kunst & Kultur

Die Kultur-Betriebe Burgenland bespielen Museen und Galerien, sowie fünf Kulturzentren im ganzen Burgenland mit einem Programm, das einen bunten Querschnitt durch alle Sparten der Darstellenden und Bildenden Künste sowie der musealen Präsentation bildet. ■

http://www.kulturzentren.at

© LMB

Bild oben: Das Maschendrahtmotiv von Florian Lang »Gone by the Wind« steht symbolisch für das Grenzland Burgenland.

Bild unten: Rudolf Klaudus, Güttenbach

© LMB

Wirtschaft

Arbeitsmarktsituation Ende Februar 2018

Beschäftigung steigt weiter, die Arbeitslosigkeit sinkt – Hartinger-Klein: Vor allem Personen mit geringer formaler Ausbildung haben Schwierigkeiten, am primären Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Aktuell haben geschätzte 3.673.000 Personen ein unselbständiges Beschäftigungsverhältnis, das sind um +97.000 bzw. +2,7% mehr als ein Jahr zuvor. „In den Monaten Jänner und Februar 2018 konnten 102.936 arbeitssuchenden Personen aus AMS Vormerkung ein Dienstverhältnis antreten, davon waren 18.172 jünger als 25 Jahre, und 18.629 50 Jahre oder älter“, strich Beate Hartinger-Klein, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, am 1. März positiv hervor.

Vor dem Hintergrund des guten Wirtschaftswachstums (von rd. 3% 2017) und des Zuwachses an Arbeitsplätzen sinkt Ende Februar 2018 auch die Arbeitslosigkeit weiter.

Mit 364.650 sind gegenüber dem Februar 2017 um -35.969 bzw. -9,0% weniger Personen beim AMS arbeitslos vorgemerkt. Inklusive der Personen, die ein AMS-Schulungsangebot wahrnehmen, beträgt die Zahl der Vorgemerkten 444.426, das bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um -31.360 bzw. -6,6%.

Die Arbeitslosigkeit von Österreicherinnen und Österreichern sinkt Ende Februar um -10,4%, die von ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern im Vergleich dazu nur um rund -5,5%. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition liegt aktuell bei 9,0%, das ist ein Rückgang von -1,0%punkten gegenüber dem Vorjahr.

Die Arbeitslosenquote nach der internationalen Erhebungsmethode gemäß EUROSTAT wird für Österreich für Jänner 2018 mit 5,5% angegeben. Die Jugendarbeitslosenquote beträgt nach dieser Definition 9,4%.

Hartinger-Klein: „Ein Blick auf die Detailzahlen bestätigt, daß vor allem Personen mit geringer formaler Ausbildung – über alle Alterskategorien hinweg – auch in Zukunft Schwierigkeiten haben werden, am primären Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.“

Foto: Sozialministerium / Johannes Zinner

Sozialministerin Beate Hartinger-Klein

Strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt – Ungleichgewicht bei der Ausbildung

An der Entwicklung der offenen Stellen zeigt sich, daß der Aufwärtstrend in der österreichischen Wirtschaft anhält. Die Zahl der gemeldeten sofort verfügbaren offenen Arbeitsplätze liegt Ende Februar mit 62.867 nunmehr um +27% über dem Vorjahreswert.

Ein anderer Indikator für die Arbeitskräftenachfrage ist der gesamte Zugang an offenen Stellen beim AMS im bisherigen Jahr 2018: dieser Wert lag um +6,2% über dem der Monate Jänner und Februar 2017.

Während im Durchschnitt für rund 44% der arbeitslos registrierten Personen die höchste abgeschlossene Ausbildung die Pflichtschule ist, beträgt dieser Anteil bei den Ausländerinnen und Ausländern 64%. Für die gemeldeten offenen Stellen Ende Februar wird allerdings nur in 33% der Fälle ein Ausbildungsniveau von höchstens Pflichtschule benötigt.

Strukturelles Problem am Arbeitsmarkt – regionales Ungleichgewicht

Wie auch im Vormonat ist die Zahl der Arbeitslosen in allen Bundesländern rückläufig, am relativ stärksten jedoch Ende Februar in der Steiermark (-13,8%), hier auch unterstützt durch eine relevante Ausweitung der AMS Schulungsteilnahmen, wobei das Verhältnis offene Stellen zu Arbeitssuchenden mit 1:15 vor allem in Wien und im Burgenland besonders auseinanderklafft.

Schulungsmaßnahmen

In AMS Schulung befinden sich aktuell 79.776 Personen (+4.609 gegenüber Ende Februar 2017), davon entfallen rund 44% auf Ausländerinnen und Ausländer, von diesen sind wiederum rund 46% Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte.

Gerade bei jenen Personen mit der geringsten formalen Ausbildung hat sich der Qualifizierungsaufwand weiter gesteigert (+9,3%), davon beträgt bei den Ausländerinnen und Ausländern um +18,5%, bei den vorgemerkten Asylberechtigten um +29,2% und bei den subsidiär Schutzberechtigten sogar um +54,3%.

Ältere Arbeitssuchende, Branchen, Lehrstellenmarkt

Für die Personengruppe der älteren Arbeitssuchenden (-4,8% Arbeitslosigkeit) sowie Menschen mit Behinderungen (-3,3%) zeigt sich aktuell ebenso ein Rückgang der Arbeitslosigkeit, der aber schwächer ausfällt, als für andere Gruppen von Arbeitssuchenden.

In den von der konjunkturellen Entwicklung direkt betroffenen Branchen nimmt die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich ab.

In der Warenproduktion sind Ende Februar um -15,8% weniger Personen arbeitslos vorgemerkt und in der Arbeitskräfteüberlassung um -8,8%. Aber auch die AMS-Vorgemerktenzahlen aus den Branchen Tourismus (-13,2%) und Handel (-12,6%) entwickelten sich sehr positiv.

Die wirtschaftliche Erholung zeigt sich, verbunden mit demographischen Trends, auch auf dem Lehrstellenmarkt: So liegt Ende Februar die Zahl der Lehrstellensuchenden um -4,9% unter dem Vorjahreswert während der Bestand an gemeldeten offenen Lehrstellen um +20.5% zugenommen hat. Somit stehen bundesweit für 5.047 Lehrstellensuchende (ohne die Teilnehmer der überbetrieblichen Lehrausbildung) derzeit 4.947 betriebliche Lehrstellen, die dem AMS gemeldet wurden, zur Verfügung. Ein Überhang an freien Lehrplätzen besteht besonders in Tirol und Salzburg – hier vor allem durch die Nachfrage in Tourismusberufen –, aber auch in Oberösterreich. Deutlich mehr Lehrstellensuchende als offene Lehrstellen gibt es insbesondere in Wien. Die Zahl der Lehrlinge in vom AMS geförderten überbetrieblichen Lehrausbildungseinrichtungen ist gegenüber dem Vorjahr bundesweit leicht rückgängig.

Gleitsmann: Jetzt Probleme lösen

„Mit einem Minus von 35.969 arbeitslosen Personen (im Vorjahresvergleich) ist klar, daß der Konjunktur- und Arbeitsmarktmotor endlich wieder läuft. Großer Wermutstropfen dabei: Österreich rutscht im EU-weiten Ranking auf Platz 11 ab. Das liegt auch am zunehmenden Missmatch am Arbeitsmarkt trotz steigenden Mitteleinsatzes“, betonte der Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Martin Gleitsmann, am 1. März.

Trotz Kürzung werde das Arbeitsmarktbudget heuer eine Rekordhöhe erreichen. Von einem Kahlschlag könne daher keine Rede sein. „Das Motto muß lauten: Dort, wo Maßnahmen erfahrungsgemäß ineffizient sind, sind Kürzungen zu rechtfertigen. Instrumente aber, die die Menschen nachweislich in die Betriebe bringen, gilt es zu forcieren. Dazu gehören etwa die Eingliederungsbeihilfe und die sehr erfolgreichen, relativ kostengünstigen Ausbildungen, die direkt in den Betrieben stattfinden“, so Gleitsmann.

Beschäftigung der Älteren auf Rekordhöhe

Noch nie gab es so viele Ältere 50+ in Beschäftigung (Ende Februar: +59.000 im Vorjahresvergleich). Bei der Arbeitsmarktintegration dieser Zielgruppe war die Eingliederungsbeihilfe bisher besonders erfolgreich – die angestrebten Beschäftigungsquoten wurden weit übererfüllt.

Angesichts des steigenden regionalen und branchenweisen Missmatch sollte die überregionale Vermittlung von Arbeitslosen in Regionen mit Fachkräftemangel forciert werden. Das betrifft insbesondere auch den Lehrstellenmarkt. In Summe ist die Zahl der sofort und nicht sofort verfügbaren Lehrstellen (Ende Februar: 21.171) mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der (sofort und nicht sofort verfügbaren) Lehrstellensuchen (9.532). „Statt des Ausbaus überbetrieblicher Lehrgänge müssen verstärkt die offenen betrieblichen Lehrstellen besetzt werden“, unterstreicht Gleitsmann.

Kaske: Arbeitsmarktpolitik muß weiterhin ganz oben auf Agenda stehen

„Auch wenn die Arbeitsmarktdaten vom Februar manche zu Optimismus verleiten, ich sehe die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin gespannt“, sagte AK Präsident Rudi Kaske und verlangt, daß die aktive Arbeitsmarktpolitik weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda stehen muß: „Wir dürfen die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht allein der wirtschaftlichen Entwicklung oder dem Zufall überlassen. Wir müssen die Hände am Steuerrad lassen und aktiv gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen.“ Daher ist es wichtig, daß dem Arbeitsmarktservice nicht durch eine restriktive Sparpolitik die Spielräume geraubt werden.

Die offensichtlich geplanten Kürzungen der Budgetmittel für das AMS um 600 Millionen erzwingen ein massives Zurückfahren der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. „Eine Kürzung um 30 Prozent gegenüber dem Budget vom Vorjahr kommt einem Kahlschlag gleich, unter dem nicht nur Langzeitarbeitslose oder Ältere leiden werden. Auch die Chancen der Jungen auf eine profunde Höherqualifizierung für bessere Arbeit stehen zur Disposition. Und wer da spart, spart am falschen Fleck. Der riskiert die Zukunft der Betroffenen und den wirtschaftlichen Erfolg Österreichs.“

Achitz: Zurück zur aktiven Arbeitsmarktpolitik!

Der Trend am Arbeitsmarkt hält weiter an, die Zahl der Arbeitslosen ist erneut gesunken. „Das ist zu einem großen Teil der guten Konjunkturentwicklung zu verdanken, aber auch ein Erfolg der Sozialminister und des Arbeitsmarktservice, die in den vergangenen Jahren voll auf aktive Arbeitsmarktpolitik gesetzt haben“, sagte Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB: „Es ist völlig unverständlich, daß die derzeitige Bundesregierung diesen Erfolgsweg verläßt und das Arbeitsmarkt-Budget um ein Drittel zusammenstreicht.“

Aktive Arbeitsmarktpolitik bedeutet vor allem Investieren in Qualifikation und Bildung. „In Zeiten, wo Unternehmer ständig über fehlende Fachkräfte jammern, ist es völlig unverständlich, die Finanzierung von Programmen wie Fachkräftestipendium, Kompetenz mit System, FacharbeiterInnen-Intensivausbildung in den Schulungszentren des AMS zu stoppen. Und auch bei der Lehrlingsausbildung in den Überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen droht ein Kahlschlag“, sagt Achitz.

Neumayer: Fachkräfteoffensive starten, Bürokratielasten abbauen

„Die Arbeitslosigkeit sinkt weiter, die Industrie ist dabei ein zentraler Motor. Gleichzeitig spitzt sich der Fachkräftemangel immer mehr zu. Die im Regierungsprogramm verankerten Projekte zu Beschäftigungsanreizen und Effizienz in der Arbeitslosenversicherung gilt es daher konsequent umzusetzen. Auch beim Arbeitsmarktbudget sind entsprechende Schwerpunkte zu setzen“, erklärte der Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), Christoph Neumayer. Arbeitsplatznahe Qualifizierung sowie die angekündigte Fachkräfteoffensive nach internationalem Vorbild seien von zentraler Bedeutung und müßten daher kurzfristig angegangen werden.

Die von der Bundesregierung eingeleitete Entbürokratisierung- und Deregulierungsoffensive sei jedenfalls ein positives Signal für den Standort. ■

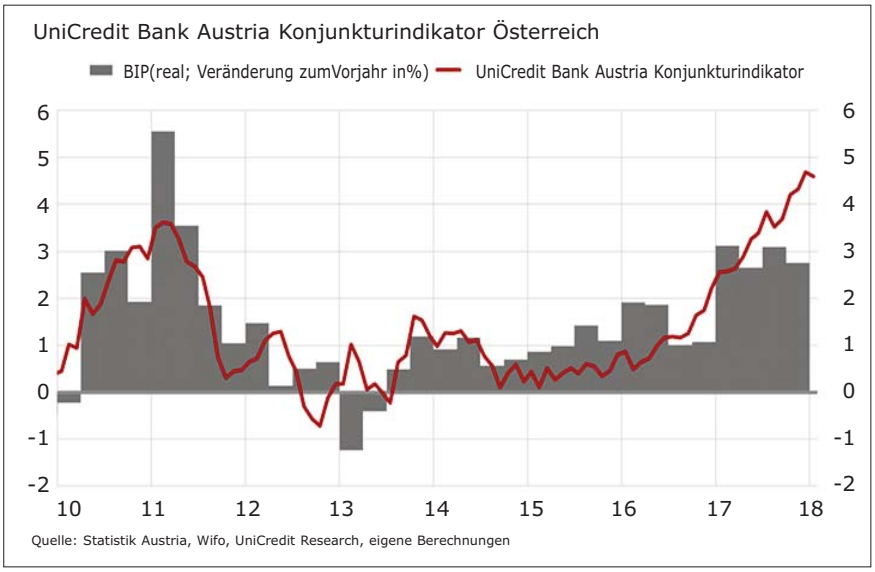
https://www.sozialministerium.at
https://www.wko.at
http://wien.arbeiterkammer.at
http://www.oegb.at
https://www.iv.at

Wirtschaft

Konjunkturdynamik hat vorläufigen Höhepunkt erreicht

UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator bleibt im Jänner mit 4,6 Punkten knapp unter Allzeithoch des Vormonats – Erneute Verbesserung des Exportumfelds – Stimmung in den einzelnen Wirtschaftssektoren im Inland legt nicht weiter zu

Der Aufschwung in Österreich bleibt zu Jahresbeginn 2018 weiterhin sehr dynamisch, gewinnt jedoch nicht mehr weiter an Tempo. „Wir gehen davon aus, daß der Höhepunkt im laufenden Konjunkturzyklus mittlerweile erreicht worden ist. Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator hat im Jänner erstmals seit zwei Jahren gegenüber dem Vormonat nicht mehr weiter zugelegt. Mit 4,6 Punkten liegt er jedoch nur knapp unter dem Allzeithoch vom Dezember 2017 und signalisiert somit, daß das Wachstum der heimischen Wirtschaft in den kommenden Monaten weiterhin sehr kräftig bleiben wird“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer und ergänzt: „Anzeichen eines Abschwungs aufgrund der Marktturbulenzen der vergangenen Tage können wir weder für den Euroraum noch für Österreich erkennen.“ Die vorliegenden Früh- und Stimmungsindikatoren aus dem In- und Ausland lassen erwarten, daß mit Ereichen des Konjunkturhöhepunkts der Aufwärtstrend der heimischen Wirtschaft keinesfalls beendet ist, das Tempo der Aufwärtsbewegung sich jedoch verlangsamt und sich somit das Wachstumstempo auf hohem Niveau stabilisiert.



Der Optimismus ist weiterhin hoch

Der monatelange Aufwärtstrend des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators wurde im Jänner von der Entwicklung der Stimmung im Inland beendet. „Der Optimismus ist in allen Sektoren der heimischen Wirtschaft weiterhin hoch, erreicht aber zu Jahresbeginn 2018 die Spitzenwerte der vergangenen Monate nicht mehr ganz. Dies trifft sowohl auf die Dienstleister, die Industrie und in besonderem Maße auf die Bauwirtschaft zu. Dagegen setzt sich der Aufwärtstrend der Exportstimmung weiter fort“, meint Bruckbauer. Der von der UniCredit Bank Austria errechnete Indikator zur Einschätzung der Exportkonjunktur anhand des

Österreich Konjukturprognose	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	Prognose 2018	Prognose 2019
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	2,9	0,7	0,0	0,8	1,1	1,5	2,9	2,6	2,0
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	6,7	0,1	0,8	1,2	2,4	2,5	4,0	4,0	3,0
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,3	0,5	-0,1	0,3	0,5	1,5	1,4	1,3	1,2
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	6,6	0,9	1,6	-0,7	1,2	3,7	5,2	3,5	3,09
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	0,9	2,1	2,1	1,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,1	8,5	7,7	7,62
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) **)	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,6	2,0	1,7	1,1
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP) ***)	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,6	-0,7	-0,6	-0,5
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP) ***)	82,2	81,7	81,0	83,8	84,3	83,6	78,5	75,4	73,1

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen ***) Schätzung
Quelle: UniCredit Research

mit den österreichischen Handelsanteilen gewichteten Industrievertrauens auf globaler Ebene läßt zu Beginn des Jahres auf eine nochmalige leichte Beschleunigung der Nachfrage aus dem Ausland für die heimische Wirtschaft schließen.

BIP wird erneut bei 3 Prozent liegen

Zum Start ins Jahr 2018 spürt die österreichische Wirtschaft begleitet von einem sehr positiven Stimmungsumfeld noch immer starken konjunkturellen Rückenwind. „Das Wirtschaftswachstum wird sich im ersten Quartal 2018 von der hohen Wachstumsdynamik der vergangenen Quartale nicht unterscheiden. Der Anstieg des BIP wird erneut bei rund 3 Prozent im Jahresvergleich liegen. Damit wird eine ausgezeichnete Basis für ein weiteres starkes Jahr der österreichischen Wirtschaft mit einem überdurchschnittlichen Wachstumstempo gelegt“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Von Konsum und Investitionen getragen

Der Konjunkturaufschwung in Österreich wird auch 2018 die Impulse vorwiegend aus der Inlandsnachfrage erhalten. Rund neun Zehntel des Wirtschaftswachstums werden voraussichtlich auch weiterhin von Konsum und Investitionen getragen, allerdings dürfte der Einfluß der Außenwirtschaft zunehmen. Der Rückenwind für den Export steigt durch die Belebung des globalen Handels, gestärkt durch den Aufwind in einigen Wachstumsmärkten, insbesondere in Asien, und der Konjunkturauffrischung in den USA als Folge der Steuerkürzungen, tendenziell an.

US-Dollar bremst Exportwachstum

Allerdings wird die zunehmende Stärke des Euros gegenüber dem US-Dollar das Exportwachstum 2018 dämpfen. Der Außenhandel wird netto seinen Beitrag zum Wachstum dennoch erhöhen, da auch der zusätzliche Importbedarf nachlassen wird. Dazu wird sowohl die leichte Verlangsamung der Investitions- als auch der Konsumdynamik beitragen. Der Investitionsaufschwung ist bereits im vierten Jahr angekommen. Der ehemals bestehende Nachholbedarf ist daher mittlerweile gedeckt. Allerdings spricht der hohe Auslastungsgrad der heimischen Wirtschaft für eine weiterhin starke Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen durch vorzunehmende Kapazitätserweiterungen, um die hohe Nachfrage zu decken. Die nach der Steuerreform 2016 eingesetzte Abflachung des Konsumwachstums wird sich 2018 fortsetzen, zumal die Rückendeckung durch die Zunahme der Beschäftigung im Jahresverlauf etwas nachlassen wird und die nominellen Lohnsteigerungen kaum für reale Einkommenszuwächse ausreichen.

Voraussichtlich starkes 2018

„Die Inlandsnachfrage kann immer noch ein hohes Tempo vorlegen und die österreichische Wirtschaft erhält starke Unterstützung aus dem Ausland. Trotz einer Vielzahl an geopolitischen Risiken wird 2018 voraussichtlich erneut ein starkes Jahr. Wir gehen von einem Wirtschaftswachstum von 2,6 Prozent in Österreich aus“, meint Pudschedl.

Für 2019 sind die Aussichten für die österreichische Wirtschaft weiterhin günstig, doch sprechen die voranschreitende Abreifung des Konjunkturzyklus sowie die nachlassende globale Unterstützung, insbesonders aus den USA, wo im Folgejahr der Steuerkürzung eine Reihe von Faktoren eine Verflachung des Wirtschaftswachstums erwarten lassen, für eine Normalisierung der Konjunktur auf einem sehr soliden Wachstumsniveau um 2 Prozent.

	BIP real Veränderung zum Vorjahr	UniCredit Bank Austria Konjunktur-Indikator
Dec-98	2.2	2.5
Dec-99	4.7	3.6
Dec-00	2.6	3.7
Dec-01	0.5	1.0
Dec-02	1.6	2.4
Dec-03	1.3	2.5
Dec-04	2.6	2.7
Dec-05	3.1	2.3
Dec-06	3.7	3.8
Dec-07	3.1	3.3
Dec-08	-0.9	-1.3
Dec-09	-0.5	0.4
Dec-10	2.6	2.8
Dec-11	1.0	0.5
Dec-12	0.6	0.2
Dec-13	1.2	1.2
Mar-14	0.9	1.3
Jun-14	1.2	1.1
Sep-14	0.6	0.1
Dec-14	0.7	0.2
Mar-15	0.9	0.5
Jun-15	1.0	0.5
Sep-15	1.4	0.6
Dec-15	1.1	0.8
Mar-16	1.9	0.6
Jun-16	1.9	1.2
Sep-16	1.0	1.3
Dec-16	1.1	2.2
Mar-17	3.1	2.6
Jun-17	2.6	3.4
Sep-17	3.1	3.7
Dec-17	2.8	4.7
Jan-18		4.6

Arbeitsmarkt: Anhaltende Entspannung

„Der konjunkturelle Rückenwind wird 2018 das zweite Jahr in Folge einen Rückgang der Arbeitslosenquote in Österreich ermöglichen. Nach durchschnittlich 8,5 Prozent 2017 gehen wir für 2018 von einer Arbeitslosenquote von nur noch 7,7 Prozent aus“, meint Pudschedl.

Das Beschäftigungswachstum wird zwar das hohe Tempo des Vorjahres in den kommenden Monaten nicht mehr ganz halten können. Allerdings wird der Anstieg von etwas unter 2 Prozent ausreichen, um die weiterhin kräftige Zunahme des Arbeitskräftepotenzials, vorwiegend durch Zuwanderung aus anderen Ländern der EU, zu kompensieren und darüber hinaus die Anzahl der Arbeitssuchenden zu verrringern. Insgesamt ist für 2018 mit einem Rückgang der arbeitslos gemeldeten Personen um bis zu 25.000 zu rechnen.

Spürbarer Preisauftrieb auch 2018

Zu Jahresbeginn 2018 hat der spürbare Aufwärtsdruck auf die Preise, der durch die kräftige Nachfrage im laufenden Konjunkturzyklus unterstützt wird, angehalten. „Die Inflation in Österreich wird in den kommenden Monaten weiter über 2 Prozent im Jahresvergleich betragen. Im Jahresdurchschnitt 2018 erwarten wir – wie schon im Vorjahr – eine Teuerung von 2,1 Prozent. Ein der guten Konjunktur geschuldeter noch stärkerer Preisauftrieb insbesondere bei Dienstleistungen oder auch durch höhere Ölpreise wird zumindest durch den Kursanstieg des Euros verhindert“, erwartet Bruckbauer. Der Euro wird nach Einschätzung der Ökonomen der UniCredit Bank Austria die Marke von 1,30 zum US-Dollar im Laufe des Jahres 2018 deutlich überschreiten.

Negative Auswirkungen der kürzlich ge–stiegenen Volatilität an den Finanzmärkten für Österreichs Konjunktur sehen die Ökonomen der UniCredit Bank Austria derzeit nicht. „Speziell in den USA, wo sich die Konjunktur am Ende eines langen Aufschwungs befindet, ist die gestiegene Volatilität an den Finanzmärkten eine typische Begleiterscheinungen“, meint Bruckbauer und ergänzt: „Dies wird auch an den Märkten in Europa spürbar bleiben, allerdings in einem fundamental deutlich positiveren Wachstumsumfeld für die Realwirtschaft.“ ■

http://www.bankaustria.at

Wirtschaft

Wiener Börse Standortumfrage

Rund 90 Prozent der Österreicher halten Arbeitsplätze, Forschung und Internationalität für wichtigste Faktoren für den Standort Österreich.

Die Wiener Börse ließ Österreichs Bevölkerung vom Marktforschungsinstitut market zum heimischen Wirtschaftsstandort und der Bedeutung des Kapitalmarkts befragen. Mit 95 % erachten die ÖsterreicherInnen das Schaffen von Arbeitsplätzen durch Unternehmen als den mit Abstand wichtigsten Punkt. 88 % der Befragten wünschen sich, daß Unternehmen viel in Forschung und Entwicklung investieren. 85 % der Bevölkerung sind überzeugt, daß ein funktionierender Kapitalmarkt mit einer funktionierenden Börse wichtig für die österreichische Wirtschaft ist.

„Ich freue mich, daß der heimische Kapitalmarkt von der Bevölkerung als wesentlich für den Standort eingeschätzt wird. Unter den österreichischen börsennotierten Unternehmen finden sich viele Weltmarktführer, die genau in den Gebieten Forschung und Innovation sowie Internationalität punkten. Die Börsennotiz fördert die Orientierung an Innovation und Wettbewerb. Dadurch werden Arbeitsplätze am Puls der Zeit geschaffen und nachhaltig gesichert," sagt Christoph Boschan, CEO der Wiener Börse. „In der Einstellung der Bevölkerung zur Standort- und Kapitalmarktpolitik sehe ich einen klaren Auftrag, das Regierungsprogramm zügig umzusetzen und mehr Aktivität zu zeigen als die frühere Regierungsmannschaft."

Börsennotierte Unternehmen sichern rund 410.000 Arbeitsplätze und liefern rund 10 % der österreichischen Wirtschaftsleistung, mit einem Wertschöpfungsbeitrag von rund 27 Milliarden Euro.

Internationalität entscheidender Faktor

89 % der Bevölkerung ist es wichtig, daß Rahmenbedingungen geschaffen werden, die österreichischen Unternehmen ermöglichen, international erfolgreich zu sein. 81 % halten es für wesentlich, daß österreichische Unternehmen international erfolgreich und Weltmarktführer sind. Auffällig ist, daß im Segment 50 Jahre und älter sowie unter Personen, die sich selbst als sehr kompetent in Wirtschaftsfragen einschätzen, in diesen beiden Punkten eine besonders starke Zustimmung herrscht.

„Internationaler Wettbewerb ist das Um und Auf. Österreichische börsennotierte Unternehmen sind sehr international, ebenso wie die Wiener Börse selbst als Handelsplattform. Sowohl, was die tägliche Geschäftstätigkeit anlangt, als auch von Investorenseite", so Boschan. „Über 80 % der Handelsumsätze an der Wiener Börse kommen aus dem Ausland. Daher brauchen wir Rahmenbedingungen, die uns im internationalen Kontext attraktiv machen und Wettbewerbsvorteile bringen."

Foto: Wiener Börse AG

Christoph Boschan, CEO

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Österreich schaffen

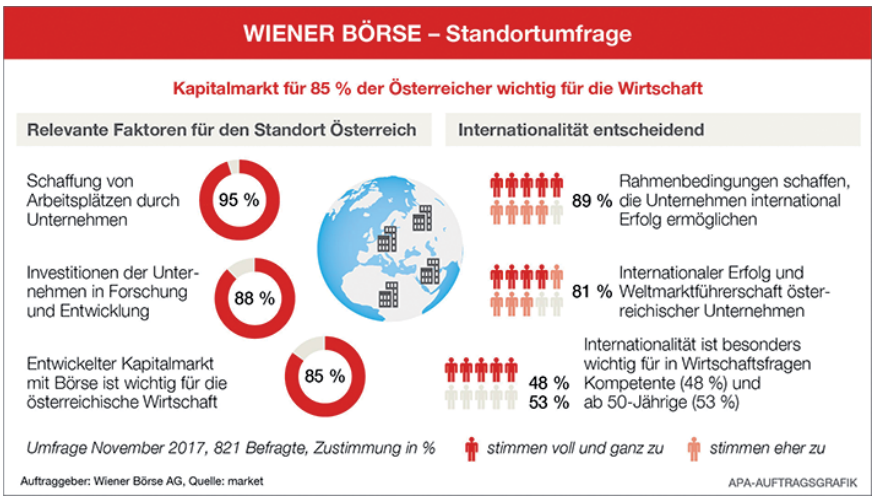
Mit 49 % schätzte knapp die Hälfte der Bevölkerung die früheren politischen Verantwortlichen als wenig bis gar nicht aktiv ein und sieht deutlichen Spielraum für mehr Engagement. Männer stärker als Frauen, die jüngere Generation empfindet die Politik aktiver als Altersklassen ab 30 Jahren. Besonders jene Gruppe, die den Standort als weniger attraktiv einschätzt, wünscht sich aktivere Politiker, um Österreich zu einem interessanten Platz für Unternehmen und Anleger zu machen.

„Wer wirtschaftspolitisch nach Hebeln für Wachstum und Beschäftigung sucht und Standort wie auch Altersvorsorge zukunftsfit gestalten möchte, der ist gut dabei beraten, sich am Kapitalmarkt als Motor zu bedienen. Wir freuen uns, daß die neue Regierung hier Akzente setzen möchte". sagt der Börse-Chef. „Österreich braucht einen klaren, konzertierten Kapitalmarkt-Plan. Wir stehen mit den neuen politischen Verantwortlichen dazu bereits im Austausch."

Über die Wiener Börse

Die Wiener Börse ist die einzige Wertpapierbörse Österreichs und stellt modernste Infrastruktur, Marktdaten und relevante Informationen zur Verfügung. Sie bietet österreichischen börsenotierten Unternehmen maximale Sichtbarkeit, die größte Liquidität und die höchste Transparenz. AnlegerInnen gewährleistet sie eine reibungslose und effiziente Durchführung der Börsengeschäfte. Die Wiener Börse betreibt den zentralen Marktdatenfeed für Zentral- und Osteuropa (CEE) und hat sich in der Berechnung von Indizes auf die Region etabliert. Sie kooperiert im Verbund mit ihrer Holding-Mutter CEESEG mit über zehn Börsen in CEE und wird für dieses einzigartige Know-how weltweit geschätzt. ■

http://www.wienerborse.at



Gedenkjahr 2018

100 Jahre Republik Österreich

Im Vordergrund des Gedenkjahres 2018 steht die 100 Wiederkehr der Gründung der Republik Österreich. Wir gedenken aber auch dem Jahr der Revolution 1848, dem »Anschluß« und dem Novemberpogrom 1938.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 5. September 2017 umriß Bundespräsident a.D. Heinz Fischer gemeinsam mit Monika Sommer-Sieghart, Direktorin des Hauses der Geschichte Österreichs, die Schwerpunkte zum Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 - »100 Jahre Republik Österreich«.

Im heurigen Jahr gibt es Jahrestage von Ereignissen, die ganz wesentliche Auswirkungen auf unser Land hatten. Wir wollen Ihnen an dieser Stelle einen Überblick über diese geben. Ausführliche Informationen über landesweit allgemeine und auch spezifische Veranstaltungen finden Sie auf einer eigens dafür installierten Website. In den nächsten „Österreich Journal"-Ausgaben werden wir auch näher auf die folgenden Themenpunkte eingehen:

1848 – Das Jahr der Revolution

Das Jahr 1848 ist im österreichischen Bewußtsein vornehmlich über den Feldherrn der Gegenrevolution Johann Joseph Wenzel Graf Radetzky verankert. Es gibt in Österreich kein wirkliches Gedenken an die Helden der 1848er Revolution: nicht an den erschossenen Robert Blum oder an den in Abwesenheit zum Tode verurteilten Hans Kudlich, nicht an die hingerichteten Revolutionäre Wenzel Messenhauser und Hermann Jellinek.

12. November 1918

Der Ausrufung der Republik Österreich am 12. November 1918 um 15 Uhr von der Parlamentsrampe aus waren mehrere wichtige Schritte der Staatsbildung vorausgegangen. Kaiser Karls Völkermanifest vom 16. Oktober 1918, das einen Umbau der Monarchie in einen Bundesstaat ankündigte, kam zu spät, um die Habsburgermonarchie noch zu retten. Es sanktionierte den Zerfall und leitete die Bildung von Nationalräten der einzelnen Nationalitäten ein.

1938 – Der »Anschluß« und das Novemberpogrom

Seit der Machtergreifung Adolf Hitlers in Deutschland Anfang 1933 stieg der Druck eines "Anschlusses" Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland erheblich an. Der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß benützte eine Geschäftsordnungskrise des Nationalrates, um durch Verfassungsbruch die parlamentarische Demokratie abzuschaffen und sowohl Nationalsozialisten als auch Sozialdemokraten zu bekämpfen.

1948 – Internationale Menschenrechte für die Republik

Die Idee universeller Menschenrechte entstand in der Zeit der Aufklärung und fand ihren ersten Niederschlag in den amerikanischen und französischen Verfassungen am Ende des 18. Jahrhunderts. Unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Verbrechen setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Einsicht durch, daß es zusätzlich zu dem verfassungsrechtlichen Schutz der Grund- und Menschenrechte auch einer Absicherung auf internationaler Ebene bedarf.

1968 – Die 68er-Bewegung

1968 ist ein Phänomen der Internationalisierung, die durch Vernetzung und Transfers zwischen Industriegesellschaften in den Bereichen Kultur, Wissen, Politik, Wirtschaft geprägt wurde. Hier spielte in Westeuropa vor allem die Entwicklung in den USA

eine wichtige Rolle; aber auch der kommunistische Block war geprägt von Transfers aus der Sowjetunion, die mit allen Mitteln versuchte, ein Übergreifen dieser nach außen hin propagandistisch unterstützten linken Studentenproteste mit allen Mitteln in Moskau oder in osteuropäischen Großstädten mit internationalen Studierenden zu verhindern.

Vorwort zum Gedenkjahr 2018

Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, von der Bundesregierung mit den Agenden zum Gedenkjahr beauftragt, zum Hintergrund:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nicht nur Menschen haben Geburtstag – auch ein Land hat einen Geburtstag und meist noch zusätzliche Gedenk- und Feiertage. Aber der Geburtstag der „Republik Österreich" ist der 12. November 1918. An diesem Tag wurde im Parlament in Wien die Gründung der Republik Österreich (damals noch Deutsch-Österreich) beschlossen und von der Parlamentsrampe vor mehr als hunderttausend Menschen feierlich verkündet.

Der Beschluß über das Frauenwahlrecht erfolgte ebenfalls am 12. November 1918 und war ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung: Am 16. Februar 1919 wurde das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen und Männer zum ersten Mal bei der Wahl der konstituierenden Nationalversammlung angewendet.

Wir haben auch allen Grund, die tragischen und aufwühlenden Ereignisse rund um den sogenannten „Anschluß" Österreichs an Hitler-Deutschland im März 1938 und die darauffolgenden Novemberpogrome an Jüdinnen und Juden, die genau 80 Jahre zurück liegen, nicht zu verdrängen und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Am 10. Dezember jährt sich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 zum 70. Mal – ein Beschluß der Vereinten Nationen, dem es zu verdanken ist, daß das Thema der Menschenrechte seither verstärkt und viel nachhaltiger als früher im Scheinwerferlicht des öffentlichen Interesses liegt.

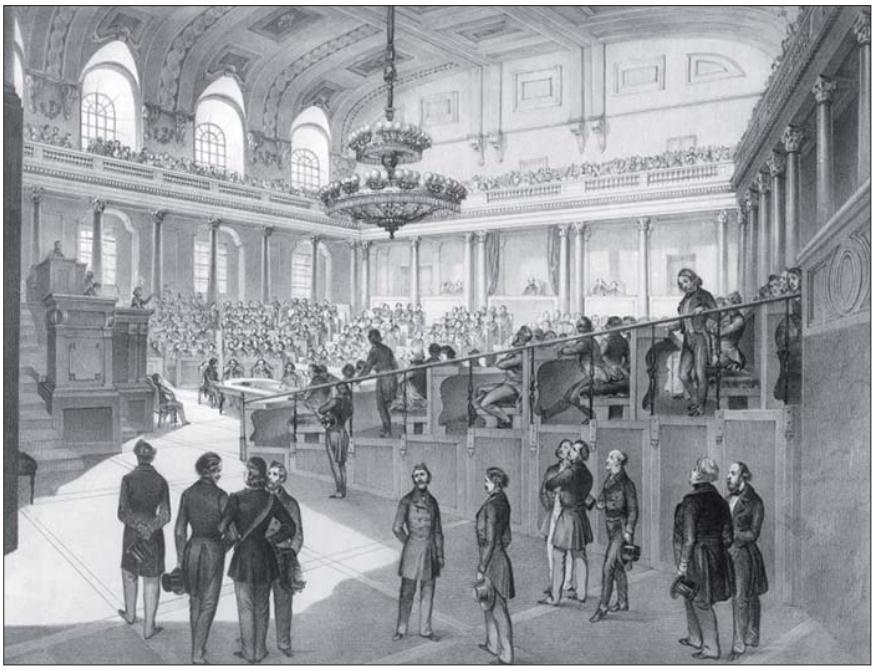
Der „Prager Frühling" 1968 – 12 Jahre nach der von sowjetischen Panzern niedergewalzten ungarischen Revolution von 1956 – warf ein grelles Licht auf die Brüchigkeit des sowjetischen Imperiums und die Unfähigkeit der kommunistischen Theorie und Praxis, gesellschaftliche Probleme friedlich und demokratisch zu lösen. Von dort führte ein gerader Weg zum Fall der Berliner Mauer vor knapp drei Jahrzehnten.

Foto: Arne Müseler / arne-mueseler.de / CC-BY-SA-3.0

Alt-Bundespräsident Heinz Fischer wurde von der Bundesregierung zum Beauftragten für das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 berufen.

Alle diese Ereignisse stehen in einem inneren Zusammenhang und beeinflussen einander wechselseitig. Man muß Geschichte kennen, um diese Zusammenhänge besser zu verstehen und man muß vor allem auch die Geschichte des eigenen Landes kennen, um aktuelle Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen. Aus allen diesen Gründen hat die Regierung schon im Oktober 2016 mit den Vorbereitungen für das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 begonnen und zu diesem Zweck einen fachkundigen Beirat als Vorbereitungs- und Koordinierungsgremium eingerichtet.

Neben zahlreichen anderen Veranstaltungen […] steht auch ein Staatsakt am Gründungstag der Republik im Zentrum der offiziellen Veranstaltungen für das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018. Es werden zahlreiche Ausstellungen, darunter auch solche in zwei neuen Museen, nämlich im Haus der Geschichte in Niederösterreich (St. Pölten) und im Haus der Geschichte auf Bundesebene in Wien, Symposien, Jugendwettbewerbe, Publikationen, wissenschaftliche Arbeiten, Ausblicke in die Zukunft und vieles mehr vorbereitet. Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit des Gedenkjahres ist mir aber die intensive Befassung mit der jüngeren Geschichte unseres Landes besonders wichtig, um historische Wunden, die noch nicht ganz verheilt sind, zu schließen und zu einer gemeinsamen Geschichtsauffassung zu kommen.



© Österreichische Nationalbibliothek

Erste vorbereitende Sitzung des Reichstages in der Winterreitschule der Wiener Hofburg im Juli 1848. Lithographie nach eigener Zeichnung von Franz Kollarz.

Die Gründung der demokratischen Republik vor 100 Jahren war jedenfalls ein markanter Wendepunkt in der österreichischen Geschichte und der Versuch, einen neuen politischen und gesellschaftspolitischen Ansatz zu finden. Trotz der tragischen Entwicklung der Ersten Republik hat sich dieser Ansatz langfristig als richtig herausgestellt, wie die Geschichte der Zweiten Republik beweist. Das ist es was man zum 100. Geburtstag der Republik getrost feststellen darf und was auch Mut für die Zukunft gibt.

1848 – Das Jahr der Revolution

Die Helden der 1848er Revolution

Das Jahr 1848 ist im österreichischen Bewußtsein vornehmlich über den Feldherrn der Gegenrevolution Johann Joseph Wenzel Graf Radetzky verankert. Es gibt in Österreich kein wirkliches Gedenken an die Helden der 1848er Revolution: nicht an den erschossenen Robert Blum oder an den in Abwesenheit zum Tode verurteilten Hans Kudlich, nicht an die hingerichteten Revolutionäre Wenzel Messenhauser und Hermann Jellinek. In Erinnerung geblieben sind die Sieger, der blutjunge Kaiser Franz Joseph und seine Generäle Fürst Windischgraetz, Joseph Graf Jellacic und eben Radetzky.

Nicht nur eine Revolution

1848 gab es in Österreich mehrere Revolutionen. Und ihre Ziele waren grundverschieden. Die Revolutionäre in Oberitalien wollten ein unabhängiges Italien, die Ungarn ein eigenes Königreich, es gab Revolutionen in Prag, in Krakau und natürlich in Wien. In den österreichischen Provinzstädten blieb der revolutionäre Eifer sehr bieder, auch wenn man in Linz „tun wollte, was die Wiener tun".

Es gab ein Bündel von unterschiedlichsten Interessen und Zielen: die bürgerliche Verfassungsbewegung, die Bauernrevolten, die Protestwelle der frühindustriellen Arbeiterschaft, die nationalen Befreiungsbewegungen, die Frauenemanzipation.

Die Ziele des liberalen Bürgertums waren die Freiheit der Meinung, die Versammlungsfreiheit, die Budgethoheit und die Unantastbarkeit des Eigentums. Die Bauern wollten die entschädigungslose Streichung ihrer Feudallasten. Die in prekären Verhältnissen lebenden Menschen wollten Beschäftigung, Erhöhung der Löhne, Arbeitszeitverkürzung und Senkung der drückenden indirekten Steuern.

© Österreichische Nationalbibliothek

Wiener Oktoberaufstand 1848: Darstellung des Dachbrandes der Hofbibliothek und der anschließenden Augustinerkirche am Josefsplatz. Kolorierte Lithografie, »zu haben bei F(ranz) Werner in Wien« Datiert auf den 31. Oktober 1848

Das Ende des Feudalzeitalters

Schließlich erreichten nur die Bauern, was sie wollten, nämlich die Aufhebung der Grunduntertänigkeit und damit des Feudalsystems, allerdings nur gegen entsprechende Ablösezahlungen. Die bürgerlichen Ziele, Gleichheit, Mitbestimmung, Wahlrecht, Lehr- und Lernfreiheit, Meinungsfreiheit, wurden zwar festgeschrieben, waren aber im Neoabsolutismus vorerst ausgesetzt und wurden erst viel später verwirklicht. Die Anliegen der Arbeiter, der Nationalitäten, der Frauen wurden hingegen weiter unterdrückt. Doch 1848 bedeutete das formelle Ende des Feudalzeitalters und den ersten Start des Parlamentarismus und der demokratischen Mitbestimmung. ■

Bundeskanzleramt – Österreich 100
https://www.oesterreich100.at
Haus der Geschichte Österreich
https://www.hdgoe.at
Österreichische Nationalbibilothek
http://www.onb.ac.at
Wir danken den verantwortlichen Stellen dieser Institutionen für die Zurverfügungstellung von Informationen und Bildern.

Lesen Sie in der „Österreich Journal"-Ausgabe 173 über die Ausrufung der Republik Österreich am 12. November 1918.

© Österreichische Nationalbibliothek

Kaffeehausszene 1848: »Im Namen der konstitutionellen Regierung still! Ich werde vorlesen.« Karl Gunther, datiert auf den 3. März 1848

Chronik

Bevölkerungszahl stieg zu Jahresbeginn auf rund 8,82 Mio.

Stärkstes Bevölkerungswachstum in Wien, leichter Einwohnerrückgang in Kärnten

Am 1. Jänner 2018 lebten vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria zufolge 8.823.054 Menschen in Österreich, um 50.189 Personen (+0,57%) mehr als zu Jahresbeginn 2017. Die Bevölkerungszunahme war somit 2017 deutlich niedriger als im Jahr zuvor (2016: +72.394 Personen bzw. 0,83%). Etwa 43% des gesamten Wachstums des Jahres 2017 entfielen auf die Bundeshauptstadt Wien. Zu Jahresbeginn 2018 lebten 1.396.356 ausländische Staatsangehörige in Österreich. Der Ausländeranteil lag somit bei 15,8% (gegenüber 15,3% am 1. Jänner 2017).

Wien verzeichnet bereits seit einigen Jahren die höchsten Bevölkerungszuwächse aller Bundesländer. In der Bundeshauptstadt stieg die Bevölkerungszahl im Jahr 2017 mit +1,15% deutlich stärker als im Durchschnitt Österreichs.

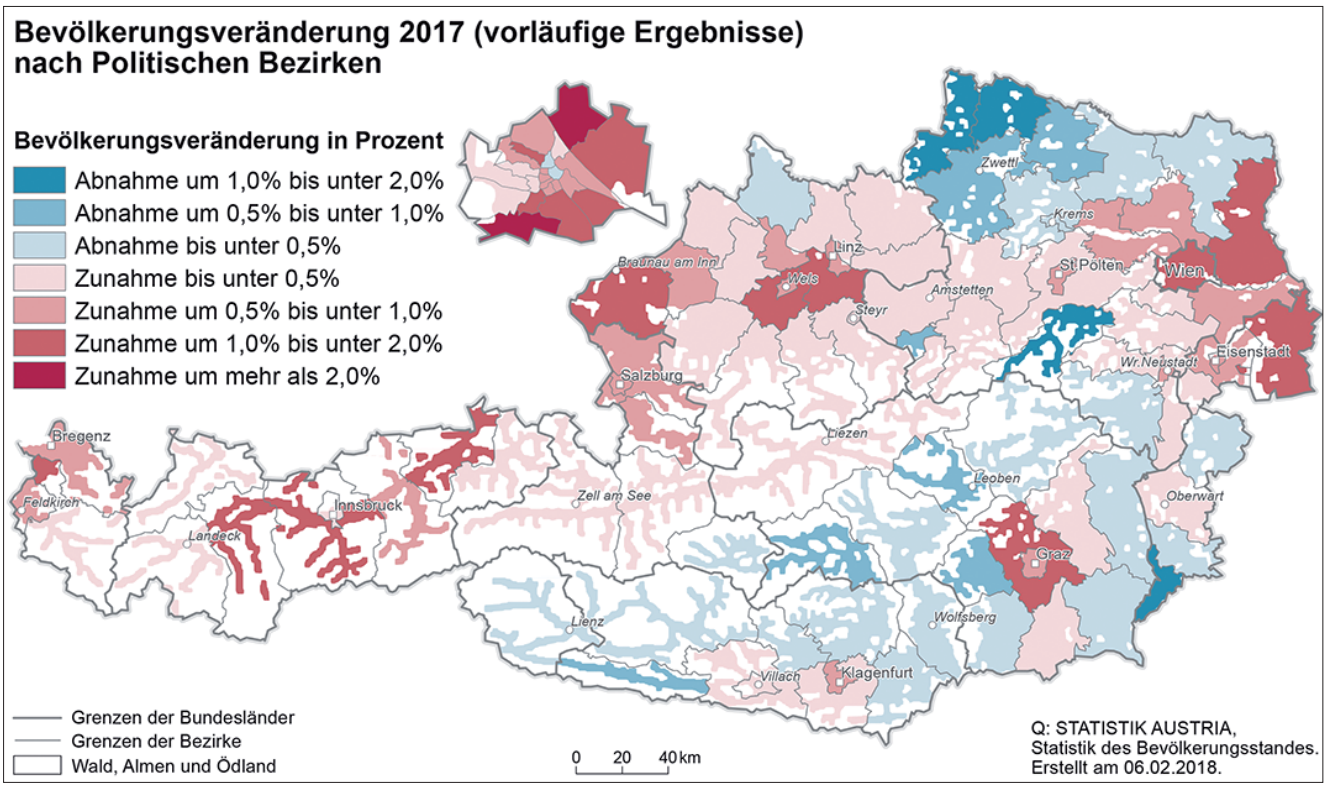
Einen ebenfalls leicht überdurchschnittlichen Einwohnerzuwachs verzeichnete auch der Westen Österreichs: In Vorarlberg stieg die Bevölkerung um 0,75%, in Tirol um 0,68%, in Salzburg um 0,61% und in Oberösterreich um 0,59%. Unterdurchschnittliche Zuwächse verzeichneten hingegen Niederösterreich (+0,31%), das Burgenland (+0,26%) und die Steiermark (+0,24%). Das einzige Bundesland mit einem leichten Rückgang der Einwohnerzahl war Kärnten. Hier reduzierte sich die Bevölkerungszahl 2017 um 195 Personen bzw. um 0,03%.

Österreichweit konnten 63 politische Bezirke einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen (siehe Karte). Darunter hatten sogar fünf Bezirke ein größeres Wachstum als Wien: Am stärksten stieg die Einwohnerzahl in Gänserndorf (+1,41%) und Wels-Land (+1,39%), aber auch in Graz-Umgebung (+1,22%), Kufstein (+1,18%) und der Statutarstadt Rust (+1,16%) lag der Zuwachs über dem Niveau der Bundeshauptstadt. In Klagenfurt blieb das Bevölkerungswachstum mit +0,53% zwar leicht unter dem Bundesdurchschnitt, dennoch erreicht die Kärntner Landeshauptstadt damit erstmals die 100.000 Einwohner-Marke. In 31 Bezirken gab es hingegen einen Bevölkerungsrückgang, der am stärksten in den Bezirken Waidhofen an der Thaya (-1,24%), Gmünd (-1,22%), Lilienfeld (-1,21%) und Jennersdorf (-1,05%) ausfiel.

Wie aus den vorläufigen Ergebnissen ausserdem hervorgeht, lebten am 1. Jänner 2018 insgesamt 1.396.356 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich. Dies entspricht 15,8% der Gesamtbevölkerung und einem Plus von 54.426 Personen im Vergleich zum Jahresbeginn 2017.

Fast die Hälfte aller nicht-österreichischen Staatsangehörigen (49,7% bzw. 694.002 Personen) stammte aus Ländern der Europäischen Union – um 38.478 Personen bzw. 5,87% mehr als noch im Jahr zuvor. Die Zahl der in Österreich lebenden Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten erhöhte sich im Laufe des Jahres 2017 um 15.948 Personen (+2,32%) auf 702.354 Personen, was einem Anteil von 50,3% an allen ausländischen Staatsangehörigen in Österreich entspricht. ■

http://www.statistik.at



Chronik

Vor 40 Jahren begann in Wien das U-Bahn-Zeitalter

Fünf Linien, 83 Kilometer, 109 Stationen, mehr als 15 Millionen zurückgelegte Kilometer auf fünf U-Bahnlinien und mehr als 450 Millionen Fahrgäste allein im Jahr 2017: Die U-Bahn ist aus Wien nicht mehr wegzudenken.

Dabei ist es gerade einmal 40 Jahre her, daß die ganze Stadt im U-Bahn-Fieber lag. Am 25. Februar 1978 – zehn Jahre nach dem dafür notwendigen Grundsatzbeschluß des Wiener Gemeinderats – wurde die allererste, drei Kilometer lange Neubaustrecke entlang der U1 vom Karlsplatz zum Reumannplatz feierlich eröffnet. Selbst Bundespräsident Rudolf Kirchschläger ließ es sich damals nicht nehmen, bei der ersten Fahrt in der Fahrerkabine Platz zu nehmen. Zu diesem Zeitpunkt war die U4 zwischen Heiligenstadt und Friedensbrücke schon zwei Jahre im Testbetrieb unterwegs – allerdings auf der bereits vorhandenen Stadtbahn-Strecke. Die U1-Eröffnung markiert deshalb den eigentlichen Startschuß für das heutige U-Bahnnetz. 1978 folgten insgesamt noch drei weitere Eröffnungen von U-Bahn-Teilstrecken auf den Linien U1 und U4.

Mit einem Kran wird im August 1973 ein U-Bahn-Zug U-Bahnschacht Kärntnerstrasse gehievt.

Fotos: Wiener Linien

25. Februar 1978: U-1 Eröffnung der Strecke vom Reumannplatz zum Karlsplatz

Neun Milliarden Euro Investition und 200.000 Arbeitsplätze in 40 Jahren

„Die U-Bahn war ein wichtiger Entwicklungsschritt für Wien und hat die Stadt nachhaltig verändert. Sie sorgt für kurze Wege, umweltfreundliche Mobilität in der Stadt und ist ein ganz wesentlicher Motor der Stadtentwicklung. Und die Geschichte geht weiter: Mit dem Linienkreuz U2/U5 wächst die U-Bahn auch in Zukunft weiter“, so Öffi-Stadträtin Ulli Sima.

Damit möglichst viele Fahrgäste möglichst schnell an ihr Ziel kommen, wurden bisher mehr als neun Milliarden Euro in den U-Bahnbau investiert. „Eine einzige Garnitur befördert gleichzeitig bis zu 900 Fahrgäste. Kein anderes Verkehrsmittel kann da mithalten. Auch der Wirtschaftsfaktor ist nicht zu leugnen: Neu- und Ausbau der U-Bahn in den vergangenen 40 Jahren haben mehr als 200.000 Arbeitsplätze langfristig gesichert und geschaffen“, faßt Günter Steinbauer, Geschäftsführer der WienerLinien, zusammen.

U-Bahnnetz wächst mit der Stadt mit

Am 2. September 2017 wurde mit der U1-Verlängerung nach Oberlaa die vorerst letzte Neueröffnung gefeiert. Die rote Linie wuchs damit zur längsten U-Bahn-Strecke der Stadt mit über 19 Kilometern Länge.

Mit der neuen U5 bekommt Wien ab 2024 die erste vollautomatische U-Bahn-Linie.

Neue Chronik zum 40. Geburtstag

Eine neue Chronik erzählt auf mehr als 100 Seiten die Geschichte des Wiener U-Bahn-Baus und ist im Online-Shop der Wiener Linien erhältlich. ■

http://www.wienerlinien.at

Personalia

»Gläserner Leopold« für Edgar Niemeczek zum 60er

Landeshauptfrau Mikl-Leitner: »Vorbild, Richtungsweiser und Wegbegleiter«

Im „Haus der Regionen“ in Krems-Stein konnte Edgar Niemeczek am Abend des 28. Februar herzliche und vielfältige Geburtstagsglückwünsche entgegennehmen. Dem Geschäftsführer der Kultur.Region.NÖ, der am tags zuvor seinen 60. Geburtstag feierte, gratulierten u. a. auch Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Landesrätin Barbara Schwarz, Landeshauptmann a. D. und Aufsichtsratsvorsitzender Erwin Pröll, Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Vizekanzler a. D. Wolfgang Brandstetter sowie zahlreiche weitere Vertreter aus Kultur, Wirtschaft und Medien.

In ihrer Laudatio zitierte die Landeshauptfrau aus der Einladung zum Geburtstagsfest: „Edgar Niemeczek ist uns nicht nur ein Vorbild, Richtungsweiser und Wegbegleiter, er ist uns vor allem ein guter Freund.“ Diese Worte sagten „unglaublich Vieles über dich aus“, meinte sie zum Jubilar: „Heute ist es uns ein Herzensanliegen, Dir für deine Arbeit zu danken.“

Edgar Niemeczek habe „Vieles bewegt“ und „Verantwortung übernommen“, skizzierte die Landeshauptfrau die Tätigkeiten und Funktionen des Jubilars: „Hinter all diesen Funktionen steht viel Arbeit, Engagement und Herzblut“. Niemeczek habe viele Projekte umgesetzt, „mit sehr viel Sach- und Fachkenntnis und mit sehr viel Kompetenz und Zielstrebigkeit“. Die Kulturarbeit sei „ein wichtiger Eckpfeiler Niederösterreichs“ geworden, betonte Mikl-Leitner weiters. Kultur sei ein wichtiger Teil der Lebensqualität in Niederösterreich und auch ein ganz entscheidender Wirtschaftsfaktor, und Edgar Niemeczek sei in dieser Entwicklung „immer ein Mitdenker, Vordenker und Visionär“ gewesen, so die Landeshauptfrau, die dem Jubilar einen „Gläsernen Leopold“ als Geburtstagsgeschenk überreichte.

Aufsichtsratsvorsitzender Landeshauptmann a. D. Erwin Pröll ging in seiner Rede auf einen von Edgar Niemeczek selbst geprägten Satz näher ein: „Brauchtum strukturiert das Leben“. Pröll dazu: „Das ist Deine Lebensphilosophie. In diesem Satz ist die Liebe, die du zum Brauchtum, zur Tradition, zur Volkskultur in dir trägst, spürbar.“ Die Volkskultur habe heute „eine unglaubliche Breite“ entwickelt, Niemeczek sei dabei „ein Vorbild, wie Kultur vermittelt werden soll“, so Pröll.

Foto: NLK / Filzwieser

»Gläserner Leopold« für den Jubilar: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Edgar Niemeczek, Dorothea Draxler (Volkskultur NÖ) und, Aufsichtsratsvorsitzender LH a. D. Erwin Pröll.

In seinen Dankesworten richtete Niemeczek „ein ganz herzliches Dankeschön an jeden einzelnen, der mit uns ein gutes Stück gegangen ist“. Er sei dankbar für „viele Initiativen und Projekte, die ich gestalten und erleben kann“. Die kulturellen Aktivitäten würden auch Lebenssinn geben, betonte er: „Dieser Sinn wird auch mir persönlich immer wieder geschenkt, durch viele Menschen, durch viele sinngebende Begegnungen.“

Musikalisch umrahmt wurde die Feier von der Wiener Kammersymphonie und dem Spirk-Trio. Anstelle von Geschenken wurde um eine Spende für den Verein „Hilfe im eigenen Land, Katastrophenhilfe Österreich“ gebeten.

Foto: Kultur.Region.NÖ

»Das Haus der Regionen« in Atzenbrugg

Der Jubilar

Edgar Niemeczek wurde am 28. Februar 1958 geboren. Der studierte Jurist war Geschäftsführer der Volkskultur Niederösterreich und Geschäftsführer des Weinviertler Museumsdorfes Niedersulz, seit 2008 ist er Geschäftsführer der Holding Kultur.Region.NÖ mit Tochtergesellschaften wie z. B. dem Musikschulmanagement Niederösterreich oder dem Museumsmanagement Niederösterreich. Herausragende Projekte seiner Tätigkeit sind u. a. der Auf- und Ausbau des Standortes Atzenbrugg, das Haus der Regionen in Krems-Stein, der Brandholf in Radlbrunn und das Museumsdorf Niedersulz. ■

http://www.kulturregionnoe.at
http://www.volkskulturnoe.at
http://www.museumsdorf.at

Personalia

Großes Goldenes Ehrenzeichen für LH a.D. Josef Pühringer

Höchste Auszeichnung des Landes Oberösterreich für den Klimamacher, Krisenmanager und Gestalter

Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer hat Landeshauptmann a.D. Josef Pühringer am Abend des 26. Februar das Große Goldene Ehrenzeichen im Linzer Landhaus überreicht. „Bei einem Rundflug über Oberösterreich werden die Spuren von Josef Pühringer sichtbar – sei es im Bereich der Infrastruktur, des Hochwasserschutzes oder des Kulturlandes Oberösterreich. Noch viel bedeutsamer sind aber die ‚unsichtbaren' Spuren, die er in Oberösterreich hinterlassen hat: einen wiedererstarkten Wirtschaftsstandort, Jobs, soziale Gerechtigkeit und ein Klima des Miteinanders und der Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Brücken nicht abreißen, sondern immer wieder begehbar zu halten, auch zu politischen Mitbewerbern, war ein zentraler Bestand der Politik von Sepp Pühringer", so der Landeshauptmann in seiner Laudatio.

Landeshauptmann Thomas Stelzer (l.) überreicht das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich an Landeshauptmann a.D. Josef Pühringer

Fotos: Land Oberösterreich / Denise Stinglmayr

Josef Pühringer: Klimamacher, Krisenmanager und Kümmerer

Josef Pühringer sei als Landeshauptmann nicht nur Klimamacher, Krisenmanager und Gestalter gewesen, sondern auch 24/7-Landesvater, so Stelzer weiter und betont: „Er war und ist auch in seinen neuen Funktionen für die Sorgen der Menschen da. Kein Anliegen ist zu klein und kein Problem zu groß." Legendär und auch für die nächsten Politikgenerationen gültig sei sein Spruch „Reden ist wichtig, Handeln aber entscheidend", was sich auch in zahlreichen umgesetzten Projekten zeigt.

Denn die Ära von Landeshauptmann a.D. Pühringer ist gekennzeichnet von bedeutsamen Straßenbauprojekten, Projekten zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder aber auch im Kulturbereich. Auch das Wasserkraftwerk Lambach oder die Müllverbrennungsanlage in Wels hat Pühringer gegen großen Widerstand durchgesetzt. Ein absolutes Leuchtturmprojekt war im Gesundheitsbereich die Medizinische Fakultät. In gemeinsamer Anstrengung hat die Politik in Oberösterreich die Umsetzung der Projekte der Medizinischen Fakultät und Kepler Universitätsklinikum erreicht und damit Meilensteine gesetzt.

35. Großes Goldenes Ehrenzeichen des Landes OÖ für Josef Pühringer

Das Große Goldene Ehrenzeichen ist die höchste Auszeichnung des Landes Oberösterreich und wird nur selten verliehen. Landeshauptmann a.D. Pühringer ist der 35., der diese Auszeichnung erhält. Vor ihm wurde sie unter anderem an Landeshauptmann a.D. Josef Ratzenböck, Landeshauptmann a.D. Erwin Wenzl, Landeshauptmann a.D. Heinrich Gleißner, die ehemaligen LH-Stv. Franz Hiesl und Reinhold Entholzer, die ehemaligen Ministerpräsidenten von Bayern Edmund Stoiber und Max Streibl, den ehemaligen Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, Kardinal Franz König, sowie die ehemaligen Vizekanzler Alois Mock, Wilhelm Molterer und Reinhold Mitterlehner überreicht. Die Verleihung der Auszeichnung wird von den Mitgliedern der oberösterreichischen Landesregierung beschlossen. ■

http://www.land-oberoesterreich.gv.at

Personalia

GOLDENE KAMERA 2018

Christiane Hörbiger wird für ihr Lebenswerk geehrt

Foto: Eventpress / GOLDENE KAMERA

v.l.: Laudator Peter Weck, Christiane Hörbiger und deren Sohn Regisseur Sascha Bigler auf der Bühne in der Hamburger Messe

Die gebürtige Wienerin Christiane Hörbiger steht seit ihrem 17. Lebensjahr auf der Bühne. Von 1969 bis 1972 spielte sie beispielsweise die „Buhlschaft“ im Salzburger „Jedermann“, darüber hinaus brillierte sie fast 20 Jahre am Züricher Schauspielhaus. Ab Mitte der 80er-Jahre widmete sie sich immer häufiger ihrer Leidenschaft für Film und Fernsehen: In „Das Erbe der Guldenburgs“ spielt sie sich als Gräfin in die Herzen der Zuschauer. Es folgt die Gesellschaftssatire „Schtonk!“, die auch für den Oscar nominiert wurde. Als heitere Bezirksrichterin in „Julia, eine ungewöhnliche Frau“ ist sie über 60 Folgen zu sehen.

Gerade in den vergangenen Jahren wurde sie von Kritikern für ihren Mut gelobt, die Rollen älterer Frauen in prekären Lebenssituationen großartig zu interpretieren. In „Stiller Abschied“ (2013) überzeugt sie in der Rolle einer an Alzheimer erkrankten Frau, als obdachlose Witwe beeindruckt sie in „Auf der Straße“ (2015) und in „Die letzte Reise“ (2017) berührt sie die Fernsehzuschauer in der Rolle einer zum Suizid entschlossenen Frau. Hörbiger verleiht diesen Frauenfiguren selbst in größter Aussichtslosigkeit noch Rückgrat und Würde.

„Christiane Hörbiger ist zweifelsohne eine der renommiertesten Schauspielpersönlichkeiten unserer Gegenwart. Auf unnachahmliche Weise vereint sie Wiener Schmäh, internationale Grandezza und höchste Schauspielkunst", begründet die Redaktion der GOLDENEN KAMERA die Auszeichnung. „Wenn es darum geht, starke Frauenrollen zu besetzen, steht ihr Name nach wie vor an erster Stelle. Dabei hat sie sich von facettenreichen Serienfiguren nach und nach an die Darstellung zerrissener, hochemotionaler Charakterrollen herangewagt. Egal ob Theater, Kinoleinwand oder TV-Drama – Christiane Hörbiger zeigt auf jeder Bühne ihre unverwechselbare Qualität. Wir sind froh, eine wahre Grand Dame für ihr beeindruckendes Lebenswerk auszuzeichnen.“

Christiane Hörbiger hat die GOLDENE KAMERA am 22. Februar persönlich in Empfang genommen. Ans Aufhören denkt sie aber noch lange nicht: „Ich lerne gerade sehr intensiv den Text für einen neuen Film“, verrät die Schauspielerin. Die Dreharbeiten dazu begannen fünf Tage nach der Verleihung der GOLDENEN KAMERA, die in der Hamburg Messe stattfand und im ZDF übertragen wurde. ■

https://www.goldenekamera.de
Video von der Verleihung unter
https://www.youtube.com/watch?time_continue=14&v=fdu9dFo-qwc
https://de.wikipedia.org/wiki/Christiane_H%C3%B6rbiger

»Ich bin der Weiße Clown«

„Wir Schauspieler sind verwandt mit dem Weißen Clown. Seine Hingabe an seine Arbeit, sein weihevoller Ernst, seine Poesie rühren uns. Ich muß der Weiße Clown sein. Ich muß ernst nehmen, was ich spiele.“ – Eine ganz persönliche Bilanz mit Blick auf die großen und kleinen Momente voller Freuden und Sorgen, Erlebnisse aus der Kindheit, Erinnerungen an die Eltern Paula Wessely und Attila Hörbiger, den bewegenden Abschied von der Mutter, Erfolge auf der Bühne, Freude über Film- und Fernsehpreise. Ihre erfolgreiche Autobiografie hat die Schauspielerin Christiane Hörbiger um die letzten fünf Jahre ergänzt. Mit 117 Fotos.

Ich bin der Weiße Clown
Christiane Hörbiger, Lebenserinnerungen
5. Auflage 2013 312 S. mit Farbbildteil;
ISBN: 978-3-7844-3329-5
20,– € D / 20,60 € A / 24,90 CHF (UVP)
https://www.herbig.net/seiten/produktdetails-buch/product/92Ich%20bin%20der%20Wei%C3%9Fe%20Clown%20%20/

Personalia

»Wiener Stadthallen Flügel« für Helene Fischer

Der Preis ist eine moderne Skulptur von Künstler Tomas Eller, in der sich die markante Dachform der Wiener Stadthalle wiederfindet.

Nachdem Helene Fischer schweren Herzens fünf Konzerte in Berlin und zwei in Wien wegen eines akuten Infekts absagen mußte, war die Besorgnis bei ihren Fans zu spüren und die Angst, daß die Tour abgebrochen werden müsse, groß. Doch entgegen aller Erwartungen konnte sie sich in kürzester Zeit von diesem Rückschlag erholen und auf die Bühne zurückzukehren, um eine unvergeßliche Show ihren Fans zu bieten.

Dieser immense Wille und die Freude, vor Publikum zu singen und zu performen, sowie die besondere Verbundenheit zu ihren Fans spürt man bei jedem ihrer Auftritte. Für ihre populären Songs und Alben wurde Helene Fischer bereits mit 16 Echos, sieben Goldenen Hennen, drei Bambis und zwei Goldenen Kameras ausgezeichnet. Dabei hat sie seit ihrem Debütalbum „Von hier bis unendlich“ (2006) zwölf Millionen Tonträger verkauft und im Juni 2014 avancierte das mehrfach mit Platin ausgezeichnete Album „Farbenspiel“ zum legal meistgedownloadeten Album einer deutschen Künstlerin der Geschichte.

Auch die Geschäftsführer der Wiener Stadthalle, Wolfgang Fischer und Kurt Gollowitzer, haben das besondere Talent der Ausnahmekünstlerin hervorgehoben und ihr daher am 19. Februar den „Wiener Stadthallen Flügel“ überreicht – eine Auszeichnung, die herausragenden Persönlichkeiten wie Helene Fischer verliehen wird, die maßgeblich zum Erfolg von Österreichs größtem Veranstaltungskomplex beigetragen haben.

Foto: Wiener Stadthalle / Starpix

v.l.: Helene Fischer mit den beiden Geschäftsführern der Wiener Stadthalle, Kurt Gollowitzer und Wolfgang Fischer (r.)

Auf ihrer Europa-Tour begleiten Helene Fischer rund 150 ArbeiterInnen, die in 30 Stunden ihre Bühne auf – und in sechs wieder abbauen. 32 Sattelschlepper transportieren dabei 350 Tonnen Material von Stadt zu Stadt – dazu gehören auch die fantastischen Kostüme, die Helene Fischer sechsmal in ihrer Show wechselt.

Der Preis ist eine moderne Skulptur von Künstler Tomas Eller, in der sich die markante Dachform der Wiener Stadthalle wiederfindet. Mit dem Anerkennungspreis dankt die Wiener Stadthalle Menschen, die maßgeblich zum Erfolg der Wiener Stadthalle beigetragen haben und beitragen – unter anderem erhielten bereits Conchita Wurst, Bryan Adams oder Ennio Morricone diese Auszeichnung. ■

http://www.stadthalle.com
http://www.helene-fischer.de

Foto: Wiener Stadthalle / Starpix

Helene Fischer bei ihrem Auftritt in der vollbesetzten Wiener Stadthalle

Religion und Kirche

50 Jahre Orthodoxengesetz

Höchste Anerkennung: Papst Franziskus beteiligt sich mit Baustein-Spende am orthodoxen Kloster – Kurienkardinal Kurt Koch und Bischof Ägidius J. Zsifkovics überreichten Spendenbetrag von 100.000 Euro

Foto: kathbild.at / Franz Josef Rupprecht

Übergabe der Bausteinspende von Papst Franziskus in Wien (v.l.): Kureinkardianl Kurt Koch, der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. von Konstantinopel, Eisenstadts Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics und der griechisch-orthodoxe Metropolit von Austria, Arsenios (Kardamakis)

Es war ein Geschenk für die Geschichtsbücher, das ebenso sensationell wie erfreulich in einen hochkarätig besetzten Festakt platzte: Kurienkardinal Kurt Koch, zugleich Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen und damit „Ökumeneminister des Vatikans", nutze am 27 Februar seine Grußworte im Rahmen der Feier „50 Jahre Orthodoxengesetz in Österreich", um gemeinsam mit dem Eisenstädter Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics einen großen Spendenbetrag von Papst Franziskus für das Projekt des ersten Orthodoxen Klosters in Österreich, das in der Diözese Eisenstadt in St. Andrä am Zicksee gebaut wird, zu überreichen. Papst Franziskus hatte dem Eisenstädter Bischof wenige Tage zuvor eine Baustein-Spende für die Grundsteinlegung des ersten Orthodoxen Klosters in Österreich zukommen lassen und Bischof Zsifkovics damit gleichsam zum „Treuhänder" seines persönlichen Engagements für dieses ökumenischen Jahrhundertprojekts gemacht.

Papst Franziskus unterstützt orthodoxes Kloster mit persönlichem Beitrag

Der Kurienkardinal überreichte gemeinsam mit Bischof Zsifkovics den Baustein in der Höhe von 100.000 Euro an Patriarch Bartholomaios I. und an die griechisch-orthodoxe Metropolis von Austria. Übergeben wurde zudem die gerahmte Stiftungsurkunde des Klosters vom November 2014. „Papst Franziskus hat das ökumenische Anliegen des Baus des ersten Orthodoxen Klosters in Österreich von Anfang an mit seinem Segen und Wohlwollen unterstützt. In seinem Schreiben vom 1. November 2014 an Bischof Ägidius Zsifkovics als Stifter des Bauplatzes hat er für dessen ökumenisches Wohlwollen mit großer Freude gedankt und an die bereits von Johannes Paul II. betonte Brückenfunktion der Diözese Eisenstadt erinnert, mit den Völkern Osteuropas ‚Kontakte zu pflegen und auch mit ihnen zu teilen, materiell und geistig'", so der Kurienkardinal wörtlich.

Persönlicher Baustein des Papstes als Ansporn für andere

Nachdem bereits der am Festakt anwesende Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. nach seinem Besuch in St. Andrä im November 2014 eine persönliche Spende für das erste Orthodoxe Kloster in Österreich gegeben hatte, „möchte sich Papst Franziskus ebenfalls an der Grundsteinlegung mit einem ganz persönlichen Beitrag beteiligen", so Kurienkardinal Koch. So wie das seit 50 Jahren bestehende Orthodoxengesetz

„Grundsteincharakter für die Ökumene in Österreich“ habe, so sei auch die Spende ein Beitrag für eine Grundsteinlegung – als „persönlicher Baustein des Heiligen Vaters“: „Dieser Baustein möge Ansporn für viele andere sein, sich am ersten Orthodoxen Kloster in Österreich durch ihr Gebet und durch ihr praktisches Tun, durch ideelle oder auch materielle Zuwendung zu beteiligen“, sagte der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen.

Projekt der »Mäzene und Visionäre des 21. Jahrhunderts«

Mit diesem „persönlichen Baustein des Heiligen Vaters“ bestätigte sich zugleich auf eindrucksvolle Weise der Festvortrag des Religionsrechtsexperten Dominik Orieschnig: An diesem Projekt „werden nun Mäzene und Visionäre des 21. Jahrhunderts bauen. Sie werden damit auch unter Beweis stellen, wie ein moderner Kulturbeitrag Österreichs abseits von Schisport und Walzerseligkeit in einem Vereinten Europa von morgen aussehen kann – ein Europa übrigens, das heute um sein eigenes Selbstverständnis ringt und das die innovative Kraft seiner Mitgliedsstaaten und seiner christlichen Kirchen dringend benötigt.“ Das Kloster, so Orieschnig in seinem Festvortrag, sei nicht allein ein „Ort des Gebetes für die Orthodoxen Christen des pannonischen Raumes“, sondern eine „humanistische Drehscheibe zwischen Ost und West“, eine „Brücke der Hoffnung zwischen orthodoxer und katholischer Kirche, und nicht zuletzt ein kulturelles Symbol gegen Fanatismen aller Art.“

Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. von Konstantinopel, weltweites Oberhaupt der orthodoxen Christen, und der griechisch-orthodoxe Metropolit von Austria, Arsenios (Kardamakis), bedankten sich sehr herzlich für die Anerkennung und die Spende des Papstes.

Höchste Würdenträger am Festakt

Eine Vielzahl höchster Würdenträger und prominenter Persönlichkeiten nahm an dem Festakt „50 Jahre Orthodoxengesetz in Österreich“ teil, darunter auch der Apostolische Nuntius Peter Stephan Zurbriggen, neben Bischof Ägidius Zsifkovics auch die katholischen Bischöfe Manfred Scheuer, Wilhelm Krautwaschl, Klaus Küng, Alois Schwarz, Werner Freistetter und Franz Scharl sowie der evangelische Bischof Michael Bünker und der Bischof der Altkatholischen Kirche Heinz Lederleitner.

Seitens der Orthodoxie konnte Metropolit Arsenios neben Patriarch Bartholomaios I. unter anderem die griechisch-orthodoxen Patriarchen von Alexandrien und ganz Afrika, Theodor II., den russisch-orthodoxen Erzbischof von Österreich, Antonij (Sevrjuk), Metropolit Isaak (Barakat) vom Patriarchat von Antiochien und den serbisch-orthodoxen Bischof Andrej (Cilerdzic) begrüßen. Seitens der Republik Österreich war u.a. die Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller vertreten. Gastgeber Metropolit Arsenios konnte auch zahlreiche Ehrengäste aus den Bereichen Kultur und Wirtschaft begrüßen.

Foto: kathbild.at / Franz Josef Rupprecht

Ein Gruppenfoto von derDie Festgemeinschaft anläßlich 50 Jahre »Orthodoxengesetz« in der griechisch-orthodoxen Kathedrale zur Heiligen Dreifaltigkeit am Wiener Fleischmarkt

Der Festakt wurde mit einer Vesper in der griechisch-orthodoxen Kirche zum Heiligen Georg in der Wiener Griechengasse eröffnet. Im Anschluß daran fand in der griechisch-orthodoxen Kathedrale zur Heiligen Dreifaltigkeit am Wiener Fleischmarkt die eigentliche Festversammlung statt. Nach den Grußworten von Hausherr Metropolit Arsenios gaben der Leiter des Kultusamtes, Oliver Henhapel, und Anton Stifter, zuständiger Beamter für die Orthodoxie im Kultusamt eine erste Einführung in die komplexe Rechtsmaterie des Orthodoxengesetzes.

50 Jahre »Orthodoxengesetz«

Mit dem vor 50 Jahren – genau am 23. Juni 1967 – beschlossenen „Orthodoxengesetz“ erhielt die orthodoxe Kirche in Österreich eine neue juristische Grundlage für ihr kirchliches und gesellschaftliches Wirken. Das Gesetz (BGBl. Nr. 229/1967) zählt zu den legistischen Meilensteinen des Umgangs der Zweiten Republik mit den in ihr gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften. Es ist nicht nur von zentraler Bedeutung für die Stellung der orthodoxen Kirche in Österreich, sondern genießt auch international in panorthodoxen Kreisen hohe Anerkennung. Die Teilnahme des Ökumenischen Patriarchen am Festakt war der beste Beleg für diese Wertschätzung.

Körperschaft öffentlichen Rechts

Im Dialog mit dem damaligen Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel Athenagoras (1948-72) und dem von ihm bereits 1963 eingesetzten ersten Metropoliten von Austria, Chrysostomos Tsiter, wurden juristische Wege und Möglichkeiten gesucht, der orthodoxen Kirche in Österreich eine gesellschaftliche Stimme als Körperschaft öffentlichen Rechts zu verleihen. Auf Seite des Staates war es Unterrichtsminister Heinrich Drimmel, ein Kirchenrechtler, der die erforderlichen Arbeiten am Gesetz vorantrieb, die nach einem Regierungswechsel von seinem Nachfolger Theodor Piffl-Perčević vollendet wurden.

Orthodoxe Christen in Österreich

In Österreich leben zwischen 400.000 und 450.000 orthodoxe Christen. Sieben orthodoxe Kirchen haben hier kirchliche Strukturen und sind in der seit 2010 bestehenden Orthodoxen Bischofskonferenz vertreten: Das Patriarchat von Konstantinopel (griechisch-orthodox), das Patriarchat von Antiochien, die russisch-orthodoxe Kirche, die serbisch-orthodoxe Kirche, die rumänisch-orthodoxe Kirche, die bulgarisch-orthodoxe Kirche und die georgisch-orthodoxe Kirche. Der Bischofssitz der georgisch-orthodoxen Kirche für Österreich ist derzeit allerdings vakant.

http://www.orthodoxe-kirche.at
http://www.martinus.at

Gastronomie & Kulinarisches

Falstaff Restaurantguide 2018

Eckart Witzigmann als kulinarischer Botschafter ausgezeichnet – Teilnehmerrekord im neuen Guide in dem gastronomische Urgesteine zu höchsten Weihen kommen

Mehr als 250.000 Votings von rund 18.000 Gästen hat die Falstaff-Redaktion heuer erhalten, bewertet wurden die Kategorien Essen, Service, Weinkarte und Ambiente. Souveräne Nummer eins ist auch in diesem Jahr wieder das „Steirereck". Das Haus im Wiener Stadtpark wurde von den Falstaff-Testern erneut am höchsten bewertet. Ergebnis: 100 Punkte für Patron und Küchenchef Heinz Reitbauer und damit die Maximalwertung. Was auf den ersten Blick sehr vertraut und somit unspektakulär erscheint, ist ein Teil des Phänomens: die Kontinuität der Superlative. Es ist schon schwer genug, sich gegen alle anderen zu behaupten, um ein oder sogar zweimal zum Sieger gekürt zu werden. Doch immer wieder aufs Neue und ohne Unterbrechung gegen eine starke Konkurrenz zu gewinnen, das ist eine einzigartige Glanzleistung.

In der Gesamtwertung liegen das „Landhaus Bacher" in Mautern, die Brüder „Obauer" in Werfen und die „Griggeler Stuba" in Lech bei 99 Punkten. Knapp dahinter folgen Simon Taxacher in Kirchberg, die „Paznauner Stube" in Ischgl, das „Ikarus Hangar-7" in Salzburg, „Döllerer" in Golling, das „Saag" am Wörthersee, sowie „Mraz & Sohn" und „Silvio Nickol" in Wien mit 98 Punkten.

Foto: Falstaff / Andreas Tischler

v.l.: Falstaff-Herausgeber Wolfgang Rosam, der kulinarische Botschafter Eckart Witzigmann, Tourismusministerin Elisabeth Köstinger und Vöslauer-Chef Alfred Hudler

Die Sonderpreise

Die gastronomische Kultur Österreichs wird nicht nur innerhalb der Landesgrenzen hoch gehalten, sie wird auch erfolgreich nach außen getragen. Einer der erfolgreichsten Trommler in diesem Zusammenhang ist Eckhard Witzigmann, der dafür von Falstaff als bester internationaler Botschafter ausgezeichnet wurde. Den „Jahrhundertkoch" muß man nicht näher vorstellen, das von ihm betreute Restaurant „Ikarus" wurde heuer mit 98 Punkten und vier Gabeln ausgezeichnet.

Die Familie Kolarik, Betreiber des „Schweizerhauses", wurde für ihr Lebenswerk ausgezeichnet. Es wurde der Legende nach um 1766 gegründet, ist eine gastronomische Institution, eine Welt aus Bier und Stelzen. Nirgendwo anders im Land wird so viel Bier getrunken. „Wir fragen nicht, ob jemand ein Bier will, wir haben schon eines mit", sagt Familienoberhaupt Karl Kolarik, dessen Lokal stets zu den meist-bewerteten des Restaurantguides zählt.

Zum Gastronomen des Jahres wurde diesmal Peter Friese gekürt, der Wirt einer weiteren Wiener Institution: „Zum Schwarzen Kameel". Im 400 Jahre alten Restaurant verkehren alle – Bankdirektoren wie Strassenkehrer. „Sie müssen alle nebeneinanderstehen können", sagt Friese, der, wenn seine Mitarbeiter ihn abends anrufen und fragen, ob er die Umsätze wissen wolle, meist gelassen antwortet: „Nein, will ich nicht wissen. Aber wie war die Stimmung?"

Foto: Falstaff / Andreas Tischler

Birgit und Heinz Reitbauer erreichen mit dem Steirereck erneut 100 Punkte und sind somit österreichischer Gesamtsieger.

Für das beste Service des Jahres wurde die schwarze Brigade des „Restaurant Eckel" in Wien Döbling ausgezeichnet: Gerhard und Markus Föderler sowie Leopold Ebner. Den Preis für das beste Wiener Beisl erhielt diesmal der „Grünauer" im 7. Wiener Gemeindebezirk. Der Preis für das beste Hotelrestaurant ging an den „Schloßstern" im Schloßhotel Velden am Wörthersee.

Über die Eröffnung des Jahres darf sich die Familie Madreiter mit dem Restaurant „Ess:enz" im „Puradies" in Leogang freuen und Sindy Kretschmar wurde für ihre Performance im Restaurant „Dstrikt" im Hotel Ritz Carlton Vienna als beste Sommelière ausgezeichnet. ■

http://www.falstaff.at

Kultureller Schmelztiegel war Drehscheibe für Ägyptens Goldhandel

Die Nil-Insel Sai im heutigen Nordsudan war vor rund 3.500 Jahren zunächst nur ein schlichter militärischer Vorposten im Süden Ägyptens…

Foto: OREA / Julia Budka

Überblick über das südliche Stadtgebiet von Sai im heutigen Nordsudan mit Überresten der ägyptischen Lehmziegelstrukturen des Neuen Reiches

In der Regierungszeit von Pharao Tutmosis III. wurde die Nil-Insel Sai zu einem kulturell durchmischten Zentrum für den Handel mit Gold. Diese Entwicklung konnten ÄrchäologInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in einem START- und ERC-Projekt erstmals nachzeichnen.

Auf ihren Feldzügen gegen das antike Nubien im heutigen Sudan hatten die alten Ägypter im zweiten Jahrtausend v. Chr. den Ort Sai als Stützpunkt ausgewählt. Zwischen der Südgrenze Ägyptens und dem nubischen Zentrum Kerma gelegen, war die Nil-Insel bestens geeignet, um den Schiffsverkehr zu kontrollieren. Mit dem Sieg der Pharaonen um 1.500 v. Chr. hätte die Geschichte des militärischen Brückenkopfes bereits wieder beendet sein können. Doch das Gegenteil war der Fall. Wie die ArchäologInnen der ÖAW

Foto: OREA / Julia Budka

ÖAW-Archäologin Julia Budka bei der Freilegung des Herzskarabäus des Mitte des 2. Jahrtausends v. Chr. verstorbenen Goldschmiedemeisters Chnummose in seinem Grab auf Sai

zeigen konnten, verwandelte sich Sai in eine über mehrere Jahrhunderte blühende ägyptische Kolonialstadt.

Das Forschungsteam um Julia Budka vom Institut für Orientalische und Europäische Archäologie (OREA) der ÖAW sowie der LMU München startete seine Grabungen und Untersuchungen 2012 in einem vom Europäischen Forschungsrat ERC und vom Wissenschaftsfonds FWF geförderten Projekt. Mit modernen Methoden wie 3D-Lasercans oder Strontiumisotopenanalysen konnten die WissenschaftlerInnen seither neue Erkenntnisse zur Funktion, Planung und städtebaulichen Entwicklung Sais gewinnen. Zudem gelang es ihnen, mehr zum Zusammenleben der BewohnerInnen der antiken Stadt zu erfahren.

Drehscheibe für »Goldland der Pharaonen«

„Nach dem Sieg der Ägypter über das nubische Königreich der Kerma sollte Sai zunächst zur Machtdemonstration des Pharaos gegenüber der einheimischen Bevölkerung werden“, schildert Julia Budka den Startpunkt der Verwandlung Sais. So wurden unter Pharao Tutmosis III. (ca. 1486–1425 v. Chr.) ein massiver Steintempel zu seiner Verehrung sowie befestigte Stadtmauern errichtet. Dank der Lage mitten im Nil war Sai zugleich an die bedeutendste Handelsroute zwischen Norden und Süden angebunden und Rohstoffe wie Sandstein aber vor allem Gold trugen wesentlich zum Aufschwung der Siedlung bei.

„Sai wurde rasch zu einem Zentrum für den Abbau und die Verarbeitung von Gold“, erklärt Budka. „Das umliegende Nubien galt als Goldland der Pharaonen. Das hier geschürfte Edelmetall wurde vor allem über den Nil in den Norden transportiert, um dort etwa Gräber wie jenes von Tutanchamun zu zieren“, so die ÖAW-Archäologin weiter. Daß Sai in diesem Goldhandel eine wichtige Rolle spielte, konnte nun erstmals anhand neuer archäologischer Funde eindeutig belegt werden.

So wurde am Friedhof der Stadt das Grab eines Goldschmiedemeisters freigelegt, das unter anderem einen kunstvollen Ring aus Gold und Silber enthielt. Auch die neu entdeckten Keller und Magazine in der Nachbarschaft des Steintempels scheinen mit Abgaben an die nach dem Edelmetall dürstenden Pharaonen im Norden zusammenzuhängen. Hier wurden offenbar Waren für den Weitertransport gekennzeichnet und gelagert.

Kulturen der Ägypter und Nubier vermischt

Zum Aufstieg Sais vom Militärposten zum regionalen ägyptischen Handels- und Verwaltungszentrum passen auch neue Erkenntnisse, die die ForscherInnen zu den Einwohnern der Stadt gewinnen konnten. Ganze Familien aus dem ägyptischen Norden siedelten sich nach dem Sieg über die Nubier hier an, um administrativen, religiösen, handwerklichen oder kommerziellen Tätigkeiten nachzugehen. Mit im Gepäck hatten sie die Kultur Ägyptens – von der Pharaonenverehrung über handwerkliches Fachwissen bis hin zum Lebensstil. Wie stark die ägyptischen Einflüsse auf den Alltag waren, verdeutlichen Funde wie Haushaltskeramiken oder die freigelegte kleine Figur eines Hundes mit

Foto: OREA / Julia Budka

Ein Steinuschebti, eine klassische ägyptische Grabbeigabe, die beim Goldschmiedemeister Chnummose in seinem Grab auf Sai gefunden wurde. Datiert auf die 18. Dynastie (Mitte des 2. Jahrtausend v. Chr.).

Halsband: Während Hunde in Ägypten schon lange domestiziert waren, galt das für die Region Sai anfangs noch nicht.

„Von einer kulturellen Einbahnstraße kann allerdings keine Rede sein. Die ägyptischen Neuankömmlinge durchmischten sich in Sai rasch mit der einheimischen Bevölkerung“, sagt Julia Budka. Bewohner von Sai konnten wenige Jahrzehnte nach der ersten Blütezeit sogar selbst in hohe Verwaltungspositionen in der Stadt aufsteigen. Im Alltag, etwa bei den Ernährungsgewohnheiten, wurden einheimische Traditionen nicht verdrängt, sondern um ägyptische Gewohnheiten erweitert. Und umgekehrt sind auch in ägyptischen Techniken, wie beispielsweise der Keramikproduktion, nubische Einflüsse zu bemerken.

Der Wandel zu einem multikulturellen Zentrum wirkte sich schließlich auch auf die städtebauliche Entwicklung aus. Der anfangs angelegte strikte Grundriß Sais nach dem Reißbrettmuster wurde, wie das Team um Budka herausfand, bald durchbrochen und teilweise von einem dynamischen, freien Baugeschehen einer pluralen Metropole abgelöst.

Foto: OREA / Julia Budka

Ein Gold-Silber-Siegelring aus der 18. Dynastie (Mitte des 2. Jahrtausend v. Chr.), der von einem internationalen ArchäologInnenteam rund um ÖAW-Forscherin Julia Budka aus einem Grab auf Sai geborgen wurde.

Science-Film mit 3D-Rekonstruktionen

An dem Projekt waren rund 25 WissenschaftlerInnen und Studierende aus der Archäologie, Geologie, Architektur, Biologischen Anthropologie, Zoologie und Ägyptologie aus mehr als sechs Ländern beteiligt. Bislang sind über 30 Publikationen, darunter auch zwei Bücher im ÖAW-Verlag, aus dem Projekt hervorgegangen, weitere sind aktuell in Arbeit. Zum Abschluß des Projekts ist auch ein Kurzfilm erschienen, der mit zahlreichen 3D-Rekonstruktionen die zentralen Ergebnisse präsentiert und faszinierende Einblicke bietet in die über 3.000 Jahre alte Geschichte der Kolonialstadt Sai.

Die Forschungen wurden gefördert vom Europäischen Forschungsrat ERC mit einem Starting Grant, der an der Ludwig-Maximilians-Universität München angesiedelt ist, und vom Wissenschaftsfonds FWF mit einem START-Preis an der ÖAW. ■

http://www.oeaw.ac.at
http://www.youtu.be/F8CryxfSZ_g
https://www.uni-muenchen.de

Foto: OREA / Julia Budka

Bestattung des Goldschmiedemeisters Chnummose und seiner vermutlichen Ehefrau auf dem Friedhof von Sai, Mitte des 2. Jahrtausends v. Chr.

Quantencomputer »Made in Austria« kommt

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) ermöglicht der Universität Innsbruck eine Beteiligung an dem Spin-off Alpine Quantum Technologies GmbH (AQT). Dessen Ziel ist, in den nächsten Jahren in Österreich einen kommerziellen Quantencomputer zu bauen.

Quantentechnologien zählen zu den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts und haben wachsendes Potential für Anwendungen in Wirtschaft und Gesellschaft, beispielsweise im Bereich der sicheren Informationsübermittlung, der verbesserten medizinischen Diagnostik oder der präziseren Wettervorhersagen. Wissenschafts- und Forschungsminister Heinz Faßmann und Landeshauptmann Günther Platter besuchten am Freitag das Labor des Instituts für Experimentalphysik der Universität Innsbruck und überzeugten sich persönlich vom Forschungsfortschritt.

In der grundlegenden Erforschung der Quanteninformationsverarbeitung nimmt die Universität Innsbruck seit Mitte der 1990er-Jahre weltweit eine führende Rolle ein. Dieses Know-how wird nun mit der Gründung der Alpine Quantum Technologies GmbH auch in der technologischen Umsetzung genutzt. „Die österreichischen Quantenphysiker zählen zur Weltspitze, das gilt insbesondere für den Standort Innsbruck und für die renommierten und vielfach ausgezeichneten Forscher wie Prof. Rainer Blatt und Prof. Peter Zoller. Dieser bestehende Schwerpunkt muß insbesondere im Hinblick auf internationale Wettbewerbsfähigkeit und Anwendungsmöglichkeiten ausgebaut werden“, betonte Wissenschafts- und Forschungsminister Heinz Faßmann.

Aktuelle Studien prognostizieren Quantencomputern bis 2020 ein Marktvolumen von rund einer Milliarde Euro bei Wachstumsraten zwischen 20 und 35 Prozent jährlich. „Global Player wie IBM, Google oder Microsoft investieren in Milliardenhöhe und forschen unter Hochdruck an der Entwicklung von Quantencomputern, das zeigt den Stellenwert, der neuen Technologie. Wir haben jetzt die einmalige Chance, einen wissenschaftlichen Vorsprung in einen wirtschaftlichen Vorteil umzuwandeln und das in einem Zukunftsfeld mit enormen Potential“, sagte Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck

Foto: Uni Innsbruck

v.l.: Landesrat Bernhard Tilg, Landeshauptmann Günther Platter, Bundesminister Heinz Faßmann, Physiker Rainer Blatt, Rektor Tilmann Märk und Physiker Thomas Monz

„Mit der Gründung der Alpine Quantum Technologies GmbH hier in Tirol wird die herausragende wissenschaftliche Kompetenz am Standort genutzt. Die weltweit starke Position Tirols in der Quantenphysik ist uns manchmal nicht bewusst: Aber ein internationaler Blick zeigt, welchen ausgezeichneten Ruf Tirol genießt – wir können auf unsere Pioniere und Forscherinnen und Forscher stolz sein“, freute sich Landeshauptmann Günther Platter. „Die Früchte der zweiten Quantenrevolution werden der Wirtschaft und Gesellschaft zugutekommen, so wie schon die auf frühen Quantentechnologien basierenden Systeme wie Laser, Navigationssysteme und bildgebende Verfahren in der Medizin unser Leben nachhaltig verändert haben. Ich begrüße es, daß die in Tirol über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen in der Quantenphysik sich in erfolgreichen Zusammenschlüssen widerspiegeln und unterstütze ein Umfeld, das aus akademischer und wirtschaftlicher Sicht diese Entwicklungen weiter voranbringt.“

„International bemühen sich führende Forschungseinrichtungen und Konzerne die technologische Basis für zukünftige Quantencomputer zu entwickeln“, sagte Rektor Tilmann Märk. „Mit dem neuen Spin-off werden wir unser Wissen aus der Grundlagenforschung nutzen, um in diesem Wettbewerb erfolgreich mitzumischen. Innsbruck hat entscheidend dazu beigetragen, die Quantenforschung voranzutreiben. Mit Unterstützung der Bundesregierung werden wir nun auch deren technologische Umsetzung mitgestalten“, freut sich Rektor Märk, der auch der österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG für die erfolgreiche Zusammenarbeit bei diesem Vorhaben dankt.

„Aus Sicht der Grundlagenforschung gibt es kein erkennbares Hindernis, um die neuen Quantentechnologien auch in der Praxis umzusetzen“, ist Quantenphysiker Rainer Blatt vom Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck vom Erfolg dieser Strategie überzeugt. „Die neuen Technologien werden Innovationen in Wissenschaft und Wirtschaft im 21. Jahrhundert antreiben.“ Die Alpine Quantum Technologies GmbH (AQT) wird die in den Innsbrucker Labors erforschte Ionenfallen-Technologie für zukünftige Quantencomputer weiterentwickeln und den Quantencomputer „Made in Austria“ Realität werden lassen. ■

https://www.uibk.ac.at

77 Billionen Rechnungen in der Sekunde

Mit enormer Rechenleistung wartet der neue Supercomputer der Johannes Kepler Universität Linz auf

Der MACH-2 verfügt über 1.728 Rechenkerne und kann unter gewissen Voraussetzungen bis zu 77,4 Billionen Rechenoperationen pro Sekunde ausführen. Am 19. Februar hat die Kepler Universität (JKU) das Gerät gemeinsam mit ihren ForschungspartnerInnen offiziell in Betrieb genommen.

Schon seit 2011 konnten WissenschafterInnen der JKU mit dem MACH hochkomplexe Simulationen durchführen. Selbst dieses Hochleistungsgerät war den Anforderungen der Forschung irgendwann nicht mehr gewachsen. Mit dem neuen Gerät erhält die JKU nun einen Supercomputer vom Typ „SGI UV 3000“ der Firma Hewlett Packard Enterprise (HPE) – die Rechenleistung wird dadurch in etwa verdreifacht.

Die Anschaffung des MACH-2 kostet rund 1,6 Mio, die Finanzierung erfolgt aus den Hochschulraum-Strukturmitteln für den Bereich Forschung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF). Wartung und Betrieb sind entsprechend aufwändig. Am Projekt sind daher auch andere Forschungseinrichtungen beteiligt: Der Supercomputer steht ebenfalls WissenschafterInnen der Universitäten Salzburg und Innsbruck, des Johann Radon Instituts (RICAM) und der Technischen Universität Wien zur Verfügung.

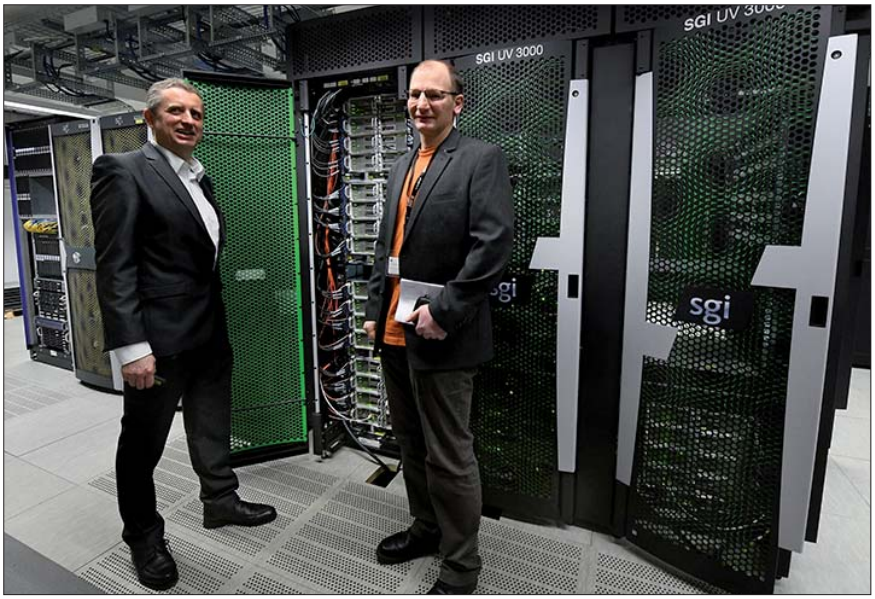


Foto: JKU / Röbl

v.l.: o.Univ.-Prof. Wolfgang Schreiner (Research Institute for Symbolic Computation - RISC) und Johann Messner (Abt. Wissenschaftliches Rechnen) vor dem Supercomputer MACH-2

Nachhaltige Weiterentwicklung der Spitzenforschung

„Für eine einzige Universität ist eine derartige Anschaffung samt Betrieb kaum zu stemmen“, freut sich JKU-Rektor Meinhard Lukas über die breite Kooperation. „Mit der Inbetriebnahme des MACH-2 kommen wir auch unserem erklärten Ziel einen Schritt näher: die europäische Spitze.“ Naturwissenschaftliche Zukunftsthemen, vor allem im Zuge der rasant fortschreitenden Digitalisierung, bräuchten neben dem der Kepler Universität eigenen Forschungs- und Erfindergeist vor allem auch entsprechende Rechenleistung. „Dank der umfassenden Unterstützung des Bundes und gemeinsam mit unseren PartnerInnen leisten wir auch weiter einen großen Beitrag zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Spitzenforschung“, erklärt Lukas.

„Nur noch wenige Wissenschaftsdisziplinen kommen heute ohne Hochleistungsrechner-Infrastruktur aus. Das reicht an der Universität Innsbruck zum Beispiel von 3D-Modell-Berechnungen in der Archäologie über die Transkription historischer Texte bis zu Klima- und Wettermodellen oder Neuerungen in den technischen Wissenschaften und der Informatik“, sagt Ulrike Tanzer, Forschungs-Vizerektorin der Universität Innsbruck. „Gerade in Österreich liegt es nahe, daß die Universitäten bei teurer Forschungs-Infrastruktur wie dem High Performance Computing kooperieren. In der Universität Linz haben wir hier einen verlässlichen Partner gefunden.“

Schlüssel für neue Kooperationen

Ministerialrat Univ.-Prof. Günther Burkert vom BMBWF spricht vom „Start einer neuen Ära des Supercomputings und damit eines innovativen Beitrags für die österreichische und europäische Spitzenforschung“. In der Informatik, Mathematik, Mechatronik, Biologie, Volkswirtschaftslehre, Pharmazie und in vielen weiteren Gebieten würden technologische Innovationen möglich und neue Erkenntnisse gewonnen, so Burkert. „Folglich ist der MACH-2 damit ein Garant für den fächerübergreifenden und interdisziplinären Wissens-Transfer sowie ein Schlüssel für neue Kooperationen in Österreich und in Europa.“

Breites Anwendungsspektrum

Bereits jetzt gibt es zahlreiche Projekte, für die der MACH-2 unverzichtbar ist. Das Institut für Organische Chemie der JKU führt Berechnungen zur Vorhersage der Wechselwirkung von biologischen Wirkstoffen durch – ein wichtiges Thema bei der Entwicklung neuer Medikamente. Weitere Anwendungsbeispiele: Deep Learning für Life Sciences (Institut für Bioinformatik) oder auch – abseits der Naturwissenschaften – Berechnungen zum Credit-Risk-Management (Institut für Finanzmathematik) sowie volkswirtschaftliche Analysen über das individuelle AnbieterInnen- und Nachfrageverhalten im E-Commerce. ■

http://www.jku.at
https://www.bmbwf.gv.at

Wissenschaft & Technik

Neuer Quantenspeicher behält Information über Stunden

Information in einem Quantensystem abzuspeichern ist schwer, sie geht meist rasch verloren. An der TU Wien erzielte man nun ultralange Speicherzeiten mit winzigen Diamanten.

Mit Quantenteilchen kann man Information speichern und manipulieren – das ist Basis für viele vielversprechende Technologien, vom hochsensiblen Quanten-Sensor über Quanten-Kommunikation bis zum Quanten-Computer. Ein großes Problem dabei ist allerdings, daß es sehr schwierig ist, in einem quantenphysikalischen System Information über lange Zeit zu speichern. Durch Wechselwirkungen mit der Umgebung geht die Quanteninformation oft schon nach Sekundenbruchteilen unwiederbringlich verloren.

An der TU Wien gelang es nun, mit Hilfe spezieller Diamanten, Quanteninformation über Stunden zu konservieren. Damit ist diese Art der Quanteninformation sogar stabiler als die klassische Information, die im Arbeitsspeicher unserer Computer gespeichert ist. Die Forschungsergebnisse wurden nun im Fachjournal „Nature Materials“ veröffentlicht.

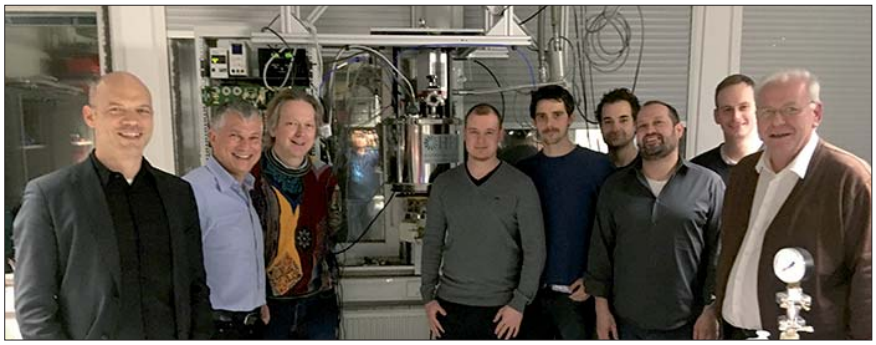


Foto: TU Wien

Das Team (v.l.): Michael Trupke, Norbert Mauser, Jörg Schmiedmayer, Thomas Astner, Johannes Gugler, Andreas Angerer, Johannes Majer, Sebastian Wald und Peter Mohn

Diamanten mit Defekt

Zum Einsatz kam an der TU Wien ein spezielles Quantensystem, an dem mittlerweile auf der ganzen Welt mit großem Interesse geforscht wird: „Wir verwenden winzige Diamanten, die ganz gezielt mit kleinen Defekten versehen wurden“, erklärt Johannes Majer, Forschungsgruppenleiter am Atominstitut der TU Wien. Normalerweise besteht ein Diamant nur aus Kohlenstoffatomen. Durch Bestrahlung des Diamanten kann man aber erreichen, daß an bestimmten Stellen statt eines Kohlenstoffatoms ein Stickstoffatom in die Diamantstruktur eingebaut wird, und daneben bleibt dann eine Stelle im Kristallgitter unbesetzt. Solche „Gitterfehler“ bezeichnet man als NV-Zentren (N für Stickstoff und V für die vakante Gitterstelle). Das Stickstoffatom und die Fehlstelle können unterschiedliche Zustände annehmen, somit kann man diese Gitterfehler-Stelle verwenden um ein Quantenbit an Information abzuspeichern.

Die entscheidende Frage ist, wie lange diese Information stabil bleibt: „Die Zeit, in der ein Quantenbit typischerweise seine Energie und somit auch die gespeicherte Information verliert, ist eine der technologisch wichtigsten Eigenschaften eines solchen Quantenbits“, erklärt Thomas Astner, der Erstautor der Publikation. „Es ist daher von besonderer Bedeutung, die Ursache für den Energieverlust und die Geschwindigkeit dieses Prozesses genau zu verstehen.“

Am Atominstitut der TU Wien gelang es nun zum ersten Mal, die charakteristische Zeit, in der die Diamant-Defekte ihre Quanteninformation verlieren, experimentell zu bestimmen. Die Diamanten wurden an Mikrowellen angekoppelt, so kann Quanteninformation eingeschrieben und wieder ausgelesen werden. Den speziellen Mikrowellen-Resonator dafür hatte Andreas Angerer an der TU Wien im Jahr 2016 entwickelt. Mit ihm kann man hochpräzise feststellen, wie viel Energie noch in dem Diamant gespeichert ist.

Rekordzeiten

Die Messungen wurden bei sehr tiefen Temperaturen durchgeführt – knapp über dem absoluten Temperatur-Nullpunkt, bei 20 Millikelvin. Bei höheren Temperaturen würde die Wärme der Umgebung das System stören und die Quanteninformation löschen. Dabei zeigte sich, daß die Diamanten ihre Information viel länger speichern können, als man das für möglich gehalten hatte – nämlich über mehrere Stunden. „Die Information im D-RAM Chip eines gewöhnlichen Computerspeichers ist viel instabiler. Dort geht die Energie innerhalb von einigen hundert Millisekunden verloren, danach muß die Information neu aufgefrischt werden“, sagt Johannes Majer.

Nicht alle Diamanten mit Defekten weisen genau dieselbe Speicherzeit auf: Rekordhalter ist ein spezieller Diamant, der vom Team um Junichi Isoya an der Tsukuba Universität in Japan hergestellt wurde. Über mehrere Monate wurde er mit Elektronen bestrahlt, um möglichst viele NV-Defekte zu erzeugen ohne dabei andere störende Effekte hervorzurufen. In diesem Diamanten konnte eine Quanten-Speicherzeit von acht Stunden gemessen werden.

„Diese wunderbaren Ergebnisse waren für uns anfangs kaum zu glauben“, sagt Johannes Majer. Man ging dem Phänomen daher durch Computersimulationen auf den Grund: Johannes Gugler und Prof. Peter Mohn (ebenfalls TU Wien) führten aufwändige Berechnungen durch und konnten erklären, daß die außerordentliche Stabilität der Diamant-Quantenspeicher auf das besonders steife Diamantgitter zurückzuführen ist. „Während in anderen Materialien Gitterschwingungen relativ rasch dazu führen könnten, daß die gespeicherte Information verloren geht, ist die Kopplung der Quanteninformation an die Gitterschwingungen im Diamanten recht gering, und die Energie kann über Stunden gespeichert werden“, sagt Thomas Astner. ■

http://www.tuwien.ac.at

Designtes Molekül hemmt Krebszellen

Die Salzburger Arbeitsgruppe um Universitätsprofessorin Chiara Cabrele am Fachbereich für Biowissenschaften der Universität Salzburg hat ein Molekül entwickelt, das in der Lage ist, das Wachstum von Krebszellen zu hemmen.

Wer mit einer Krebserkrankung konfrontiert ist, dem werden klassischerweise Behandlungsmethoden mit Operationen und/oder Chemo- und Strahlentherapien vorgeschlagen, die schnell wachsende und gestreute Krebszellen töten sollen. Diese Therapien sind jedoch mit höchst unangenehmen Nebenwirkungen verbunden, da auch gesunde Zellen darunter leiden. Die Krebsforschung hat sich daher auch anderen Möglichkeiten der Entwicklung von Krebstherapien zugewandt, den sogenannten zielgerichteten Therapien (Targeted Therapies). Neue Erkenntnisse über die molekularbiologischen Merkmale von Krebszellen lassen hoffen, Krebserkrankungen nicht nur gezielter, sondern auch mit möglichst geringen Nebenwirkungen behandeln zu können. Diese zielgerichteten Therapien wirken gegen veränderte, molekulare Merkmale, die es so nur in Tumorzellen gibt.

Cornelia Roschger hat im Rahmen ihrer Dissertation unter der Leitung von Universitätsprofessorin Cabrele gezeigt, daß Krebszellen unter der Wirkung des entwickelten Moleküls sich nicht mehr so schnell teilen und letztlich sterben. Das spiralförmige Molekül stellt die getreue Wiedergabe eines kleinen Schlüssel-Elements der so genannten Id-Proteine dar, ohne aber dessen exakte Kopie zu sein. Das Molekül hat zwar nur eine Größe von 6 Prozent der Id-Proteine; nichts desto trotz, kann es diese Proteine erkennen und fangen, und somit ihre biologische Funktion in der Krebszelle schwächen.

„Die Id-Proteine spielen vor allem in der pränatalen Entwicklung bei Menschen und Tieren eine wichtige Rolle, da sie das Zellwachstum ankurbeln“, erläutert Cabrele. In der postnatalen Phase werden diese Proteine nicht mehr benötigt, sie schlafen also quasi ein. „In Krebszellen werden die inaktiv gewordenen Id-Proteine jedoch wieder eingeschaltet. Sie nehmen in der Krebszelle ihre Funktion wieder auf und beschleunigen ihr Wachstum. Das soll mit unserem neuen Therapieansatz verhindert werden.“

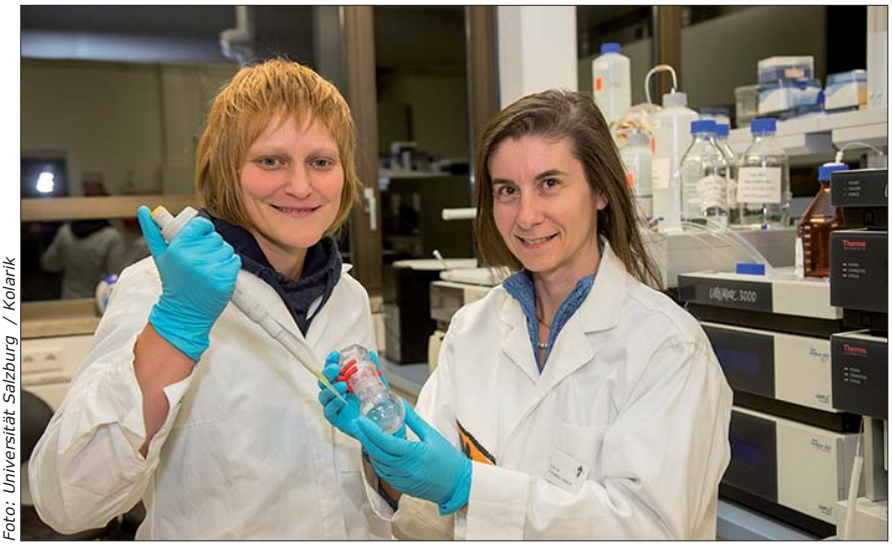


Foto: Universität Salzburg / Kolarik

Cornelia Roschger (l.) und Universitätsprofessorin Chiara Cabrele

Die Besonderheit dieser Proteine besteht darin, daß sie nur in der Krebszelle vorkommen, da ihre Tätigkeit in gesunden Zellen eingestellt wird. „Insofern sind diese Proteine für die Krebsforschung hoch interessant. Denn wenn man sie beeinflußt, wirkt sich dies nur dort aus, wo sie vorhanden und aktiv sind, und zwar eben nur in der Krebszelle. Auf dieser Grundlage könnten Arzneimittel entwickelt werden, die keine oder geringe Nebenwirkungen aufweisen“, erklärt Cabrele.

Cornelia Roschger hat die Wirkung des neuen Moleküls auf Brust- und Blasenkrebszellen untersucht. „Da die Id-Proteine ein Merkmal von vielen Krebsarten sind, gehen wir davon aus, daß unser Molekül eine breite Anwendung in der Krebstherapie haben könnte“, betont Cabrele. Positiv überrascht waren die Wissenschaftlerinnen von einer besonderen Eigenschaft des neuen Wirkstoffes: „Das Molekül hat die Fähigkeit, sehr rasch in die Zelle einzudringen und sogar in den Zellkern vorzudringen“, erläutert Cabrele. Dadurch kann es sich in der Zelle gut ausbreiten und die Id-Proteine schnell aufspüren und blockieren.

In weiteren Arbeiten soll das neue Molekül weiter optimiert bzw. noch wirksamer gemacht werden. Zunächst soll überprüft werden, ob es sich auch in der Blutbahn lange genug hält, um letztendlich sein Ziel zu erreichen. „In der therapeutischen Anwendung werden solche Wirkstoffe intravenös verabreicht und über das Blut verteilt“, so Cabrele. Mit dem neuen Molekül hat die Salzburger Wissenschaftlerin Cornelia Roschger eine Leitstruktur beschrieben, die nun genutzt wird, um noch wirksamere Wirkstoffe gegen die Zielproteine zu entwickeln, die allein oder in Kombination mit anderen zielgerichteten Therapeutika in Krebserkrankung angesetzt werden könnten. Ein erster Ansatz, bei dem die Wissenschaftlerin das entwickelte Molekül mit Arzneimitteln kombinierte, die in der so genannten photodynamischen Therapie gegen bestimmte Krebsarten schon verwendet werden, lief erfolgreich und sehr viel versprechend für zukünftige Ansätze in dieser Richtung.

Die Arbeit wurde in der Fachzeitschrift „ChemMedChem“ unter dem Titel „Targeting of a Helix-Loop-Helix Transcriptional Regulator by a Short Helical Peptide“ publiziert. ■

http://www.uni-salzburg.at/cabrele

Kultur

WOW! The Heidi Horten Collection

Mit der Ausstellung im wird im Leopold Museum von 15. Februar bis 29. Juli 2018 eine der beeindruckendsten Privatsammlungen Europas erstmals öffentlich gezeigt.

© Succession Picasso/ Bildrecht, Wien, 2018

Pablo Picasso, Plante de Tomate, 1944; Öl auf Leinwand, 73 × 91,5 cm, Courtesy Heidi Horten Collection

Die Präsentation im Leopold Museum folgt dem lang gehegten Wunsch der passionierten österreichischen Sammlerin Heidi Goëss-Horten, die Highlights der seit den 1990er-Jahren sorgfältig zusammengetragenen Meisterwerke von Künstlern wie Gustav Klimt, Emil Nolde, Andy Warhol oder Damien Hirst einem breiten Publikum zugänglich zu machen.

Die Förderung von Kunstvermittlungsprogrammen für Kinder und Jugendliche und wöchentlicher Gratiseintritt ins Museum unterstreichen das mäzenatische Engagement der Sammlerin.

Die von Agnes Husslein-Arco kuratierte Ausstellung präsentiert 170 Exponate von 75 KünstlerInnen und führt als chronologischer Parcours durch die westliche Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts. Zugleich bietet die Schau einen individuellen Blick auf das Spektrum von Kunst und KünstlerInnen, das die Sammlerin in den vergangenen rund 30 Jahren unter einem Dach vereinen konnte.

Perfekter Zeitpunkt für den Aufbau der Sammlung

„Heidi Goëss-Horten hat in den 1990er-Jahren den perfekten Zeitpunkt gewählt, um ihre beeindruckende Sammlung aufzubauen. Obwohl ihre oberste Prämisse beim Kauf von Kunstwerken immer der persönliche Geschmack gewesen ist, kann sie heute auf eine Kollektion von musealem Charakter blicken, an der sich auch ablesen läßt, wie sich bestimmte Kunstströmungen herausgebildet haben. Die Ausstellung im Leopold Museum ermöglicht erstmals einen Blick auf diese kunsthistorisch wertvolle Sammlung – und wird zu einem sinnlichen Erlebnis“, so Arco.

Der Zeitpunkt für die erstmalige öffentliche Präsentation der Sammlung wurde gewählt, da aus Sicht der Sammlerin der be-

© Pechstein Hamburg/Tökendorf/ Bildrecht, Wien, 2018

Bild oben: Max Pechtstein, Gelbe Maske II, 1910 © Courtesy Heidi Horten Collection

Bild rechts: Gustav Klimt, Kirche in Unterach am Attersee, 1916; Öl auf Leinwand, 110 × 110 cm, Courtesy Heidi Horten Collection

rühmte rote Faden sichtbar geworden war und sich spannende Querverbindungen zwischen den einzelnen Werken und KünstlerInnen herstellen lassen.

„Die Kunst, mit der ich seit vielen Jahren lebe, ist zu greifbarer Kunstgeschichte geworden. Dieses Erlebnis möchte ich nun im Rahmen der Ausstellung im Leopold Museum mit anderen Menschen teilen. Es war mir auch ein wichtiges Anliegen, die Programme der Kunstvermittlung zu unterstützen und einen möglichst uneingeschränkten Zugang zur Ausstellung zu gewährleisten. Kunst hat für mich ein verbindendes Element. Der Gedanke, daß ich mit diesem Projekt dazu beitragen kann, eine Brücke zwischen den Generationen sowie zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft zu schlagen, erfüllt mich daher mit großer Freude“, sagte Goëss-Horten.

Direktor Hans-Peter Wipplinger: „Ich bin davon überzeugt, daß dieses Zusammenspiel zwischen privater Initiative und Museumsarbeit, welches sich in der in spektrumsreichen Sammlungspräsentation der Heidi Horten Collection widerspiegelt, einen Glanzpunkt in der Ausstellungsgeschichte des Leopold Museums darstellen wird. Zugleich rückt unser musealer Auftrag, ein Ort des sinnlichen Erlebens und der ästhetischen Bildung zu sein, mit dieser Ausstellung in den Fokus.“

Foto:

Über die Sammlung Heidi Goëss-Horten

Bereits in den 1970er-Jahren begann Heidi Goëss-Horten gemeinsam mit ihrem Mann Helmut Horten, Kunst zu sammeln. Die beiden interessierten sich damals vor allem für Werke des deutschen Expressionismus. Nach dem Tod Helmut Hortens 1987 beschloß Heidi Goëss-Horten, ihre eigene Sammlung mit neuen Schwerpunkten aufzubauen. Ohne sich vorherrschenden Trends auf dem Kunstmarkt zu unterwerfen, konzentrierte sich die Sammlerin auf Werke der internationalen Moderne, des Neoexpressionismus und der amerikanischen Pop-Art und schuf so eine in ihrer Qualität und Dichte einzigartige Kollektion.

Die Heidi Horten Collection umfaßt heute mehrere Hundert Gemälde, Grafiken und Skulpturen von KünstlerInnen hohen internationalen Rangs und bietet damit einen repräsentativen Querschnitt der internationalen Kunstgeschichte von der Moderne bis zur Gegenwart.

Kultur

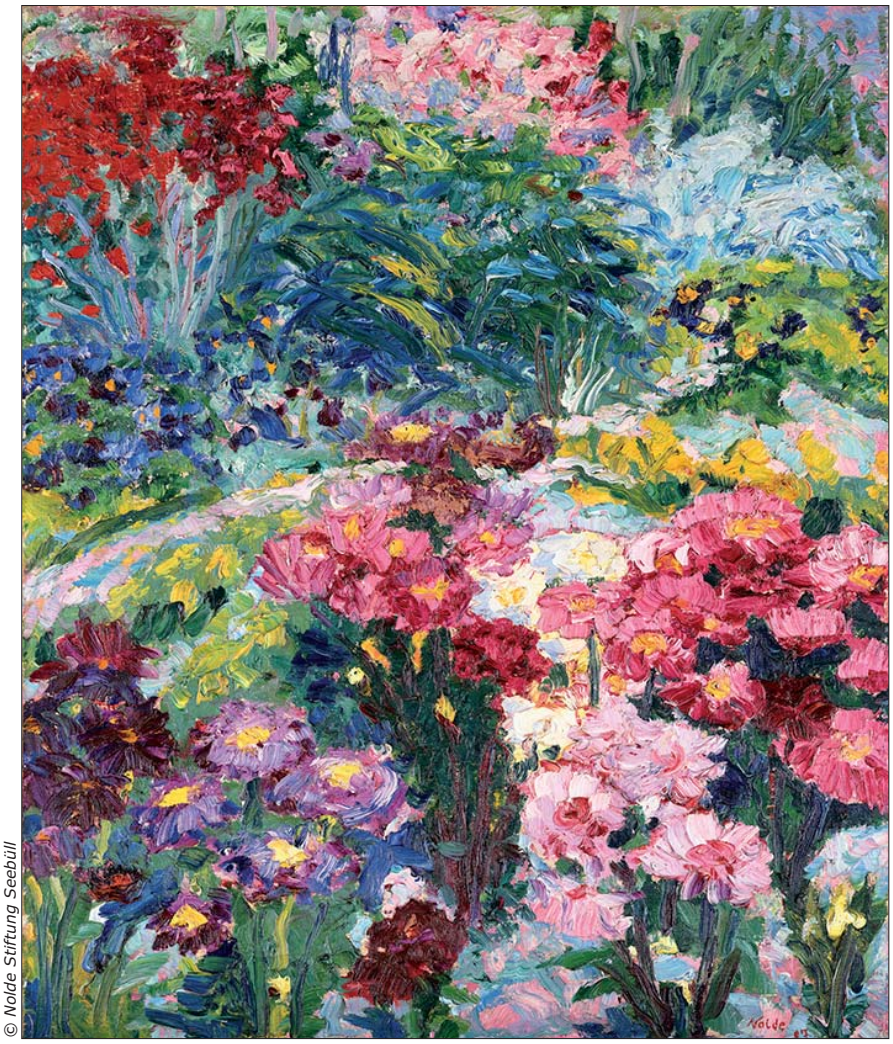
Als Schwerpunkte der Heidi Horten Collection sind neben dem deutschen Expressionismus mit Meisterwerken von Ernst Ludwig Kirchner, Erich Heckel, Emil Nolde und Max Pechstein auch die abstrakten Positionen von Cy Twombly, Mark Rothko oder Ernst Wilhelm Nay sowie die amerikanische Pop-Art mit Vertretern wie Andy Warhol, Jean-Michel Basquiat oder Roy Lichtenstein zu nennen. Daneben betonen bedeutende Werkblöcke von Marc Chagall, Georg Baselitz, Francis Bacon, Fernand Léger, Gerhard Richter, Yves Klein, Lucio Fontana oder Damien Hirst die internationale Ausrichtung der Sammlung.

Heidi Goëss-Horten

Die österreichische Mäzenin Heidi Goëss-Horten wurde 1941 in Wien geboren. 1966 heiratete sie den deutschen Unternehmer Helmut Horten, mit dem sie ihre Leidenschaft für das Kunstsammeln entdeckte. Seit dem Tod Helmut Hortens im Jahr 1987 unterstützt Heidi Goëss-Horten als Vizepräsidentin seiner medizinischen Stiftung mehrere Hilfsorganisationen und Projekte in den Bereichen Medizin, Sport und Tierschutz und erhielt für ihr Engagement zahlreiche Ehrungen. In den 1990er-Jahren begann Heidi Goëss-Horten, ihre eigene Kunstsammlung aufzubauen, und versammelte mit Werken von Picasso, Chagall, Nolde oder Warhol Ikonen der Kunstgeschichte unter einem Dach. Die Sammlerin, die seit 2013 mit Carl Anton Graf von Goëss verheiratet ist, lebt heute in Kärnten.

Künstlerliste

Josef Albers, Karl Appel, Francis Bacon, Georg Baselitz, Jean-Michel Basquiat, Philippe Bradshaw, Rembrandt Bugatti, Alberto Burri, Alexander Calder, Heinrich Campendonk, Enrico Castellani, Maurizio Cattelan, Marc Chagall, George Condo, Edgar Degas, Jean Dubuffet, Lyonel Feininger, Sylvie Fleury, Lucio Fontana, Lucian Freud, Antony Gormley, Adolph Gottlieb, Keith Haring, Erich Heckel, Damien Hirst, Alexej Jawlensky, Alex Katz, Ernst Ludwig Kirchner, Paul Klee, Yves Klein, Gustav Klimt, Alfred Kubin, Les Lalannes, Fernand Lége,r Roy Lichtenstein, August Macke, René Magritte, Franz Marc, Henri Matisse, Joan Miró, Paula Modersohn-Becker, Edvard Munch, Yoshitomo Nara, Ernst Wilhelm Ney, Tim Noble & Sue Webster, Emil Nolde, Mimmo Paladino, Max Pechstein, Yan Pei-Ming, Pablo Picasso, Michelangelo Pistoletto, Serge Poliakoff, Sigmar Polke, Robert Rauschenberg, Odilon Redon, Pierre-Auguste Renoir, Gerhard Richter, Auguste Rodin, Mark Rothko, Niki de Saint Phalle, Egon Schiele, Julian Schnabel, Raqib Shaw, Chaïm Soutine, Cy Twombly, Kees van Dongen, Not Vital, Andy Warhol, Tom Wesselmann, Erwin Wurm.



© Nolde Stiftung Seebüll

Emil Nolde, Anna Wieds Garten, 1907; Öl auf Leinwand, 60,3 × 50,1 cm, Courtesy Heidi Horten Collection

Der Katalog zur Ausstellung

Zur Ausstellung erscheint ein umfangreicher Katalog mit Essays zu den ausgestellten KünstlerInnen, der eine Einordnung der kunsthistorischen Relevanz der Heidi Horten Collection ermöglicht. Er ist in deutscher und englischer Sprache erhältlich, umfaßt 544 Seiten mit 370 meist farbigen Abbildungen und kostet € 29,90. Herausgegeben von Agnes Husslein-Arco mit Beiträgen von Linus Klumpner, Pia Sääf, Verena Traeger und Hans Peter Wipplinger. ■

http://www.leopoldmuseum.org

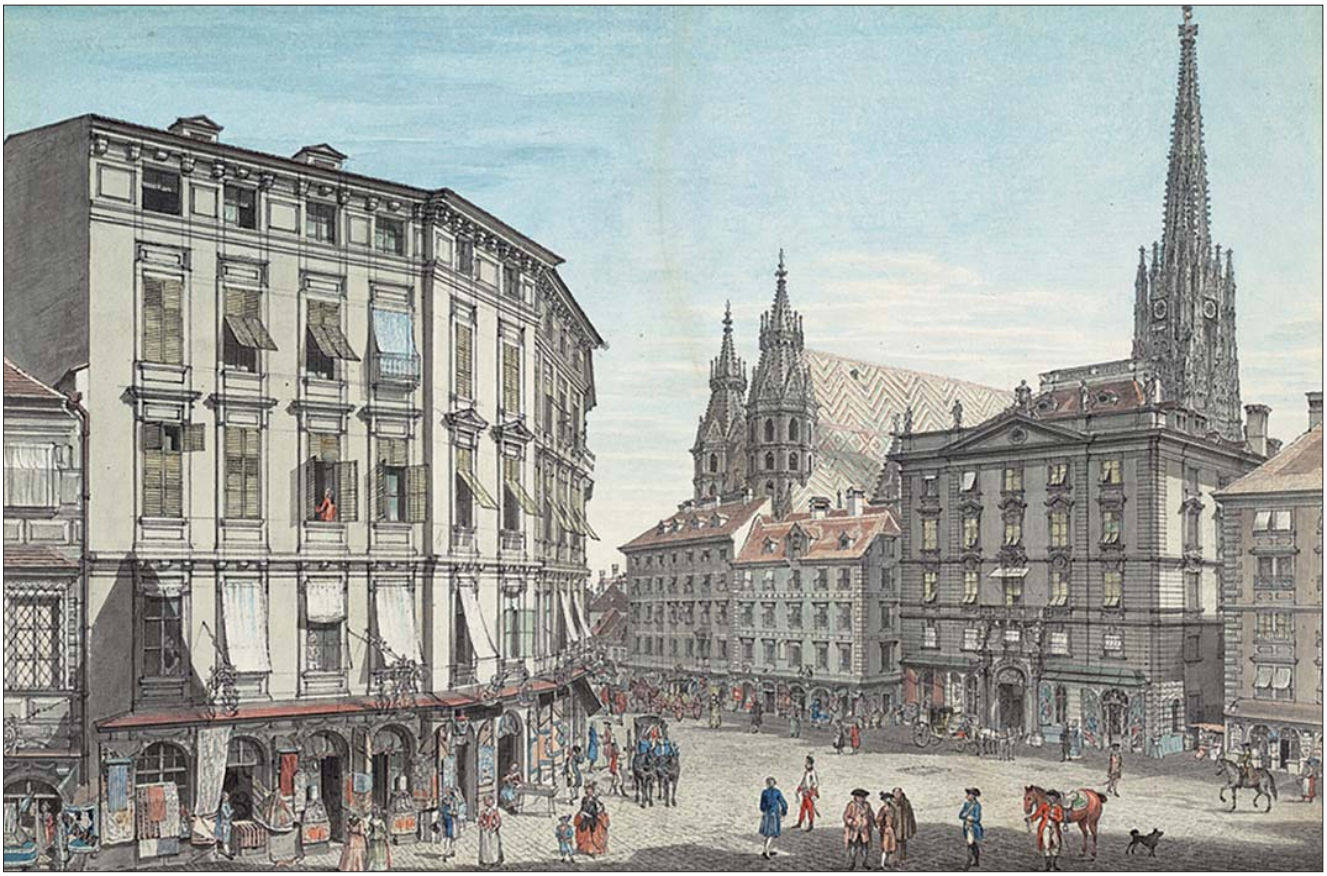
Foto: Leopold Museum, Wien / Lisa Rastl

Ausstellungsansicht WOW! The Heidi Horten Collection

Kultur

Das Wiener Aquarell

Von 16. Februar bis 13. Mai 2018 in der Albertina Wien



© Albertina, Wien

Carl Schütz, Der Stock-im-Eisen-Platz in Wien, 1779, Feder in Schwarz, Aquarell

Dürer, Turner, Cézanne, Nolde, Schiele – so verschieden diese fünf Künstler nach Epoche und Herkunft sind, sie alle gelten als Leuchttürme der Aquarellmalerei. Zu Recht! Und doch ist diese Aufzählung unvollständig, fügt man ihr nicht den größten österreichischen Aquarellisten und Landschaftsmaler des 19. Jahrhunderts hinzu: Rudolf von Alt.

So herausragend die Leistungen des Rudolf von Alt sind: Der Meister, der mit größter Unmittelbarkeit und höchstem Realismus fast acht Jahrzehnte lang vor dem Motiv mit wenigen Farbnäpfen lichthaltige Ansichten von Naturschönheiten, von Burgen und Schlössern, von Städten und Interieurs fürstlicher Paläste geschaffen hat, dieser Wiener Meister steht nicht allein. Matthäus Loder und Thomas Ender, die mit anderen Kammermalern für Erzherzog Johann arbeiten, sind Rudolf von Alt so ebenbürtig an die Seite zu stellen wie die so anders gearteten Peter Fendi und Carl Schindler, die sich der

© Albertina, Wien

Carl Schindler, Am Tanzboden, 1840, Bleistift, Aquarell (Ausschnitt)

Kultur

© Privatbesitz, Sammlung Erzherzog Johann

Matthäus Loder, Wasserfälle im Tischlerkar bei Gastein, 1827, Aquarell, Deckfarben, auf graublauem Papier

© Albertina, Wien

Jakob Alt, Blick auf Wien von der Spinnerin am Kreuz, 1817, Aquarell, Deckfarben

Genremalerei mit ihrer Beschaulichkeit, Intimität und Verinnerlichung verschrieben haben. Heute gilt das Aquarell vielfach als eine zutiefst englische Kunstform, hat doch sein Aufstieg im 18. Jahrhundert in diesem Land eine einzigartige Spezialisierung befördert: von der Ausbildung bis zu eigenen Ausstellungsformaten für das Aquarell und angesehenen Gesellschaften wie der Royal Watercolour Society.

Allein Wien hat tatsächlich zur selben Zeit dem Aquarell zum Durchbruch verholfen. Meist werden von fürstlichen Familien Darstellungen ihrer Menagerien und Besitztümer sowie Porträtminiaturen ihres Geschlechts zum Zweck der Dokumentation oder als Memoria beauftragt. Selbst die herrlichsten Ansichten des Habsburgerreiches werden nicht von bürgerlichen Verlagen wie Artaria, sondern von Kaiser Ferdinand I. von Österreich für seinen persönlichen Guckkasten oder vom „Steirischen Prinzen", Erzherzog Johann, in Auftrag gegeben.

Mit der Erfindung der Fotografie beginnt nicht der künstlerische Abstieg des Aquarells, sehr wohl aber die radikale Verdrängung durch dieses neue technische Medium, das so viel schneller und einfacher Ansichten und Aussehen festhalten kann.

Nach Rudolf von Alt erreichen nur mehr wenige dessen künstlerische Höhe. Erst mit der Befreiung der Kunst vom Zwang der Nachahmung und der Emanzipation der Farbe vom Naturgegenstand im Expressionismus wird das Aquarell eine neue, aber nun ganz andere Blüte erleben.

© Privatbesitz, Wien / Courtesy Kunsthandel Giese & Schweiger, Wien

© Albertina, Wien

Bild oben: Rudolf von Alt, Straße in Palermo, 1867, Aquarell

Bild links: Rudolf von Alt, Das Anlauftal bei Gastein, 1893, Aquarell, Deckfarben, Lichter ausgekratzt

Bilderreigen österreichischer Künstler

Leichtigkeit, Transparenz, Unmittelbarkeit und Strahlkraft der Farben sind besondere Qualitäten der Wiener Aquarellmalerei des 19. Jahrhunderts. Virtuose Stadtansichten und Landschaften, Porträts, Genrebilder und Blumenstücke ergeben den reichen Motivschatz, der mit künstlerischem Virtuosentum vorgetragen wird. Die Ausstellung zeigt einen Bilderreigen von rund 180 Werken aus den Sammlungen der Albertina, bereichert durch wertvolle Leihgaben.

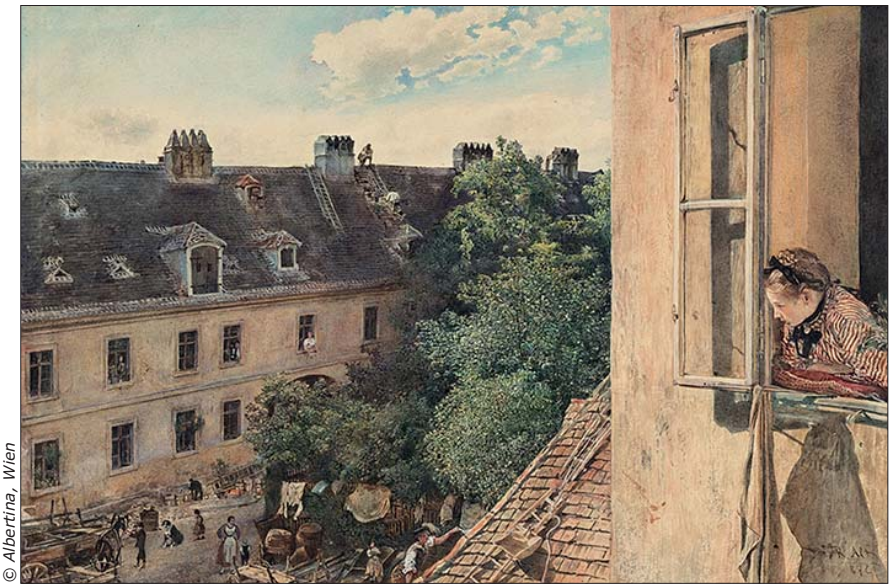
Vom Biedermeier bis zur Jahrhundertwende

Den Höhepunkt erreicht die künstlerische Ausdrucksform der Aquarellmalerei, die so

leicht wirkt und doch so schwer zu erzielen ist, im Biedermeier. Die wichtigsten Auftraggeber sind das Kaiserhaus und die Hocharistokratie, zunehmend aber auch das vermögende Bürgertum.

Jakob Alt, Matthäus Loder, Thomas Ender, Peter Fendi und Moritz Michael Daffinger zählen zu den bedeutendsten Künstlern dieser Zeit, später sind es Anton Romako und August von Pettenkofen.

Sie alle aber überragt Rudolf von Alt, in dessen 45-jähriger Schaffenszeit die erlesensten Beispiele der Aquarellmalerei entstehen. Er behauptet sich mit seiner Kunst auch noch in der Welt der Wiener Ringstraße und der Secession. Seine Werke spannen so den weiten Bogen vom Biedermeier bis zur Kunst um 1900.



© Albertina, Wien

© Albertina, Wien

Bild oben: Rudolf von Alt, Blick in die Alservorstadt, 1872, Aquarell, Deckfarben
Bild unten: Der Dachstein im Salzkammergut vom Vorderen Gosausee, 1838, Aquarell

Bestand von 2.500 Aquarellen

Die Albertina verwahrt etwa 2.500 Aquarelle österreichischer Künstler des 19. Jahrhunderts. Die große Anzahl, die hohe Qualität und der ästhetische Reiz der Werke waren auch in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer wieder Anlaß für aus diesem Bestand schöpfende Ausstellungen.

Mit der Ausstellung Die Erfindung der Einfachheit konnte gezeigt werden, wie die künstlerische Ausdruckskraft des Biedermeier für die Wende um 1900 und in der Folge für das Design des 20. Jahrhunderts von vorbildhafter Wirkung war. Rudolf von Alt und Peter Fendi wurden umfassende Präsentationen gewidmet, ebenso den Werkgruppen, die vom Thronfolger Erzherzog Ferdinand und von Erzherzog Johann in Auftrag gegeben und gesammelt worden waren.

Wien als bedeutende Residenzstadt der Monarchie

Mit der Ausstellung „Das Wiener Aquarell“ sollen nun anhand besonders aussagekräftiger Werke die Entwicklung und die unterschiedlichen Anwendungsmethoden dieser Kunst veranschaulicht und der hohe Stellenwert des Wiener Aquarells belegt werden.

Die Wahl des Titels liegt darin begründet, daß die meisten Künstler der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Blüte gelangten Wasserfarbenmalerei in Wien geboren wurden oder für ihre Ausbildung aus den Kronländern der Monarchie oder aus deutschen Fürstentümern in die Hauptstadt kamen: Carl Schütz aus Laibach, Heinrich Friedrich Füger aus Heilbronn, Karl Postl aus Bechin in Böhmen, Jakob Alt aus Frankfurt am Main.

Fast alle besuchten die Wiener Akademie oder waren dort lehrend tätig. In der kaiserlichen Residenzstadt fanden sie ihre Auftraggeber und die Möglichkeit der künstlerischen Entfaltung.

Beiträge zur Weltkunst

Die sorgfältige Auswahl aus den umfangreichen Beständen der Albertina, bereichert durch Leihgaben aus öffentlichen und hochrangigen privaten Sammlungen, fügt sich zu einer Bilderfolge von außerordentlicher Schönheit. Die Präsentation belegt einmal mehr, daß neben der englischen Aquarellkunst des 18. und 19. Jhtds zu Recht alleine diejenige Wiens Weltgeltung erlangt hat.

Diese Künstler sind in der Ausstellung vertreten

Jakob Alt, Rudolf von Alt, Moritz Michael Daffinger, Josef Danhauser, Thomas Ender, Peter Fendi, Heinrich Friedrich Füger, Jakob Gauermann, Eduard Gurk, Johann Nepomuk Hoechle, Joseph Höger, Laurenz Janscha, Vincenz Georg Kininger, Johann Adam Klein, Salomon Kleiner, Johann Knapp, Johann Kniep, Josef Kriehuber, Matthäus Loder, Martin von Molitor, August von Pettenkofen, Karl Postl, Joseph Rebell, Anton Romako, Karl Ruß, Carl Schindler, Carl Schütz, Friedrich Treml und Balthasar Wigand. ■

http://www.albertina.at

Kultur

»IRONIMUS 90. Jetzt mal keine Politik!«

Die Ausstellung zum 90. Geburtstag des Karikaturisten und der Zeichnerlegende zeigt neue, bislang unveröffentlichte Cartoons aus dem »Unruhestand«. Die humorvollen Zeichnungen der Jubiläumsausstellung geben uns einen besonderen Einblick in das Schaffen von IRONIMUS.

Foto: Karikaturmuseum Krems / Martina Hackel

Gustav Peichl vor dem von ihm geplanten Karikaturmuseum Krems

Mit mehr als 12.000 Karikaturen, über 30 Büchern und rund 100 Ausstellungen blickt IRONIMUS auf eine beispiellose Karriere zurück. Seine ORF-Sendungen Die „Karikatur der Woche“ und „Der Jahresrückblick in der Karikatur“ erreichten ein Millionenpublikum. Unter seinem bürgerlichen Namen wurde Gustav Peichl als Architekt bekannt, zum Beispiel durch den Bau der ORF-Landesstudios in Graz, Dornbirn, Eisenstadt, Salzburg, Innsbruck, St. Pölten und Linz, den Neubau des Städel Museums, der Bundeskunsthalle in Bonn und des Karikaturmuseum Krems.

Mikl-Leitner: Einer der größten Künstler

Eröffnet wurde die Ausstellung am 3. März von Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. Die Laudatio hielt der Karikaturist Gerhard Haderer.

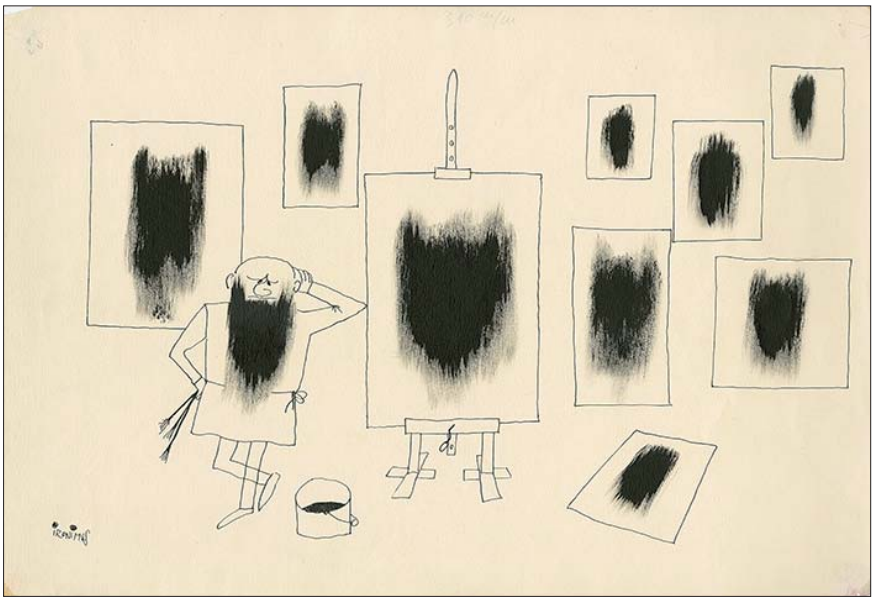
Mikl-Leitner bezeichnete Gustav Peichl alias Ironimus als „einen der größten Künstler“. „Die große Zeichenlegende wird 90 Jahre. Ihm zu Ehren eröffnen wir heute eine ganz besondere Ausstellung in einem Haus, das seine Handschrift trägt“, betonte Mikl-Leitner weiters: „Gustav Peichl ist für uns alle eine ganz große Persönlichkeit. Er gehört zu einigen der wenigen, der es geschafft hat, seine Fähigkeit zu zwei Berufen zu machen“, hob Mikl-Leitner Peichls künstlerische Fähigkeiten als Architekt und Karikaturist hervor.

Kultur

Als Architekt habe Peichl „sehr viel geplant, realisiert und umgesetzt“, nannte die Landeshauptfrau den Bau mehrerer ORF-Landesstudios, des Städel Museums, der Bundeskunsthalle in Bonn und des Karikaturmuseums Krems als Beispiele. Auf Letzteres sei man in Niederösterreich „unglaublich stolz, weil dieses Karikaturmuseum einzigartig ist – ob der Architektur und Konzeption“, führte Mikl-Leitner aus, daß im Karikaturmuseum Krems „zeitgenössische und historische Karikaturen im Mittelpunkt stehen“ und dieses eine „Plattform für heimische und internationale Größen der Zeichenkunst“ sei. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2001 habe sich das Karikaturmuseum „zu einem richtigen Publikumsmagneten entwickelt“, betonte Mikl-Leitner, daß das Museum für 75.000 Besucher pro Jahr eine „Oase des Humors“ sei. Gezeigt werden hier u.a. Manfred Deix, Gerhard Haderer, Erich Sokol, Mordillo und natürlich Ironimus.

Foto: NLK / Pfeiffer

© Ironimus Archiv



© Ironimus Archiv

Bild oben (v.l.): künstlerischer Direktor Gottfried Gusenbauer, Laudator Gerhard Haderer, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Gustav Peichl alias IRONIMUS und der Kremser Bürgermeister Reinhard Resch

Bild links: Hut ab, 1951

Bild unten: Zehn Impressionen, 1958

„Über 60 Jahre hat er mit spitzer Feder die politische Landschaft aufs Korn genommen und kritisch beleuchtet“, so die Landeshauptfrau über Gustav Peichl als Karikaturist. Dadurch seien tausende Karikaturen entstanden. Sie betonte die Fähigkeit der Karikaturisten „mit ganz kurzen Sequenzen das Wesen der Menschen zu erfassen und auf Papier zu bringen“. Mit ihren Zeichnungen würden Karikaturisten „komplexe Inhalte und schwierige gesellschaftspolitische Themen in den Fokus nehmen“.

Das Karikaturmuseum schaffe „Platz und Raum für das Zusammenkommen viele Künstler, um ihre Werke der breiten Öffentlichkeit zeigen zu können“, so Mikl-Leitner. Mit der Ausstellungseröffnung feiere man den 90. Geburtstag von Ironimus. Kuratiert worden sei die Ausstellung von seinem Sohn Markus Peichl, das sei „etwas ganz Besonderes“. Dieser habe es möglich gemacht, verborgene Karikaturen an die Oberfläche zu bringen. Mit dieser Ausstellung stehe „eine große Persönlichkeit mit sehr viel Schaffenskraft in Architektur und Karikatur“ und „eine Persönlichkeit, die sehr viel für Niederösterreich und für unser Kulturland getan hat“ im Mittelpunkt, sagte die Landeshauptfrau Gustav Peichl dafür „ein herzliches Dankeschön“.

Kultur

Gusenbauer: Starkes Bekenntnis

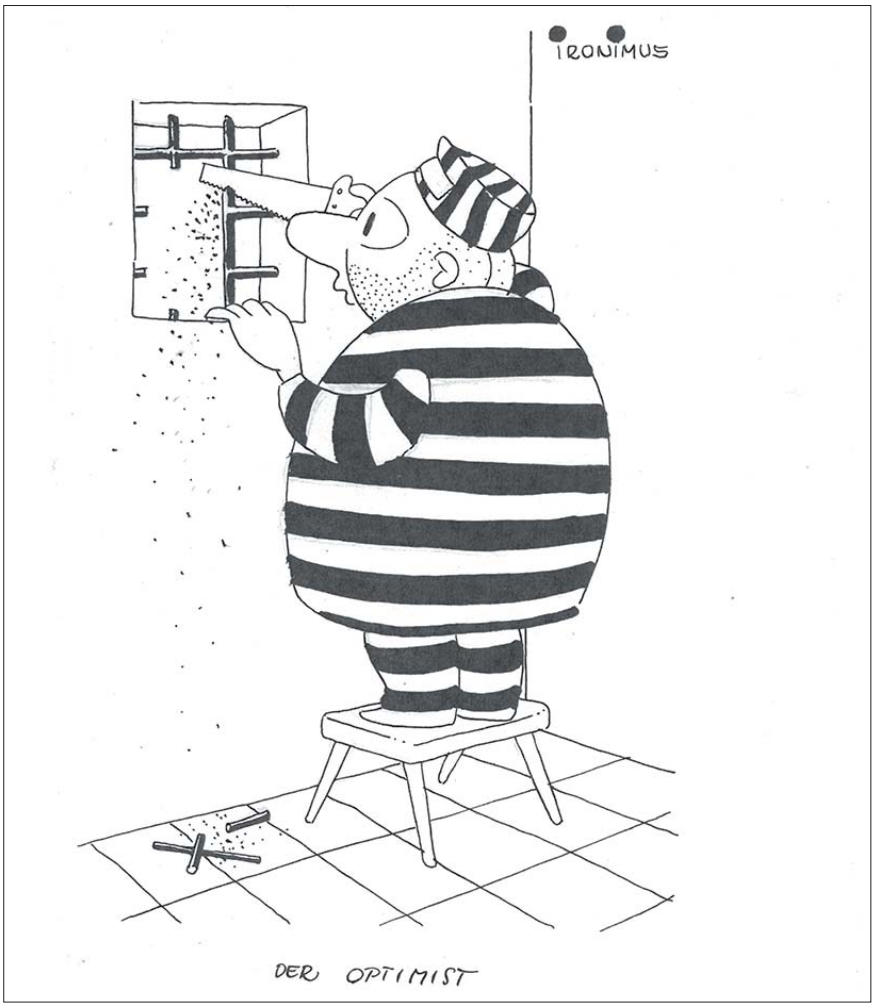
Der künstlerische Direktor Gottfried Gusenbauer hob in seinen Begrüßungsworten die Bedeutung des Karikaturmuseums Krems und das damit verbundene „starke Bekenntnis zur kulturellen und künstlerischen Vielfalt“ des Landes Niederösterreich hervor, wodurch die Karikaturen in Österreich hier einen Platz bekommen hätten. Beneidet werde man über Österreich hinaus auch dafür, daß der Architekt zu den wichtigsten deutschsprachigen Karikaturisten zähle. Das Karikaturmuseum Krems zähle „weltweit zu den führenden Museen seiner Art“. Bei der Jubiläumsausstellung stünden nicht die tagespolitischen Zeichnungen von Ironimus im Vordergrund, sondern man zeige die Dramatik des Zeichnens, die Tricks des Karikaturisten. „Ironimus wurde und wird weit über die Grenzen Österreichs hinaus geschätzt“, so Gusenbauer, der sich auch bei Markus Peichl als Kurator für die großartige Zusammenarbeit bedankte.

Haderer: Immer kämpferisch

In seiner Laudatio skizzierte Karikaturist Gerhard Haderer die Persönlichkeit und das Schaffen von Gustav Peichl alias IRONIMUS. Er habe immer „die analoge Form des Zeichnens über alles geschätzt“. Er habe sich als Person „immer als kämpferisch gezeigt“ und sich „in seinen Zeichnungen immer in die Gestaltung der Gesellschaft eingemischt“. „Dankeschön für alles, was du uns hinterlassen hast“, sprach Haderer von einem großen Stück österreichischer Zeitgeschichte und einer wichtigen Facette des österreichischen Humors.

Bogen von 1948 bis 2018

Mehr als 60 Jahre lang hat IRONIMUS mit spitzer Feder das politische Zeitgeschehen aufs Korn genommen, ehe er sich Ende 2014 zur Ruhe setzte. Der zeitliche Bogen der Arbeiten spannt sich von 1948 bis 2018 und präsentiert das zeichnerisch-humoristische Repertoire des Cartoonisten. Wie der Titel schon verrät, stehen nicht die (tages-)politischen Zeichnungen im Vordergrund. Feinsinnige Cartoons und hintergründige Beobachtungen, die mit der Doppelbödigkeit des Lebens und der Kunst spielen, sind in der Schau ein zentrales Thema. Sie führen uns die Absurdität der kleinen, alltäglichen Momente vor Augen. Witzige, bisweilen absurde Situationen wechseln sich mit intelligenten Kurzgeschichten ab, unerwartete Perspektiven treffen neue ungewöhnliche Bild-Metamorphosen. Allesamt haben die Originale eine klare Formulierung und die unverkennbare Handschrift von IRONIMUS. Politisch aufgeladen finden sich viele dieser Bildideen in den Editorial Cartoons des Künstlers wieder. Genau diese Kombination und die Einzigartigkeit IRONIMUS‘ sind weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt und geschätzt.



© IRONIMUS Archiv

Der Optimist, 1948

Gustav Peichl und das Karikaturmuseum Krems

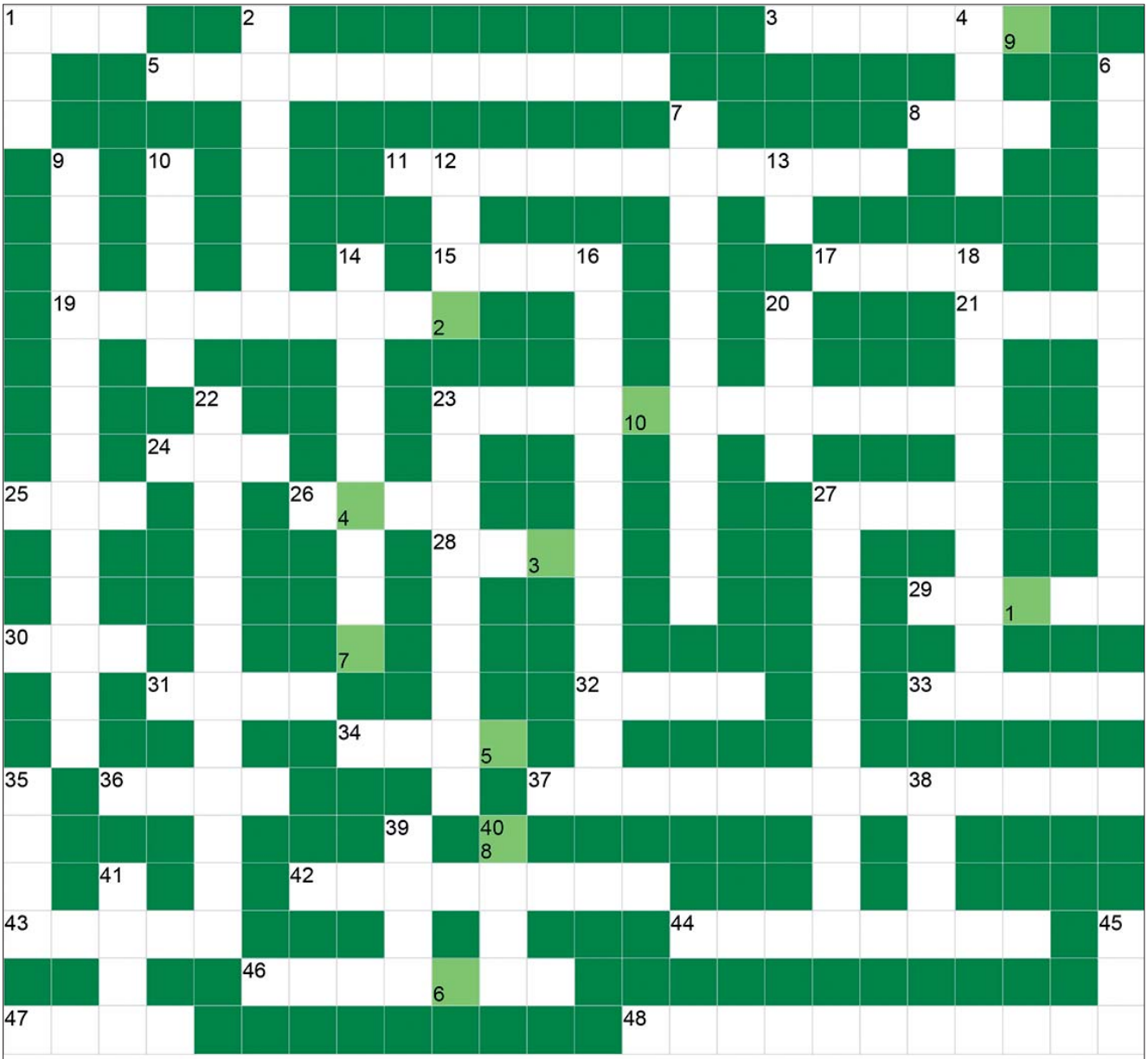
Das Karikaturmuseum Krems und Gustav Peichl sind auch architektonisch eng miteinander verbunden. Errichtet wurde das Karikaturmuseum Krems von 2000 bis 2001 nach den Entwürfen und Plänen von Gustav Peichl. Bei seiner Erbauung stand das Museum im Schnittpunkt von Kunst, Kritik und des Journalismus.

Das Karikaturmuseum Krems gilt bis heute als Novum unter den Spezialmuseen weltweit. Mit der markanten Architektur und seinem freundlichen Fassaden- gesicht ist es einzigartig in seiner Erscheinung. Erstaunlich ist auch Umstand, daß es möglich war, ein Museum zu erbauen, daß von Anfang an einzig der Kunstform Karikatur und Cartoon gewidmet war.

Das dreigeschoßige Bauwerk in der Steiner Landstraße beherbergt im Erdgeschoß zu beiden Seiten des Foyers Ausstellungsräume für die permanente Manfred Deix Schau, eine weitere, kleinere Ausstellungsräumlichkeit für das IRONIMUS Kabinett neben dem Shopraum. Eine kleine verglaste Öffnung in der Decke des Foyers erweitert diese und schafft somit einen optischen Bezug zum Obergeschoß. Die an der Stirnseite des Foyers gelegene Rundtreppe führt in den ersten Stock, der mit einer als Faltdachkonstruktion ausgeführten Tageslichtdecke ausgestattet ist. Dort befinden sich die Ausstellungsräume für die Wechselausstellungen, die Bereiche der Kunstvermittlung und Büroräumlichkeiten. Das äußere Erscheinungsbild der originellen Architektur ist geprägt von einer markanten Dachkonstruktion, die auf die Dachlandschaft der alten Bauwerke in Krems-Stein Bezug nimmt. ■

http://www.karikaturmuseum.at

ÖJ-Rätsel



Der gesuchte Begriff ist der Name eines Bundeslands

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Waagrecht

1 Vorname v. ital. Schausp. Spencer; 3 Werkzeug; 5 emporsteigen; 8 bayr. Fluss z. Donau; 11 alle Mitarbeiter im Betrieb; 15 nord. männl. Vorname; 17 Verbindg. zw. Kopf u. Körper; 19 Sachbearbeiter; 21 Musikal v. Lloyd Webber; 23 Holzblasinstrument, Musikinstrument Mz.; 24 erstmalig; 25 engl.: unmodern, veraltet, aus; 26 Pflanze; 27 Gärstoff; 28 österr. Erfinder v. Gasglühlicht +; 29 Feldtier, Haustier, Nagetier, Tier Mz.; 30 türk. Stadt; 31 afrik. Kuhantilope, Huftier, Tier Mz.; 32 germ. Horn/Bronzeposaune/Trompete/Musikinstrument; 33 ind. Hptst.; 34 arkt. Meeresvogel/Schwimmvogel/Seevogel, Vogel Mz.; 36 Lebewesen; 37 Schiffsbauer; 42 Disney-Trickfilm nach antiker Sage; 43 Richtungsanzeiger; 44 krebsähnl. Spinnentier; 46 Comic-Figur; 47 theatral. Haltung, Stellung; 48 TV-Unterhaltung

Senkrecht

1 türk. Titel; 2 ugs.: Geliebter, Verehrer; 4 Pflanze; 6 Holzblasinstrument; 7 Fisch/Knochenfisch/Seefisch/Speisefisch; 9 einmalige Geldbeträge; 10 Figur in „My Fair Lady“; 12 fremdartiger Ausländer; 13 Abk.: Auswärtiges Amt; 14 alte Bez. f. Ingenieurschule; 16 trop. Baum; 18 Tier; 20 männl. Vorname; 22 Kloß; 23 Musikinstrument; 27 Geselle, Meister; 35 Drehsprung; 38 weibl. Vorname Kw.; 39 Käsesorte; 40 dt. Automarke; 41 ung. Stadt (Fünfkirchen); 45 Comic-Figur (... u. Struppi)

Die Auflösung dieses Rätsels finden Sie auf der Seite
http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2018/0318/W1/Raetsel_172.htm